

Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten

Pädagogische Ansätze und Erfahrungen im
Handlungsfeld Rechtsextremismus

Sally Hohnstein/Frank Greuel
unter Mitarbeit von Michaela Glaser



Arbeits- und Forschungsstelle
Rechtsextremismus
und Radikalisierungsprävention

SALLY HOHNSTEIN/FRANK GREUEL
UNTER MITARBEIT VON MICHAELA GLASER

Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten

Pädagogische Ansätze und Erfahrungen
im Handlungsfeld Rechtsextremismus

Das Deutsche Jugendinstitut e. V. ist ein zentrales sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut auf Bundesebene mit den Abteilungen „Kinder und Kinderbetreuung“, „Jugend und Jugendhilfe“, „Familie und Familienpolitik“, „Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden“ sowie dem Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“.

Es führt sowohl eigene Forschungsvorhaben als auch Auftragsforschungsprojekte durch. Die Finanzierung erfolgt überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält das DJI im Rahmen von Projektförderungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, von Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Die Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziell gefördert.

Dieser Bericht basiert auf einer Erhebung, an deren Durchführung und Auswertung Michaela Glaser, Frank Greuel und Sally Hohnstein mitwirkten. Zum hier vorgelegten Bericht steuerte Michaela Glaser Interpretationen und fachliche Einordnungen, Textpassagen sowie insbesondere den Abschnitt „Genderreflektierende Arbeit“ bei.

Wir bedanken uns bei allen Institutionen und Fachkräften, die sich an unserer Erhebung beteiligt haben, uns während der Interviews Einblicke in ihre Arbeit gewährten und in den Workshops zu spannenden und gewinnbringenden Diskussionen beigetragen haben. Dank gebührt ebenso Eva Zimmermann für ihre hilfreiche Beteiligung an der Auswertung des Datenmaterials, Anja Frank für Lektoratsarbeiten sowie Stefanie Leiding und Christian Annecke für ihre Recherchen und Korrekturarbeiten. Unser besonderer Dank gilt zu guter Letzt Renate Schulze, die uns bei allen anfallenden, nicht nur organisatorischen Aufgaben stets unterstützt.

© 2015 Deutsches Jugendinstitut e. V.

Außenstelle Halle

Abteilung Jugend und Jugendhilfe

FG 4: Politische Sozialisation und Demokratieförderung

Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention

Franckeplatz 1

06110 Halle

Telefon: +49345 68178-20

Telefax: +49345 68178-47

Internet: www.dji.de/afs

Layout/Gestaltung/Gesamtherstellung

Brandung Leipzig, www.brandung-online.de

ISBN: 978-3-86379-176-6

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
Methodik	10
1 Rechtsextreme Szenen – Einstiege und Ausstiege	13
1.1 Wege in den Rechtsextremismus – Risikofaktoren und Motive	14
1.1.1 Risikofaktoren	14
1.1.2 Hinwendungsmotive	15
1.2 Motive für die Distanzierung von rechtsextremen Gruppen und/oder Ideologien	20
2 Angebotsformate	22
2.1 Streetwork	22
2.2 Multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen für Einstiegsgefährdete	24
2.3 Ausstiegshilfen	26
2.4 Trainingskurse für rechtsextrem orientierte und rechtsextreme Straf- und Gewalttäter	28
2.5 Weitere Formate	29
2.5.1 Kurzzeitpädagogische Angebote der Bildungsarbeit	30
2.5.2 Virtuelle Ansätze	30
3 Zielgruppen der Angebote	32
3.1 Streetwork und multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen für Einstiegsgefährdete	33
3.2 Ausstiegshilfen	35
3.3 Trainingskurse	37
4 Zielgruppengewinnung	41
4.1 Strategien der Zielgruppengewinnung	41
4.1.1 Streetwork	41
4.1.2 Multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen für Einstiegsgefährdete	45
4.1.3 Trainingsangebote	49
4.1.4 Ausstiegshilfen	51
4.1.5 Zusammenfassender Überblick über die Zielgruppengewinnung nach Formaten	54

4.2	Erreichte Zielgruppen	56
4.2.1	Angebote für einstiegsgefährdete Jugendliche – Streetwork und multiplikatorenvermittelte Einzelberatung	56
4.2.2	Ausstiegshilfen	66
4.2.3	Trainings	70
5	Grundelemente und Grundprinzipien der Arbeit	75
5.1	Gesetzliche Rahmenbedingungen	75
5.2	Regelungen und Grenzziehungen im Umgang mit der Zielgruppe	78
5.3	Belastbare Arbeitsbeziehungen	83
5.4	Vertraulichkeit	85
5.5	Freiwilligkeit	86
5.6	Kritische Akzeptanz	88
5.7	Hartnäckigkeit	89
5.8	Längerfristigkeit und Kontinuität	89
5.9	Fallanamnese	91
6	Bearbeitung von Problemdimensionen	93
6.1	Soziale Integration	93
6.1.1	Stellenwert sozialintegrativer Unterstützungsangebote	93
6.1.2	Funktionen sozialintegrativer Maßnahmen	97
6.1.3	Übergreifende Vorgehensweisen	119
6.2	Bearbeitung persönlicher Problemlagen	127
6.2.1	Stellenwert der Bearbeitung persönlicher Problemlagen	127
6.2.2	Funktionen der Bearbeitung persönlicher Problemlagen	128
6.2.3	Vorgehensweisen bei der Bearbeitung individueller Problemlagen	130
6.3	Inhaltliche Auseinandersetzung	149
6.3.1	Stellenwert inhaltlicher Auseinandersetzung	150
6.3.2	Voraussetzungen für inhaltliche Arbeit mit den Zielgruppen	152
6.3.3	Vorgehensweisen inhaltlicher Auseinandersetzung	157
	Exkurs: Genderreflektierende Arbeit	169
7	Zusammenfassende Diskussion der Ergebnisse	176
7.1	Elemente gelingender Praxis	176
7.2	Handlungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven	193
	Abkürzungsverzeichnis	201
	Literaturverzeichnis	202

Einleitung

Pädagogische Arbeit zu Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zielt zum einen darauf ab, der Ausprägung rechtsextremer Orientierungen und Verhaltensweisen bereits im Vorfeld entgegenzuwirken. Mit einem breiten Spektrum von Ansätzen wird hier versucht, vorbeugend auf junge Menschen Einfluss zu nehmen (vgl. u.a. die Publikationen der Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention (AFS) und ihrer Vorläuferprojekte in diesem Themenfeld, zusammenfassend: Rieker 2009; Glaser/Greuel 2013). Die pädagogische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit umfasst zum anderen aber auch die Arbeit mit jungen Menschen, die bereits entsprechende Orientierungen und Haltungen ausgeprägt haben. Ziel dieser pädagogischen Aktivitäten ist es, einer weiteren Verfestigung entgegenzuwirken bzw. die Distanzierung von entsprechenden Zugehörigkeiten und Orientierungen zu fördern. Unterscheiden lassen sich hier die Arbeit mit Jugendlichen, die sich im Einstiegsprozess befinden und die Arbeit mit ausstiegswilligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

In Deutschland werden pädagogische Ansätze einer gezielten Arbeit mit Jugendlichen im Einstiegsprozess bereits seit vielen Jahren praktiziert. Erste spezifische Ansätze zur Arbeit mit diesen Zielgruppen wurden seit Ende der 1980er Jahre und verstärkt in den 1990er Jahren – u.a. gefördert durch das damalige Bundesprogramm AgAG (Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt)¹ – entwickelt und realisiert (vgl. Rieker 2009; Glaser/Greuel 2013). Außer Angeboten der Bildungsarbeit wurden hierbei v.a. unterschiedliche Varianten der beziehungsorientierten Arbeit gefördert, welche konzeptionell die Akzeptanz der Person ins Zentrum stellten, dies z.T. aber auch mit konfrontativen Elementen verbunden (vgl. Krafeld 1992; Krafeld 2000; Osborg 2002).

Diese Ansätze bzw. bestimmte Aspekte ihrer praktischen Umsetzung waren und sind nach wie vor in der Fachpraxis nicht unumstritten, wobei insbesondere der Umgang mit inhaltlich nicht akzeptablen Positionen und Verhaltensweisen der Zielgruppen kontrovers diskutiert

1 Das Aktionsprogramm des damaligen Bundesministeriums für Frauen und Jugend (BMFJ) war eine Reaktion auf die schweren fremdenfeindlichen Gewalttaten Anfang der 1990er Jahre. Im Förderzeitraum von 1992 bis 1996 wurden im Programm über 120 Projekte der Jugendarbeit in den neuen Bundesländern gefördert, die mit gewaltbereiten bzw. gewalttätigen (also nicht ausschließlich mit rechtsextremen) Jugendlichen arbeiteten.

wurde bzw. in manchen Projekten Anlass zur Kritik bot (vgl. Buderus 1998). Eine erste systematische Erhebung, die das DJI 2001/02 unter 35 Projekten durchführte (Pingel/Rieker 2002), konnte allerdings zeigen, dass die pädagogische Arbeit mit diesen Zielgruppen trotz einzelner problematischer Entwicklungen erhebliche Potenziale besitzt und auch Erfolge aufweisen kann, sofern sie unter adäquaten Voraussetzungen und Rahmenbedingungen umgesetzt wird. Neben vielfach ungenügenden Umsetzungsbedingungen, u.a. die Qualifikation der Mitarbeitenden, die Ressourcen und die sozialräumliche Verankerung betreffend, wurden in dieser Untersuchung aber auch konzeptionelle Weiterentwicklungsbedarfe deutlich, z.B. im Bereich der jugendspezifischen bzw. der geschlechtersensiblen Arbeit (vgl. Pingel/Rieker 2002).

Darüber hinaus liefert die angeführte Untersuchung von Pingel/Rieker (2002) wichtige Erkenntnisse zu den Bedingungen und Möglichkeiten der pädagogischen Unterstützung von Distanzierungsprozessen. Allerdings haben sich seither einige bedeutsame Veränderungen vollzogen. So gab es verschiedene (Weiter-)Entwicklungen von Ansätzen auf theoretischer Basis, mit denen z.T. auch explizit auf fachliche Kritikpunkte Bezug genommen wurde und die in der Praxis Anwendung finden (vgl. Bleiß et al. 2004; Osborg 2006). Auch finden sich Hinweise auf Projekte, die mit neuen Zugangswegen (z.B. Zusammenarbeit mit Schulen) experimentieren. Zum Teil stellen diese eine Reaktion auf Veränderungen bei den Zielgruppen (größere Heterogenitäten in Cliques, neue jugendkulturelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus) dar, die die Arbeit in diesem Feld mit neuen Anforderungen konfrontieren und neue konzeptionelle Antworten erfordern.

Die Arbeit mit ausstiegswilligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist gegenüber der Arbeit mit Jugendlichen im Einstiegsprozess das jüngere Arbeitsfeld. Erste Angebote der Ausstiegsarbeit etablierten sich im Jahr 2000. Seitdem sind eine Reihe professioneller Angebote entstanden, die v.a. bei staatlichen Institutionen, in den letzten Jahren aber auch zunehmend bei freien Trägern angesiedelt sind. Hinzu kommen diverse private Initiativen, die ebenfalls die Zielstellung verfolgen, Ausstiegsprozesse zu befördern (vgl. Glaser/Hohnstein/Greuel 2014).

In jüngster Zeit hat sich durch die Aufdeckung der Zwickauer Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) und mit dem Bekanntwerden der rechtsextremen „Karrieren“ ihrer Mitglieder die öffentliche und fachliche Aufmerksamkeit für die Arbeit mit einstiegsgefährdeten und

ausstiegswilligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen gesteigert und es wird wieder verstärkt die Frage diskutiert, ob und in welcher Weise mit ihnen pädagogisch gearbeitet werden kann. Ausdruck dessen waren sowohl die Etablierung einer Online-Plattform zur präventiven, pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten bzw. orientierten Jugendlichen (BIK-netz)² durch das BMFSFJ im Jahr 2013 als auch die neue Akzentsetzung innerhalb des ab 2015 laufenden Präventionsprogramms des BMFSFJ „Demokratie leben!“, in dem ein dezidiertes Programmschwerpunkt zur Arbeit mit diesen Jugendlichen („Radikalisierungsprävention“) vorgesehen ist. Insgesamt kann damit von einer gegenwärtigen Themenkonjunktur gesprochen werden.

Dennoch muss konstatiert werden, dass sowohl im Hinblick auf Angebote der Arbeit mit einstieggefährdeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen als auch auf Angebote der Ausstiegsarbeit bislang nur begrenzt Erkenntnisse existieren. Mit Ausnahme einzelner Projekte (insbesondere des Vereins VAJA, dazu Möller/Vaja e.V. 2008; Bleiß et al. 2004; Gulbins et al. 2007, Becker/Pallocks 2013) gibt es kaum Dokumentationen bzw. Reflexionen dazu, welche praktischen Erfahrungen mit Ansätzen und Zugängen in der Arbeit mit jungen Menschen im Einstiegsprozess gewonnen werden konnten. Ebenso fehlen Informationen dazu, wie die Praxis auf die skizzierten neuen Herausforderungen reagiert. Insgesamt mangelt es an einer systematischen Darstellung der aktuellen Projektlandschaft, der praktizierten Ansätze sowie der Bedingungen, unter denen diese Arbeit heute realisiert wird. Auch in neueren Darstellungen zum Arbeitsfeld erfolgt keine systematische Darstellung von Umsetzungserfahrungen (Möller/Schuhmacher 2014; Baer/Möller/Wiechmann 2014).

Ein Erkenntnisdefizit gab es ebenfalls mit Blick auf das Feld der Angebote von Ausstiegshilfen. Zum Zeitpunkt der Erhebung lagen nur auf Teilaspekte bezogene Überblicksdarstellungen zum Arbeitsfeld vor, die jeweils auch nur begrenzte Ausschnitte des Angebotsspektrums in den Blick nehmen (Bjørngo/van Donsellar/Grunenberg 2009; Melzer 2012; Möller 2010; Pfeiffer/Koch 2009, S. 97ff.; Rieker 2009, S. 124ff.).³

2 Zum 31.12.2014 lief die Förderung für dieses Projekt aus.

3 Inzwischen ist neben Evaluationsergebnissen eines Einzelangebots (Möller u. a. 2015) auch ein Sammelband zum Arbeitsfeld (Rieker 2014a) erschienen. Die Angebotslandschaft im Feld „Ausstiegsarbeit“ ist im Rahmen dieses Sammelbands in einem Beitrag skizziert, der erste Teilergebnisse der DJI-Studie vorstellt (Glaser/Hohnstein/Greuel 2014).

Die DJI-Erhebung „Pädagogische Unterstützung von Distanzierungsprozessen“

Vor dem Hintergrund der bestehenden Wissenslücken führte die AFS von 2012 bis 2014 eine Studie durch, die pädagogische Ansätze der Initiierung und Unterstützung von Distanzierungsprozessen und ihrer Umsetzung in den Blick nahm.

Die durchgeführte Erhebung zielte zunächst darauf, einen systematischen Überblick darüber zu geben, welche Ansätze und Zielgruppenzugänge in diesem Feld derzeit umgesetzt werden und unter welchen Rahmenbedingungen dies geschieht. Des Weiteren wurden die Umsetzungserfahrungen in Interviews mit Projektmitarbeitenden erhoben und analysiert, um Erfolg versprechende Zugänge und Voraussetzungen gelingender Praxis, aber auch weiteren Entwicklungsbedarf zu identifizieren.

Eine weitere Zielstellung war, die bestehende Angebotslandschaft vergleichend zu betrachten, um gemeinsame Grundelemente der Arbeit, aber auch jeweilige Spezifika der verschiedenen Angebote herauszuarbeiten. Dabei sollten diese Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf zwei Ebenen diskutiert werden: Erstens wurde der Frage nachgegangen, ob und inwiefern Differenzen zwischen den Angeboten erkennbar werden; zweitens wurden Zusammenhänge zwischen den Vorgehensweisen und dem Leistungsspektrum der Angebote einerseits und den jeweils erreichten Zielgruppen andererseits analysiert.

Darüber hinaus wurden für die beiden Felder „Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen“ sowie „Arbeit mit ausstiegswilligen Zielgruppen“ spezifische Fragen formuliert. In Bezug auf die Arbeit mit Einstiegsgefährdeten sollte geklärt werden, wie die jeweiligen Angebote den unterschiedlichen Hintergründen und Gefährdungskonstellationen einstiegsgefährdeter junger Menschen, die auch in der wissenschaftlichen Literatur zum Thema beschrieben werden, Rechnung tragen.

Für die Ausstiegsangebote wurden die Fragen aufgeworfen, wie den verschiedenen Dimensionen der Einbindung in rechtsextremen Szenen Rechnung getragen wird und in welcher Weise sie den (wissenschaftlichen) Erkenntnissen über Faktoren entsprechen, die Ausstiegsimpulse setzen bzw. diese verstetigen helfen.

Aufbau der Studie

Im Folgenden wird zunächst die methodische Anlage der Studie vorgestellt. Danach werden im ersten Kapitel für die pädagogische Arbeit im Feld bedeutsame wissenschaftliche Erkenntnisse zu Ein- und Ausstiegsprozessen im Rechtsextremismus dargestellt. Diese bilden den Hintergrund für die Ergebnisse der Untersuchung, die anschließend präsentiert werden. In Kapitel 2 wird erörtert, welche Angebotsformate im untersuchten Arbeitsfeld der Distanzierungsarbeit existieren und was deren wesentliche Charakteristika sind. Anschließend stehen im Kapitel 3 die anvisierten Zielgruppen der Angebote und in Kapitel 4 die Strategien der Zielgruppengewinnung sowie die tatsächlich von den Angeboten erreichten Zielgruppen im Mittelpunkt. Es folgen in Kapitel 5 Darstellungen zu den Grundelementen und Grundprinzipien der Arbeit. In Kapitel 6 geht es dann zentral um die Vorgehensweisen in der Arbeit und um Umsetzungserfahrungen, die die Fachkräfte dabei gemacht haben und in Kapitel 7 werden schließlich die Ergebnisse der Studie gebündelt, wobei der Fokus hierbei auf den identifizierten Elementen gelingender Praxis und den Handlungsbedarfen bzw. Entwicklungsperspektiven im Arbeitsfeld liegt.

Methodik

Die Erkenntnisse unserer Studie beruhen auf einer qualitativen Befragung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Projekten, die mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen pädagogisch arbeiten, um bei ihnen Distanzierungsprozesse vom Rechtsextremismus zu initiieren bzw. zu unterstützen. Mithilfe einer internet- und datenbankbasierten Projektrecherche wurden zunächst Projekte und Einzelpersonen identifiziert, die in diesem Handlungsfeld tätig sind. Zusätzlich wurden jeweils in den Erstkontakten mit diesen Akteuren weitere einschlägige Projekte oder feldkundige Expertinnen und Experten (im „Schneeballprinzip“) erfragt.

Für die Recherche grundsätzlich unterschieden wurden zwei Typen von Angeboten der Unterstützung von Distanzierungsprozessen, die sich an unterschiedliche Zielgruppe richten:

- Angebote, deren Zielgruppe rechtsextrem orientierte Jugendliche⁴ („Einstiegsgefährdete“) sind und bei denen einer weiteren Annäherung bzw. Einbindung entgegengewirkt werden soll;
- Angebote, die mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten, die in die rechtsextreme Szene involviert sind oder waren bzw. die entsprechende ideologische Haltungen aufweisen („Aussteiger/innen“) und bei einem „Ausstieg“ aus diesen Zusammenhängen bzw. bei der Distanzierung von ihren ideologischen Haltungen unterstützt werden sollen.

Einbezogen wurden dabei „Spezialangebote“, d.h. Angebote, die konzeptionell verankert, gezielt mit dem skizzierten Personenkreis arbeiten, um sie bei der Distanzierung von rechtsextremen Orientierungen und Zugehörigkeiten zu unterstützen. Nicht berücksichtigt wurden Angebote der Regelarbeit, die u. U. ebenfalls mit diesen Jugendlichen in ihrer alltäglichen Arbeit konfrontiert sind, deren zentrale Zielstellungen jedoch nicht auf Distanzierung ausgerichtet sind.

Eine Ausnahme wurde im Arbeitsfeld Streetwork gemacht. Aus diesem Bereich wurden nicht nur Angebote aufgenommen, die aufgrund

4 Unter rechtsextremen Orientierungen fassen wir im folgenden Haltungen und Gruppenzugehörigkeiten, die eine konkrete Einstiegsgefährdung darstellen. Auf der Einstellungsebene zeigen sich Affinitäten meist in einer „hohen Vorurteilsbereitschaft sowie der Bereitschaft, ‚Minderheiten‘ im Sinne von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit abzuwerten und zu diskriminieren“ (Aumüller 2014, S. 12). Auf der sozialen Ebene sind diese Jugendlichen häufig Angehörige von Cliques, in denen solche Haltungen geteilt werden und/oder haben erste Kontakte zu rechtsextremen Gruppen.

konzeptioneller Vorgaben mit diesen Zielgruppen arbeiten, sondern auch solche Angebote, die aufgrund sozialräumlicher Gegebenheiten einen Schwerpunkt auf die Arbeit mit diesen Gruppen setzen (müssen). Zum Teil verfügen die Fachkräfte in diesen Angeboten über langjährige Arbeitserfahrungen mit der Zielgruppe, mitunter noch aus der Arbeit im AgAG-Programm, und stehen in ihren Arbeitsweisen in der Tradition der Grundsätze der akzeptierenden Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Insofern praktizieren auch sie Ansätze der pädagogischen Unterstützung von Distanzierungsprozessen und sammeln entsprechende Erfahrungen. Daher haben wir uns entschlossen, sie in unserer Erhebung zu berücksichtigen und eine Auswahl im Sample aufzunehmen. Die Gesamtanzahl solcher Angebote in der Bundesrepublik ist schwer zu beziffern, auch weil die Akteure teilweise bewusst nicht öffentlich machen, dass sie (auch) mit dieser Zielgruppe arbeiten.

Im Ergebnis der Recherche wurden bis zum Januar 2013 insgesamt 64 Angebote im Themenfeld ermittelt. In einem weiteren Schritt wurde auf Grundlage vorliegender Konzeptunterlagen geprüft, inwiefern diese Angebote tatsächlich (zumindest auch) mit Personen arbeiten, die nicht nur als rechtsextrem „gefährdet“ gelten, sondern bereits rechtsextreme Orientierungen, Zugehörigkeiten und Verhaltensweisen ausgeprägt haben. In 24 Fällen wurden zusätzlich telefonische Kurzinterviews geführt, um weitere Informationen insbesondere zu anvisierten oder tatsächlich erreichten Zielgruppen zu gewinnen. Im Ergebnis wurden in der Samplebildung diejenigen Angebote ausgeschlossen, die sich in offiziellen Arbeitsdarstellungen als Distanzierungsangebote bezeichneten oder angaben, mit entsprechenden Zielgruppen zu arbeiten, bei Nachfragen jedoch ausführten, dass entsprechende Zielgruppen faktisch nicht in ihren Angeboten vertreten waren.

In das Sample aufgenommen wurden schließlich 25 Angebote für eine Interviewbefragung. Im Zeitraum Anfang 2012 bis Mitte 2014 wurden Leitfadeninterviews mit Fachkräften aus den ausgewählten Projekten geführt. Diese dienten schwerpunktmäßig dazu, methodische Ansätze und pädagogische Vorgehensweisen in den Angeboten zu erfassen und insbesondere die Erfahrungen bei der konkreten Umsetzung in den Blick zu nehmen. Alle Interviews wurden aufgezeichnet und anschließend zumeist im Wortlaut transkribiert, in Einzelfällen auch zusammenfassend protokolliert.

In die vorliegende Auswertung gingen schließlich 22 Interviews mit Mitarbeitenden der Angebote ein, wobei die unterschiedlichen

Angebotsformate, die wir im Arbeitsfeld identifiziert haben (vgl. Kap. 2), im Sample abgedeckt waren.

Im Juni 2012 sowie im Oktober 2013 fanden außerdem Workshops statt. Dabei waren, z.T. auch über das Sample hinaus, Fachkräfte aus den verschiedenen Angebotsformaten vertreten. Inhaltlicher Schwerpunkt in den Workshops war der Erfahrungsaustausch der Fachkräfte über unterschiedliche Zugänge, Konzepte und Zielgruppen im Bereich der pädagogischen Unterstützung von Distanzierungsprozessen. Beide Veranstaltungen wurden aufgezeichnet, dokumentiert und ebenfalls in die Auswertung einbezogen.

Alle Erhebungsmaterialien wurden mithilfe eines Codierleitfadens codiert. Beim Erstellen des Codiersystems wurden deduktive und induktive Kategorienbildungen miteinander verknüpft (vgl. Kruse 2008, S. 154): Die kategorialen Vorannahmen, die bereits die Interviews – etwa in Form des Interviewleitfadens – vorstrukturiert hatten, bildeten den Ausgangspunkt der Analysekatoren, die schließlich entlang des Materials modifiziert, ausdifferenziert und durch aus dem Material heraus entwickelte Kategorien ergänzt wurden (ebd., S. 151ff.). Auf diese Weise entstand ein Auswertungsschema, das die gefundenen Themen und Aspekte zusammenfasste und das im Verlauf der Auswertung weiter verfeinert und verändert wurde. Alle Interviews wurden vollständig nach dem entstandenen Kategoriensystem verschlüsselt. Hierzu wurde zunächst das gesamte Material mithilfe der Software MAXQDA den verschiedenen Auswertungskategorien zugeordnet. Die Auswertung des so aufbereiteten Materials erfolgte themenbezogen und fallübergreifend.

1 Rechtsextreme Szenen – Einstiege und Ausstiege

Die pädagogische Auseinandersetzung mit einstieggefährdeten, rechtsextrem orientierten sowie ausstiegswilligen jungen Menschen basiert auf dem Wissen, dass Prozesse der Hinwendung zu und der Konsolidierung bzw. Fundamentalisierung sowie der Distanzierung von rechtsextremen Haltungen, Orientierungen und Gruppen keine geradlinig verlaufende Einbahnstraße ohne Wende- und Abbiegepunkte darstellen (vgl. Möller/Schuhmacher 2014, S. 18ff.). Auch phänomenübergreifende Betrachtungen (vgl. Kruglanski/Webber 2014, S. 380) bzw. Forschungen zur islamistischen Radikalisierung (Borum 2011, S. 15) betonen, dass es sich bei Prozessen der Hinwendung zu extremistischen Gruppen und/oder Ideologien vielmehr um dynamische Prozesse handelt, in deren Verlauf auch Stagnationen oder Rückbewegungen möglich sind. Hieraus ergeben sich Anknüpfungspunkte und Chancen für die pädagogische Arbeit mit der Klientel.

Von Bedeutung für die praktische pädagogische Arbeit erscheinen zum einen die Forschungserkenntnisse zu Risikofaktoren für die Hinwendung zu rechtsextremer Ideologie und/oder rechtsextremen Gruppen. Das vorliegende Wissen kann eine Hintergrundfolie für die jeweils im Einzelfall zu bestimmende individuell vorliegende Risikokonstellation bilden, was wiederum grundlegend für eine pädagogische Bearbeitung auf der Ebene von Ursachen ist. Darüber hinaus bedeutsam können wissenschaftliche Erkenntnisse zu Motiven der Hinwendung zu rechtsextremer Ideologie bzw. zu rechtsextremen Gruppen sein. Das Wissen um die individuellen Hinwendungsmotive, wie auch die Funktionen von Ideologie und/oder Gruppenzugehörigkeit, kann in der pädagogischen Arbeit die Grundlage bilden, um Bedürfnisse, die hinter ideologischen Ausprägungen und Gruppenzugehörigkeiten stehen können, alternativ und auf sozial-verträglichere Weise zu stillen, indem sie durch „funktionale Äquivalente“ (vgl. Böhnisch 2012) ersetzt werden. Insofern stellen die im Folgenden aufgeführten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Hinwendungsmotiven und Funktionalitäten eine wichtige Ressource dar, auch wenn in der pädagogischen Praxis deren Relevanz prinzipiell am Einzelfall zu prüfen ist.

1.1 Wege in den Rechtsextremismus – Risikofaktoren und Motive

Die Ursachen für die Hinwendung Jugendlicher zu rechtsextremen Szenen und Ideologien werden verstärkt seit den 1990er Jahren in der Forschung zum Rechtsextremismus betrachtet. Dabei zeigt sich, dass es nicht *den* typischen Weg in den Rechtsextremismus gibt, sondern dass eine Reihe von individuellen Risikofaktoren und Motivlagen für eine Annäherung an den Rechtsextremismus ausschlaggebend sein können. Verschiedene Typisierungen und Dimensionierungen skizzieren die Heterogenität rechtsextrem orientierter Akteure, oder speziell rechtsextremer Gewaltstraftäter (vgl. Willems et al. 1993; Bjørgo 2014; Schmid 2013), bspw. mit Blick auf biografische Dispositionen, ideologische Motivlagen sowie den Grad an gefühlter gesellschaftlicher Integration bzw. Marginalisierung oder hinsichtlich spezifischer Erwartungen an die Zugehörigkeit zu rechtsextremen Gruppen (z.B. Zugehörigkeitsbedürfnisse oder Erlebnis- und/oder Gewaltorientierung).

1.1.1 Risikofaktoren

Vorliegende Forschungsarbeiten verdeutlichen, dass sowohl individuelle als auch gesellschaftliche Risikofaktoren eine Hinwendung Jugendlicher zu rechtsextremen Szenen und Ideologien begünstigen können (diese aber auch nicht zwangsläufig zur Folge haben).

Auf der individuellen Ebene stehen v.a. frühbiografische Risikokonstellationen im Fokus der Forschung. Dabei zeigt sich, dass bereits im frühen Kindesalter ungünstige biografische Einflüsse und Erfahrungen v.a. in familialen Kontexten persönlichkeitsbezogene Orientierungen und Handlungsmuster prägen können, die später im Jugendalter die Ausprägung rechtsextremer Orientierungen und Verhaltensweisen befördern können. Solche Vorbelastungen wurden sowohl in der Forschung zu Einstiegen in rechtsextreme Szenen (vgl. Möller/Schuhmacher 2007; Rommelspacher 2006), als auch zu biografischen Dispositionen (z.B. Hopf et al. 1995; Rieker 1997) rechtsextrem orientierter Jugendlicher nachgewiesen. Hierzu zählen zum einen belastende familiäre Beziehungs- und Bindungserfahrungen in der Kindheit (vgl. Hopf et al. 1995; Rieker 1997). Zum anderen können problematische elterliche Verhaltensweisen (z.B.

Gewalthandeln) die spätere Hinwendung ihrer Kinder zum Rechtsextremismus fördern, da sie von den Kindern als Handlungsschemata übernommen werden können (Lernen am Modell) (vgl. Bandura 1979).

Im Sinne der Transmissionsthese können rechtsextreme oder fremdenfeindliche Haltungen im persönlichen Nahfeld von Kindern und Jugendlichen, besonders innerhalb der Familie, bereits im frühen Kindesalter die Grundsteine für eine spätere Hinwendung zum Rechtsextremismus legen (vgl. Fend 1991; Oepke 2005; Rippl 2004).

Über diese individuell-biografische Perspektive hinaus werden auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen zur Erklärung der Hinwendung von Jugendlichen zum Rechtsextremismus herangezogen. Vor allem die Erfahrung bzw. die subjektive Wahrnehmung sozialer Desintegration wird in dieser Perspektive als Risikofaktor für eine Hinwendung zum Rechtsextremismus hervorgehoben. Mangelnde soziale Sicherheit, Enttäuschungen bei der Erfüllung sozialer und wirtschaftlicher Vorstellungen und Ziele sowie Perspektivlosigkeit, gefühlte Benachteiligung im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen und auch daraus resultierender Vertrauensverlust in die Funktion des politischen Systems können rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen bedingen (vgl. Heitmeyer 1992; Willems et al. 1993; Stöss 2010, S. 48ff.).

1.1.2 Hinwendungsmotive

Neben den zuvor benannten Risikofaktoren können zudem eine Reihe ganz unterschiedlicher individueller Motivlagen (v.a. im Jugendalter) die Ausprägung rechtsextremer Orientierungen und Verhaltensweisen sowie die Hinwendung zu rechtsextremen Gruppen begünstigen.

Nationale Studien zu Rechtsextremismus bei Jugendlichen (z.B. Hafeneeger 1993; LKA Baden-Württemberg 2002; Möller 2000a; Möller/Schuhmacher 2007; Möller et al. 2015; Rommelspacher 2006; Wippermann et al. 2002 sowie spezifische Gewalttäterstudien z.B. von Willems/Steigleder 2003, Willems et al. 1993 und Willems et al. 1994), aber auch Studien aus anderen Ländern (Bjørgo 2009, Bjørgo/Carlsson 2005 und van der Valk et al. 2010) benennen und systematisieren solche Einstiegsmotive. Ergänzend hierzu finden sich weitere Befunde in Veröffentlichungen aus dem Feld der neueren, z.T. auch interdisziplinären Radikalisierungs- und Terrorismusforschung (z.B. sozialpsychologische Betrachtungen von

Kruglanski/Webber 2014; Walther 2014 etc.). Diese Forschungen beziehen sich allerdings nicht ausschließlich auf Prozesse des Einstiegs in den Rechtsextremismus, sondern diskutieren diese übergreifend über verschiedene Radikalisierungsphänomene hinweg.

Politisch-ideologische Motive

Blickt man zunächst auf die inhaltlich-politische Ebene, so weisen Jugendliche im Einstiegsprozess, vorliegenden Studien zufolge, eher selten ausgeprägte rechtsextreme Weltbilder auf. Typischer sind in der Phase der Hinwendung zu rechtsextremen Gruppen und Ideologien diffuse fremdenfeindliche Orientierungen oder Affinitäten zu anderen Ungleichwertigkeitsideologien (vgl. Glaser/Schlimbach 2009; Möller/Schuhmacher 2007b). Diese beruhen zumindest in Teilen auf tatsächlich erfahrenen Konkurrenz- und Konflikterlebnissen im interethnischen Zusammenleben oder auf der Präsenz von Vorurteilen und rechtsextremen Orientierungen im sozialen Nahraum (vgl. Glaser/Schlimbach 2009; LKA Baden-Württemberg; Möller/Schuhmacher 2007a, b; van der Valk et al. 2010; Möller et al. 2015). Jugendliche, die nach Orientierung in einer komplex erscheinenden, konfliktgeprägten Welt suchen, finden in rechtsextremen Ideologien einfach strukturierte Welterklärungsmuster, die ihnen dabei helfen, Unsicherheiten zu überwinden (vgl. Walther 2014; Kruglanski/Webber 2014).

Weitere inhaltliche oder politische Motivlagen ergeben sich auf der Ebene von Normen- und Wertepräferenzen. Jugendliche, für die Werte wie z.B. Ordnung, Ehre, Macht und Stärke besondere Bedeutung haben, finden in rechtsextremen Ideologien zahlreiche Anknüpfungspunkte. Aber auch ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Gerechtigkeit oder der Wille, sich trotz subjektiv als mangelhaft eingeschätzter Beteiligungsmöglichkeiten politisch zu engagieren, können eine Hinwendung zum Rechtsextremismus begünstigen (vgl. Bjørgo/Carlsson 2005; Pfeiffer 2009; Wippermann et al. 2002).

Nicht-ideologische Motive

Forschungsbefunden zufolge sind in der Phase der Hinwendung zum Rechtsextremismus in vielen Fällen andere, nicht-ideologische Motive von zentraler Bedeutung (vgl. Bjørgo 2002; Bjørgo/Carlsson 2005).

Zugehörigkeitsbedürfnisse

Ein zentrales Motiv für den Einstieg in rechtsextreme Szenen ist das jugendliche Bedürfnis nach sozialem Anschluss und Zugehörigkeit zu

Gleichaltrigengruppen. Für Jugendliche, die Probleme aufweisen, soziale Kontakte und Freundschaftsbeziehungen aufzubauen, sind die Kameradschafts- und Gemeinschaftsversprechen rechtsextremer Gruppen bedeutsame Attraktivitätsmomente (vgl. Möller/Schuhmacher 2007b; Glaser/Schlimbach 2009; Bjørgo 2009). Aber auch Freundschaften und Liebesbeziehungen zu anderen, bereits rechtsextrem orientierten oder rechtsextremen Personen können ausschlaggebend für die Hinwendung zu rechtsextremen Gruppen und/oder Ideologien sein (Schmid 2013).

Selbstentfaltung und -verwirklichung

Weitere Hinwendungsmotive lassen sich aus dem Bedürfnis nach Selbstentfaltung ableiten. Hierzu zählt bspw. die (jugendtypische) Suche nach aufregenden Erlebnissen, Grenzerfahrungen und Thrill, wobei oftmals auch die szenetypische Akzeptanz von Gewalt als Handlungsform anziehend wirken kann (Bjørgo 2002, 2009; LKA 2002; Möller/Schuhmacher 2007; van der Valk et al. 2012).

Als ebenso relevant werden an dieser Stelle die für die jugendliche Identitätsentwicklung typischen adoleszenten Ablösungsbedürfnisse benannt, die eine Abgrenzung von der Gesamtgesellschaft, von Eltern, Lehrern sowie von anderen Jugendlichen umfassen kann. Die Zugehörigkeit zu rechtsextremen Gruppierungen wie auch die Artikulation rechtsextremer Ideologie kann in diesem Zusammenhang als Mittel der Provokation und Rebellion dienen und subjektiv funktional erscheinen (vgl. Bjørgo 2002; Koch/Pfeiffer 2009; LKA 2002; Möller/Schuhmacher 2007a; Wippermann et al. 2002). Für Mädchen wird zudem das Bedürfnis nach eigenständigem und freiem Handeln in als restriktiv empfundenen Lebenswelten als ein Faktor für den Anschluss an rechtsextreme Szenen benannt (vgl. Möller 2000a).

Anerkennungsbedürfnisse

Ein weiteres zentrales Motiv der Hinwendung zu rechtsextremen Szenen ist das Bedürfnis nach Anerkennung und Statusgewinn. Zum einen kann dies der Kompensation eigener Deprivationserfahrungen oder -wahrnehmungen dienen. Solche Bedeutungs- und Anerkennungsdefizite basieren z.B. auf einem benachteiligten sozio-ökonomischen Status oder anderen erfahrenen oder empfundenen sozialen Ungerechtigkeiten, Ausgrenzungen, Demütigungen und Anfeindungen auf der gesellschaftlichen und/oder individuellen Ebene (vgl. Bjørgo 2002, 2009; Glaser 2013; Möller/

Schuhmacher 2007). Desintegrationstheoretischen Erklärungsmodellen zufolge können hieraus Unsicherheitsgefühle und Perspektivlosigkeit resultieren, die durch die Hinwendung zu Rechtsextremismus und Gewalt kompensiert werden (vgl. Heitmeyer 1992; Willems et al. 1993; Stöss 2010, S. 48ff.). Zum anderen kann die Hinwendung und Zugehörigkeit zu extremistischen Gruppen aber auch dem weiteren Geltungsgewinn dienen (vgl. Kruglanski/Webber 2014, S. 380; Köhler 2014, S. 307).

Sozialpsychologische Erklärungsansätze sehen die Ursache hierfür in einem Zustand kognitiver Dissonanz, der entsteht, wenn das innere Idealbild eines Menschen von der erlebten Realität abweicht. Dieses Ungleichgewicht wird als unangenehm und verunsichernd erlebt, weshalb ihm entgegengewirkt wird. Die Zuwendung zu extremistischen Angeboten sowie die Selbstidentifikation als Teil von Kollektiven und Gruppen sowie Ideologien kann zur Kompensation solcher Signifikanzdefizite beitragen (vgl. Kruglanski/Webber 2014; Walther 2014).

Vor diesem Hintergrund sind rechtsextreme Szenen attraktiv, weil sie Angebote zur Aufwertung des Selbstwertgefühls auf unterschiedlichen Ebenen offerieren. Auf ideologischer Ebene ist die völkisch-rassistisch definierte Aufwertung der Eigengruppe sowie die Abwertung von Fremdgruppen konstituierendes Element des Rechtsextremismus. Für die Durchsetzung des hieraus resultierenden Machtanspruches bietet der Rechtsextremismus als Dominanz- und Gewaltideologie Legitimationen für ausgrenzendes und gewaltorientiertes Verhalten. Das Gefühl der Zugehörigkeit zu rechtsextremen Gruppen und Szenen sowie die (gemeinschaftliche) Ausübung von Gewalt gegenüber Angehörigen von Fremdgruppen können demnach zum Abbau von Anerkennungsdefiziten bzw. zum weiteren Bedeutungsgewinn beitragen.

Signifikanzsteigernde Effekte ergeben sich aber nicht nur durch die Abgrenzung der Eigengruppe nach außen. Auch innerhalb rechtsextremer Gruppen ergeben sich Anknüpfungspunkte zur Überwindung von Dissonanzgefühlen. Durch die Übernahme spezifischer Gruppenmerkmale können sich Individuen an ihre idealistischen Selbstbilder annähern. So ermöglichen distinktive Zeichensysteme wie spezifische Kleidungsstile, Codes und Embleme, aber auch rechtsextreme Musik die symbolische Selbstergänzung, da sie der Umwelt und dem Selbst spezifische Eigenschaften und Zugehörigkeiten vermitteln (vgl. Möller/Schuhmacher 2007b; Walther 2014; Wippermann et al. 2002, S. 76ff.). Außerdem bieten sich innerhalb der hierarchisch strukturierten rechtsextremen

Gruppen für Einzelne Möglichkeiten, ihr Bedürfnis nach Anerkennung zu stillen.

Attraktivität traditioneller Geschlechterrollen

Ein weiterer Attraktivitätsfaktor rechtsextremer Szenen ist die in ihnen verbreitete Idealisierung traditioneller männlicher bzw. weiblicher Geschlechterrollen. Das teilweise stark martialische und gewalttätige Auftreten einiger rechtsextremer Gruppen wirkt Forschungsbefunden zufolge insbesondere auf männliche Jugendliche mit hypermaskulinen Geschlechtsselbstbildern anziehend (vgl. Bjørgo 2002; LKA 2002; Möller 2000a; Möller/Schuhmacher 2007). Insbesondere dann, wenn im sozialen Umfeld von Jugendlichen keine alternativen (nicht extremistischen) Angebote zur Verwirklichung idealisierter maskuliner Geschlechterrollen zur Verfügung stehen, kann die Hinwendung zu extremistischen Gruppen befördert werden (vgl. Walther 2014, S. 395).

Aber auch bei Mädchen und Frauen können die in rechtsextremen Gruppen und Ideologien idealisierten Formen von „Weiblichkeit“ für die Hinwendung zum Rechtsextremismus (mit) ausschlaggebend sein. Die Forschung zeigt diesbezüglich zwei unterschiedliche Tendenzen auf: Zum einen wenden sich Mädchen und Frauen mit dem Bedürfnis nach Aufwertung ihrer traditionell-weiblichen Geschlechterrolle rechtsextremen Milieus zu (vgl. Köttig 2006, S. 258), zum anderen finden sich in rechtsextremen Szenen aber auch weibliche Mitglieder, für die gerade die Ablehnung traditioneller Weiblichkeitsbilder einstiegentscheidend zu sein scheint (vgl. Möller/Schuhmacher 2007, S. 220).

Abschließend kann festgehalten werden, dass die Motivlagen für die Hinwendung zum Rechtsextremismus individuell verschieden sind, dass aber in vielen Fällen die Überwindung gefühlter Unsicherheit bzw. Diskrepanzen zwischen dem idealisierten Selbstbild und dem wahrgenommenen Ist-Zustand zu Grunde zu liegen scheinen.

Solche Verunsicherungsgefühle prägen besonders auch das Jugendalter – eine Lebensphase, in der sich politische Orientierungen und stabile Weltbilder noch im Aufbau befinden und das soziale Umfeld noch nicht gefestigt ist (vgl. Wippermann et al. 2002, S. 44; Walther 2014, S. 394). Dies erklärt, warum Prozesse der Hinwendung zu rechtsextremen Szenen bzw. der Ausprägung rechtsextremer Orientierungen oftmals bereits in der frühen Jugendphase im Alter von 12 bis 15 Jahren beginnen (vgl. Wippermann et al. 2002, S. 98; Möller/Schuhmacher 2007b, S. 75). Für

pädagogische Angebote, die sich an einstiegsgefährdete Jugendliche richten, ergeben sich hieraus altersspezifische Anforderungen an die Zielgruppenkonzeption.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass sich die jeweiligen Motivlagen der Jugendlichen im Verlauf von Prozessen der Hinwendung zu rechtsextremen Szenen und über den weiteren Verbleib in diesen Szenen hinweg – insbesondere als Folge von Gruppenzugehörigkeiten, z.B. aufgrund von Gruppendynamiken – verschieben können. Dies kann zu einer wachsenden Bedeutung ideologischer Bezugspunkte und zur Verfestigung von Einstellungen führen (vgl. Bjørgo 2014; Kruglanski/Webber 2014; Kessler et al. 2014; Walther 2014). Insofern sind Hinwendungsmotive nicht als statisch zu betrachten.

1.2 Motive für die Distanzierung von rechtsextremen Gruppen und/oder Ideologien

Zentral für die pädagogische Unterstützung von Distanzierungsprozessen bei einstiegsgefährdeten wie auch ausstiegswilligen Jugendlichen ist es, Motivlagen zu kennen, die Rechtsextreme dazu bewegen, sich wieder aus Szenebezügen und Ideologien zu distanzieren. An diesem Wissen kann pädagogische Praxis ansetzen, um Distanzierungsprozesse zu unterstützen oder vorliegende erste Zweifel bei radikalisierten Personen zu verstärken.

Als häufiges Distanzierungsmotiv identifiziert sind konkrete Enttäuschungen, die Jugendliche erleben, wenn die Erwartungen, die für ihre Hinwendung zu rechtsextremen Szenen ausschlaggebend waren, unerfüllt geblieben sind (Koch/Pfeiffer 2009; Möller/Schumacher 2007; Rommelspacher 2006). Dies ist bspw. dann der Fall, wenn Mitglieder rechtsextremer Szenen mit Misstrauen und Verrat innerhalb der Gruppe und/oder gar gruppeninterner Gewalt konfrontiert sind und somit erkennen, dass zentrale Gruppenversprechen wie Kameradschaft und Treue de facto uneingelöst bleiben, oder wenn Rechtsextreme Statusverlust oder Isolation innerhalb ihrer Gruppe, z.B. aufgrund interner Machtkämpfe, erfahren. Und schließlich können Gefühle der Überforderung durch den szeneeinternen Erwartungsdruck sowie zunehmende Ängste vor den körperlichen und/oder juristischen Folgen, die die Beteiligung an rechtsextremen Straftaten nach sich zieht, zur Entwicklung von Distanzierungsimpulsen beitragen.

Ebenso können Zweifel am Sinngehalt der Ideologie oder die Identifikation von Widersprüchen in ihren Erklärungsmustern oder Handlungsimplicationen Ablösungsprozesse befördern. Hierzu zählen bspw. moralische Bedenken und Zweifel hinsichtlich ideologischer Zusammenhänge und der Legitimität von Gewalt als Mittel der Zielerreichung sowie grundsätzliche Zweifel an der Umsetzbarkeit weltanschaulicher Ideen. Diese Widersprüche entstehen bspw. im Zuge alltäglicher Diskussions- und Argumentationssituationen oder durch positive Erfahrungen im Umgang mit Mitgliedern „verfeindeter“ Out-Groups (vgl. Bjørgo 2009; Bjørgo/Carlsson 2005; Demant et al. 2008; FRB 2007; Rommelpacher 2006).

Neben solchen Motiven können aber auch neue soziale Bezüge außerhalb der rechtsextremen Szene und neue Lebensperspektiven Anlass für die Entwicklung einer Ausstiegsmotivation sein. In der Phase des Übergangs ins Erwachsenenalter werden neue Lebensziele relevant, die den betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen immer schwerer erreichbar und realisierbar erscheinen, da die Zugehörigkeit zu rechtsextremen Szenen ihre individuelle Entfaltung und Entwicklung innerhalb der mehrheitsgesellschaftlichen Gefüge einschränkt (vgl. Bjørgo/Carlsson 2005; Demant et al. 2008; FRB 2007; Möller/Schuhmacher 2007a; Rommelpacher 2006).

Neue Interessen und Bedürfnislagen, wie der Wunsch nach einem „normalen“, stressfreieren Leben, nach Umsetzung persönlicher Karriereziele oder nach partnerschaftlichen Beziehungen sowie einer Familiengründung, sind häufig schwer mit der Zugehörigkeit zu rechtsextremen Szenen vereinbar, und können – wenn ihre Relevanz für die jungen Menschen zunimmt – eine Abkehr vom Rechtsextremismus bewirken (vgl. Bjørgo 2009; Demant et al. 2008; FRB 2007; Kruglanski/Webber 2014; Möller/Schuhmacher 2007; Rommelpacher 2006). Bjørgo 2009 zufolge entwickeln sich derartige Distanzierungsmotive häufig bei Personen im jungen Erwachsenenalter ab etwa 30 Jahren (vgl. ebd., S. 39f.).

2 Angebotsformate

Im Rahmen der Erhebung wurden Angebote recherchiert, in denen zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit rechtsextrem orientierten und/oder rechtsextremen Jugendlichen gearbeitet wird. Die recherchierten Angebote wurden von den Autorinnen/Autoren aufgrund ihrer jeweiligen Zielgruppen und Arbeitssettings folgendermaßen klassifiziert:

- 1) Angebote der Arbeit mit rechtsextrem orientierten, einstiegsgefährdeten Jugendlichen
 - a) Streetwork,
 - b) Multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen für einstiegsgefährdete Jugendliche,
- 2) Angebote der Arbeit mit ausstiegswilligen Jugendlichen
 - a) Ausstiegshilfen,
 - b) Trainingsmaßnahmen sowie
- 3) weitere Formate, die zumindest teilweise mit rechtsextrem orientierten oder rechtsextremen Jugendlichen arbeiten:
 - a) kurzzeitpädagogische Angebote der Bildungsarbeit und
 - b) Angebote, die in virtuellen Kontexten (z.B. in sozialen Netzwerken) angesiedelt sind.

Mit Blick auf die aktuell existierenden Angebote werden im Folgenden die verschiedenen Formate hinsichtlich ihrer Ziele, Zielgruppen und Arbeitsweisen sowie Rahmenbedingungen der Arbeit (z.B. Ressourcenausstattung) vorgestellt.

2.1 Streetwork⁵

In der Arbeit mit rechtsextrem orientierten, einstiegsgefährdeten Jugendlichen ist Streetwork der wohl am längsten praktizierte Ansatz. Seit Ende der 1980er Jahre zielgerichtet mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen gearbeitet wurde, waren aufsuchende Ansätze lange Zeit eine zentrale

5 Unter der Bezeichnung „Streetwork“ wurden diejenigen Angebote zusammengefasst, die sich mit einem niedrighwelligen aufsuchenden Ansatz an Jugendliche und Jugendcliquen im öffentlichen Raum wenden.

Arbeitsform⁶, um rechtsextremen Jugendcliquen im öffentlichen Raum zu begegnen. Bis etwa in die 2000er Jahre stellten sie sogar die vorherrschende Arbeitsform im Feld dar (vgl. Möller/Schuhmacher 2014, S. 46). In Spezialangeboten der Streetwork, aber auch der Fanarbeit von Fußballvereinen, sollten Distanzierungsprozesse bei Jugendlichen initiiert werden, die mit rechtsextremen Orientierungen, Gewaltverhalten oder durch Bezüge zu rechtsextremen Gruppen und Erlebniswelten öffentlich in Erscheinung traten und die über andere Angebote der Jugendarbeit kaum erreicht wurden.

Konzeptioneller Ausgangspunkt der aufsuchenden Jugendsozialarbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen ist der von Krafeld entwickelte Ansatz der „akzeptierenden Jugendarbeit“ mit rechtsextrem orientierten Jugendcliquen (ebd. 1996), der bis heute – mit inhaltlichen Weiterentwicklungen, v.a. den Stellenwert inhaltlicher Konfrontation betreffend (vgl. Bleiß et al. 2004; Osborg 2006) – in seinen Grundzügen die Arbeit im Feld prägt. Ziel dieses Ansatzes war und ist es, das (weitere) Hineingleiten von jugendlichen Mitgliedern rechtsextrem orientierter Cliques in feste, rechtsextreme Strukturen mittels sozialpädagogischer Unterstützungsangebote sowie attraktiver Freizeitangebote zu verhindern.

Im Mittelpunkt der „akzeptierenden Jugendarbeit“ stehen demnach nicht die Probleme, die die Jugendlichen „machen“, sondern diejenigen, die sie „haben“ (Krafeld 1996, S. 16). Als zentrale Elemente der Arbeit gelten wechselseitige Akzeptanz sowie gegenseitiges Vertrauen. Sie sind nicht nur relevant, um bei den Jugendlichen die Bereitschaft für das gemeinsame pädagogische Arbeiten herzustellen, sondern bilden auch die Basis für eine dauerhafte und belastbare Arbeitsbeziehung, die wiederum Voraussetzung dafür ist, den Jugendlichen auf einer „inhaltsvollen“ Ebene begegnen zu können und um deren rechtsextreme Orientierungen und Verhaltensweisen thematisieren zu können (vgl. Krafeld 1996; Krafeld et al. 1993; Möller/VAJA 2007).

Die akzeptierende Jugendarbeit war, wie bereits erwähnt, in erster Linie eine Reaktion auf rechtsextrem orientierte Jugendcliquen, die Ende der 1980er und in den 1990er Jahren das Bild rechtsextremer Szenen in der

6 Sie wurden ergänzt um Angebote der offenen Jugendsozialarbeit, die sich dezidiert auch der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen und Jugendcliquen widmeten, um bei ihnen Distanzierungsprozesse anzustoßen. Heute scheinen offene Angebote allerdings erheblich an Bedeutung verloren zu haben. Im Zuge der aktuellen Erhebung konnten keine solchen Angebote recherchiert werden.

Öffentlichkeit geprägt hatten. Mittlerweile hat das aufsuchende Arbeitsformat in der Arbeit mit einstiegsgefährdeten, rechtsextrem orientierten Jugendlichen allerdings an Bedeutung verloren. Spezialangebote der Streetwork mit rechtsextremen Jugendlichen sind, wie die Recherchen im Zuge der Erhebung zeigten, im Arbeitsfeld äußerst selten geworden.⁷ (Auf mögliche Gründe für diese Entwicklung wird an späterer Stelle eingegangen, siehe hierzu Kap. 4.2).

Wenn Streetworker aktuell mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen arbeiten, geschieht dies eher im Kontext von Angeboten der Regelstrukturen, die einstiegsgefährdete Jugendliche zumeist – und dann eher situativ – im Rahmen ihrer breiter angelegten Arbeit mit problembelasteten und/oder sozial benachteiligten Jugendlichen erreichen oder in der aufsuchenden Projektarbeit mit anderen Zielgruppen (bspw. in der Arbeit der Fußball-Fanprojekte, vgl. Glaser 2008, S. 132). In beiden Fällen stellen rechtsextrem orientierte Jugendliche allerdings nur eine Teilzielgruppe dar. Rechtsextreme Orientierungen und Verhaltensweisen sind in der Arbeit dieser Angebote ein Problem unter vielen, die im Rahmen (nicht immer ausreichender) finanzieller und personeller Ressourcenausstattung bewältigt werden müssen. Nur ein Angebot im Sample widmete sich mit einem spezialisierten Team ausschließlich der Zielgruppe.

Wie grundsätzlich in der aufsuchenden Arbeit üblich, ist auch die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen Teamarbeit. Die Teams sind in der Regel gemischtgeschlechtlich aufgestellt und mit (sozial-)pädagogisch ausgebildetem Personal besetzt. In den meisten Fällen ist diese Qualifikation bereits Voraussetzung für eine Einstellung. Nur in Einzelfällen weisen Mitarbeiter/innen einen anderweitigen Ausbildungshintergrund auf.

2.2 Multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen für Einstiegsgefährdete

Neben Streetwork hat sich in der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen v.a. in den letzten Jahren – auch durch die Möglichkeit der Förderfinanzierung durch diverse Bundesprogramme – ein Format im Feld entwickelt, welches zum Ziel hat, eine (weitere) Annäherung Jugendlicher an rechtsextreme Szenen und Ideologien zu verhindern bzw. Umkehrprozesse

7 Zum gleichen Ergebnis kommt eine Expertise von Möller/Schuhmacher 2014, S. 46.

zu initiieren. Angebote dieses Formats werden im Folgenden aufgrund ihres spezifischen Zielgruppenzugangs und Arbeitssettings als „multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen für Einstiegsgefährdete“ bezeichnet.

Von Streetwork unterscheiden sich diese Angebote dadurch, dass der pädagogische Arbeitsprozess auf Einzelfallarbeit beruht, insbesondere aber durch die Wahl alternativer Zugangswege zu ihren Zielgruppen: Sie gewinnen ihre Klientel hauptsächlich über Kooperationspartner aus anderen Handlungsfeldern, die in ihrer alltäglichen Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen konfrontiert sind. Hierzu zählen Schulen, Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe sowie der Berufsvorbereitung und -ausbildung, aber auch Institutionen des Strafverfolgungssystems wie Polizei, Staatsanwaltschaften, Gerichte oder die Sozialen Dienste der Justiz. Auch zwangsweise Vermittlungen (z.B. über richterliche Weisungen) kommen hierbei zum Tragen.

Die bereits benannten Kernelemente der „akzeptierenden Jugendarbeit“ – eine wertschätzende Haltung gegenüber Klientinnen und Klienten, intensive Beziehungsarbeit, Bedürfnisorientierung und eine ganzheitliche Bearbeitung individueller Problemlagen – sind auch in diesem Format zentrale Bestandteile der Arbeit. Insofern bleiben die Grundzüge der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen, die sich in der Streetwork etabliert haben, auch in multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen zentral.

Angebote dieses Formats waren zum Zeitpunkt der Erhebung in der Regel bei (sowohl freien als auch behördlichen) Trägern der Jugendhilfe, vereinzelt aber auch bei Trägerverbänden von Jugendhilfeeinrichtungen und Polizei angesiedelt. Die eigentliche Arbeit übernahm aber durchgängig (sozial)pädagogisch ausgebildetes Personal. Für die Fallbearbeitung stehen in allen untersuchten Angeboten Teams aus mehreren Fachkräften zur Verfügung. Zumindest konzeptionell ist dabei eine gemischtgeschlechtliche Zusammensetzung der Teams vorgesehen. Nicht immer lässt sich jedoch diese Vorgabe im Projektalltag praktisch realisieren, da Bewerber/innenlagen dies nicht immer zulassen.

Aktuell werden alle Angebote dieses Formats als Projekte über diverse Förderprogramme des Bundes (teil)finanziert. Eine dauerhafte finanzielle Absicherung und somit Verstetigung der Angebote ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt (noch) nicht gegeben.

2.3 Ausstiegshilfen

Ein drittes im Feld identifiziertes Format stellen Ausstiegsangebote bzw. -hilfen dar. Sie wenden sich an rechtsextreme Jugendliche und (junge) Erwachsene, die bereits konsolidierte Bezüge zu rechtsextremen Szenen und/oder Ideologien aufweisen und verfolgen das Ziel, bei ihrer Klientel Distanzierungsprozesse von rechtsextremen Szenekontexten und/oder Ideologien begleitend zu unterstützen bzw. z.T. auch erst zu initiieren. Eine eigene Distanzierungsmotivation der Klientel gilt hierfür als wesentlich, weshalb die meisten Angebote eine freiwillige Teilnahme ihrer Adressatinnen und Adressaten voraussetzen. Einzelne Angebote gewinnen ihre Klientinnen und Klienten zwar auch über Zwangskontexte (z.B. über richterliche Weisungen), aber auch sie arbeiten mittelfristig darauf hin, dass sich bei den Klientinnen und Klienten Distanzierungsimpulse entwickeln.

Ausstiegsangebote gibt es in Deutschland seit 15 Jahren. Als erstes Angebot im Feld nahm im Jahr 2000 das zivilgesellschaftliche Angebot „EXIT“ seine Arbeit auf. Seitdem hat sich das Feld der Ausstiegsarbeit merklich ausdifferenziert. Bereits Anfang der 2000er Jahre entwickelten sich eine Reihe staatlicher Ausstiegsangebote des Bundes und verschiedener Bundesländer, die (mit einzelnen Ausnahmen) bis heute ihre Arbeit kontinuierlich fortgeführt haben. Hinzu kamen ab 2009 eine Reihe weiterer regionaler Angebote, die sich an ausstiegswillige Jugendliche richten. Neben einzelnen neu aufgelegten staatlichen Programmen sind dies v.a. Angebote freier Träger, die bis 2014 durch das XENOS-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ gefördert wurden und zum gegenwärtigen Zeitpunkt zumindest z.T. mit Hilfe von Anschlussfinanzierungen⁸ weiter Bestand haben. Mittlerweile sind somit in den meisten Bundesländern landesweite professionelle Ausstiegshilfen verfügbar. Darüber hinaus existieren vereinzelt kommunale Initiativen und bundesweit agierende Angebote.⁹

Ausstiegshilfen sind ganzheitliche Angebote der Beratung und Unterstützung und werden überwiegend am Einzelfall realisiert – nur selten wird die Arbeit mit einzelnen Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen

8 Die Anschlussfinanzierung erfolgte bei einem Teil dieser Angebote zunächst über das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ und seit 2015 über das Nachfolgeprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des BMFSFJ.

9 Eine differenzierte Darstellung der regionalen Verbreitung der Ausstiegsangebote findet sich in Glaser/Hohnstein/Greuel 2014.

um Gruppenarbeit, z.B. in Trainingskurse, erweitert und ergänzt. Im Zentrum der Arbeit stehen die jeweiligen spezifischen Bedürfnisse der Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen. Diese sind von Fall zu Fall äußerst divers: Die sich im Ausstiegsprozess befindenden Klientinnen und Klienten unterscheiden sich hinsichtlich des Grades der Szeneeinbindung und der Verfestigung rechtsextremer Ideologien sowie mit Blick auf ihre Problemlagen. Insofern ist die Begleitung von Ausstiegen ein hochgradig individueller Arbeitsprozess.

Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal von Ausstiegshilfen ist ihre Trägeranbindung. Aktuell sind 13 Ausstiegsangebote bei staatlichen Einrichtungen des Bundes und der Länder verortet, entweder bei einzelnen Behörden (Bundes- und Landesverfassungsschutzämtern, Landeskriminalämtern, Landesjustizministerien oder Sozial- und Jugendämtern) oder seltener bei behördenübergreifenden Schnittstellengremien. Vereinzelt haben sich zudem Trägerstrukturen entwickelt, in denen behördliche und nicht-staatliche Akteure in unterschiedlichen Konstellationen arbeitsteilig kooperieren. Diese staatlichen Angebote sind in der Regel unbefristet angelegt und werden über Landeshaushalte oder den Bund finanziert.

Die übrigen professionellen Angebote sind bei freien Trägern der Jugendhilfe und der Arbeitsmarktintegration und -qualifizierung sowie bei zivilgesellschaftlichen Vereinen angesiedelt. Über eine unbefristete Finanzierung verfügen sie in der Regel nicht; sie finanzieren sich zumindest anteilig über Förderprogramme des Bundes und der Länder, weitere Finanzierungswege bilden Spenden oder Bußgeldzuwendungen. Vor dem Hintergrund dieser instabilen Finanzierungslagen bleibt abzuwarten, wie sich die Angebotslandschaft in der Ausstiegsarbeit langfristig entwickeln wird.

Die unterschiedliche Trägeranbindung von Ausstiegshilfen spiegelt sich auch im Ausbildungshintergrund ihrer Mitarbeiter/innen wider. Ausstiegsangebote, die bei sicherheitsbehördlichen Trägern angesiedelt sind, verfügen in der Regel über Personal mit einem polizeilichen Ausbildungsprofil. In Teilen werden Teams allerdings gezielt um (sozial)pädagogisch qualifiziertes Personal ergänzt (z.B. im Zuge von Stellenbesetzungen oder institutionalisierten Kooperationen). Im Gegensatz dazu verfügen Mitarbeiter/innen bei behördlichen und freien Trägern der Jugendhilfe in der Regel über eine (sozial)pädagogische und/oder therapeutische Fachqualifikation. Bei Angeboten zivilgesellschaftlicher Vereine wiederum finden sich fachlich gemischte Teams. Zumindest in Einzelfällen werden aber auch Mitarbeiter/innen mit feldunspezifischen beruflichen Qualifikationen beschäftigt.

Eine geschlechtsparitätische Zusammensetzung der Teams, wie sie bspw. bei Streetworkangeboten und bei Multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen für einstiegsgefährdete Jugendliche in den meisten Fällen vorgesehen ist, findet sich bei Ausstiegshilfen nur in seltenen Fällen. Dort, wo diesbezüglich konzeptionelle Vorgaben bestehen, sind diese aufgrund ungünstiger Bewerbungslagen nicht immer durchgängig realisierbar.

2.4 Trainingskurse für rechtsextrem orientierte und rechtsextreme Straf- und Gewalttäter

Neben den zuvor beschriebenen längerfristig angelegten aufsuchenden und beratenden Formaten existieren im Untersuchungsfeld einzelne Angebote, die sich mit zeitlich begrenzten Trainingskursen an rechtsextrem orientierte und/oder an ausstiegswillige jugendliche Straf- und Gewalttäter wenden. Die Angebote verfolgen dabei das Ziel, die Teilnehmenden beim Abbau von aggressiven und gewalttätigen Verhaltensweisen sowie dahinterliegenden Vorurteilen oder rechtsextremen Orientierungen zu unterstützen und damit letztlich auch einer erneuten Straffälligkeit der Jugendlichen entgegenzuwirken.

Trainingskurse gewinnen ihre Teilnehmenden entweder über Arrest- und Haftanstalten, durch richterliche Weisungen oder sind – wie in einem Fall – obligatorischer (und über eine feste Kooperation integrierter) Bestandteil eines Ausstiegsangebots. Mit den jeweiligen Zugängen eng verbunden sind auch die Kontexte, in denen Trainingsmaßnahmen durchgeführt werden. Der überwiegende Teil der Angebote dieses Formats arbeitet in Haft- und Arrestanstalten mit verurteilten Straftäterinnen und -tätern; nur ein einziges Angebot arbeitet ergänzend mit Teilnehmenden auch außerhalb von Strafanstalten in eigens dafür ausgewählten, geschlossenen Settings.

Alle untersuchten Trainingsangebote haben gemeinsam, dass sie von Trägern umgesetzt werden, die über langjährige Erfahrungen im Bereich der Antigewaltarbeit und/oder Straffälligenhilfe (auch mit rechtsextremen und rechtsextrem orientierten Jugendlichen) verfügen. Die bei den Trägern gebündelt vorliegenden Erfahrungen und Kompetenzen werden in der Regel in Form von eigenen Qualifizierungsangeboten an ihre Mitarbeiter/innen weitergegeben.

Uneinheitlich stellt sich allerdings die personelle Ausstattung der Angebote in diesem Arbeitsformat dar. Einzelne Trainingsangebote verfügen

über eine vergleichsweise große Stammbesetzung und qualifizierte Honorarkräfte, andere wiederum verfügen nur über wenige Mitarbeiter/innen. Unterschiede zwischen den einzelnen Angeboten zeigen sich zudem auch hinsichtlich der finanziellen Ausstattung. Angebote werden zumindest teilweise über Fördermittel des Bundes oder der Länder, auch ergänzt über Honorargelder, Spenden sowie Zuweisungen aus Bußgeldern, finanziert, andere wiederum finanzieren sich ausschließlich aus Eigenmitteln.

In der Umsetzung ihrer Arbeit knüpfen Angebote dieses Formats an etablierte Formen der Antigewaltarbeit wie Anti-Aggressivitäts-Trainings (AAT®) und Anti-Gewalt-Trainings (AGT) an, indem sie bspw. in Gruppen arbeiten und konfrontative Elemente in die Arbeit einbinden (wenngleich mit Blick auf die jugendlichen Zielgruppen einzelner Angebote auf die Anwendung stark konfrontativer Methoden verzichtet wird). Außerdem werden die Trainingsinhalte auch aufgrund des zeitlich begrenzten Rahmens in der Regel modular verdichtet vermittelt.

Als spezifische Angebote für einsteigsgefährdete oder ausstiegswillige Jugendliche und junge Erwachsene unterscheiden sich die untersuchten Trainings allerdings von herkömmlichen Ansätzen der Antiaggressions- und -gewaltarbeit durch die Einbindung besonderer Lerninhalte, etwa zu Vorurteilen oder rechtsextremen Ideologien und Gruppendynamiken sowie durch die Aufarbeitung der Motivlagen und Problemkonstellationen, die für Prozesse der Hinwendung zu rechtsextremen Orientierungen und Verhaltensweisen ausschlaggebend waren.

Darüber hinaus sieht ein Teil der Angebote die Anschlussbetreuung der Teilnehmenden vor, um Lernerfolge, die im Training erzielt werden konnten, nicht durch neuere Belastungslagen, z.B. sozialer Art, zu gefährden. Diese erfolgt entweder – soweit realisierbar – durch eine Trainingsteilnahme in zeitlicher Nähe zur Haftentlassung oder durch die Einbettung der Maßnahme im Rahmen eines langfristigen Prozesses der Ausstiegsbegleitung.

2.5 Weitere Formate

Ergänzend zu den soeben vorgestellten Formaten finden sich einzelne Angebote im Feld, die sich (2.5.1) mit kurzzeitpädagogischen Bildungsangeboten oder (2.5.2) mit virtuellen Ansätzen dezidiert (auch) an rechts-extrem orientierte Jugendliche richten. Beide Formate werden an dieser Stelle der Vollständigkeit halber aufgeführt. Im Sample wurden sie

allerdings nicht berücksichtigt, v.a. weil erhebbare Projekterfahrungen zum Zeitpunkt der Samplebildung noch nicht vorlagen.

2.5.1 Kurzzeitpädagogische Angebote der Bildungsarbeit

Kurzzeitpädagogische Angebote der Bildungsarbeit richten sich in der Regel mit zeitlich begrenzten, z.B. kulturellen und (historisch-)politischen Bildungsveranstaltungen an heterogen zusammengesetzte Zielgruppen (z.B. Jugendliche in Schul- und Ausbildungsklassen, Gruppen in Freizeitzentren etc.). Unter Umständen befinden sich in diesen heterogen zusammengesetzten Gruppen auch Jugendliche mit rechtsextremen Orientierungen, Verhaltensweisen und/oder Zugehörigkeiten. Zielführende Distanzierungsarbeit mit diesen Jugendlichen kann jedoch in solchen heterogenen Settings kaum geleistet werden. Inzwischen existieren einige kurzzeitpädagogische Angebote, die auf diesen Umstand reagieren und rechts-extrem orientierte Jugendliche aus der Gruppe separieren, um mit ihnen gezielter arbeiten zu können und zumindest Distanzierungsimpulse setzen zu können. In unserer Erhebung konnten diese Angebote nicht näher einbezogen werden, da noch keine umfassenden Umsetzungserfahrungen vorlagen bzw. Interviewtermine nicht zustande kamen.

2.5.2 Virtuelle Ansätze

Eine Neuerung im Feld der Arbeit mit rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Jugendlichen stellen aktuell Angebote dar, die sich in virtuellen Kontexten der Erprobung von Zugängen zu und spezifischen Arbeitsweisen mit diesen Jugendlichen widmen. Sie verfolgen das Ziel, Jugendliche, die online mit rechtsextremen Positionen in Erscheinung treten, sich in einschlägigen Netzwerk-,Gruppen‘ und Diskussionen beteiligen oder anderweitig durch Bezüge zu rechtsextremen Gruppen und/oder Ideologien auffällig werden, aktiv anzusprechen, mit alternativen Positionen und Gegenargumenten zu konfrontieren und – wenn möglich – durch Einbindung in intensive Onlinegespräche zur Distanzierung von rechtsextremen Haltungen und/oder Gruppen beizutragen.

Die Angebote dieses Formats sind eine Reaktion auf die zunehmende Digitalisierung jugendlicher Lebenswelten einerseits und die wachsende

Bedeutung von Internettechnologien – v.a. Sozialer Medien wie ‚Facebook‘, ‚YouTube‘ oder ‚Twitter‘ – für die interne Kommunikation rechtsextremer Gruppen sowie für rechtsextreme Werbe- und Rekrutierungspraxen.

Zum Zeitpunkt der Datenerhebung wurde die virtuelle Arbeit eher noch von zivilgesellschaftlichen Initiativen und privaten Akteuren umgesetzt.¹⁰ Professionelle Angebote, die virtuelle Ansätze – entweder ergänzend zu ihrer herkömmlichen „offline“-Arbeit oder ausschließlich – nutzen, konnten zum Zeitpunkt der Erhebung nur vereinzelt im Feld identifiziert werden. Von diesen wenigen professionellen Angeboten wurde wiederum nur eines im Sample dieser Erhebung berücksichtigt, da es als einziges über mehrjährige Erfahrung bei der Umsetzung dieses Ansatzes verfügte. Die übrigen identifizierten Angebote blieben unberücksichtigt, entweder weil sie – wie Vorrecherchen ergaben – rechtsextrem orientierte oder rechtsextreme Jugendliche kaum erreichten oder weil sie zum Zeitpunkt der Datenerhebung noch nicht über umfassende Umsetzungserfahrungen verfügten.

Allerdings ist anzunehmen, dass Angebote, die sich aktuell noch in der Phase der Erprobung virtueller Ansätze befinden, im Verlauf ihrer Arbeit interessante Erfahrungen sammeln werden, die für die Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis im Feld durchaus gewinnbringend sein könnten.¹¹ Gerade die Weiterentwicklung dieses Formats könnte angesichts des zentralen Grundsatzes der Jugendsozialarbeit, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie sich aufhalten – nämlich zunehmend auch in virtuellen Räumen – eine interessante zukünftige Entwicklungslinie im Arbeitsfeld darstellen.¹²

10 Diese Einschätzung basiert auf den durchgeführten Vorrecherchen. Zivilgesellschaftliche Initiativen sowie Privatpersonen wurden als nicht-professionelle Akteure bei der Samplebildung nicht berücksichtigt.

11 Vor diesem Hintergrund veranstaltet die Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention im November 2015 ein Expertenfachgespräch zum Thema „Politische Extremismen im Netz – Herausforderungen für die Jugendhilfe“. Die Veranstaltung wird u. a. empirisches Wissen sowie vorhandene Praxiserfahrungen im Feld bündeln, aber auch Anregungspotenziale aus anderen Praxisfeldern ausloten sowie weiteren Wissens- und pädagogischen Entwicklungsbedarf identifizieren.

12 In diese Richtung weist bspw. die Ausrichtung des aktuellen Bundesprogramms des BMFSFJ „Demokratie leben!“ (Förderzeitraum 2015–2019). Im Unterschied zu den Vorgängerprogrammen soll im Bereich der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention dezidiert die „Erprobung von Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention im Internet/in den Social Media sowie zur medienpädagogischen/bildnerischen Auseinandersetzung mit Internetangeboten politisch radikalen Inhalts“ gefördert werden (vgl. BMFSFJ 2014, S. 4).

3 Zielgruppen der Angebote

Wie bereits in den vorangegangenen Abschnitten skizziert wurde, unterscheiden sich die identifizierten Formate im Untersuchungsfeld hinsichtlich ihrer Adressatinnen/Adressaten.

In den beiden folgenden Kapiteln werden die Zielgruppen der jeweiligen Formate näher untersucht. Dabei soll den Fragen nachgegangen werden, ob die konzeptionell anvisierten Zielgruppen in ihrer Gesamtheit tatsächlich auch von den Angeboten erreicht werden, welche Zielgruppen möglicherweise durch die Arbeit der Angebote unerreicht bleiben und inwieweit die jeweils genutzten Strategien der Zielgruppengewinnung Einfluss darauf haben, dass die in der Praxis erreichte Klientel vom Spektrum der konzeptionell festgelegten Adressatinnen und Adressaten abweicht.

Zu diesem Zweck soll in diesem Kapitel zunächst geklärt werden, welche Zielgruppen in den einzelnen Angeboten und Angebotsformaten konzeptionell anvisiert werden. Um das Adressatinnen/Adressaten-Spektrum der einzelnen Angebote sowie der Angebotsformate genauer beschreiben zu können, wurden die Selbstdarstellungen der Angebote einer Dokumentanalyse unterzogen. Einbezogen wurden Konzeptpapiere, Informations- und Werbetexte sowie fachliche Veröffentlichungen. Bei einem Teil der Angebote waren die relevanten Materialien online abrufbar, oder sie wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Angebote ausgehändigt. Allerdings lagen nicht zu allen befragten Angeboten entsprechende Texte vor. In diesen Fällen wurden entweder keine Konzeptpapiere durch die Angebote zur Verfügung gestellt, oder den Angeboten fehlte eine entsprechende systematische konzeptionelle Grundlage.¹³ Ergänzend wurden die Fachkräfte in den Angeboten in den Interviews zu ihren konzeptionell anvisierten Zielgruppen befragt.

Im Zuge der Analyse aller relevanten Daten wurde deutlich, dass nicht allen untersuchten Angeboten präzise Zielgruppendefinitionen zugrunde liegen. Diese Einschränkung vorangestellt, lassen sich für die jeweiligen Angebote und davon ausgehend auch für die Angebotsformate spezifische Zielgruppenschwerpunkte identifizieren.

13 Vor allem regelfinanzierte, aber auch einzelne projektgeförderte Angebote konnten aus unterschiedlichsten Gründen nur begrenzt Angebotskonzeptionen zur Verfügung stellen. Für projektfinanzierte Angebote konnten ergänzend auch die durch die jeweiligen Fördermittelgeber öffentlich bereitgestellten Projektkurzdarstellungen in die Betrachtungen einbezogen werden.

3.1 Streetwork und multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen für Einstiegsgefährdete

Angeboten der Streetwork und der multiplikatorenvermittelten Einzelberatung ist gemein, dass sie sich konzeptionell an Jugendliche richten, die sich in der Phase der Annäherung an und Faszination für rechtsextreme Gruppen und/oder Ideologien befinden, ohne aber feste Bezüge zu diesen aufzuweisen. Diese Angebote verfolgen das Ziel, bei dieser Zielgruppe einer weiteren Annäherung an rechtsextreme Szenen und/oder Ideologien entgegenzuwirken. Ihr anvisiertes Zielgruppenspektrum umfasst Jugendliche, die gruppenbezogene Vorurteile aufweisen, aber auch rechtsextrem orientierte Jugendliche im Umfeld von rechtsextremen Szenen.

In beiden Formaten sind 12- bis 16-jährige Jugendliche die Hauptzielgruppe der Angebote im Sample – nur eine multiplikatorenvermittelte Einzelberatung richtet sich an Jugendliche ab 17 Jahre. Die Eingrenzung des Altersspektrums basiert v.a. bei den multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen u.a. auf den Vorgaben des finanzierenden Förderprogramms. In fast allen untersuchten Angeboten (auch bei den multiplikatorenvermittelten Angeboten) sind hierfür aber ebenso fachliche Überlegungen und Vorerfahrungen ausschlaggebend. Hintergrund ist zum einen, dass sich eine Annäherung an rechtsextreme Verhaltens- und Denkmuster oftmals bereits in der frühen Jugendphase mit beginnender politischer Sozialisation einstellt. Damit bestätigt die untersuchte Fachpraxis auch die Erkenntnisse der Forschung hinsichtlich des Einstiegsalters in rechtsextreme Szenen (vgl. Möller 2000a). Zum anderen gehen die Fachkräfte in den Angeboten davon aus, dass Jugendliche in dieser Entwicklungsphase noch offen für Prozesse der (Weiter)Entwicklung und Umorientierung und somit auch für pädagogische Anregungen und Interventionen noch gut erreichbar sind. Auch dies deckt sich mit wissenschaftlichen Befunden (vgl. Rieker 2009, S. 105).

Darüber hinaus richtet sich ein Großteil der untersuchten Angebote in beiden Formaten an benachteiligte und/oder bildungsferne Jugendliche aus sozial belasteten Familien und/oder Sozialräumen. Dieser spezifische Fokus basiert auf dem Befund, dass soziale Desintegrations- und Marginalisierungserfahrungen die Ausprägung antidemokratischer, rechtsextremer Orientierungen und Verhaltensweisen befördern können (vgl. Stöss 2010, S. 48ff.; Anhut/Heitmeyer 2000, S. 48). Für die regelstrukturellen Angebote der Streetwork gilt zudem, dass sie sich vor dem Hintergrund

ihrer „klassischen“ Ausrichtung v.a. auf diese Zielgruppe konzentrieren. Dagegen sollten Jugendliche, die aus sozial weitestgehend abgesicherten und stabilen Verhältnissen stammen, auch „ohne Sozialarbeiter erwachsen werden können“ (Int. 04: 55).

Neben diesen Gemeinsamkeiten zeigt sich allerdings ein deutlicher Unterschied zwischen Streetwork auf der einen und multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen auf der anderen Seite. Dies betrifft den Umgang der Angebote mit Jugendlichen, die rechtsextremen Gruppen angehören oder in rechtsextremen Vereinen organisiert sind. Konzeptionell ausgeschlossen wird die Arbeit mit dieser Zielgruppe in allen untersuchten Streetworkangeboten, während Einzelberatungen mit einer Ausnahme keine derartige konzeptionelle Einschränkung machen. In der Praxis ist diese Grenze allerdings fließend und muss im Einzelfall definiert werden (siehe hierzu Kap. 4.2).

Von den Angeboten, die eine Arbeit mit Angehörigen rechtsextremer Gruppen konzeptionell ausschließen, werden vielfältige Argumente für eine solche konzeptionelle Grenzziehung aufgeführt. Erstens erachten sie organisierte Jugendliche für weniger empfänglich insbesondere für inhaltlich ausgerichtete pädagogische Angebote. Zweitens soll auf diesem Wege einer möglichen Vereinnahmung und Instrumentalisierung der pädagogischen Angebote durch den organisierten Rechtsextremismus entgegengewirkt bzw. vorgebeugt werden – einem Befragten zufolge würden sozialpädagogische Unterstützungsangebote zwar möglicherweise auch von stärker involvierten Jugendlichen mit entsprechenden Hilfebedarfen gerne in Anspruch genommen, doch würde eine Bearbeitung ihrer Probleme einer Stärkung der Szene gleichkommen. Drittens könnten schließlich aus der mangelnden Unterstützung der Jugendlichen bei der Bewältigung individueller Probleme innerhalb rechtsextremer Gruppen Frustrationen und Enttäuschungen resultieren, die wiederum als Impuls bei der Entwicklung einer eigenen Ausstiegsmotivation wirken könnten. An dieser Stelle, so eine Fachkraft, sei es zielführender, im Sozialraum konstant Präsenz zu zeigen und den Jugendlichen zu vermitteln, dass sie für sie zu einem späteren Zeitpunkt – nämlich dann, wenn sie sich von der rechtsextremen Szene wieder distanzieren möchten – jederzeit unterstützend zur Verfügung stehen. Diese Argumente haben im Fachdiskurs über die Legitimität bzw. Umsetzbarkeit einer pädagogischen Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen seit vielen Jahren Bedeutung (vgl. Krafeld, 2001, 283f.).

Im Gegensatz dazu sehen die befragten multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen mehrheitlich gerade hierin eine Chance, um zu diesem vergleichsweise späten Zeitpunkt durch attraktive Alternativangebote Distanzierungsimpulse zu generieren.

3.2 Ausstiegshilfen

Ausstiegshilfen verfolgen das Ziel, ihre Adressatinnen und Adressaten bei der Distanzierung von rechtsextremen Gruppen und/oder Ideologien zu begleiten und zu unterstützen, was das Vorhandensein rechtsextremer Orientierungen bzw. Einstellungen und/oder Zugehörigkeiten voraussetzt. Das Adressatenspektrum der Angebote dieses Formats ist dennoch heterogener als auf den ersten Blick zu vermuten wäre.

Die Zielgruppen von Ausstiegshilfen unterscheiden sich zunächst hinsichtlich der Frage, inwieweit die Eigenmotivation der Adressatinnen und Adressaten, sich aus rechtsextremen Kontexten zu lösen, als Grundbedingung für eine Angebotsteilnahme gegeben sein muss. Einige der Ausstiegshilfen im Sample schätzen das Vorhandensein eigener Ausstiegsimpulse bei ihren potenziellen Klientinnen und Klienten als wesentlich ein, weshalb sie in der Regel eine freiwillige Teilnahme voraussetzen. Einzelne Angebote hingegen richten sich gleichermaßen an eine Klientel, bei der zunächst keine Bereitschaft zur Distanzierung besteht, wobei jedoch auch bei diesen jungen Menschen im Laufe der Ausstiegsbegleitung die Entwicklung eigener Ausstiegsimpulse angestrebt wird. Außerdem ist für einen Teil der untersuchten Ausstiegshilfen eine feste und über einen längeren Zeitraum bestehende Einbindung der Adressatinnen und Adressaten in rechtsextreme Szenen eine entscheidende Bedingung für die Aufnahme in das Angebot.

Diese Bedingung hat Einfluss darauf, ob konzeptionell die Arbeit mit minderjährigen Jugendlichen vorgesehen ist. Viele der Ausstiegshilfen, die bei ihrer Klientel eine vorangegangene langfristige Einbindung in rechtsextreme Szenen voraussetzen, schließen die Aufnahme von Jugendlichen unter 18 Jahren aus. Die Mitarbeitenden in diesen Angeboten begründen dies damit, dass sich eine ernsthafte Ausstiegsmotivation erst im Laufe langjähriger Zugehörigkeiten und im Zuge des sich hierbei entwickelnden Leidensdrucks herausbildet. Szenezugehörigkeiten seien aber erst ab einem bestimmten Alter fest konsolidiert – minderjährige Jugendliche

seien somit, so die Argumentation, tendenziell noch in einer Phase der Annäherung an und Faszination für rechtsextreme Szenen und noch nicht lange genug eingebunden, als dass sie ausreichend negative Erfahrungen gewonnen hätten, um tragfähige Ausstiegsimpulse zu entwickeln. Da diese aber eine zentrale Voraussetzung für eine längere und erfolgreiche Arbeitsbeziehung darstellten, erachten die betreffenden Angebote die Arbeit mit minderjährigen Jugendlichen als wenig aussichtsreich. Fraglich ist jedoch an dieser Stelle, ob rechtsextreme Zugehörigkeiten und Einstellungen tatsächlich an einer festen Altersgrenze festgemacht werden können. Dies ist besonders deshalb zu diskutieren, da Ausstiegsbegleiter/innen selbst in ihrer Arbeit beobachten, dass auch Minderjährige schon ausgeprägte Szene- oder Ideologiebezüge aufweisen. Insofern wäre es durchaus denkbar, dass auch Jugendliche unter 18 Jahren bereits länger in rechtsextremen Szenen verhaftet sind und im Zuge dessen dort auch ausreichend (Negativ-)Erfahrungen sammeln, um eine eigene Ausstiegsmotivation entwickeln zu können.

Der überwiegende Teil der Ausstiegshilfen in Deutschland verzichtet allerdings auf altersspezifische Untergrenzen, solange bei der Klientel die als erforderlich erachteten festen Bezüge zu rechtsextremen Inhalten oder Gruppen vorhanden sind. In Angeboten, die bei Trägern der Jugendhilfe angesiedelt sind, ist die Arbeit mit allen jugendlichen Altersgruppen Teil des eigenen Handlungsauftrags. Weitere trägerunabhängige Gründe gegen eine feste Altersuntergrenze sind eine dezidierte Hilfeorientierung, vor deren Hintergrund jeder, „der Hilfe sucht und aussteigen will“ (Int. 07: 10) auch unterstützt werden soll sowie ein über die Ausstiegshilfe hinausgehendes Zielverständnis, demzufolge möglichst frühzeitig – noch bevor sich Einstellungen und Zugehörigkeiten bei den Jugendlichen verfestigen – durch diese Angebote interveniert werden soll. Vor diesem Hintergrund fokussiert ein Teil der befragten Ausstiegshilfen sogar besonders auf jugendliche Zielgruppen.¹⁴

Weiterhin ist hinsichtlich der Frage, inwieweit mit im Einstiegsprozess befindlichen Jugendlichen gearbeitet wird, ausschlaggebend, ob im Einzugsbereich der jeweiligen Ausstiegshilfen andere Angebote verfügbar sind, die sich dezidiert an junge Menschen richten, die sich noch in der Phase der Hinwendung an rechtsextreme Szenen und/oder Ideologien

14 Voraussetzung für die Teilnahme Minderjähriger ist jedoch immer das Einverständnis der Erziehungsberechtigten.

befinden bzw. die weniger feste Bezüge zum Rechtsextremismus aufweisen. Ist dies nicht der Fall, tendieren Ausstiegshilfen eher dazu, sich für diese Zielgruppe zu öffnen. Zudem scheint auch die Verfügbarkeit weiterer Ausstiegsangebote in den jeweiligen Bundesländern hierauf Einfluss zu haben, da sich in solchen Konstellationen Arbeits- und Aufgabenteilungen auch im Hinblick auf verschiedene Ziel- und damit auch Altersgruppen herausgebildet haben.

Ferner deuten sich in den untersuchten Angeboten Unterschiede dahingehend an, inwieweit sie Zielgruppen mit spezifischen Ausprägungen von Rechtsextremismus, z.B. rechtsextreme Gewalttäter, fokussieren. Dabei zeigen sich deutliche Zusammenhänge mit der Trägeransiedlung der jeweiligen Ausstiegshilfen. Staatliche innen- und justizbehördliche Ausstiegshilfen haben schwerpunktmäßig den Schutz der Verfassung und/oder Straftatvermeidung und -verfolgung zum Ziel und möchten demzufolge Adressatinnen und Adressaten gewinnen, die durch die Beteiligung an Aktivitäten des organisierten Spektrums des Rechtsextremismus sowie durch (politisch motivierte) Straf- und Gewalttaten in Erscheinung getreten sind.

Zumindest für einen Teil der zivilgesellschaftlichen Angebote sind hingegen eher rechtsextreme Orientierungen und Überzeugungen relevant (vgl. Glaser/Hohnstein/Greuel 2014, S. 53).

Schließlich konzentriert sich ein Teil der betrachteten Ausstiegshilfen aufgrund ihrer Finanzierung durch ein arbeitsmarktspezifisches Bundesförderprogramm und vor dem Hintergrund spezifischer Kernkompetenzen des Trägers in besonderem Maße auf rechtsextrem orientierte Jugendliche und junge Erwachsene mit sozialen Integrationsproblemen, um durch die Integration der Klientel in Ausbildung und Arbeit deren Ausstiegsprozesse zu befördern. Wie auch bei den Streetworkangeboten werden hier soziale Marginalisierungs-, Exklusions- und Scheiternserfahrungen als zumindest teilweise ursächlich für die Hinwendung zum Rechtsextremismus und die Bearbeitung solcher Problemlagen als distanzierungsbefördernd erachtet.

3.3 Trainingskurse

Alle im Feld identifizierten Trainingsangebote haben sich auf die Auseinandersetzung mit Straftatbeständen und Gewaltverhalten spezialisiert

und leiten ihre Zielgruppendefinition von diesem Kompetenzprofil ab. Sie richten sich v.a. oder ausschließlich an jugendliche Straf- und Gewalttäter/innen mit rechtsextremen Orientierungen und/oder Gruppenzugehörigkeiten, die sie mehrheitlich in Arrest- und Haftkontexten gewinnen.

Unterschiede zwischen den einzelnen Angeboten dieses Formats zeigen sich dahingehend, dass zwei Angebote mit Jugendlichen arbeiten, die aufgrund gravierender Straftaten auffällig geworden sind (und deshalb z.T. auch zu Jugendstrafen verurteilt wurden), während sich ein Angebot auf die Arbeit mit Jugendlichen im Jugendarrest spezialisiert hat. Damit richtet es sich an diejenigen Jugendlichen, die zwar bereits ein- oder mehrfach straffällig in Erscheinung getreten sind, für die jedoch die Verhängung einer Jugendstrafe als noch nicht geboten erachtet wird.

Personen mit konsolidierten rechtsextremen Weltbildern hingegen gehören nicht zum eigentlichen Zielgruppenspektrum von Trainingskursen. Hierfür werden von den Angeboten verschiedene fachliche Gründe aufgeführt: Zum einen spreche gegen eine Aufnahme ideologisch gefestigter Rechtsextremer, dass unter den Bedingungen eines zeitlich befristeten pädagogischen Formats bei dieser Zielgruppe kaum Veränderungsprozesse angeregt werden könnten. Zum anderen würden Trainingskurse in Gruppenarbeit realisiert und die Dynamik innerhalb der Trainingsgruppe könne durch die Anwesenheit stark ideologischer Personen erheblich beeinflusst werden. So könnten diese das Gruppensetting zur politischen Bühne umfunktionieren oder durch ihre Präsenz andere Teilnehmende darin hemmen, sich intensiv und offen reflektiert in die Gruppenarbeit einzubringen (bspw. weil die Teilnehmenden Anfeindungen außerhalb des Trainingskontextes erwarten könnten). Nur in Ausnahmefällen – dann nämlich, wenn ideologisch stärker verhaftete Rechtsextreme eine glaubhaft nachvollziehbare Distanzierungsmotivation nachweisen können – werden sie in einzelnen Angeboten aufgenommen.

Ebenfalls nicht zur Zielgruppe von Trainings zählen psychisch labile Personen wie Suchterkrankte oder Personen, die nachweislich auto-aggressive Tendenzen oder problematische Persönlichkeitsstörungen aufweisen und deshalb für das formatspezifische Arbeiten nicht geeignet sind. Dies gilt generell für solche Trainingsangebote, die in der Gruppenarbeit auch auf stark konfrontative Methoden zurückgreifen, denn diese sind für die Teilnehmenden emotional besonders herausforderungsvoll und setzen insofern ein Mindestmaß an Stabilität und Belastbarkeit voraus. Weidner und Kilb 2010 zufolge fehlt Personen mit psychischen

Problemen diese Stabilität, weshalb konfrontative Trainingsformen solche Menschen an die Grenzen des persönlich Ertragbaren führen und bei ihnen kontraproduktive Effekte hervorrufen können (vgl. ebd., S. 9).

Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die in die Erhebung einbezogenen Angebote der unterschiedlichen Formate erwartungsgemäß verschiedene konzeptionelle Schwerpunktsetzungen hinsichtlich ihrer Zielgruppe aufweisen. Streetworkangebote und multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen wenden sich schwerpunktmäßig an Jugendliche, die sich noch in der Phase der Hinwendung zu rechtsextremen Gruppen und/oder Ideologien befinden. Ausstiegshilfen richten sich hingegen insbesondere an Personen mit ausgeprägten rechtsextremen Haltungen und/oder Gruppenbezügen. Trainingsangebote zielen v.a. auf jugendliche Straf- und Gewalttäter/innen mit rechtsextremen Orientierungen und/oder Zugehörigkeiten.

Abseits dieser Schwerpunktsetzungen bestehen bereits auf konzeptioneller Ebene an verschiedenen Stellen Überschneidungen bei den Adressatengruppen. In einigen multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen gehören neben einstiegsgefährdeten Personen auch solche mit bereits stärker ausgeprägten Gruppenzugehörigkeiten und/oder ideologischen Verfestigungen zur Zielgruppe. Umgekehrt gibt es ebenso Ausstiegshilfen, die konzeptionell die Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen nicht ausschließen.

Die konzeptionelle Zielgruppe in den untersuchten Angeboten steht zumindest teilweise in Zusammenhang mit den strukturellen Rahmenbedingungen der Angebote. Hierzu zählen zunächst die jeweiligen Finanzierungshintergründe. So wenden sich einzelne regelfinanzierte Streetworkangebote sowie die durch ein arbeitsmarktspezifisches Bundesprogramm geförderten Ausstiegsangebote insbesondere an sozial desintegrierte Jugendliche. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass rechts-extrem orientierte Jugendliche, die kaum soziale Probleme aufweisen und gut integriert sind, in diesen Angeboten eher unberücksichtigt bleiben. Das ist problematisch, da Letztere einen beachtlichen Anteil an rechtsextremen Szenen haben (vgl. Becker 2012, S. 5).

Ebenso wirken sich die Kompetenzen und Handlungsaufträge der jeweiligen Träger auf die Zielgruppendefinitionen der einzelnen

Angebote aus. Dies betrifft zum einen das Alter der anvisierten Klientel: Angebote, die bei Trägern der Jugendhilfe angesiedelt sind, richten sich gemäß der gesetzlichen Grundlage an Jugendliche bis 27 Jahre, während Angebote innenbehördlicher und justizieller Träger nur teilweise Altersbeschränkungen vornehmen. Zum anderen beeinflusst die Trägeranbindung die Zielgruppenstruktur auch insofern, als dass einzelne Angebote auf eine Klientel mit spezifischen Ausprägungen von Rechtsextremismus fokussiert sind. Insbesondere Trainingsangebote mit einem Schwerpunkt auf Antigewaltarbeit sowie Ausstiegsangebote von sicherheits- und justizbehördlichen Trägern konzentrieren sich auf Adressatinnen und Adressaten, die bereits gewalttätig oder anderweitig straffällig in Erscheinung getreten sind.

Außerdem lieferte die Erhebung Hinweise darauf, dass es die Zielgruppenkonzeption beeinflusst, wenn vor Ort mehrere Angebote existieren, die sich mit verschiedenen Ausrichtungen der Arbeit mit rechtsextrem orientierten und rechtsextremen jungen Menschen widmen. In diesen Konstellationen scheinen sich arbeitsteilige Effekte einzustellen (z.B. werden die Zielgruppen hinsichtlich ihres Alters oder der Ausprägung rechtsextremer Erscheinungsformen unter mehreren Angeboten aufgeteilt).

4 Zielgruppengewinnung

Im Folgenden sollen die formatspezifischen Strategien der Zielgruppengewinnung (4.1) sowie das tatsächlich in der Arbeit erreichte Zielgruppenspektrum (4.2) vorgestellt und in Bezug aufeinander diskutiert werden. Dabei soll den Fragen nachgegangen werden, ob die konzeptionell anvisierten Zielgruppen in ihrer Gesamtheit tatsächlich auch von den Angeboten erreicht werden, welche Zielgruppen möglicherweise durch die Arbeit der Angebote unerreicht bleiben und inwieweit die jeweils genutzten Strategien der Zielgruppengewinnung Einfluss darauf haben, dass die in der Praxis erreichte Klientel vom Spektrum der konzeptionell festgelegten Adressatinnen und Adressaten abweicht.

4.1 Strategien der Zielgruppengewinnung

Eine erfolgreiche Zielgruppengewinnung bildet die Grundlage für die pädagogische Arbeit mit der jeweiligen Zielgruppe. Bei den recherchierten Angeboten ließen sich drei verschiedene Strategien der Zielgruppengewinnung unterscheiden:

- a) die Zielgruppe wird direkt von den Mitarbeitenden des Angebots angesprochen,
- b) die Zielgruppe wird von Dritten angesprochen und in das Angebot vermittelt,
- c) die Zielgruppe wendet sich selbst an das Angebot.

Diese verschiedenen Zugangswege haben in den Formaten unterschiedliche Bedeutung und werden in verschiedenen Formen umgesetzt. Im Folgenden werden die Umsetzungen in den verschiedenen Formaten genauer dargestellt.

4.1.1 Streetwork

Die Streetwork gewinnt ihre Zielgruppe dadurch, dass Gruppen von Jugendlichen, die sich an Treffpunkten im öffentlichen Raum aufhalten, durch die Fachkräfte aufgesucht und angesprochen werden und schließlich ein gegenseitiges Kennenlernen angebahnt wird. Wichtiger Bestandteil ist

dabei, der Gruppe oder ausgewählten Einzelpersonen aus dieser Gruppe attraktive Freizeit- und Hilfsangebote zu machen und so einen Beziehungsaufbau einzuleiten. Dieses niedrigschwellige Kennenlernen der Jugendlichen hat zunächst v.a. den Zweck, Informationen zu Problembelastungen bzw. Unterstützungsbedarf, zur Kooperationsbereitschaft wie auch zu den Freizeitinteressen der einzelnen Jugendlichen zu gewinnen, um auf dieser Basis mit ausgewählten Jugendlichen bzw. Cliquen einzelfall- bzw. gruppenbezogen arbeiten zu können. Die offerierten Freizeit- und Hilfsangebote stellen zugleich einen wichtigen Attraktivitätsmoment der Angebote dar (nähere Ausführungen hierzu finden sich im Kap. 6.1.2) und schaffen Motivationen dafür, sie auch längerfristig wahrzunehmen.

Ein Teil der untersuchten Angebote verfolgt einen allgemeinen jugendhilfespezifischen Arbeitsauftrag und hat sämtliche sich im öffentlichen Sozialraum aufhaltende Jugendliche mit Integrationsproblemen und entsprechenden Unterstützungsbedarfen als Zielgruppe. Entsprechend ist es für diese Angebote zentral, Informationen zum Unterstützungsbedarf der Jugendlichen zu erhalten und diejenigen mit den stärksten Bedarfen für eine intensivere Betreuung auszuwählen. Unter diesen Jugendlichen finden sich auch solche mit rechtsextremen Orientierungen. Sie gehören aber zunächst aufgrund ihrer Unterstützungsbedarfe und nicht wegen ihrer Orientierungen zur Zielgruppe der Angebote.

Grundsätzlich anders ist dies bei Angeboten, die sich auf rechtsextrem orientierte Jugendliche bzw. Cliquen als Zielgruppe fokussieren. Hier sind hinreichend vorhandene rechtsextreme Orientierungen das zentrale Auswahlkriterium, um mit Einzelpersonen oder Cliquen zu arbeiten. Entsprechend werden von den Angeboten in erster Linie Jugendliche aufgesucht und angesprochen, deren Verhalten und/oder deren Habitus rechtsextreme Orientierungen vermuten lassen.

Sobald die Zielgruppe identifiziert ist, treten die Projektmitarbeitenden in die Phase des Beziehungsaufbaus und offerieren Freizeit- sowie Hilfsangebote, die an den Bedürfnissen der Zielgruppe ansetzen müssen, um einen dauerhaften Zugang zur Zielgruppe zu schaffen.¹⁵

15 An zentralen Bedürfnissen und Interessen der Zielgruppe anzusetzen und darüber einen Zugang zu den Jugendlichen zu schaffen, ist auch in einem weiteren Feld der Sozialen Arbeit üblich, in dem mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen gearbeitet wird. In Fußball-Fanprojekten wird durch die Beschäftigung mit Fußball und die Arbeit mit Fans an einem zentralen Interesse angeknüpft und hierüber ein Zugang (auch) zu rechtsextrem orientierten Fußballfans geschaffen (vgl. Glaser 2008).

Eine wesentliche Schwierigkeit für die Streetwork besteht aktuell darin, rechtsextrem orientierte Jugendliche bzw. Jugendcliquen auch tatsächlich zu erreichen (hierzu näher in Kap. 4.2). Dies konfrontiert die pädagogische Praxis mit neuen Herausforderungen. Dazu gehört zum einen, weniger offensichtliche rechtsextreme Erscheinungsformen identifizieren zu können, zum anderen und v.a. aber auch, neue konzeptionelle Wege zu entwickeln, um die Zielgruppe zu erreichen.

Die befragten Angebote versuchen auf verschiedene Weise, neue Zugangswege zu erschließen. So plant beispielsweise die Mitarbeitenden eines Angebots, ihre aufsuchende Arbeit in das Feld der Online-Kommunikation zu verlagern, um in den einschlägigen Medien präsent zu sein. Entsprechende Versuche standen zum Zeitpunkt der Erhebung noch am Anfang und auswertbare Erfahrungen lagen noch nicht vor. Deutlich wurde aber, dass die Arbeit in virtuellen Räumen eigene Herausforderungen mit sich bringt, z.B. bezogen auf die hohe zeitliche Intensität der Arbeit und die nötige technische Ausstattung.¹⁶

Eine andere, in einigen Angeboten umgesetzte Lösungsstrategie besteht darin, bei der Zielgruppengewinnung mit dem Verfassungsschutz sowie mit örtlichen Polizeidienststellen zusammenzuarbeiten. Diese Kooperationen haben zum Ziel, bei der Identifizierung und dem Auffinden der jugendlichen Zielgruppe unterstützend mitzuwirken.

Die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz erfüllte nach Angaben der Interviewten die ursprünglichen Erwartungen nur zum Teil. Die gewünschte Weitergabe von konkreten Informationen über die Aufenthaltsorte rechtsextrem orientierter Jugendlicher erfolgte nicht, da die Datenschutzvorgaben des Verfassungsschutzes die Weitergabe personenbezogener Informationen verhindern. Trotzdem werden die Kontakte zu Verfassungsschutzbehörden als hilfreich eingeschätzt, da so zumindest grobe Informationen zu Aktivitäten rechtsextremer Akteure und Gruppen im Sozialraum gewonnen werden können.

Kooperationen bzw. Kooperationsversuche zur Zielgruppengewinnung existieren ebenfalls mit lokalen Polizeidienststellen, wobei die Erfahrungen der Streetworkangebote unterschiedlich sind. So wird in

16 Diese Erkenntnis deckt sich mit Umsetzungserfahrungen von allgemeiner Jugendarbeit im Internet (vgl. z. B. Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork et al. 2010). Eine Umsetzung von Jugendsozialarbeit mit Hilfe und in den „neuen Medien“ wird im Fachdiskurs zwar schon seit einigen Jahren diskutiert und punktuell praktiziert, insgesamt handelt es sich aber noch um ein junges Feld sozialer Arbeit.

einem Fall von einem Scheitern berichtet, das auf die geringe Kooperationsbereitschaft der Polizeibeamtinnen und -beamten und auf häufig mangelnde Sensibilität gegenüber dem Thema „Rechtsextremismus“ zurückgeführt wird. In einem anderen Fall hingegen wird von großen Erfolgen in der Kooperation berichtet, häufig gaben die Beamtinnen und Beamten hilfreiche Hinweise zum Aufenthaltsort rechtsextrem orientierter Cliquen, die vor Ort schließlich von den Fachkräften erfolgreich angesprochen werden konnten. Anders als im beschriebenen Fall des Scheiterns trafen die Pädagoginnen und Pädagogen hier auf Partner, die rechtsextrem orientierte Jugendliche im Sozialraum wahrnahmen und problematisierten. Darüber hinaus nahmen die bei der Polizei zuständigen Personen bei der Zielgruppe Bedarfe abseits polizeilicher Zuständigkeiten wahr und zeigten sich vor diesem Hintergrund an der Zusammenarbeit mit pädagogischen Fachkräften interessiert. Insofern erwies es sich als stark abhängig von Einzelpersonen (bzw. von deren jeweiligem professionellem Selbstverständnis), ob die Kooperation mit der Polizei als zielführend empfunden wurde.

Hinsichtlich des Kontaktaufbaus zur Zielgruppe stellt sich für Streetworkangebote, die mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen arbeiten, die Frage, wie transparent das Ziel der Initiierung bzw. Unterstützung von Distanzierungsprozessen in der Ansprache formuliert wird. Hält man sich vor Augen, dass die Angebote mit einer Zielgruppe arbeiten, die die Problemsicht auf ihre Gruppenzugehörigkeiten und/oder weltanschaulichen Orientierungen in der Regel nicht teilt, so wird klar, dass eine transparente Ansprache der Zielgruppe grundsätzlich einen zugangsfährdenden Moment darstellt. Gleichzeitig ist es fachlicher pädagogischer Standard, die Ziele der eigenen Arbeit gegenüber der Zielgruppe möglichst transparent zu machen.

Die Angebote, die in der Erhebung befragt wurden, sind sich dieses Spannungsfeldes bewusst und versuchen, beide Anforderungen miteinander auszubalancieren, wie die folgende Interviewpassage beispielhaft zeigt:

Interviewer/in: „Und sprecht ihr das am Anfang an? Also sagt ihr: Wir sind [Projektname, der explizit auf Rechtsextremismus verweist]. (...) Fachkraft: Nö, [Projektname] sagen wir nicht. Aber dass wir auch mit Jugendlichen arbeiten, die an einigen Stellen vielleicht auch noch mal Hitler toll finden. Oder die sagen: ‚Landser ist meine Mücke.‘ Wir versuchen es ein bisschen zu über-, umschreiben“ (Int. 12: 119).

Im gewählten Beispiel bemühen sich die Fachkräfte, die fachlich gebotene Transparenz herzustellen, ohne den Zugang zu den Jugendlichen zu gefährden, indem sie lebensweltnahe Selbstbeschreibungen von rechtsextrem orientierten Jugendlichen aufgreifen und potenziell Abwehr erzeugende, stigmatisierende Begrifflichkeiten vermeiden.

Zunächst nicht offen thematisiert wird hingegen die Zielstellung der Angebote, die Zielgruppe zur Distanzierung von problematischen Ideologiegehalten und Gruppenzugehörigkeiten anzuregen. Erst wenn eine tragfähige Beziehung zur Zielgruppe aufgebaut ist, erfolgen in den Angeboten entsprechende Thematisierungen.

4.1.2 Multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen für Einstiegsgefährdete

Zentral für die Zielgruppengewinnung dieser Angebote sind Dritte, da sie Hinweise zur Anwesenheit der Zielgruppe geben bzw. diese direkt in die Angebote vermitteln. Kooperationen zu diesem Zweck bestehen zu unterschiedlichsten Akteuren und Institutionen. Als wichtigste Kooperationspartner erweisen sich dabei zum einen Akteure aus dem Strafverfolgungssystem (Polizei, Gerichte, Jugendgerichtshilfe), zum anderen solche aus der Jugend(sozial)arbeit und aus Schulen.

Kooperationen mit Akteuren des Strafverfolgungssystems

Kooperationen mit der Polizei zur Zielgruppengewinnung haben zum Inhalt, dass die Polizeibeamten die Jugendlichen, bei denen sie im Zuge von Ermittlungsverfahren einen rechtsextremen Hintergrund vermuten, auf das jeweilige Angebot hinweisen und ihnen die Kontaktdaten des Angebots weitergeben. Weiterhin ermuntern sie die Jugendlichen, Kontakt zu dem Angebot aufzunehmen. Inwiefern dies tatsächlich geschieht, bleibt jedoch letztlich der Person selbst überlassen.

Ein weiterer weit verbreiteter Zugangsweg ist der über Gerichte bzw. die Jugendgerichtshilfe. Die Zielgruppe wird dabei als Auflage im Zuge von Gerichtsurteilen oder Diversionsverfahren, d.h. im Rahmen der Verhängung erzieherischer Maßnahmen und zum Zweck der Resozialisierung, in die Angebote vermittelt. Die Zielgruppe ist in diesen Fällen dazu verpflichtet, an den Angeboten teilzunehmen.

Die hier vorliegende, auf Zwang basierende Teilnahme stellt für die Fachkräfte eine Herausforderung dar, da eine zielführende Arbeit mit der Zielgruppe eine eigenmotivierte und freiwillige Teilnahme voraussetzt.¹⁷ Daher versuchen die Angebote in einem ersten Schritt in der Arbeit zunächst die fremdmotivierte Teilnahme auf Seiten der Zielgruppe in eine eigenmotivierte Teilnahme zu wandeln. Die Erfahrungen der Fachkräfte zeigen, dass dies gelingen kann. Erfolgreiche Strategien sind hierbei zum einen, an den Problemen der Subjekte anzusetzen und Hilfen geben zu können (vgl. die Ausführungen im Kap. 6.1.2; hierzu auch Glaser 2013). Zum anderen wird als relevant erachtet, eine funktionierende und auf wechselseitiger Wertschätzung basierende Beziehung zum Klienten bzw. zur Klientin aufzubauen.

Kooperationen mit Schulen und Jugend(sozial)arbeit

In der Kooperation mit Schulen zeigen sich verschiedene Verfahrensweisen der Zielgruppengewinnung. In einem Angebot werden durch das Lehrpersonal Hinweise auf einschlägig auffällige Jugendliche in der Schule gegeben, die konkrete Ansprache der Jugendlichen erfolgt dann durch die Fachkräfte des Angebots selbst. In anderen Angeboten wird in der Regel durch das Lehrpersonal der Hinweis auf das Angebot gegeben. Inwieweit der Kontakt dann tatsächlich zustande kommt, bestimmt die Zielgruppe selbst.

Als hilfreich zur Zielgruppengewinnung hat sich ebenfalls die Zusammenarbeit mit Akteuren der allgemeinen, regelgeförderten Jugend- und Jugendsozialarbeit erwiesen. Die Weitervermittlung rechtsextrem orientierter Jugendlicher in die Spezialangebote erfolgt dabei – wie auch schon in der Kooperation mit Schulen – entweder durch Hinweise, die eine Ansprache durch Mitarbeitende der Spezialangebote ermöglichen oder durch Information der Zielgruppe zu diesen Angeboten.

Kooperationen mit anderen Akteuren

Kooperationen bestehen in einzelnen Angeboten auch zu Eltern- und Erziehungsberatungsstellen. Diese weisen im Fall des Vorliegens

17 Darüber hinaus, von den befragten Fachkräften aber nicht benannt, entfaltet sich hier ein fachlicher Widerspruch, da Pädagogik und Beratung von ihrem fachlichen Grundverständnis her eine gewisse Freiwilligkeit auf Seiten ihrer Klientinnen und Klienten voraussetzen. In Fällen der verfügbaren, nicht freiwilligen Teilnahme besteht insofern ein fachliches Paradox (vgl. Steil 2013, S. 235).

rechtsextremer Orientierungen oder entsprechender Gruppenzugehörigkeiten des Kindes die Eltern auf das Angebot für ihre Kinder hin. Teilweise wenden sich Eltern bzw. andere Familienangehörige oder Freunde/Freundinnen auch direkt an das Angebot, weil sie Hilfe suchen.

In einigen Fällen gelangen Einzelpersonen auch über eine Weitervermittlung durch andere Akteure des Arbeitsfeldes in die Angebote. So werden z.B. Personen, die sich (noch) im Einstiegsprozess befinden, sich aber an Ausstiegsprojekte gewandt haben, von den Ausstiegshilfen u.U. an Angebote weitervermittelt, die sich auf diese Zielgruppe spezialisiert haben. Gleiches gilt umgekehrt. Motiv ist dabei jeweils, eine hohe Passgenauigkeit zwischen Zielgruppe und Angebot herzustellen. Solche Weitervermittlungen sind grundsätzlich nur dann möglich, wenn entsprechende Angebote im Einzugsbereich überhaupt vorhanden sind.

Spezifische Anforderungen bei der Ansprache durch Dritte

Unabhängig davon, mit welchen Kooperationspartnern konkret zusammengearbeitet wird, gibt es bestimmte Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit die Zielgruppengewinnung erfolgreich sein kann. Vergleichsweise banal ist die Erkenntnis, dass das Angebot, in das vermittelt werden soll, bei den Instanzen/Personen, die weitervermitteln sollen, bekannt sein muss. Im besten Fall bestehen darüber hinaus persönliche Kontakte zwischen den Akteuren.

Über die bloße Kenntnis des Angebots hinaus benötigen die vermittelnden Personen genaues Wissen dazu, mit welchen Zielgruppen das Angebot arbeitet bzw. arbeiten kann. Erforderlich ist in diesem Zusammenhang die Fähigkeit, diese Zielgruppe(n) auch identifizieren zu können. Nur so kann sichergestellt werden, dass durch die Kooperationspartner möglichst passende Personen (d.h., v.a. solche, die tatsächlich einstiegsgefährdet sind) an die Angebote vermittelt werden. Hierzu setzen die Angebote zumeist auf sog. „qualifizierte Multiplikatorenansprachen“. Das bedeutet, dass die Kooperationspartner hinsichtlich des Erkennens der Zielgruppen geschult und sensibilisiert werden, bevor sie diese selbstständig in ihren Arbeitskontexten ansprechen. Andere Angebote tauschen sich mit den Kooperationspartnern über die von diesen identifizierten Jugendlichen aus und prüfen die jeweilige Problemausprägung genau. Auf Grundlage dessen wird dann gemeinsam eine erfolgversprechende Strategie der sensiblen und auf den Einzelfall abgestimmten Ansprache durch den Kooperationspartner erarbeitet.

Wie dies z.B. im Falle eines Jugendlichen, der rechtsextreme Äußerungen als gezielte Provokation einsetzt, aussehen kann, zeigt das folgende, von einer Fachkraft geschilderte, Fallbeispiel:

„...dann coachen wir den Lehrer oder die Vertrauensperson – und zwar auf ein Gespräch hin, in dem dieser Lehrer – jetzt in dem Beispiel – dem Jugendlichen Anreiz geben sollte für ein Erstgespräch mit einem Mitarbeiter von unserem Projekt. Das bedeutet beispielsweise, wenn also der Jugendliche mal wieder seine Parole schmiert oder eine Auseinandersetzung mit diesem Lehrer führt, dass der Lehrer diesmal nicht sagt: ‚So etwas hat bei uns nichts verloren und das weißt du und jetzt lass es!‘ Sondern dass der Lehrer so etwas sagt wie: ‚Das ist sehr interessant. Ich merke wie so oft, dass du dich dabei gut fühlst, mich hier mit irgendwelchen Argumenten, wo du die Quellen nicht nennen kannst, hier zu überzeugen, dass deine Ansicht richtig ist. Und ich merke auch, dass es dir gefällt, weil ich nicht so viel über das Thema weiß. Aber – (schnippt mit dem Finger) ich bin ja mal gespannt, ob du ähnlich viel Spaß hättest oder ob du ähnlich viel Mumm hättest gegenüber jemandem, der sich wirklich mit diesem Thema auskennt. (...) Übrigens falls du wirklich das Interesse oder den Mut hast, ich kenne einen Sozialpädagogen, der arbeitet in einem Projekt, wo er sich mit politischer Auseinandersetzung beschäftigt. Da könnte ich ruhig ein Ersttreffen oder ein Gespräch vermitteln, wenn du willst“ (Int. 22: 92–95).

Die Vorgehensweisen der „qualifizierten Multiplikatorenansprache“ werden von den so verfahrenen Angeboten generell als erfolgreiche Strategie beschrieben. Dabei erweist sich die Qualität der Beziehungen zwischen den Multiplikatoren und den Jugendlichen als bedeutsamer Faktor für den Erfolg. Vermittlungen durch Vertrauenspersonen, also durch Personen, zu denen positive Beziehungen bestehen, münden häufiger in eine Betreuung durch die Angebote als eine Vermittlung durch Personen, zu denen eher ein distanzierteres Verhältnis besteht.

In Kooperation mit Akteuren des Strafverfolgungssystems bzw. der Jugendgerichtshilfe hingegen sind zielgruppensensible Ansprachen insofern keine unabdingbare Voraussetzung für den Zugang zu Zielgruppen, als es sich um Zwangsteilnahmen handelt und nicht erst eine Motivation zur Kontaktaufnahme mit dem Angebot geschaffen werden muss. Andererseits können auch hier sensible Ansprachen, die die Teilnahme nicht auf deren Sanktionsgehalt reduzieren, dabei helfen, Eigenmotivationen zu erzeugen bzw. die Möglichkeit hierfür zu erhalten.

Zudem stellt sich hier teilweise die Herausforderung, dass diese vermittelnden Instanzen die Intensität der Maßnahmen definieren, indem

sie z.B. benennen, wie oft das Angebot aufgesucht werden muss. Eine realistische Einschätzung darüber, wie oft das Angebot (mindestens) in Anspruch genommen werden soll, ist entscheidend für den Erfolg des Angebots. Gleichzeitig ist sie sehr voraussetzungs- und erfordert z.B. eine genaue Kenntnis der individuellen Problemausprägung und der vorhandenen Distanzierungsmotivation. Dennoch berichtet nur ein Teil der Angebote darüber, dass gemeinsam mit der Jugendgerichtshilfe geklärt wird, welche bzw. wie lange Maßnahmen im jeweils vorliegenden individuellen Fall erforderlich wären.

Ähnlich wie bei den Streetworkangeboten stellt sich die Frage nach der Transparenz der eigenen Zielsetzung gegenüber der Zielgruppe auch für diese Angebote, wenn sie mit freiwillig Teilnehmenden arbeiten. Letztlich thematisieren auch diese Angebote zumeist ihre Arbeit an den problematischen ideologischen Haltungen und/oder Gruppenbezügen der Zielgruppe nicht offen und operieren mit allgemeineren Umschreibungen, um nicht die Zugänge zu den Jugendlichen zu gefährden.

4.1.3 Trainingsangebote

Die Zielgruppengewinnung in den einzelnen Trainingsangeboten erfolgt auf verschiedene Weise. Ein Zugangsweg ist hier, ebenso wie in den Multiplikatorenvermittelten Beratungsangeboten, die zwangsweise Zuweisung mittels gerichtlich verhängter Auflagen. In diesen Fällen stellt sich auch für die Trainingsangebote die oben geschilderte Herausforderung, die fremdmotivierte Teilnahme der Zielgruppe in eine eigenmotivierte Teilnahme umzuwandeln. Als spezifisch in gruppenbasierten Trainingsangeboten erscheint in diesem Zusammenhang, dass die Fachkräfte von gruppenspezifischen Effekten berichten, die zumindest eine gewisse Konformität auf Seiten der Teilnehmenden erzeugen können.

„Und da spielt, glaube ich, die Gruppendynamik eine große Rolle, weil keiner will der sein, der immer hinterherhinkt oder der einfach, ja, der irgendwie quer schießt“ (Int. 25: 75).

In den Trainingsangeboten im Befragungssample sind Kooperationen mit den Akteuren von Justizvollzugs- oder Jugendarrestanstalten zur Zielgruppengewinnung bedeutsam. Die Zielgruppenzugänge werden in unterschiedlichen Varianten hergestellt, wobei in den Angeboten zumeist verschiedene

Wege parallel praktiziert werden. So werden in einer Variante der Zielgruppengewinnung Jugendliche und junge Erwachsene, die der Zielgruppe der Angebote entsprechen, vom Personal der Einrichtungen auf die Trainingsmaßnahmen und Möglichkeiten der Kontaktaufnahme aufmerksam gemacht, wobei dieses Angebot keinen verpflichtenden Charakter hat.

In einem befragten Angebot spielen aber auch aktive Ansprachen durch Fachkräfte des Trainingsangebots selbst eine größere Rolle. Dieses Angebot, das Trainingsmaßnahmen im Jugendarrest anbietet, spricht direkt Jugendliche an, die Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund aufweisen oder unabhängig davon durch einen rechtsextremen Habitus oder Gruppenzusammenhänge auffallen. Als Hinweisquellen dienen v.a. die vorliegenden Strafakten und eigene Beobachtungen sowie Erkenntnisse von Vollzugsbeamtinnen und -beamten.

Ein anderer Zugangsweg, der für ein Angebot bedeutsam ist, ist die Vermittlung von Teilnehmenden durch ein Angebot der Ausstiegshilfe. Diese leitet einzelne Personen im Rahmen der Einzelfallbetreuung in das Training weiter. Umgekehrt werden Teilnehmende des Trainings, die über andere Wege gewonnen wurden, im Bedarfsfall an das Ausstiegsangebot weitervermittelt. Diese enge Zusammenarbeit wird dadurch befördert, dass die Angebote beim gleichen Träger angesiedelt sind.

Eigeninitiative Kontaktaufnahmen durch die Zielgruppe sind bei den Trainingsangeboten ebenfalls verbreitet und haben bei den Angeboten zentralen Stellenwert, die unmittelbar in Jugendarrest- bzw. Justizvollzugsanstalten durchgeführt werden. Ein großer Teil der Zielgruppe wird in diesen Fällen über Aushänge in den Einrichtungen gewonnen, in denen sich diejenigen eintragen können, die Interesse an einer Teilnahme am Angebot haben. Nachdem Informationen zu diesen Personen eingeholt wurden (durch Analyse der Strafakten und/oder Anamnesegespräche mit der Zielgruppe), wird von Seiten des Angebots über eine Teilnahme entschieden. Grundsätzlich erfolgt eine Kontaktaufnahme durch die Zielgruppe selbst immer freiwillig. Dennoch gibt es auch hier Konstellationen, z.B. in der Haft, in der Freiwilligkeit nur bedingt gegeben ist und eine Teilnahme eher erfolgt, weil sich die Teilnehmenden hierdurch Vorteile (z.B. Haft erleichterungen) erhoffen oder weil sie dem langweiligen Haftalltag entkommen wollen. Veränderungswillen und Reflexionsbereitschaft sind in diesen Fällen zunächst weniger ausgeprägt.

Ähnlich den Angeboten der Streetwork und der multiplikatorenvermittelten Arbeit mit Einstiegsgefährdeten stellt sich die Frage nach der

Transparenz der eigenen Zielsetzung gegenüber der Zielgruppe auch für diese Angebote. Letztlich vermeiden auch diese Angebote zumeist eine offensive Thematisierung ihrer Arbeit an den problematischen ideologischen Haltungen und/oder Gruppenbezügen der Zielgruppe, um nicht die Zugänge zu den Jugendlichen zu gefährden. Trainingsangebote betonen aus diesem Grund, wenn sie ihre Arbeit gegenüber potenziellen Teilnehmenden darstellen, v.a. die Auseinandersetzung mit Gewaltproblematiken, die ebenfalls Bestandteil ihrer Arbeit ist.

4.1.4 Ausstiegshilfen¹⁸

Die meisten Ausstiegsangebote kombinieren unterschiedliche Wege der Zielgruppengewinnung, wobei sich Differenzen je nach Trägeranbindung zeigen.

Direkte Ansprache durch die Angebote

Einzelne Angebote realisieren als eine Strategie der Zielgruppengewinnung eine direkte, gezielte Ansprache potenziell Ausstiegswilliger durch die Angebotsmitarbeitenden selbst. Eine Vorgehensweise hierbei ist, Personen, die durch „einschlägiges“ Verhalten bei Strafverfolgungsbehörden auffällig werden, persönlich zu kontaktieren (durch Hausbesuche oder auch telefonisch), ihnen das Ausstiegsangebot vorzustellen und eine Kontaktmöglichkeit zu hinterlassen. Diese Strategie wird v.a. von Angeboten praktiziert, die bei den Innenbehörden angesiedelt sind und sich auf Daten von Polizei und Verfassungsschutz zu rechtsextremen Aktivitäten und in diese involvierten Einzelpersonen stützen können.

Eine weitere Möglichkeit zur aktiven Ansprache bietet die Recherche von im Internet sich einschlägig artikulierenden Akteuren und eine daran anschließende Kontaktaufnahme, z.B. in sozialen Onlinenetzwerken. Ziel ist hierbei, die Person in Diskussionen zu verwickeln, um Ausstiegsimpulse zu setzen bzw. zu verstärken. Zum Teil verbleiben solche Auseinandersetzungen ausschließlich im Netz, sie dienen aber auch zur Anbahnung eines Kontakts, der im realen Leben fortgesetzt wird. Unter den etablierten Formaten professioneller Ausstiegshilfen spielt diese

18 Wesentliche Teile dieses Abschnitts basieren auf Glaser/Hohnstein/Greuel 2014.

Strategie allerdings (bisher) so gut wie keine Rolle.¹⁹ Zum Erhebungszeitpunkt waren es v.a. einzelne nicht-professionelle Angebote von Privatpersonen und zivilgesellschaftlichen Initiativen wie z.B. Antifa-Gruppen, die auf diese Weise Kontakte knüpften (vgl. ausführlicher hierzu Glaser/Hohnstein/Greuel 2014). Auf diesen Zugangsweg setzen inzwischen aber auch eine Reihe von dezidierten Online-Beratungsangeboten, die in den letzten Jahren entstanden sind, deren Erfahrungen jedoch nicht mehr in diese Studie mit aufgenommen werden konnten (vgl. Kap. 2.5.2).

Während die beiden dargestellten Strategien eine individualisierte Ansprache von Einzelpersonen beinhalten, setzt ein weiteres recherchiertes Angebot auf die gezielte Ansprache von Gruppen, um Szenemitglieder zu erreichen. Dazu führt es Veranstaltungen mit Aussteiger/innen in Kontexten durch, zu denen Hinweise auf die Existenz rechtsextremer Szenestrukturen vorliegen (z.B. Jugendstrafanstalten oder Schulen, die Vorfälle melden). Erklärtes Ziel dieser Veranstaltungen ist es – neben der Bekanntmachung des Ausstiegsangebots – durch authentische Erfahrungsberichte wie auch durch kritische Diskussion von (zuvor recherchierten) Szeneinterna bei einzelnen Gruppenmitgliedern Ausstiegsimpulse zu setzen. Diese Strategie ist allerdings unter Ausstiegsbegleiter/innen umstritten.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Formen der aktiven Ansprache v.a. für Angebote bedeutsam sind, die bei Polizeibehörden oder den Verfassungsschutzämtern angesiedelt sind. Für Angebote, die bei anderen Trägern angebunden sind, spielen hingegen zumeist die Kontaktabahnung über andere Akteure oder die eigeninitiierte Kontaktaufnahme durch die Zielgruppe eine zentrale Rolle.

Zielgruppengewinnung mithilfe Dritter

Um ihre Zielgruppen zu gewinnen, kooperieren Ausstiegshilfen häufig mit Akteuren aus dem Strafverfolgungssystem. Insbesondere bei staatlichen Angeboten der Ausstiegshilfe, aber auch bei einer Reihe nicht-staatlicher Träger wird ein großer Anteil, in vielen Angeboten sogar die Mehrzahl der Ausstiegsfälle, im Rahmen eines Strafverfahrens oder während bzw. im Nachgang zu einer Haftstrafe über Gerichte und Jugendgerichtshilfen vermittelt. Kooperationen mit Akteuren der Jugend(sozial)arbeit

19 Im Rahmen unserer Recherchen wurde lediglich von einem Fall aus einem innenbehördlichen Angebot berichtet, in dem auf diese Weise ein Kontakt zu einer ausstiegswilligen Person hergestellt wurde.

zum Zweck der Zielgruppengewinnung sind demgegenüber sehr viel seltener und v.a. dann relevant, wenn die Träger selbst aus dem Jugendhilfe- und Sozialsektor stammen.

Kooperiert wird zum Zwecke der Zielgruppengewinnung von einigen Ausstiegshilfen außerdem mit Eltern- und Erziehungsberatungsstellen. Diese weisen die Eltern im Bedarfsfall auf das Angebot für ihre Kinder hin. Zum Teil wenden sich Eltern bzw. andere Familienangehörige oder Freunde/Freundinnen auch direkt an die Angebote der Ausstiegshilfen.

In Einzelfällen werden zudem Personen durch Akteure der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen vermittelt, die in ihren Arbeitskontexten z.T. auch mit Jugendlichen konfrontiert werden, die bereits stark ideologisiert bzw. stark in rechtsextreme Szenen involviert sind. Ebenso vermitteln einige Trainingsangebote an Ausstiegshilfen weiter, wenn entsprechende Bedarfe bzw. Bereitschaften bei der Zielgruppe sichtbar sind. Die geschilderten Weitervermittlungen finden insbesondere dann statt, wenn die jeweiligen Angebote beim gleichen Träger angesiedelt sind.

Öffentlichkeitsarbeit zwecks eigeninitiiertes Kontaktaufnahme durch Zielgruppen

Eine weitere Strategie der Zielgruppengewinnung zielt darauf, dass Ausstiegsinteressierte eigeninitiativ – z.B. über eingerichtete Hotlines – das Angebot kontaktieren. Alle interviewten professionellen Ausstiegshilfen verfügen über eine eigene Hotline und/oder ein webbasiertes Kontaktangebot (E-Mail, Facebook-Account), über die sie für Ausstiegswillige erreichbar sind. Dieser Zugangsweg setzt voraus, dass das Angebot der Zielgruppe bekannt ist. Hierzu greifen die Angebote auf Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit zurück und versuchen durch Flyer, Visitenkarten und eigene Homepages, über gezielte Medienarbeit (Interviews, Berichte) sowie öffentliche Veranstaltungen und (z.T. sehr öffentlichkeitswirksame) Aktionen die Bekanntheit des Angebots bei der Zielgruppe sicherzustellen. Allerdings praktiziert nur ein Angebot dabei eine gezielte Ansprache von männlichen und weiblichen Szenemitgliedern, indem in Medien der Öffentlichkeitsarbeit gendersensible Schreibweisen verwendet werden. Damit sollen auch rechtsextreme Mädchen und Frauen ermuntert werden, Kontakt zu den Angeboten aufzunehmen.

Uneinigkeit herrscht unter den Akteuren in Bezug auf den Auftritt erfolgreicher Ausgestiegener im Rahmen dieser Aktivitäten. Während einzelne zivilgesellschaftliche Angebote diese Strategie gezielt einsetzen,

lehnt die Mehrzahl dieses Vorgehen ab – zum einen aus Sicherheitsgründen, zum anderen aber auch, da diese Angebote aus ihrer Sicht dem Anspruch zuwiderlaufen, dass Ausgestiegene sich einen normalen Alltag jenseits der Bezüge zum Rechtsextremismus aufbauen sollten.

Für einzelne nicht-staatliche Organisationen und private Initiativen besitzt dieser Zugangsweg einer eigenständigen Kontaktaufnahme durch die Zielgruppe einen hohen Stellenwert. Insbesondere der „Werbeeffekt“ infolge von Medienauftritten und öffentlichen Veranstaltungen wird von diesen Akteuren als zentrales Instrument der Gewinnung von Zielgruppen benannt. Insgesamt spielt dieser Zugangsweg im Feld der Ausstiegsarbeit jedoch kaum eine Rolle, was angesichts der vergleichsweise hohen Zugangsschwelle nicht verwundert. Damit Angebot und Klientinnen und Klienten zusammenkommen, müssen potenzielle Aussteiger/innen zur Kontaktaufnahme zunächst selbst aktiv werden. Insbesondere bei den Programmen, die bei staatlichen Stellen angesiedelt sind, bestehen nach Einschätzung der Fachkräfte z.T. szenetypische Vorbehalte gegenüber diesen Institutionen.

Kritisch thematisiert wird von befragten Fachkräften in diesem Zusammenhang allerdings auch die vergleichsweise geringe öffentliche und mediale Präsenz insbesondere der staatlichen Programme. Dies habe zur Folge, dass manche dieser Angebote und insbesondere die Erfolge ihrer Arbeit in der Szene nur wenig bekannt seien. Den öffentlichen Bekanntheitsgrad der eigenen Arbeit – unter Wahrung der Schutzinteressen von Klientinnen und Klienten – zu erhöhen, wird durch die Fachkräfte teilweise als wichtiger Bedarf formuliert. Neben Ressourcenfragen sowie institutionsinternen Vorbehalten sehen sich manche der Angebote dabei allerdings auch mit dem Dilemma konfrontiert, dass sie aus verschiedenen Gründen bewusst auf den öffentlichen Einsatz von Aussteigerinnen und Aussteigern verzichten – während Öffentlichkeit und Medien weniger an Auftritten professioneller Akteure als an „authentischen“ Berichten Ausgestiegener interessiert sind.

4.1.5 Zusammenfassender Überblick über die Zielgruppengewinnung nach Formaten

Streetwork

Streetworkangebote gewinnen ihre Zielgruppen durch aktive Ansprache jugendlicher Cliques, die sich im öffentlichen Raum eines definierten Sozialraums aufhalten. Im Rahmen regulärer, allgemeiner Streetwork können

so auch im Sozialraum präsenste rechtsextrem orientierte Cliques bzw. Cliquesmitglieder in die Angebote gelangen. Streetwork-Spezialangebote der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen suchen aktiv nach diesen Zielgruppen mittels (mitunter sehr zeitaufwendigen) Begehungen des Sozialraums. Zum Teil gewinnen sie diese auch durch Hinweise Dritter. Aufsuchende Angebote, die mit „rechtsextrem orientierten Jugendlichen“ arbeiten wollen, sehen sich bei der Zielgruppengewinnung mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, da diese Zielgruppe im öffentlichen Raum seit einigen Jahren weniger präsent bzw. sichtbar ist. Die Angebote reagieren hierauf mit einer verstärkten Zusammenarbeit mit externen Akteuren, die bei der Identifikation und Suche nach der Zielgruppe unterstützen. Eine andere Strategie bildet die Verlagerung der aufsuchenden Arbeit in virtuelle Medien, die allerdings noch starken Erprobungscharakter hat.

Multiplikatorenvermittelte Einzelberatung

Bei diesem Angebotstypus der Arbeit mit Einstiegsgefährdeten wird die Zielgruppe über Kooperationspartner gewonnen. Hauptpartner sind zum einen Akteure der Jugend(sozial)arbeit, die im Bedarfsfall Jugendliche aus ihren Arbeitskontexten an die „Spezialisten“ weitervermitteln, zum anderen Akteure des Strafverfolgungssystems (Polizei/Gerichte/Jugendgerichtshilfen), die einschlägig auffällige Jugendliche weitervermitteln oder auch eine verpflichtende Teilnahme an den Angeboten auferlegen bzw. entsprechende Empfehlungen aussprechen.

Trainingsangebote

Trainingsangebote gewinnen ihre Zielgruppen ganz überwiegend über das Strafverfolgungssystem. Zugänge entstehen zum einen durch Weitervermittlungen und verpflichtende Zuweisungen; zum anderen werden Angebote auch gezielt in Einrichtungen des Justizvollzugs und Jugendarrests – über Aushänge oder die direkte Ansprache von Zielgruppen durch die Angebote – beworben. Die Teilnahme ist in diesen Fällen insofern freiwillig, als die Entscheidung zur Teilnahme an diesem konkreten Angebot bei den Zielgruppen liegt.²⁰

20 Im Zwangskontext „Gefängnis“, in dem das Verhalten der Häftlinge ausschlaggebend für das Gewähren von Hafterleichterungen und -verkürzungen ist, kann bzgl. der Teilnahme an solchen Maßnahmen nur von einer begrenzten „Freiwilligkeit“ von Entscheidungen gesprochen werden.

Ausstiegshilfen

Für alle staatlichen Ausstiegsprogramme, aber auch für viele nicht-staatliche Programme sind Zugänge über professionelle Kooperationspartner und in besonderem Maße über das Strafverfolgungssystem von Bedeutung. In geringerem Umfang spielen außerdem Formen der pro-aktiven Ansprache eine Rolle, die sich auf institutionell verfügbare Informationen stützen. Formen offensiver Öffentlichkeitsarbeit werden nur von einzelnen nicht-staatlichen Trägern praktiziert. Die internetbasierte Recherche und Kontaktierung von Szenemitgliedern war bisher primär eine Domäne von privaten, nicht-professionellen Initiativen. Inzwischen wird sie jedoch auch von einer professionellen Ausstiegshilfe praktiziert.

4.2 Erreichte Zielgruppen

Im Folgenden soll das Spektrum der mit den Angebotsformaten erreichten Klientel näher vorgestellt werden. Diskutiert werden soll dabei auch, ob und wenn ja, inwieweit und aus welchen Gründen die in der Praxis der Angebote erreichten Zielgruppen von den konzeptionell angestrebten Zielgruppen (vgl. Kap. 3) abweichen und welchen Einfluss die unterschiedlichen Strategien der Zielgruppengewinnung auf diese Differenzen haben. Außerdem stellt sich die Frage, mit welchen Formaten welche Zielgruppen besonders gut oder eher schwer erreicht werden und welche Adressatengruppen angebotsübergreifend öfter oder seltener für die Arbeit gewonnen werden können.

4.2.1 Angebote für einstiegsgefährdete Jugendliche – Streetwork und multiplikatorenvermittelte Einzelberatung

Die Formate, die sich konzeptionell an Jugendliche richten, die sich noch in der Phase der Hinwendung zu rechtsextremen Gruppen und/oder Ideologien befinden, erreichen diese unterschiedlich gut.

Mit Blick auf die Streetwork wird deutlich, dass es mithilfe „klassischer“, sozialraumbezogener und cliquenorientierter Ansätze zunehmend problematischer wird, rechtsextrem orientierte Jugendliche bzw. Jugendcliquen tatsächlich auch zu erreichen. Als grundlegende Schwierigkeit

schildern die befragten Angebotsmitarbeitenden, dass in ihren rechtsextremen Orientierungen homogene und in sich geschlossene Jugendcliquen seltener bzw. weniger offensichtlich im öffentlichen Raum präsent sind und damit keine Zielgruppe der klassischen Cliquenarbeit mehr sein können.²¹ Ein Projektmitarbeiter fasst in diesem Sinne zusammen,

„... dass die Rechten, um es mal ganz platt zu sagen, sich nicht mehr so öffentlich getroffen und angeboten haben, um mit klassischen Mitteln der Jugendarbeit da anzugreifen, wie das jahrzehntelang davor der Fall war: die Gruppe an der Tankstelle, an der Straßenecke, auf dem Platz vor der Schule“ (Int. 12: 13).

Für die geringere Sichtbarkeit verantwortlich machen die Fachkräfte verschiedene Entwicklungen. Diese liegen zum einen auf einer allgemeinen Ebene und betreffen alle Jugendlichen. So wird konstatiert, dass eine fortschreitende Individualisierung unter Jugendlichen mit einem veränderten Freizeitverhalten einhergeht. Beobachtet wird, dass das gemeinsame Aufsuchen öffentlicher Räume durch Jugendliche zugunsten des individuellen Rückzugs in Privaträume an Bedeutung verliert. Zurückgeführt wird dies von den Fachkräften auch auf eine Veränderung der Kommunikation, die nun weniger in Face-to-Face-Interaktionen verläuft, sondern sich in virtuelle Räume des Web 2.0 und soziale Netzwerke verlagert. Zum anderen wird diagnostiziert, dass Jugendliche mit der zunehmenden Etablierung von Ganztagschulen tendenziell mehr Zeit in der Schule verbringen und auch dadurch weniger im öffentlichen Raum anzutreffen sind.

Als weiteren Grund benennen die Fachkräfte Veränderungen innerhalb rechtsextrem orientierter Jugendkultur(en). Jugendkulturelle Ausdifferenzierungen führen dazu, dass eine in Stil und Habitus homogene rechtsextrem orientierte Jugendkultur, wie sie in den 1990er Jahren die rechtsextreme Skinheadkultur darstellte, inzwischen vielerorts nicht mehr existiert. Statt dessen finden sich im Kleidungs- wie im Musikstil häufig auch Stilelemente anderer Jugendkulturen (z.B. des Hip-Hop oder der autonomen Szene), was dazu führt, dass rechtsextreme jugendkulturelle Selbstverortungen nicht mehr aus dem Habitus ableitbar und damit nicht mehr ohne Weiteres von außen identifizierbar sind. Diese

21 Schwierigkeiten beim Erreichen der Zielgruppe zeigten sich auch bei Modellprojekten, die im Bundesprogrammen „Vielfalt tut gut“ (vgl. Bischoff et al. 2011, S. 141ff.) mit dem Ziel gefördert wurden, „Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen“ zu leisten. Auch diese Projekte berichteten von einer geringeren Sichtbarkeit dieser Zielgruppe.

Beobachtungen korrespondieren mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Wandel der Inszenierungsformen rechtsextremer, jugendkultureller Szenen (vgl. Wolf 2007; Schedler/Häusler 2011).

Multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen hingegen machen mit ihrer Strategie, einstiegsgefährdete Jugendliche über Kooperationspartner zu gewinnen, denen „einschlägige“ Jugendliche in ihren Arbeitsfeldern auffallen, gute Erfahrungen. Dieser Ansatz stellt somit eine mögliche geeignete Alternative zum aufsuchenden Ansatz dar.

Weiterhin zeigen sich Unterschiede zwischen Streetworkangeboten und multiplikatorenvermittelten Angeboten in Hinblick auf das Erreichen spezieller Teilzielgruppen. Im Gegensatz zu multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen weist die Klientel der Streetwork angebotsübergreifend soziale Belastungen und Integrationsprobleme sowie häufige Zusatzbelastungen wie Alkoholmissbrauch, Verhaltens- und Bindungsstörungen oder psychische Belastungen auf. Einzelne Jugendliche blicken darüber hinaus auf lange Hilfskarrieren zurück, die z.B. durch die langjährige Begleitung ihrer Herkunftsfamilie durch die Jugendhilfe, vereinzelt aber auch durch Fremdunterbringung in Heimen oder Pflegefamilien gekennzeichnet sind. Diese Jugendlichen werden als besonders schwierige Zielgruppe beschrieben, da ihre Erfahrungen mit Akteuren der Jugendhilfe mit erheblichen Trennungs- und Verlusterfahrungen verbunden und dadurch stark negativ geprägt sind, weshalb sie auch den hier untersuchten Angeboten mit einer ausgeprägten Skepsis begegnen.

Die durchgängige Problembelastung der erreichten Zielgruppen in Streetworkangeboten ist zum einen auf den jugendhilfebezogenen Arbeitsauftrag der meisten Angebote zurückzuführen, Jugendliche mit sozialen und sozioemotionalen Problemlagen entsprechende Unterstützung anzubieten. Allerdings erreichen auch Angebote im Format, die ein breiteres Zielgruppenspektrum aufweisen, vorrangig bis ausschließlich belastete und/oder sozial desintegrierte Jugendliche. Somit zeigt sich hieran auch, dass der übliche Zugangsweg der Streetwork zu den Jugendlichen über sozialintegrative Hilfen und Freizeitangebote für die Gewinnung von Jugendlichen ohne Integrationsdefizite nur bedingt geeignet ist.

Darüber hinaus unterscheiden sich beide Formate im Feld der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen dahingehend, dass tendenziell unterschiedliche Ausprägungsformen von Rechtsextremismus bei den Jugendlichen vorliegen. Die betrachteten Streetworkangebote erreichen v.a. eine Klientel, deren Haltungen durch unreflektierte, ideologisch nicht

fundierte, ablehnende und ausgrenzende Haltungen gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten gekennzeichnet sind. Von den Fachkräften berichtet werden entsprechende Positionen in Gesprächen oder Konflikten mit Peers. Beobachtet wird weiterhin, dass diese Jugendlichen häufig an sogenannter Grauzonenmusik (z.B. Bands wie Freiwild, Böhse Onkelz etc.), seltener aber auch an rechtsextremer indizierter Musik interessiert sind und durch Kleidung auffallen, die Bezüge zum Rechtsextremismus aufweist.²² Nur selten zeigen sich rechtsextreme Orientierungen bei den erreichten Zielgruppen in den Streetworkprojekten in anderen Formen, etwa dadurch, dass Jugendliche einschlägig straffällig sind.

Im Unterschied hierzu erreichen multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen häufiger Jugendliche, bei denen sich rechtsextreme Orientierungen und Zugehörigkeiten in auffälligeren, weil konfrontativeren und aggressiveren Formen zeigen, z.B. in verbalen und/oder körperlichen Auseinandersetzungen mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund, offensiven Konfrontationen mit dem Lehrpersonal in Schulen oder mit den Eltern sowie durch propagandistische Straftaten.

Insofern haben Streetwork und multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen unterschiedliche Schwerpunkte in Hinblick auf die erreichten Zielgruppen. Dass in multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen eher konfrontativ und offensiv auftretende Jugendliche erreicht werden, lässt sich auch darauf zurückführen, dass in diesen Formaten Zielgruppen u.a. über Kooperationen mit Polizei und Jugendgerichtsbarkeit vermittelt werden, deren Klientel sich entsprechend auffällig verhält. Anzunehmen ist aber auch, dass eine Weitervermittlung durch Multiplikatoren generell hochschwelliger ist und diese eher bei solchen Jugendlichen geneigt sind, externe Spezialisten hinzuzuziehen, die durch besonders „schwieriges“ Verhalten auffällig werden.

Mit Blick auf die Frage, wie involviert Jugendliche in rechtsextreme Szenen sein dürfen, damit mit ihnen in den Formaten für Einstiegsgefährdete noch gearbeitet werden kann, wurde im Kap. 3.1 eingeführt, dass rechtsextrem organisierte Jugendliche eine konzeptionelle Grenze der Streetwork

22 Typischerweise wird an dieser Stelle Kleidung der Marke „Thor Steinar“ problematisiert. Andere Fachkräfte wiederum geben zu bedenken, dass diese Marke in bestimmten Regionen Deutschlands mittlerweile den Status eines unter Jugendlichen etablierten Modelabels erreicht hat, das von Jugendlichen auch ohne konkrete Bezüge zum Rechtsextremismus getragen würde und zum Bestandteil eines allgemeinen und politisch unspezifischen, jugendkulturellen Stils avanciert ist.

darstellen. In der Praxis zeigt sich, dass die Mehrheit der erreichten Jugendlichen in diesem Format auch tatsächlich über keine oder nur lose Kontakte zu rechtsextremen Gruppen und Vereinigungen verfügt. Trotzdem arbeiten Streetworker zumindest vereinzelt auch mit solchen Jugendlichen, die bereits feste Szenebezüge und/oder politische Überzeugungen aufweisen.

Dies hat mehrere Gründe. Zum einen widerlegen praktische Erfahrungen der Fachkräfte, dass diese konzeptionelle Vorgabe strikt umsetzbar ist. Erstens offenbaren sich Zugehörigkeiten zu rechtsextremen Gruppen und Vereinigungen nicht immer unmittelbar im Moment des Erstkontakts zwischen Pädagoginnen/Pädagogen und Klientinnen/Klienten. Beispielsweise verwies eine Fachkraft auf den Fall eines jugendlichen ‚Autonomen Nationalisten‘, der seine Zugehörigkeit trotz wiederholter Thematisierung bewusst verschleierte. Zweitens werden auch jene Einordnungsschemata, die der Trennung zwischen organisierten und (noch) nicht organisierten Rechtsextremen zugrunde liegen (im Sinne einer „Roten Linie“), als nicht ausreichend präzise bzw. trennscharf erachtet, sodass in der Praxis eine Grauzone entsteht, in der Fachkräfte in der Streetwork punktuell dennoch mit Jugendlichen arbeiten, die bereits Bezüge zum organisierten Rechtsextremismus aufweisen. Drittens können sich Szenebezüge bei Jugendlichen in der Phase der Annäherung an den Rechtsextremismus auch erst im Verlauf des Arbeitsprozesses selbst verdichten.

Zum anderen basiert die flexible Handhabung solcher Grenzen durch die Praktiker/innen auch auf pädagogischen Überlegungen. Denn selbst in Cliques, in denen mehrere Personen als rechtsextrem organisiert gelten, finden sich Adressatinnen und Adressaten mit unterschiedlichen Ideologisierung- und Bindungsgraden, sodass einzelne Zugehörige durchaus für die pädagogische Arbeit noch erreichbar sein können. So schildern Fachkräfte Beispiele aus der Arbeit mit rechtsextremen Jugendcliques, in denen durch eine erfolgreiche Isolation des Gruppenkerns die Mitläufer erfolgreich herausgelöst werden konnten. Des Weiteren werden vereinzelt auch Konzeption und allgemeiner pädagogischer Hilfeauftrag gegeneinander abgewogen, speziell in der Arbeit mit denjenigen Individuen, deren Problem- und Jugendgefährdungslagen erheblich sind und die einer weiteren Unterstützung bedürfen.

Entsprechend gestaltet sich der pädagogische Umgang mit solchen Jugendlichen weniger restriktiv, als es die konzeptionellen Vorgaben nahe legen. Handelt es sich um Klientinnen und Klienten, die sich eher noch im näheren Umfeld rechtsextremer Vereinigungen aufhalten, also

im Ermessen der Pädagoginnen und Pädagogen noch „auf der Kippe“ (Int. 12: 174) stehen bzw. die „Schwelle“ zum organisierten Rechtsextremismus noch nicht gänzlich überschritten haben, werden eher weiche Grenzziehungen praktiziert. Fachkräfte zeigen sich bei Jugendlichen in einer Orientierungsphase tendenziell zunächst eher abwartend und stehen als Ansprechpartner/innen weiterhin zur Verfügung. In Einzelfällen greifen sie hierbei auch zu Sanktionsmitteln und weisen ihre Klientinnen und Klienten auf einen möglichen Abbruch der Zusammenarbeit hin, nicht ohne ihnen aber eine gewisse Bedenkzeit einzuräumen, in der Hoffnung, dass sich in der Zwischenzeit Brüche und Distanzierungstendenzen ergeben. Für ein derartiges Vorgehen werden allerdings belastbare Arbeitsbeziehungen als unerlässlich erachtet.

Dennoch finden sich in der Praxis Beispiele dafür, dass auch strikte Grenzziehungen erfolgen. Diese Vorgehensweise wird von Fachkräften dann bevorzugt genutzt, wenn die Gefahr besteht, dass die pädagogische Unterstützung von rechtsextremen Gruppen instrumentalisiert und für ihre Zwecke vereinnahmt werden könnte bzw. wenn über einen längeren Begleitungsprozess hinweg die Szenebezüge weiterhin nicht an Attraktivität eingebüßt haben. Die Arbeit mit stärker eingebundenen Jugendlichen ist also in der Praxis eher eine Frage fachlichen Ermessens als strikter Konzeptauslegung.

Im Gegensatz zur Streetwork ist in den meisten multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen die Arbeit mit rechtsextrem organisierten Jugendlichen nicht per se ausgeschlossen. Dies spiegelt sich auch im Spektrum ihrer erreichten Zielgruppen wieder: Angebote dieses Formats arbeiten häufiger auch mit solchen Jugendlichen, die bereits feste ideologische und/oder Gruppenbezüge ausgeprägt haben und die sich bereits eher in der Phase der Konsolidierung von Einstellungen und Zugehörigkeiten als in einer Annäherungsphase befinden. Auch hierfür dürfte die Vermittlung der Klientel durch kooperierende Institutionen, wie den Strafverfolgungsbehörden – und hierbei v.a. auch die zwangsweise Verpflichtung zur Projektteilnahme über richterliche Weisungen – ausschlaggebend sein.

Neben den benannten Unterschieden zwischen Streetwork und multiplikatorenvermittelten Beratungsangeboten weist die Zielgruppe beider Formate aber auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf. Häufig sind in beiden Formaten Jugendliche anzutreffen, deren innerfamiliäre Beziehungsgefüge als problematisch oder unintakt/zerstört beschrieben

werden können. Fachkräfte berichten von Klientinnen und Klienten, deren Eltern unter (psychischen) Belastungen, Erkrankungen oder Suchtproblemen leiden oder die selbst wenig oder gar keinen Kontakt zu ihren Eltern oder einzelnen Elternteilen haben, weil Familien getrennt leben, einzelne Elternteile aus beruflichen Gründen oft abwesend sind oder Eltern gestorben sind. Besonders häufig problematisieren die Fachkräfte in diesem Zusammenhang eine defizitäre Vaterrolle. Solche und ähnlich ungünstige Familienkonstellationen prägen Forschungsbefunden zufolge häufig die Kindheit und Jugend von rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Jugendlichen (vgl. Wahl et al. 2001; Möller/Schuhmacher 2007, S. 220). Vor allem für die Gruppe der rechtsextremen Straf- und Gewalttäter wurden nicht-intakte und belastende familiäre Hintergründe beobachtet (vgl. Wahl 2003; Willems et al. 1993.)

Eine weitere Gemeinsamkeit beider Formate zeigt sich die Hinwendungsmotive der Klientel betreffend. Diejenigen Jugendlichen, die sich aus politisch-ideologischen Motiven und Interessenlagen rechtsextremen Szenen zuwenden, sind in beiden Formaten eher in der Minderheit. Deutlich wurde jedoch auch, dass diese Teilzielgruppe am ehesten noch in den multiplikatorenvermittelten Beratungsangeboten anzutreffen ist.

Mit Blick auf das Alter der einstiegsgefährdeten Zielgruppe wurde bereits an früherer Stelle in Kap. 3 dargestellt, dass sich Angebote in beiden Formaten konzeptionell mehrheitlich an jüngere Jugendliche richten. Diese Altersgruppe wird in der Praxis durch die Angebote gut erreicht. Sie arbeiten v.a. mit Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren, nur selten sind auch ältere Jugendliche vertreten. Auch eine einzelne multiplikatorenvermittelte Einzelberatung, die sich konzeptionell eher an ältere Jugendliche ab 17 Jahren richtet, konnte in der Praxis nur Jugendliche im Alter zwischen 12 und 14 Jahren für die Zusammenarbeit gewinnen, da die eigentlich anvisierte Zielgruppe bereits zu stark konsolidierte Bezüge zum Rechtsextremismus aufwies und für die offerierten Angebote nicht mehr erreichbar war. Diese Beobachtung deckt sich mit Erkenntnissen aus wissenschaftlichen Studien zum Einstiegsalter in rechtsextreme Szenen (vgl. Möller 2000a) (siehe hierzu Kap. 1.1).

Für die pädagogische Praxis sind diese Entwicklungen folgenreich, wenn sie zielgruppenangemessen arbeiten will. Zum einen empfiehlt es sich, bei der (zukünftigen) Entwicklung von Angeboten für diese Zielgruppe das Alter der Adressatinnen und Adressaten zu vergegenwärtigen und zu berücksichtigen. Zum anderen bedeutet dies aber auch,

insbesondere bei Angeboten, die verstärkt auf die Vermittlung ihrer Klientel durch Multiplikatoren setzen, diese auch dahingehend zu sensibilisieren, dass sie bereits bei Jugendlichen in einem frühen Alter potenzielle Gefährdungen wahrnehmen.

Schwierigkeiten weisen Angebote beider Formate beim Erreichen bestimmter Teilzielgruppen auf. So werden Mädchen sowohl in Streetworkangeboten als auch in der multiplikatorenvermittelten Einzelberatung nur sehr vereinzelt erreicht. Mit Blick auf den cliquen- und sozialraumbezogenen Ansatz der Streetwork dürfte das von Jungen verschiedene Freizeitverhalten von Mädchen hierfür mit ursächlich sein. Forschungsbefunde verweisen darauf, dass Mädchen im öffentlichen Raum weniger vertreten sind als Jungen (vgl. Bachor 2000, S. 21)²³, Mädchen seltener als Jungen Mitglieder von Cliquen sind und dass sie eher intimere Zweierfreundschaften mit anderen Mädchen präferieren (Ecaarius 2009, S. 65). Außerdem nutzen sie zur Pflege ihrer Freundschaften häufiger private, nicht-öffentliche Räume (vgl. ebd., S. 65) bzw. kommerzialisierte Räume wie Shopping Malls, Fußgängerzonen und Cafés oder institutionalisierte und beaufsichtigte Freizeitkontexte (z.B. Vereine) (vgl. Schön 2002, S. 9). Mädchen, die sich jugendlichen Freizeitcliquen im öffentlichen Raum anschließen, bleiben diesen – Praxiserfahrungen zufolge – auch eher lose verbunden und wechseln Cliquen häufiger als Jungen, sodass kontinuierliche und verbindliche Arbeitsbeziehungen schwerer realisierbar werden (vgl. Glaser i. E.).

Darüber hinaus dürfte der geringe Anteil von Mädchen in den multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen auch auf den vergleichsweise hochschwelligem Zugangsweg über Kooperationspartner zurückzuführen sein. Weitervermittlungen durch diese erfolgen eher, wenn Jugendliche auffällige und als störend empfundene, d.h., v.a. konfrontativ-aggressive Ausprägungsformen von Rechtsextremismus zeigen. Mädchen und

23 Differenzierend muss ergänzt werden, dass die Präsenz junger Menschen im Raum, also auch die von Mädchen, von den persönlichen Ressourcen, vom Bildungsgrad und Herkunftsmilieu, von den individuellen Lebensentwürfen und von den kulturell-gesellschaftlichen Normen abhängt (vgl. Bachor 2000, S. 37). Wird unterschieden zwischen „öffentlichen Freiräumen“ und „institutionalisierten öffentlichen Räumen“, so zeigt sich bspw., dass unter den Mädchen, die öffentliche „Freiräume“ nutzen, eher Mädchen der Unterschicht als der Mittel- und Oberschicht zu finden sind. Hingegen werden bspw. institutionalisierte öffentliche Räume von Mädchen und Jungen in ähnlichem Umfang und mit ähnlicher Frequenz aufgesucht. Hier sind es v.a. Kinder der mittleren und gehobenen Sozialschichten, die sich in diesen Räumen aufhalten (vgl. ebd., S. 19ff.).

Frauen verhalten sich demgegenüber häufig unauffälliger und weisen weniger offensichtliche rechtsextreme Ausprägungsformen auf, sodass sie insgesamt weniger häufig als „Problemfall“ in den Blick geraten (vgl. Pingel/Rieker 2002) und weitervermittelt werden. Von einzelnen Fachkräften werden diese unterschiedlichen Auffälligkeiten von Jungen und Mädchen explizit als Ursache für den geringen Anteil an weitervermittelten Mädchen benannt:

„Bei Mädchen musste man möglicherweise nicht nur einmal, sondern fünfmal hinguhen, um vielleicht eine Auffälligkeit oder ein Signal zu vernehmen, was für so ein Projekt wie unseres relevant gewesen wäre. Vielleicht werden aber Mädchen auch gar nicht so auffällig, vielleicht zeigen die das nicht („.“ (Int. 22: 120).

Diese geringere Sichtbarkeit von Mädchen korrespondiert mit genderspezifischen Wahrnehmungsmustern, die auch für dieses Praxisfeld in der Forschung konstatiert werden (vgl. Elverich/Glaser 2009; Elverich/Köttig 2007) und auf die es auch in unseren Interviews vereinzelt Hinweise gab. Rechtsextremismus und insbesondere rechtsextreme Handlungen werden dabei v.a. als „männliches“ Phänomen gedeutet, was dazu führt, dass weniger offensichtliche Ausprägungen bei Mädchen und Frauen (Orientierungen, aber auch indirekte Beteiligungen an Gewalt-handlungen; vgl. Bitzan et al. 2003) tendenziell ausgeblendet und weniger wahrgenommen werden.

Gendersensible Fortbildungsangebote sowohl für die kooperierenden Multiplikatoren als auch für die Fachkräfte im Feld könnten ein geeigneter Ansatzpunkt sein, um wahrnehmungsbedingte Hürden bei der Gewinnung von Mädchen und Frauen abzubauen.

Außerdem zeigen sich speziell in der Streetwork Schwierigkeiten beim Erreichen von rechtsextrem orientierten Jugendlichen, die keine sozialen Belastungen und Probleme aufweisen. Wie bereits in Kap 3.1 ausgeführt, richten sich die hier untersuchten Streetwork-Angebote entweder bereits konzeptionell an Jugendliche mit Integrationsdefiziten und sozialen Problemen oder es gelingt ihnen nicht, mit ihrem Angebotsspektrum Zugänge zu Jugendlichen ohne derartige Problemlagen herzustellen (vgl. Glaser 2013, S. 258).²⁴ Aus diesen Gründen finden sich in den Angeboten fast aus-

24 Diese Problematik wurde bereits im Rahmen einer früheren Erhebung des DJI als grundlegende Schwierigkeit sozialintegrativ ausgerichteter Angebote im Arbeitsfeld identifiziert (vgl. Pingel/Rieker 2002, S. 75).

schließlich Jugendliche mit deutlichen Integrationsdefiziten. Da das Spektrum rechtsextrem orientierter Jugendlicher jedoch auch andere Zielgruppen umfasst, zeigen sich hier Grenzen des Ansatzes der Streetwork.

Dagegen erreichen diejenigen Angebote, die einen multiplikatorenvermittelten Ansatz der Zielgruppengewinnung verfolgen, häufiger auch sozial abgesicherte Jugendliche aus „gutbürgerlichen“, bildungsnahen Familien. In besonderem Maße gilt dies für diejenigen Angebote, die ihre Zielgruppen verstärkt über Schulen, Elternberatungen und Strafvollzugsinstitutionen gewinnen.²⁵ Insofern zeichnet sich mit Blick auf das Erreichen der sozial integrierten Teilzielgruppe ein Vorteil des Zugangs über Multiplikatoren ab.

Eine dritte Herausforderung ergibt sich für beide Formate mit Blick auf die Gewinnung von Jugendlichen, die sich über virtuelle Kontexte an die Szene annähern und in diesen Kontexten rechtsextreme Weltbilder und Zugehörigkeiten ausprägen. Für die Gewinnung dieser Jugendlichen fehlen den untersuchten sozialräumlich orientierten Streetworkangeboten zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch geeignete Ansätze. Um diese Jugendlichen zukünftig zu erreichen, gilt es, die herkömmliche Streetwork um Komponenten der Ansprache und Arbeit in virtuellen Sozialräumen zu erweitern.

In multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen (aber auch in Ausstiegsangeboten, s.u.) hingegen wird aktuell bereits mit Jugendlichen gearbeitet, die sich in virtuellen Kontexten an rechtsextreme Szenen und Ideologien angenähert haben. Allerdings weisen diese Jugendlichen zumeist bereits feste Zugehörigkeiten und rechtsextreme Weltbilder auf und sind somit im eigentlichen Sinne nicht mehr zur Zielgruppe der „Einstiegsgefährdeten“ zu zählen. Dies könnte wiederum in der Vermittlung der Klientel durch sicherheitsbehördliche und justizielle Kooperationspartner begründet sein, die erst dann auf die Jugendlichen treffen, wenn sie bereits in virtuellen Kontexten (z.B. mit Propagandadelikten) straffällig geworden sind. Insofern sind auch die multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen bisher noch nicht geeignet, um Jugendliche zu erreichen, die sich online rechtsextremen Szenen und Inhalten annähern. Die in Kap. 2.5.2 aufgeführten virtuellen Ansätze stellen insofern für

25 Trotz ihrer Herkunft aus sozial abgesicherten Familien können sich aber auch bei diesen Jugendlichen aus ihrer Szenezugehörigkeit resultierende individuelle Erfahrungen von Desintegration ergeben. Beispielhaft hierfür ist der Schulverweis eines Jungen, nachdem dieser einen Mitschüler als Antifa-Mitglied geoutet hatte.

die Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen eine vielversprechende Erweiterung des Arbeitsfeldes dar.

4.2.2 Ausstiegshilfen²⁶

Das hinsichtlich der Ausprägungsfacetten von Rechtsextremismus bei der Zielgruppe vergleichsweise breiteste Zielgruppenspektrum insgesamt weist aktuell die Ausstiegsarbeit auf. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die durch Angebote dieses Formats erreicht werden, waren im gesamten Spektrum rechtsextremer Szenen aktiv und entstammen sowohl dem erlebnisweltlich und subkulturell geprägten Milieu (z.B. Autonome Nationalisten, Skinheads), als auch politisch-ideologisch orientierten Strukturen und Organisationen (wie dem Partei- und Kameradschaftsspektrum). Mehrheitlich finden sich in den Angeboten (männliche) Aktivist*innen und Mitläufer rechtsextremer Szenen. Nur punktuell werden darüber hinaus auch aktive Kader erreicht.

Innerhalb der einzelnen Angebote zeigen sich jedoch Unterschiede dahingehend, in welchem Maße mit gefestigten Rechtsextremen bzw. mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen gearbeitet wird. Als ein möglicher Grund hierfür wurde bereits die regional unterschiedlich aufgestellte Angebotslandschaft aufgeführt (vgl. Kap. 3.2). Ausstiegshilfen in solchen Gebieten, in denen auch spezialisierte Angebote für einstiegsgefährdete Jugendliche existieren, arbeiten eher mit Personen mit ausgeprägten Szenekontakten und/oder einschlägig rechtsextremem Verhalten. In anderen Regionen hingegen, in denen Ausstiegsangebote das einzige spezialisierte Angebot für Jugendliche mit Bezügen zum Rechtsextremismus darstellen, zählen oftmals auch Jugendliche zum Zielgruppenspektrum, die sich noch in der Phase der Hinwendung zu rechtsextremen Gruppen und/oder Ideologien befinden.

Angebotsübergreifend lassen sich aber ebenso Gemeinsamkeiten bei den erreichten Zielgruppen feststellen. Hierzu zählt, dass die Klientel der Angebote nach Einschätzung der Befragten in vielen Fällen überdurchschnittlich oft Zusatzbelastungen aufweist. Neben den bereits in Kap. 4.2.1 dargestellten frühbiografischen Belastungen, die Fachkräften zufolge auch für die Zielgruppe der ausstiegswilligen Jugendlichen

26 Dieses Kapitel basiert in Teilen auf Glaser/Greuel/Hohnstein 2014.

kennzeichnend sind, finden sich in der Klientel, die durch Ausstiegshilfen erreicht wird, häufig auch Jugendliche und junge Erwachsene, die durch Alkoholmissbrauch und Sucht- sowie Gewaltproblematiken, aber auch Gewalterfahrungen und vereinzelt Verhaltensstörungen oder psychische Störungen und Erkrankungen belastet sind. Diese Problemlagen können in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Verbleib der Jugendlichen in rechtsextremen Szenen bzw. mit dem Ausstieg der Jugendlichen aus diesen Szenen stehen.

Sucht- und Alkoholmissbrauchsproblematiken hängen einerseits in vielen Fällen mit der Szenezugehörigkeit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zusammen. So fungiert der Konsum von Alkohol bei Feiern und Konzerten als gemeinschaftsbildendes und gruppenidentifikatorisches Element in rechtsextremen subkulturellen Erlebniswelten (vgl. Deinet 2013, S. 210; Möller/Schuhmacher 2007a, S. 19). Zudem spielt er eine erhebliche enthemmende und stimulierende Rolle beim Einsatz und bei der Eskalation von Gewalt in rechtsextremen Gruppen (vgl. Willems et al. 1993, S. 185).²⁷ Aber auch der Konsum illegaler Drogen wird Fachkräften zufolge bei subkulturell geprägten und gewaltbereiten Zielgruppen relevanter. Andererseits fungieren Alkohol- und Drogenmissbrauch nach Einschätzung der Fachkräfte aber ebenso als kompensatorisches Mittel gegen Isolationsgefühle und Perspektivlosigkeit im Distanzierungsprozess.

Ferner leidet ein Teil der Klientinnen und Klienten von Ausstiegsangeboten (zusätzlich zu frühbiografischen Gewalterfahrungen, vgl. Kap. 1.1.1) unter den Folgen punktueller und struktureller Gewalt, der sie innerhalb rechtsextremer Szenebezüge ausgesetzt sind und waren. Hierbei deuten sich geschlechtsspezifische Differenzen an. Während männliche Klienten eher innerhalb der Gruppenbezüge oder in Auseinandersetzung mit politischen Gegnern Gewalt erfahren, sind bei Mädchen und Frauen Gewalt- (sowie auch Missbrauchs)erfahrungen eher Bestandteil partnerschaftlicher Beziehungen.

Viele der Klienten, aber auch Klientinnen in den Ausstiegsangeboten sind jedoch nicht nur Opfer, sondern auch Täter/innen. Bei einem Großteil der männlichen Ausstiegswilligen sind Gewalttaten Teil der rechtsextremen Strafbioografie. Aber auch Mädchen und Frauen gelangen

27 Auch bei rechtsaffinen Jugendlichen können solche Dynamiken schon zum Tragen kommen (vgl. Pingel/Rieker 2002, S. 30f.).

vereinzelt als Gewalttäterinnen in die Angebote oder legen zumindest im Zuge der Ausstiegsbegleitung ihr (früheres) gewalttätiges Verhalten (z.B. in Konkurrenzsituationen mit anderen Mädchen und Frauen) offen.

In selteneren Fällen weisen Klientinnen und Klienten erhebliche psychische Erkrankungen auf. In Ausstiegshilfen haben es Fachkräfte z.B. mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu tun, bei denen psychopathologische Krankheitsbilder – wie depressive Erkrankungen – in Folge von Szenezugehörigkeiten oder auch Distanzierungsprozessen auftreten. Sie resultieren aus erheblichen psychosozialen Belastungen wie Trennungen, Arbeitsplatzverlust oder Isolation, die sich im Verlauf ihrer Szenezugehörigkeit, aber auch während des Ausstiegsprozesses ergeben können. In Einzelfällen sind psychische Erkrankungen allerdings bereits mit ursächlich für die Ausprägung von rechtsextremen Orientierungen oder Zugehörigkeiten, u.a. im Fall von schizophrenen und wahnhaften Störungen (vgl. hierzu auch das Fallbeispiel in Rüllicke-Luzar 2013). Teilweise befinden sich solche Klientinnen und Klienten bereits in therapeutischer Behandlung, bevor sie sich an die jeweiligen Angebote wenden, teilweise müssen psychische Erkrankungen aber auch von den Mitarbeitenden zunächst diagnostiziert werden.

Über diese Zusatzproblematiken hinaus sind Aussteigende sehr häufig sozial desintegriert. In vielen Fällen war die mangelnde soziale Integration bereits (mit) ursächlich für die Hinwendung der Jugendlichen zum Rechtsextremismus (vgl. Kap. 1.1.1), sie kann aber ebenso aus andauernden Szenezugehörigkeiten bzw. aus Ausstiegsprozessen resultieren. So schildern Fachkräfte formatübergreifend Beispiele dafür, dass rechtsextreme Orientierungen und/oder Aktivitäten in rechtsextremen Gruppen und Vereinigungen bei ihrer Klientel zu Brüchen in der sozialen Einbindung führten. Hierzu zählen die Entfremdung von Familie und früherem Freundeskreis, der Verlust des Schul- oder Arbeitsplatzes oder mangelnde Perspektiven bei der beruflichen Weiterentwicklung sowie Strafverfolgung und Haft. Vor allem langjährigen Szenemitgliedern mangelt es vielfach an alternativen sozialen Netzwerken, Kontakt- oder Freizeitmöglichkeiten außerhalb der Szene.

Mit Blick auf das Alter der in den Angeboten vertretenen Klientel kann festgestellt werden, dass Ausstiegshilfen ein sehr breites Zielgruppenspektrum erreichen. Über alle Angebote hinweg reicht die Spannbreite der betreuten Klientel von 15 bis 45 Jahren. Ein Betreuungsschwerpunkt kann allerdings auf Grundlage der vorliegenden Daten bei Personen im Alter von 20 bis Mitte 20 ausgemacht werden.

Das Datenmaterial liefert Hinweise darauf, dass das Alter der erreichten Zielgruppen zumindest teilweise im Zusammenhang mit den gewählten Zugängen zur Zielgruppe steht. So erreichen Angebote, die ihre Teilnehmenden über Multiplikatoren im Bildungs- und Jugendhilfesystem gewinnen, in größerem Umfang auch minderjährige Jugendliche.

Die in Kap. 3.2 dargestellten konzeptionellen Grenzen bzgl. der Zielgruppe stellen in der Arbeitspraxis der Ausstiegshilfen selten absolute Grenzen dar. Förderprogrammbedingte Altershöchstgrenzen werden zumindest in einem untersuchten Angebot nicht als Ausschlusskriterium betrachtet – im Bedarfsfall soll niemand aufgrund seines Alters abgewiesen werden. Auch der bei einzelnen Ausstiegshilfen zunächst konzeptionell verankerte Ausschluss minderjähriger Jugendlicher, der vor dem Hintergrund der Annahme erfolgte, dass diese Jugendlichen noch zu jung seien, um konsolidierte Szenebezüge oder Weltbilder aufzuweisen (vgl. Kap. 3.2), wird in der Praxis nur bedingt umgesetzt. Die Fachkräfte selbst geben – basierend auf ihren Praxiserfahrungen – diesbezüglich relativierend zu bedenken, dass das Alter der Klientinnen und Klienten hinsichtlich der Dauer ihrer Szenezugehörigkeit nur bedingt aussagefähig sei, weshalb sich auch unter minderjährigen Jugendlichen schon solche befinden können, die sich bereits in sehr jungen Jahren der Szene angenähert haben und trotz ihres jungen Alters ausgeprägte Szene- oder Ideologiebezüge aufweisen können. Insofern könnten sich nach Einschätzung der Fachkräfte auch bei jugendlichen Teilnehmenden, eine intensive Prüfung der Ausstiegsmotivation vorausgesetzt, unter bestimmten Umständen begleitbare Ausstiege ergeben.

Im Hinblick auf die Anteile von männlicher und weiblicher Klientel zeigt sich in der Ausstiegsarbeit eine merkliche Schiefelage dahingehend, dass Mädchen und junge Frauen in den Angeboten deutlich geringer vertreten sind. Einige Angebote erreichen diese Zielgruppe zudem offenbar nur begrenzt oder gar nicht.²⁸ Auch sind sie, stellt man die Zahl weiblicher Klienten in den Ausstiegshilfen ihrem geschätzten Szeneanteil von 10 bis 20% gegenüber (vgl. Möller 2010b), in den meisten Angeboten deutlich unterrepräsentiert.

Aus den erhobenen Daten geht hervor, dass ein Zusammenhang zwischen der Erreichbarkeit von Mädchen und Frauen und den jeweiligen

28 Genaue absolute Zahlen liegen nur punktuell vor. Teilweise nahmen die Fachkräfte Schätzungen zum Anteil von Mädchen an der Gesamtzahl der betreuten Jugendlichen vor.

gewählten Zugängen der einzelnen Angebote zu den Zielgruppen besteht. Gewinnen Ausstiegshilfen ihre Klientel vorrangig über das Strafverfolgungssystem (was v.a., aber nicht ausschließlich für staatliche Ausstiegsprogramme gilt), erreichen sie weibliche Klientinnen marginal bis gar nicht. Als ausschlaggebend hierfür kann die geringere Erfassung rechts-extrem orientierter und rechtsextremer Mädchen und Frauen durch das Strafverfolgungssystem angeführt werden. Polizeilichen Kriminalstatistiken zufolge begehen Frauen per se weniger und leichtere Straftaten als Männer (vgl. Köhler 2012, S. 5ff.) und sind auch an den erfassten rechts-extremen Straftaten mit zwischen 6% und 10% deutlich geringer beteiligt als Männer (vgl. Buschbom o.J.; Stöss 2010, S. 154). Darüber hinaus existieren Hinweise darauf, dass neben der tatsächlichen Tatbeteiligung auch genderbetreffende Wahrnehmungsfiler und Vorannahmen der Akteure im Strafverfolgungssystem die Zahl der erfassten rechtsextremen Straftäterinnen beeinflussen könnten. Einer Studie von Bitzan et al. 2003 zufolge, in der Prozessberichte zu rechtsextremen Straftaten untersucht wurden, würden weibliche Täterinnen seltener als Tatverdächtige rechtsextremer Straftaten in den Blick geraten und auch seltener verurteilt. Insofern sind Strategien der Zielgruppenerreichung über das Strafverfolgungssystem offenbar nur bedingt geeignet, um weibliche Klientinnen zu gewinnen.

Hingegen steigt in Angeboten, die ihre Zielgruppen über alternative Zugänge, z.B. über das Jugend- und Sozialhilfesystem oder intensive Öffentlichkeitsarbeit gewinnen, der Anteil weiblicher Teilnehmerinnen deutlich auf 10% und mehr und entspricht damit eher dem geschätzten Frauenanteil in der Szene.

Diejenigen Angebote, die aktuell sehr stark auf eine Zielgruppengewinnung über das Strafverfolgungssystem setzen, reagieren bisher kaum auf diese Diskrepanz. Nur ein Angebot möchte perspektivisch bei der Gestaltung von Projektmaterialien und Webseiten verstärkt auch gendersensible Ansprachen umsetzen, um auf diese Weise häufiger junge Frauen zu erreichen.

4.2.3 Trainings

Zielgruppenspezifische Trainingsmaßnahmen haben ihren inhaltlichen Schwerpunkt im Bereich der Antigewaltarbeit und richten sich

konzeptionell an (Gewalt-)Straftäter mit rechtsextremen Orientierungen und/oder Gruppenzugehörigkeiten. Diese Zielgruppe wird in den untersuchten Angeboten auch erreicht. In der Regel stammen die Teilnehmenden aus dem (losen) Umfeld rechtsextremer Gruppen oder weisen Affinitäten zu Rechtsextremismus sowie menschenfeindliche Einstellungen auf. Durchgängig zeigt sich bei der Zielgruppe ein hohes Maß an Aggression und Gewaltorientierung. Nur in einem der befragten Angebote wird mit ideologisch motivierten Täter/innen gearbeitet, wobei die Arbeit mit dieser Zielgruppe von keinem der Angebote dezidiert angestrebt wird (vgl. Kap. 3.3).

In den untersuchten Angeboten überwiegen Jugendliche mit kognitiven und affektiven Entwicklungsdefiziten und frühen biografischen Belastungen. Angebote, die ihre Zielgruppen in Arrestkontexten finden, berichten darüber hinaus durchgängig von Jugendlichen mit erheblichen sozialen Desintegrationserfahrungen und familialen Belastungen.

Weibliche Teilnehmerinnen sind in den untersuchten Trainingsmaßnahmen nur marginal bis gar nicht vertreten. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass Straftäter die Zielgruppe der Trainingsmaßnahmen bilden und Mädchen bzw. Frauen in der Gruppe der verurteilten Straftäter/innen nur eine kleine Minderheit darstellen (vgl. Buschbom o.J.; Stöss 2010, S. 154). Trainingsangebote, die ausschließlich in geschlechtshomogenen Gruppen arbeiten (bspw. in Strafvollzugsanstalten), stoßen in der Praxis zwar auf einzelne rechtsextrem orientierte Mädchen/Frauen, deren Anzahl ist jedoch zu gering, um homogene Frauengruppen bilden zu können. Insofern arbeiten solche Angebote letztlich nicht mit Mädchen und Frauen. Trainings, die in geschlechtsheterogenen Arrestkontexten arbeiten und deren Gruppenangebote ebenfalls geschlechtsheterogen sind, erreichen Mädchen und Frauen zumindest vereinzelt.

Die jeweils gewählten Strategien der Zielgruppengewinnung beeinflussen zudem das Alter der erreichten Teilnehmenden. In Trainingsangeboten, die in geschlossenen Jugendarresten arbeiten, definiert die Altersgrenze des Jugendstrafrechts auch das Altersspektrum der erreichten Zielgruppen, nämlich zwischen 14 und 21 Jahren,²⁹ wobei im Einzelfall

29 Das Jugendstrafrecht ist ab dem Alter der Strafmündigkeit, also ab 14 Jahren, anwendbar und gilt für alle Jugendlichen bis 18 Jahre. 18 bis unter 21-Jährige fallen weiter unter das Jugendstrafrecht, wenn sie noch nicht die Einsichts- und Verantwortungsfähigkeit eines Erwachsenen aufweisen. In diesen Fällen liegt es im Ermessen des entscheidenden Gerichts, ob das Erwachsenenstrafrecht oder das Jugendstrafrecht Anwendung findet.

das Alter des Haftantritts vom Tatalter etwas abweichen kann, sodass sich vereinzelt auch Jugendliche in den Angeboten finden, die etwas älter als 21 Jahre sind. Angebote, die in Jugendstrafanstalten arbeiten, haben es dagegen auch mit älteren Jugendlichen zu tun, die z.T. über mehrere Jahre inhaftiert waren (und erst in Entlassungsnähe am Angebot teilnehmen). Auch in den übrigen Trainingsmaßnahmen werden v.a. ältere Jugendliche erreicht. Dies entspricht den Zielgruppenbeschreibungen in den Konzepten dieser Angebote.

Zusammenfassung

Abschließend kann festgehalten werden, dass sich in den untersuchten Formaten je spezifische Zielgruppenschwerpunkte zeigen. Auf konzeptioneller Ebene richten sich Angebote der Streetwork und multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen schwerpunktmäßig an einstiegsgefährdete Jugendliche und Ausstiegshilfen v.a. an ausstiegswillige Angehörige rechtsextremer Szenen. Trainingsangebote wenden sich größtenteils an (Gewalt-)Straftäter mit rechtsextremen Orientierungen.

In der Arbeitspraxis der Angebote zeigt sich, dass die konzeptionell anvisierte Zielgruppe in allen Angeboten erreicht wird und die Arbeit mit ihnen jeweils den Schwerpunkt darstellt.

Jenseits dieser Schwerpunkte überschneiden sich die Zielgruppen der Angebote jedoch zum Teil. So arbeiten einige Ausstiegshilfen vereinzelt auch mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen, während multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen mitunter nicht nur mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen arbeiten. Zum Teil sind diese Überschneidungen in den Zielgruppen bereits in den Konzepten angelegt, da hier nicht immer scharfe Grenzen in der Arbeit mit bestimmten Zielgruppen gezogen werden. In den Fällen, in denen diese Grenzziehung strikt erfolgt, berichten die Fachkräfte, dass diese im Arbeitsalltag mitunter schwierig umsetzbar bzw. unpraktikabel sei.

In allen Formaten werden überwiegend Jugendliche erreicht, die strukturelle Integrationsdefizite aufweisen, d.h. mehrheitlich bildungsfern sowie häufig ohne Ausbildung und Beruf sind. Außerdem weisen sie häufig sozioemotionale sowie therapierrelevante Problematiken auf. Hierzu zählen biografische, z.B. familiär bedingte, Belastungen, Sucht- und Gewaltproblematiken sowie psychische Probleme und Erkrankungen.

Streetworkangebote, Ausstiegshilfen und Trainings erreichen in der Regel fast ausschließlich diese Zielgruppe. Bei Streetwork-Angeboten ist dies auf ihren jugendhilfebezogenen Arbeitsauftrag sowie den spezifischen Zugangsweg zurückzuführen. Auch in der Ausstiigsarbeit und in Trainings wird durch die praktizierten Strategien der Zielgruppenerreichung, insbesondere über Akteure des Strafverfolgungssystems (Polizei/Gerichte/Jugendgerichtshilfen), diese Zielgruppe in besonderem Maße angesprochen.

Kaum erreicht werden von den untersuchten Angeboten Jugendliche, die strukturell gut integriert sind und geringe Problembelastungen aufweisen. Bemerkenswerterweise haben multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen in der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen Strategien entwickelt, mit denen auch solche Jugendliche gut erreicht werden. Hervorzuheben sind insbesondere diejenigen Angebote, die mit Schulen kooperieren. Da in der Institution Schule prinzipiell alle Jugendlichen eines Jahrganges versammelt sind, wird hier auch eine Zielgruppe jenseits von problembelasteten Jugendlichen erreicht.

Insbesondere Ausstiegshilfen und Trainings erreichen v.a. Jugendliche, die straffällig oder strafverdächtig in Erscheinung getreten sind. Verantwortlich sind hierfür wiederum die zentralen Zugangswege über das Strafverfolgungssystem. Am ehesten werden nicht straffällige bzw. -verdächtige Jugendliche (und junge Erwachsene) noch von Angeboten erreicht, die die Adressatinnen und Adressaten ihrer Arbeit durch proaktive Ansprachen gewinnen – also spezielle Gefährdungsansprachen durchführen, um frühzeitig, noch vor dem Voranschreiten rechtsextremer Karrieren, Distanzierungsimpulse zu setzen. Außerdem findet sich diese Zielgruppe in Angeboten, die ihre Zielgruppen durch die Vermittlung von Multiplikatoren im Bereich der Jugend(sozial)arbeit, der Arbeitsmarktintegration sowie über Elternberatungen oder über Schulen gewinnen, da bei der Identifikation der Zielgruppen durch die Multiplikatoren weniger strafrelevantes Verhalten, als vielmehr habituelle Auffälligkeiten entscheidend sind.

Als formatübergreifende Herausforderung stellt sich das Problem, dass weibliche Zielgruppen kaum erreicht werden. Auch hierfür sind insbesondere die Strategien der Zielgruppengewinnung verantwortlich. Angebote, die ihre Zielgruppen vorwiegend über Strafverfolgungskontexte gewinnen, weisen deutliche Schwierigkeiten auf, Mädchen und Frauen zu erreichen. Angebote, die hingegen verstärkt mit Schulen, Jugend- und

Familienhilfen oder Elternberatungen zusammenarbeiten oder in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auch Mädchen und Frauen ansprechen, erreichen diese Zielgruppe besser.

Dies setzt jedoch voraus, dass die vermittelnden Fachkräfte in den kooperierenden Einrichtungen über die notwendige Sensibilität verfügen, rechtsextreme Orientierungen und Verhaltensweisen bei Mädchen und Frauen zu erkennen. In den vorliegenden Daten finden sich vereinzelt Hinweise darauf, dass gesellschaftlich und kulturell geprägte genderspezifische Wahrnehmungen sowohl bei Multiplikatoren als auch bei Fachkräften in einzelnen untersuchten Angeboten das Erkennen von rechtsextremen Haltungen und Verhaltensweisen bei Mädchen und jungen Frauen erschweren.

5 Grundelemente und Grundprinzipien der Arbeit

Im Folgenden werden einige übergreifende Grundelemente und Grundprinzipien der Arbeit mit einstiegsgefährdeten und ausstiegswilligen Jugendlichen skizziert, die formatübergreifend für beide Handlungsfelder relevant sind (auch wenn sie z.T. in den Formaten unterschiedlich ausgelegt bzw. praktiziert werden). Diese beziehen sich zum einen auf Vorgehensweisen und Haltungen der Fachkräfte, zum anderen aber auch auf Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, unter denen die Arbeit stattfindet.

5.1 Gesetzliche Rahmenbedingungen

Fachkräfte sind in ihrer Arbeit an juristische Rahmenbedingungen gebunden, die den Umgang mit den Jugendlichen bestimmen. So sehen sich Fachkräfte in allen behördlichen und nichtbehördlichen Angeboten formatübergreifend zur Einhaltung der gesetzlichen Schweigepflicht und des Datenschutzes verpflichtet. Im Falle der Einbeziehung anderer Unterstützungsangebote in die Arbeit muss von den Klientinnen und Klienten immer erst eine Entbindung von der Schweigepflicht unterzeichnet werden.

Daneben existieren weitere professionsspezifische Regeln, die für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Jugendlichen relevant sind. Vor allem Ausstiegshilfen in polizeilicher Trägerschaft sind an strenge gesetzliche Rahmenbedingungen gebunden. Dies betrifft zunächst Fälle, in denen die hier tätigen Fachkräfte im Rahmen ihrer Arbeit Kenntnis von begangenen Straftaten bekommen. Polizeiliches Personal ist in diesem Fall nach § 152 StPO an das Legalitätsprinzip gebunden, das sie dazu verpflichtet, bei Kenntnisnahme einer Straftat die Ermittlungen aufzunehmen und dem Sachverhalt nachzugehen. Für nicht polizeiliches Personal gilt dies hingegen nicht, auch nicht in Angeboten, die bei der Polizei angesiedelt sind.

Dieser Unterschied wirkt sich erheblich auf die Arbeit der Fachkräfte aus. Polizeilich ausgebildete Mitarbeitende in Angeboten der Ausstiegsarbeit gehen bezüglich dieser Auflage sehr transparent vor. Ausstiegswillige

Personen werden zu Beginn der Betreuung darüber informiert, dass die Mitarbeitenden bereits begangene oder auch aktuelle Straftaten weitermelden müssen und bei gravierenden Vergehen während des Ausstiegsprozesses auch einen Betreuungsabbruch in Betracht ziehen. (Sozial-)pädagogische, therapeutische oder anderweitig ausgebildete Fachkräfte hingegen verweisen auf ihre Schweigepflicht, wenn sie von einer bereits begangenen Straftat erfahren und gewichten den Erhalt ihrer Vertrauensbeziehung zu den Jugendlichen höher. Allerdings betonen einzelne Befragte, dass sie Jugendliche dennoch zumindest bei einer gravierenden rechtsextremen Straftat zu einer Selbstanzeige motivieren möchten, weil sie das Eingeständnis einer begangenen Straftat mit politischem Hintergrund als Bestandteil der Aufarbeitung einer rechtsextremen Biografie und des Distanzierungsprozesses begreifen.

In der Arbeit mit der Zielgruppe können Fachkräfte in allen Angeboten von Gefährdungen Anderer, z.B. durch die Planung von Straftaten, Kenntnis erhalten oder mit Selbstgefährdungslagen bei den von ihnen betreuten Jugendlichen konfrontiert werden und es stellt sich die Frage, welche Informationen an Dritte weitergegeben werden (müssen).³⁰ Polizeiliche Akteure sind zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und damit zur Vermeidung und frühzeitigen Bekämpfung von Straftaten verpflichtet (vgl. Würtenberger/Heckmann 2005, S. 185) und müssen entsprechende Informationen weitergeben. In zwei geschilderten Fällen waren Mitarbeitende in Ausstiegsangeboten mit polizeilichem Personal mit solchen Situationen konfrontiert. In einem Fall wurde bereits vor Programmaufnahme bei einer ausstiegswilligen Person eine psychische Erkrankung mit einem allgemeingefährdenden Potenzial vermutet, weshalb die Arbeit mit dieser Person mit Verweis auf den Selbstschutz der Mitarbeitenden, aber auch auf den Schutz der Allgemeinheit, abgelehnt wurde. In einem anderen Fall erfuhr ein Ausstiegsbegleiter von den Selbstmordabsichten eines betreuten Jugendlichen, der sich in einer äußerst belastenden Krisensituation befand. Auch er bezog umgehend die zuständigen Kolleginnen und Kollegen der Polizei ein.

30 Grundsätzlich gilt eine ausschließliche Selbstgefährdung nicht als Gefahr für die allgemeine Öffentlichkeit. Allerdings wird für Personen mit Suizidabsicht angenommen, dass sie sich in einem „psychischen Ausnahmezustand“ befinden und demnach nicht vollständig zurechnungsfähig sind.

Für nicht-polizeiliche Akteure hingegen gilt bei Hinweisen auf bevorstehende schwerwiegende Straftaten und im Falle der Gefährdung der Gesundheit und des Lebens der Jugendlichen selbst sowie von Dritten die Offenbarungspflicht, d.h. sie müssen diese (nach § 138 StGB) anzeigen. Zum Zeitpunkt der Befragung waren nur zwei nicht-polizeiliche Angebote mit diesem konkreten Problem konfrontiert. In einem Angebot sahen die Mitarbeitenden im Laufe der Beratung zwar ein Gefährdungspotenzial für die Allgemeinheit, das von dem Jugendlichen ausging. Zugunsten der Weiterführung der Arbeitsbeziehung wurde aber auf eine weiterführende Meldung dieser Person bei den Sicherheitsbehörden verzichtet, um die vertrauensvolle Arbeitsbeziehung nicht zu gefährden und die Person nicht ganz zu verlieren. In einem anderen Angebot arbeiteten Fachkräfte mit einem besonders problematischen Fall eines jugendlichen Intensivstraf Täters, bei dem erhebliche biografisch bedingte psychische Belastungen vorlagen und der eine therapeutische Behandlung verweigerte. In diesem Fall plädierten die fallbeteiligten Fachkräfte sogar für zügige Strafverfolgung und dauerhafte Inhaftnahme, da sie ihn als Gefahr für sein Umfeld sahen. Dabei empfahlen sie aber eine JVA, in der eine psychologische Betreuung und Antigewaltmaßnahmen gewährleistet werden konnten. Einzelne weitere befragte Fachkräfte erachteten zumindest theoretisch, ohne bisher entsprechende Erfahrungen gemacht zu haben, eine Meldung der Betroffenen bei den zuständigen Behörden als verpflichtend, wenn Gefährdungen erwartbar sind (z.B. wenn labile Klientinnen und Klienten Zugang zu Waffen haben).

Insgesamt lässt sich damit konstatieren, dass Mitarbeitende in nicht-staatlichen Angeboten überwiegend zu einer engen Auslegung von Anzeigepflichten tendieren, wenn es um potenzielle Gefährdungslagen geht. Vereinzelt gibt es Hinweise darauf, dass dabei das Prinzip des Schutzes der Allgemeinheit in Spannung zum Prinzip der Vertraulichkeit geraten kann und die Fachkräfte schwierige Entscheidungen treffen müssen. Es gilt zu bedenken, dass Fehleinschätzungen hinsichtlich des Gefährdungspotenzials einzelner Jugendlicher für die Jugendlichen, die Mitarbeitenden und unbeteiligte Dritte gravierende Konsequenzen nach sich ziehen können. Nicht zuletzt könnte im Fall einer realen Gefährdung durch betreute Jugendliche die Integrität und Professionalität und damit auch das Fortbestehen des Angebots gefährdet sein.

5.2 Regelungen und Grenzziehungen im Umgang mit der Zielgruppe

Alle Angebote im Feld der Distanzierungsarbeit arbeiten mit Zielgruppen, die problematische Haltungen und/oder Verhaltensweisen verinnerlicht haben bzw. entsprechende Affinitäten zeigen. In allen Angeboten werden – teilweise auf der Grundlage der beschriebenen gesetzlichen Bestimmungen – von den Fachkräften Regeln des Umgangs miteinander formuliert sowie bestimmte ideologisch motivierte Verhaltensweisen als unerwünscht erklärt. Zu letzteren gehören z.B. das Hören verbotener rechtsextremer Musik, das Äußern bestimmter Parolen und die Verbreitung von Propaganda oder auch das Tragen einschlägiger Kleidung. Diese Regeln gelten für den gesamten Zeitraum der gemeinsamen Arbeit.

Je nach Format sind die Grenzen dabei unterschiedlich hoch und Verstöße werden unterschiedlich konsequent und unterschiedlich hart sanktioniert. Generell lässt sich feststellen, dass die Fachkräfte in der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen auch bei Regelverstößen tendenziell zunächst eher abwartend agieren und als Ansprechpartnerinnen und -partner weiterhin zur Verfügung stehen. In Einzelfällen greifen sie bei fortwährenden oder starken Regelverletzungen zu Sanktionsmitteln und weisen ihre Klientinnen und Klienten dann auf einen möglichen Abbruch der Arbeitsbeziehung hin, aber nicht ohne ihnen eine gewisse Bedenkzeit einzuräumen, in der Hoffnung, dass sich in der Zwischenzeit Brüche und Distanzierungstendenzen ergeben. Es finden sich in der Praxis allerdings auch Beispiele für harte Grenzziehungen, insbesondere dann, wenn die Gefahr einer Instrumentalisierung und Vereinnahmung durch rechtsextreme Gruppen besteht oder wenn über einen längeren Zeitraum des Beobachtens hinweg die Szenebezüge weiterhin nichts von ihrer Attraktivität eingebüßt hatten.

Streetwork

Für die Streetwork gilt nicht nur, dass die Beteiligung der Jugendlichen freiwillig ist und vor diesem Hintergrund zunächst ein gelingender Zugang zur Zielgruppe und eine stabile Arbeitsbeziehung hergestellt werden müssen (vgl. Kap. 6.1.1). Eine Besonderheit besteht gegenüber anderen Formaten vielmehr darin, dass die Fachkräfte den Jugendlichen im öffentlichen Raum begegnen. Anders als z.B. in Jugendhäusern sind sie dabei weniger in der Rolle von „Gastgebern“, sondern halten sich umgekehrt in den

„Räumen“ der Jugendlichen auf. Dadurch haben sie zunächst kaum eine Legitimation, Regeln des Umgangs zu bestimmen. Sanktionierungen von zielgruppentypischen Verhaltensweisen erweisen sich vor diesem Hintergrund als hinderlich und sind prinzipiell zuganggefährdend. Daher müssen Grenzziehungen den Erfahrungen der Fachkräfte zufolge klar aber ebenso sensibel erfolgen, damit sie die gewünschte Wirkung haben können und zugleich den Zugang zur Zielgruppe nicht gefährden. Das heißt v.a., dass sie auf einer Akzeptanz der Person basieren und entsprechend vorgebracht sein müssen. Solche Prämissen hatte bereits Krafeld (1996) formuliert und pointiert zusammengefasst als „Grundsatz: Grenzen ziehen ohne auszugrenzen!“ (Krafeld 1996, S. 28). Wie dies in der Praxis aussehen kann, schildert eine Fachkraft am Beispiel:

„Na ja, also ganz klar, wenn wir eine Grenze ziehen in der individuellen Arbeit, dann sagen wir das den Leuten auch. Das ist ganz klar. Wir sagen also: ‚Pass auf Atze, wir haben mitgekriegt, du bist jetzt auf dieser Demo da mitgelaufen, damit ist klar, also du spielst bei denen, dann kannst du nicht mit uns mitspielen.‘ Und das sagen wir denen ganz klar. So, dass sie es auch verstehen, äh, sagen wir: ‚Wir können dich trotzdem leiden, du bist trotzdem ein toller Kerl und mm..mm..mm und so, und wenn wir dich sehen – alles gut. Aber musst du verstehen hier, wir werden vom Staat bezahlt und du rennst bei denen rum, die den Staat umschmeißen wollen und sei mal nicht sauer, aber das verstehst du oder?‘“ (Int. 04: 96–97).

Abgesehen von der Prämisse, dass Grenzziehungen in der Arbeit mit einstellungsgefährdeten Jugendlichen unabdingbar sind und nicht beziehungsgefährdend sein sollen, gibt es keine geteilten Vorstellungen dazu, welche Regeln konkret nötig sind, wie sie festgelegt werden und welche Sanktionen ergriffen werden sollen, wenn Regelverstöße begangen werden (vgl. Krafeld 1996, S. 28; Osborg 2002). So zeigen sich auch in den Interviews mit den unterschiedlichen Streetworkangeboten verschiedene Positionen zur Frage, ob Grenzziehungen immer durchgesetzt bzw. ob problematische Äußerungen immer sanktioniert werden sollten. Im Wesentlichen ließen sich in den Interviews zu dieser Frage zwei gegensätzliche Positionierungen identifizieren.

In einem Teil der Angebote wurden Grenzziehungen nur sporadisch vorgenommen. Dies wurde damit begründet, dass Sanktionierungen letztlich nur oberflächlich angepasstes Verhalten der Zielgruppe erzeugen würden, ohne dass sich die dahinterliegenden Haltungen analog verändern. Abgesehen davon sei die Bearbeitung von problematischen Verhaltensweisen nur in weitgehend sanktionsfreien Kontexten möglich.

„Aber wenn ich mit ihnen so losfahre wie sie sind, das ist ja auch eine Art von akzeptierender Ansatz ist und sag: ‚Pass auf, wir fahren da (zur Gedenkstätte in einem ehemaligen Konzentrationslager, Anm. d. V.) mal hin. Wir gucken uns das mal an. Du kannst abends über alles mit mir reden. Du kannst dich auch hinsetzen und mir sagen: Der Holocaust hat nicht stattgefunden. Weißt, dass die Holocaust-Lüge strafbar ist.‘ Wenn wir beide aber reden, sage ich denen zu: ‚Mach dir keinen Kopf, dann lasst uns mal argumentieren.‘ Weil wenn ich nicht die Möglichkeit biete, dass sie auch alle Fragen stellen können, dass sie auch alle Argumente bringen können und dass sie erst einmal die Möglichkeit haben loszufahren, ist ja bloß ein Beispiel so eine Gedenkstättenfahrt, dann bewege ich gar nichts“ (Int. 02: 78).

Im Unterschied hierzu sprachen sich Fachkräfte in anderen Angeboten dafür aus, jede unerwünschte ideologisch motivierte Verhaltensweise zu thematisieren bzw. zu sanktionieren. Begründet wurde dies mit der symbolischen Wirkung der Intervention:

„Man darf – glaube ich – nichts hinnehmen oder mal so übersehen oder so. Das kann auch nur ein Augenbrauenzucken sein oder eine „oh“ oder ... irgendeine Reaktion, dass der mitkriegt, okay, ich kriege mit, dass der gerade was gesagt hat oder die. Oder dass der Klingelton kommt oder ich den Aufkleber sehe oder was auch immer. Das muss der mitkriegen, der junge Mensch. Also der Fall gilt immer! So verschweigen ist dulden, dulden ist fördern an der Stelle“ (Int. 23: 67).

Den Jugendlichen solle klar vermittelt werden, dass gegenüber einschlägigen Verhaltensweisen keine Toleranz aufgebracht werde. Das Fehlen entsprechender Grenzziehungen wird hier mit der Förderung derartiger Positionen bzw. Verhaltensweisen gleichgesetzt.

Multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen für Einstiegsgefährdete

Eine Teilzielgruppe von Angeboten multiplikatorenvermittelter Arbeit sind Einstiegsgefährdete, die freiwillig teilnehmen. Im Hinblick auf Grenzziehungen berichten die Fachkräfte in der Arbeit mit diesen Jugendlichen von Herausforderungen, wie sie bereits im voranstehenden Abschnitt für die Angebote der Jugendsozialarbeit beschrieben wurden. Auch hier wird ein Spannungsfeld zwischen Grenzziehungen einerseits und gelingenden Zugängen zur Zielgruppe andererseits geschildert, das durch sensible Grenzziehungen teilweise aufgelöst werden kann.

In der Arbeit mit Jugendlichen, die mehr oder weniger zwangsweise an den Angeboten teilnehmen, werden hingegen vergleichsweise klare Grenzen gezogen und Verstöße hart sanktioniert. Außerdem werden,

insbesondere wenn die Teilnahme der Ableistung gerichtlicher Auflagen dient, Regeln zunehmend relevant, die sich nicht nur auf die Vermeidung ideologisch motivierten Verhaltens beziehen, sondern auch auf eine regelmäßige Teilnahme und pünktliches Erscheinen.

Trainingsangebote

Regeln und Grenzen in den Trainingsangeboten werden bereits zu Beginn verbindlich geklärt und Sanktionsmechanismen für Regelverstöße transparent gemacht. Diese Regeln können sich sowohl auf unerwünschtes (z.B. fortwährendes Äußern rechtsextremer Parolen) als auch auf erwünschtes Verhalten (z.B. die aktive Mitgestaltung von Gruppengesprächen) beziehen. Da es sich bei den Trainings um Gruppenangebote handelt, werden zusätzlich Regeln des Umgangs der Teilnehmenden miteinander vereinbart. Zum Teil werden diese von den Teilnehmenden selbst verhandelt und vereinbart (z.B. Respekt, Vertraulichkeit). Regelverstöße können zum Ausschluss aus den Angeboten führen.

Ausstiegshilfen³¹

Auch in Angeboten der Ausstiegshilfe sind Regelungen und Grenzen überaus präsent. Bereits zu Beginn wird geprüft, ob eine Person überhaupt die Voraussetzungen mitbringt, um die Angebote nutzen zu können. In den meisten professionellen Ausstiegshilfen wird eine eigenständige Ausstiegsmotivation vorausgesetzt. Dabei werden durchaus auch nicht-ideologisch begründete Ausstiegsmotive (z.B. Vermeidung einer drohenden Haftstrafe) als legitim erachtet, wenn die Mitarbeitenden den Eindruck gewinnen, dass diese Ausdruck eines echten „Leidensdrucks“ und kein rein taktisches Motiv sind. In den meisten Angeboten wird allerdings der Anspruch formuliert, solche Ausstiegsgründe im Betreuungsverlauf auch in eine inhaltliche Motivation zu überführen.

Eine Ausnahme stellen Konstellationen dar, in denen Jugendliche, z.B. als Auflage im Rahmen eines Strafverfahrens, zur Teilnahme verpflichtet werden. Einige (sowohl staatliche als auch nicht-staatliche) Angebote lehnen in solchen Fällen eine Zusammenarbeit aus dem o. g. Grund grundsätzlich ab oder praktizieren sie nur in Ausnahmefällen; andere wiederum

31 Die Ausführungen im folgenden Abschnitt basieren in wesentlichen Teilen auf einer Veröffentlichung, in der erste Teilergebnisse unserer Studie dargestellt sind (Glaser/Hohnstein/Greuel 2014).

betrachten solche (zeitlich befristeten) Zwangsteilnahmen als eine Gelegenheit, bei den Klientinnen/Klienten eine eigene Ausstiegsmotivation anzuregen und eine längerfristige – dann auf Freiwilligkeit basierende – Zusammenarbeit zu etablieren.

Die Angebotsteilnahme ist zudem in allen Angeboten mit Erwartungen an das Verhalten der Aussteigenden während dieser Zeit verknüpft. Entsprechende Verpflichtungen der Jugendlichen beziehen sich zum einen auf die aktive Mitwirkung im Betreuungsprozess und reichen von der Bereitschaft zur ideologisch-inhaltlichen Auseinandersetzung bzw. zur Auseinandersetzung mit begangenen Straftaten bis zur Teilnahme an stabilisierenden Maßnahmen wie Trainingsprogrammen oder Suchttherapien. Weitere Erwartungen bzw. Regeln beziehen sich auf den Umgang mit der (ehemaligen) Szenezugehörigkeit, wobei die Vorgaben und insbesondere die Auslegungsspielräume hier z.T. recht unterschiedlich sind. Zu den verbreiteten Anforderungen gehören die habituelle symbolische Trennung vom Rechtsextremismus (Ablegen szenetypischer Kleidung, Verzicht auf rechtsextreme Musik, Entfernen von Tätowierungen), der Abbruch von Szenekontakten und die Nicht-Teilnahme an rechtsextremen Veranstaltungen sowie nicht-straffälliges Verhalten. Letzteres gilt in besonderer Weise für den Bereich von Propaganda- und Körperverletzungsdelikten.

Ausnahmen gibt es zum einen in den Angeboten, die aus Sicherheits-erwägungen einen „schleichenden“ Ausstieg ermöglichen bzw. präferieren. In begrenztem Umfang bzw. für einen begrenzten Zeitraum sind in diesen Fällen zunächst teilweise weiterbestehende Kontakte, das Tragen einschlägiger Kleidung und das Hören von nicht-verbotener rechtsextremer Musik weiterhin möglich. Zum anderen existieren Angebote, die die Thematisierung rechtsextremer Musikvorlieben gezielt zur ideologischen und biografischen Auseinandersetzung einsetzen (vgl. Elverich 2009), weshalb sie ein grundsätzliches Konsumverbot als kontraproduktiv erachten, da Sanktionen einer offenen Thematisierung entgegenstehen würden.

Die genannten Erwartungen an die Aussteigenden sind in den Angeboten unterschiedlich formalisiert. In einzelnen Angeboten werden entsprechende Regeln in mündlichen Absprachen kommuniziert, häufig werden jedoch verbindlichere Formen wie schriftliche Zielvereinbarungen oder Verträge gewählt, in denen die Pflichten beider Seiten für den Zeitraum der Zusammenarbeit festgelegt werden.

Bei Verstößen gegen diese Übereinkünfte stehen den Angeboten verschiedene Sanktionsmechanismen zur Verfügung. Ein solches Sanktionsinstrument sind Rückmeldungen an die Justiz und andere Strafprozessbeteiligte, die einen Bewährungswiderruf zur Folge haben können. Sie stehen grundsätzlich allen Angeboten zur Verfügung, die mit straffälligen Personen arbeiten, werden jedoch nicht von allen Akteuren in gleichem Umfang genutzt. Ein nicht-staatliches professionelles Angebot verpflichtet sich gar, zugunsten eines besseren Vertrauensverhältnisses zu den Jugendlichen auf dieses Instrument zu verzichten. Regelverstöße können zudem den Abbruch des Betreuungsverhältnisses zur Folge haben, wobei sich jedoch erhebliche Unterschiede im Einsatz dieses Sanktionsmittels zeigen: In einigen Angeboten wird die Betreuung bei massiven Regelbrüchen oder auch mangelnden Fortschritten im Distanzierungsprozess konsequent abgebrochen; andere hingegen artikulieren den möglichen Abbruch gegenüber den Ausstiegswilligen zwar als letzte Option, setzen ihn jedoch nur in Ausnahmefällen ein. Dies geschieht auch aufgrund der Erfahrung, dass persönliche Krisen immer wieder zu einer Rückkehr in die Szene führen können. Viele Ausstiegsangebote wollen gerade in diesen Zeiten weiter als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Insgesamt zeichnen sich v.a. polizeiliche Angebote durch besonders strenge Auflagen und eine hohe Regelkonformität aus. Dies wird zum einen mit einem hohen Rechtfertigungsdruck begründet, wenn mit straffälligen Personen auf diese Weise polizeilich gearbeitet wird. Zum anderen unterliegen Polizeibeamtinnen und -beamte dem Legalitätsprinzip, das für andere Professionen im Arbeitsfeld nicht bindend ist. Nicht-polizeiliche Fachkräfte haben demgegenüber einen größeren Ermessensspielraum. Generell gilt jedoch, dass Sanktionen und insbesondere Angebotsabbrüche immer auch individuelle Ermessenssache der Ausstiegsbegleitenden sind.

5.3 Belastbare Arbeitsbeziehungen

Übergreifend benennen alle befragten Fachkräfte eine belastbare, vertrauensvolle Arbeitsbeziehung zwischen Fachkraft und betreuten Jugendlichen als wesentliche Gelingensbedingung der Arbeit. Solche Vertrauensbeziehungen werden als zentrale Voraussetzung erachtet, um Informationen zu den Lebensumständen und zu den Problemen der

Jugendlichen zu erhalten und diese später bearbeiten zu können (vgl. Krafeld et al. 1993, S. 41). Darüber hinaus erleichtern sie die Ansprache derjenigen Themen, die für die Jugendlichen selbst zunächst kein Problem darstellen, aber relevant sind, um Distanzierungsprozesse zu fördern. Dies gilt z.B. für die Thematisierung von rechtsextremen Orientierungen, Haltungen und Verhaltensweisen sowie möglichen biografisch begründeten Motiven und Ursachen für die Hinwendung zum Rechtsextremismus. Insofern verschafft eine verbindliche und belastbare Arbeitsbeziehung den Fachkräften gleichzeitig auch eine Interventionsberechtigung und erleichtert die Bearbeitung verschiedenster Problemlagen und Themen im Verlauf des gesamten Arbeitsprozesses (vgl. Kap. 6).

Gleichzeitig stellt sich im Handlungsfeld die spezifische Herausforderung, eine solche Arbeitsbeziehung herzustellen, obwohl die Jugendlichen eine Bearbeitung ihrer rechtsextremen Haltungen und Verhaltensweisen mitunter als manipulierend empfinden und entsprechende Vorbehalte gegenüber den Fachkräften haben. Zum Teil reagieren Fachkräfte auf diese Schwierigkeit, indem sie gegenüber den Jugendlichen in der (frühen) Phase des Kontaktaufbaus eher Hilfe und Gespräche anbieten und dabei Aspekte inhaltlich-ideologischer Auseinandersetzung zunächst zurückstellen (vgl. Kap. 6.3).

Angesichts der immensen Bedeutung tragfähiger Arbeitsbeziehungen räumen die befragten Fachkräfte deren Aufbau v.a. in der Anfangszeit des Arbeitsprozesses einen großen Stellenwert ein. Diese Beziehungsarbeit ist in allen Angeboten v.a. ein kommunikativer Prozess, der von den Fachkräften viel Aufmerksamkeit und Sensibilität sowie ein großes Interesse an den Jugendlichen und ihren individuellen Bedürfnissen erfordert. Zentrale Vorgehensweisen sind offene und unverfängliche Gespräche sowie das aufmerksame Zuhören und Verstehen.

Dabei kommt der Verlässlichkeit der Fachkräfte zentrale Bedeutung zu. Verlässlichkeit heißt für die Fachkräfte v.a., in jeder Hinsicht als klare und berechenbare Interaktionspartnerinnen aufzutreten. Dies stellt eine Basis dar, auf deren Grundlage es gelingen kann, Vertrauen herzustellen und eine Arbeitsbeziehung zu etablieren. Die Erfahrungen der befragten Fachkräfte zeigen, dass für die betreuten Jugendlichen Verlässlichkeit häufig einen hohen Wert hat und der Vertrauensaufbau zu den Jugendlichen hierüber erleichtert werden kann. Dies verdeutlicht folgendes Interviewzitat:

„Wenn der mir was verspricht, das hält er auch.“ Also das ist O-Ton von vielen Aussteigern, die das gesagt haben. Wenn wir so am Ende eines Betreuungsprozesses sind, wenn man sagt, „Was hat Ihnen gefallen?“ oder „Was war für Sie entscheidend?“. Ja, Sie waren immer klar, Sie haben all das, was Sie angekündigt haben, im Positiven aber auch im Negativen, haben Sie gemacht, da hab ich Respekt davor. Ja, vielleicht auch, ... dass man klar ist und dass man nicht kneift, dass sie sich auf den Ausstiegsberater verlassen können, egal, was für ein Problem anliegt“ (Int. 13: 45).

Einen weiteren Beitrag zum Aufbau stabiler Arbeitsbeziehungen leisten die vielfältigen sozialpädagogischen Angebote, die die Fachkräfte den Jugendlichen offerieren. Hierzu zählen handlungsfeldübergreifend Angebote, die die Jugendlichen bei der Lösung ihrer Probleme unterstützen (vgl. Kap. 6.1.2). Die große Mehrheit der mit (sozial-)pädagogischem Personal besetzten Angebote (alle befragten Angebote der Streetwork, einige Einzelberatungen für Einstiegsgefährdete sowie einzelne Ausstiegshilfen) erachtet zudem gemeinsame Aktivitäten und Erlebnisse von Fachkraft und Klient/in als bedeutsam für den Aufbau von belastbaren Arbeitsbeziehungen. Hierzu zählen sportliche, erlebnispädagogische und andere Freizeitaktivitäten, die sich an jugendlichen Lebenswelten orientieren, bspw. Fußballspiele, Grillabende, Go-Kart-Fahren oder Paddeltouren. In der Streetwork werden diese Aktivitäten in der Phase des Kontaktaufbaus zunächst mit der Gruppe, im späteren Verlauf der Betreuung aber auch mit einzelnen Jugendlichen durchgeführt. In Beratungsangeboten finden sie ausschließlich in Zweierkonstellationen statt. Den befragten Fachkräften zufolge können solche Freizeitunternehmungen merklich zum Aufbau einer stabilen und vertrauensvollen Arbeitsbeziehung beitragen.

5.4 Vertraulichkeit

Vertrauensvolle Arbeitsbeziehungen können grundsätzlich erst dann entstehen, wenn „geschützte Räume“ vorhanden sind, in denen (für die Arbeit relevante) Themen besprochen werden können. Diese „Räume“ entstehen, wenn den Jugendlichen zugesichert wird, dass mit dem Gesagten vertraulich umgegangen wird, d.h. dass Gesprächsinhalte nicht weitergegeben werden und dass Transparenz hinsichtlich des Umgangs mit Inhalten besteht, zu denen Vertraulichkeit nicht möglich ist.

Um einen adäquaten vertraulichen Rahmen zu schaffen, erachten die Befragten ein geschlossenes individuelles Gesprächssetting als

unerlässlich. Einzelberatungen arbeiten von ihrer Grundstruktur bereits in solchen Settings. In der Gruppenarbeit gestaltet sich dies jedoch tendenziell schwieriger. Angebote der Streetwork arbeiten zunächst eher lose mit Jugendliquen im öffentlichen Raum und bemühen sich, Anlässe für Einzelgespräche zu generieren sowie Einzelberatungskonstellationen aufzubauen. Mitarbeitende von Trainingsangeboten wiederum suchen verstärkt das Einzelgespräch mit Teilnehmenden am Rande der Gruppenarbeit. Sie sind jedoch weniger als andere Angebotsformate auf ein beziehungsorientiertes Arbeiten angewiesen, da ihnen im Rahmen der Gruppenarbeit und unter Nutzung gruppenspezifischer Prozesse weitere Methoden zur Verfügung stehen (vgl. Kap. 6.2.3), die eine Thematisierung und Bearbeitung von rechtsextremen Orientierungen und Verhaltensweisen der Teilnehmenden ermöglichen.

Für Fachkräfte in Ausstiegshilfen, die bei sicherheitsbehördlichen und justiziellen Trägern angesiedelt sind, stellt sich die Herausforderung, vertrauensvolle Arbeitsbeziehungen zu schaffen, in besonderer Weise. Jugendliche nehmen diese Angebote zunächst als Vertreter/innen des staatlichen Strafverfolgungs- und Sanktionssystems wahr und nehmen an, dass sie auf „Gehirnwäsche“ (Int. 14: 110) oder das Abschöpfen von Informationen und Szeneinterna abzielen. Aus diesem Grund bemühen sich die Mitarbeitenden in diesen Angeboten, derartige Bedenken dadurch abzubauen, indem sie sich dezidiert von anderen Abteilungen ihrer Behörden abgrenzen und ihren Hilfeauftrag betonen, aber auch, indem sie auf die ihre Problemlösungskompetenz verweisen.

5.5 Freiwilligkeit

In der Frage, ob die Teilnehmenden grundsätzlich freiwillig an den Angeboten mitwirken sollten bzw. wie viel Zwang hier legitim ist, finden sich in diesem Arbeitsfeld zunächst einmal professionsspezifisch unterschiedliche Grundhaltungen bzw. -prinzipien. Für Akteure der Jugendhilfe ist „Freiwilligkeit“ ein Grundprinzip der Arbeit (und damit ein zu berücksichtigender Maßstab bei der Festlegung von Vorgehensweisen) – auch wenn die Frage, was „Freiwilligkeit“ bedeutet und wie angemessene Entscheidungsspielräume auf Seiten der Jugendlichen konkret aussehen, letztlich im konkreten Einzelfall beantwortet werden muss. Für Akteure aus anderen professionellen Handlungsfeldern (Polizei, Justiz,

Verfassungsschutz) gilt dies – unabhängig von ihrer jeweiligen persönlichen Profession – zunächst einmal so nicht. Trotzdem halten die meisten Befragten handlungsfeldübergreifend ein Mindestmaß an Freiwilligkeit in der Teilnahme für wesentlich, da sich freiwillig Teilnehmende eher auf eine kooperative und auf die Ziele der Angebote ausgerichtete Zusammenarbeit einlassen. So wird etwa in vielen Ausstiegsangeboten – unabhängig von der Trägeranbindung – eine nachvollziehbar gegebene Eigenmotivation als unabdingbare Zugangsvoraussetzung erachtet. Freiwilligkeit (auf der Basis eigener Distanzierungsimpulse) ist in diesen Angeboten demnach Teilnahmebedingung.

Einen ähnlich hohen Stellenwert hat die freiwillige Teilnahme in der Streetwork. Diese ist nicht nur als Akteur der Jugendhilfe dem „Freiwilligkeitsprinzip“ verpflichtet, sondern auch auf die freiwillige Mitwirkung der Jugendlichen angewiesen, denn nur wenn sich Jugendliche für eine Ansprache und spezifische Angebote zugänglich zeigen, kommt eine Zusammenarbeit mit den Fachkräften überhaupt zustande. In Situationen, in denen seitens der Jugendlichen zunächst kein Interesse besteht, greifen Streetworker/innen auch grundsätzlich nicht auf Zwangsmittel zurück, sondern versuchen, das Interesse der Jugendlichen zu wecken, z.B. durch lebensweltlich relevante Angebote oder verlässliche Unterstützung in Problemsituationen, denn „Freiwilligkeit muss man ja herstellen, das heißt, man muss die Leute motivieren, Dinge zu tun“ (Int. 04: 66).

Allerdings arbeiten einige Angebote auch mit Klientinnen und Klienten, die über Sanktionsmechanismen in die Angebote gelangen (z.B. über Gerichtsauflagen) und zunächst keine eigene Distanzierungsmotivation aufweisen. Dies gilt für einzelne Ausstiegsangebote sowie für alle Einzelberatungen für Einstiegsgefährdete im Sample (einschließlich derjenigen, die bei Trägern der Jugendhilfe angesiedelt sind). Sie alle halten Freiwilligkeit zwar ebenfalls aus Motivationsgründen für bedeutsam, definieren sie jedoch nicht als unabdingbares Zugangskriterium, da sie zwangsvermittelte Teilnahmen, zumindest für kurze Zeiträume, für vertretbar halten und hier die Gelegenheit sehen, an der Eigenmotivation der Jugendlichen zu arbeiten und sie – dann auf freiwilliger Basis – für die Teilnahme an Anschlussangeboten zu gewinnen. Dass dies auch in der Praxis gelingt, illustrieren exemplarisch geschilderte Fälle von Jugendlichen, deren Teilnahme zunächst aufgrund von schulischen, elterlichen oder richterlichen Sanktionen erfolgte, die sich aber dennoch im Verlauf des Arbeitsprozesses erfolgreich vom Rechtsextremismus distanzieren.

5.6 Kritische Akzeptanz

Eine kritisch-akzeptierende Grundhaltung, wie sie bereits in den 1990er Jahren im Kontext der „akzeptierenden Jugendarbeit“ (vgl. Krafeld et al. 1993) als Basisprinzip der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen formuliert wurde, bildet für alle Befragten im Handlungsfeld eine zentrale Grundlage ihrer Arbeit.

Im Rahmen der Erhebung wurde deutlich, dass dieses Prinzip – trotz der zwischenzeitlichen Kontroversen um den „akzeptierenden“ Ansatz – für pädagogische Fachkräfte, die mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen arbeiten, nach wie vor handlungsleitend ist. Darüber hinaus fand es auch in das Arbeitsfeld der Ausstiegsbegleitung Eingang und wird dort (wenn auch z.T. nicht unter dieser Begrifflichkeit und ohne Kenntnis seiner fachlichen Herkunft) von den befragten Fachkräften ebenfalls als Arbeitsbasis erachtet.

„Akzeptanz“ beinhaltet hier, die Jugendlichen trotz ihrer Orientierungen und Verhaltensweisen als Person wertzuschätzen und ihnen die Fähigkeit zur Veränderung einzuräumen, ihnen aufmerksam und problemsensibel entgegenzutreten sowie auf ihre Bedürfnisse und Wünsche einzugehen. Auf diese Weise lernen Jugendliche die Fachkräfte als Personen kennen, die sie nicht ausgrenzen, sondern ihnen mit Interesse und Respekt begegnen (vgl. Krafeld 1996). Beispielhaft für diese Haltung in der aktuellen Fachpraxis steht folgendes Zitat:

Fachkraft 1: „Also den nicht aufzugeben, dem auch zu vermitteln: ‚Du bist ein wertvoller Mensch. Egal was du gemacht hast oder was du nicht gemacht hast, was du nicht geleistet hast. Und das ist jetzt hier ein neuer Start‘“ Fachkraft 2: „Ja, eben ihn zu akzeptieren als Menschen. Und ich muss nicht die Ideologie akzeptieren, gar nicht. Aber, also den Menschen einfach zu nehmen, mit ihm zu arbeiten. Genau, finde ich auch ganz wichtig“ (Int. 08: 185f.).

Eine solche kritisch-akzeptierende Grundhaltung wird nicht nur unabhängig von der konkreten Zielgruppe eingenommen. Bemerkenswert ist, dass sie auch format- und akteursübergreifend als Arbeitsbasis gilt, d.h. sie findet sich auch unabhängig von Trägeranbindung und Profession bei allen Akteuren im Handlungsfeld gleichermaßen.

5.7 Hartnäckigkeit

In der aufsuchenden und beratenden Arbeit hat es sich einzelnen Fachkräften zufolge als förderlich herausgestellt, den Aufbau von Arbeitsbeziehungen zu den Jugendlichen gerade in der Anfangszeit mit einer gewissen Hartnäckigkeit zu verfolgen. Dies gilt für die Arbeit mit Jugendlichen ohne eigene Distanzierungsimpulse oder solchen, die zunächst unfreiwillig aufgrund von Sanktionen an Angeboten teilnehmen, da diese selbst tendenziell weniger Gesprächs- und Unterstützungsbedarf aufweisen und entsprechend weniger eigeninitiativ in den Aufbau einer Arbeitsbeziehung investieren. Aber auch in der Ausstiegsarbeit mit distanzierungswilligen Jugendlichen können Rückschläge im Arbeitsprozess zum Nachlassen der Eigenmotivation und zum Rückzug der Klientel aus der Betreuung führen:

„Und eben dranbleiben auch, na. Also auch, es gibt da immer wieder mal Rückschläge, die verschwinden auch mal, und dann muss man eben dranbleiben, auch hartnäckig dranbleiben. Also auch mal so nach dem Motto: Wenn du nicht kommst – dann kommen wir eben. [lachend gesprochen] Manchmal kommen sie dann freiwillig, weil sie nicht wollen, dass wir kommen (Int. 08: 183).

Nur für einzelne Streetworker steht dieses Vorgehen im Konflikt zum Prinzip der Freiwilligkeit: Der überwiegende Teil der befragten Fachkräfte (auch aus dem Feld der Streetwork) sieht diesen Widerspruch nicht per se, zumindest nicht solange, wie ein gewisses Interesse der Klientel an den jeweiligen Angeboten besteht.

5.8 Längerfristigkeit und Kontinuität

Darüber hinaus betonen die befragten Fachkräfte, dass Distanzierungsarbeit eines ausreichenden zeitlichen Rahmens bedarf, da sich zum einen belastbare Arbeitsbeziehungen erst allmählich im Verlauf einer längeren Zusammenarbeit entwickeln können. Zum anderen beanspruchen Distanzierungsprozesse einen längeren Zeitraum und finden nicht „von heute auf morgen“ statt. Zeitlich längerfristig angelegte Betreuungsformate wie die aufsuchende und beratende Arbeit verfügen hierbei über günstigere Ausgangsbedingungen als Trainingsangebote, die zunächst nur in einem zeitlich begrenzten Rahmen mit ihren Teilnehmenden

arbeiten können, es sei denn, dass sie nachfolgend eine Anschlussbetreuung anbieten und durchführen können.

Neben Langfristigkeit wird von den befragten Fachkräften ebenfalls personelle Konstanz in der Betreuung der Jugendlichen als wichtig erachtet. Dies gilt besonders in der Ausstiegsarbeit, da sich Aussteigende, v.a. langjährige Szenemitglieder, in einer Lebensphase befinden, in der ein Großteil ihrer sozialen Netzwerke wegbricht und Ausstiegsberater/innen für sie zentrale Bezugs- und Vertrauenspersonen darstellen. Entsprechend sind die Berater/innen bemüht, Personalwechsel zu vermeiden.

Auch in den anderen längerfristig angelegten Betreuungsformaten ist personelle Kontinuität von Bedeutung. Die berichteten Erfahrungen zeigen, dass durch personelle Wechsel der Aufbau von Arbeitsbeziehungen zu einzelnen Jugendlichen oder Jugendcliquen behindert oder sogar bereits bestehende Arbeitsbeziehungen nachhaltig erschüttert werden können.

Allerdings ergeben sich mitunter auch Bedingungen, die gegen eine personelle Kontinuität in der Beratung und Begleitung von Jugendlichen sprechen. Dies ist dann der Fall, wenn die „Chemie“ zwischen Jugendlichen und Fachkräften nicht stimmt. Eine wertschätzende Haltung kann den Jugendlichen unter diesen Umständen nur bedingt entgegengebracht werden, weshalb sich Fachkräfte in Formaten der Einzelberatung, soweit dies die Personalstruktur zulässt und andere Mitarbeitende verfügbar sind, in diesen Fällen aus der Arbeit mit den jeweiligen Jugendlichen zurückziehen. In der Arbeit mit Jugendcliquen und in denjenigen Ausstiegshilfen, in denen mehr als eine Fachkraft in die Fallbegleitung involviert ist, besteht außerdem die Möglichkeit, dass (temporär auftretende) Disharmonien bzw. Antipathien zwischen Jugendlichen und Fachkräften durch die jeweils andere Person abgefedert werden.

Darüber hinaus können Veränderungen in der Personalstruktur der Angebote einen Wechsel der Ansprechpartner/innen nach sich ziehen. Insbesondere einzelne Ausstiegshilfen in freier Trägerschaft waren im Laufe ihrer Angebotshistorie überdurchschnittlich häufig von Personalwechseln betroffen. Dabei zeigte sich, dass in diesen Fällen nicht nur diejenigen Gründe für den Personalausfall verantwortlich waren, die alle Angebote gleichermaßen betreffen (z.B. längere Krankheit der Mitarbeitenden etc.). Auch weil sie die Arbeit mit der Klientel aus persönlichen Gründen als zu herausfordernd empfanden oder weil sie aufgrund der förderfinanzierungsbedingten befristeten Projektarbeit keine

langfristige berufliche Perspektive in den Angeboten sahen, schieden Fachkräfte aus.

Unter diesen Umständen mussten andere Mitarbeitende die Klientinnen und Klienten übernehmen und von neuem den Aufbau einer Arbeitsbeziehung angehen. In einzelnen Fällen stellte dies die Fachkräfte vor erhebliche Schwierigkeiten, da das Vertrauen der betroffenen Jugendlichen in die Arbeitsbeziehung enttäuscht wurde und sie weniger bereitwillig auf die ihnen neu zugeteilten Berater/innen zuzugingen. Im Nachgang bemühten sich einige befragte Projektleiter/innen daher gezielt darum, im Rahmen von Bewerbungsprozessen besonders auf die Spezifik der Zielgruppe und die persönlichen Anforderungen an die Arbeit hinzuweisen.

Ein großer Teil der behördlichen Ausstiegsprogramme hingegen konnte offenbar über Jahre hinweg personelle Konstanz gewährleisten, was von den Befragten v.a. mit der unbefristeten Finanzierung der Angebote begründet wurde.

Vor dem Hintergrund der teilweise sehr lang andauernden und „sehr intensiven persönlichen Beziehungen“ (Int. 06: 128) zwischen Klientinnen/Klienten und Fachkräften besteht unter den Befragten Konsens dahingehend, dass Arbeitsbeziehungen langsam ausgleiten sollten. Auch deshalb erweist sich die Projektfinanzierung eines Teils der Angebote in beratenden Formaten mit Einstiegsgefährdeten sowie aussteigenden Jugendlichen als ungünstig, denn aufgrund dieser Finanzierungsform mussten mit Ende der Finanzierungsphase Arbeitsbeziehungen abrupt beendet werden, ohne dass eine allmähliche Überführung der Jugendlichen in ein Leben ohne pädagogische Begleitung gewährleistet werden konnte. In Einzelfällen konnten Fachkräfte in solchen Situationen zumindest im Sozialraum der betroffenen Jugendlichen andere Jugendhilfeangebote mit einer Betreuung beauftragen; nicht immer stehen allerdings solche Möglichkeiten zur Verfügung.

5.9 Fallanamnese

Ein Bestandteil aller untersuchten Angebote ist eine der eigentlichen Fallbegleitung vorgelagerte Fallanalyse. Funktion dieser Fallanamnese ist es, die konkret vorliegende Fallkonstellation zu erfassen, damit jeweils angemessene Formen und Inhalte der Betreuung konzipiert und umgesetzt

werden können. Zur Fallanamnese gehört zunächst die Analyse des Ideologierungsgrades bzw. des Einbindungsgrades in rechtsextreme oder rechtsextrem orientierte Gruppen. In der Arbeit mit ausstiegswilligen Jugendlichen umfasst sie außerdem eine Einschätzung der Ausstiegsmotivation sowie eine Gefahrenanalyse, die das mit dem Ausstieg verbundene Gefährdungspotenzial durch mögliche Racheakte der Szene prognostiziert.

Außerdem werden in der Regel jeweils individuelle Hilfe- und Unterstützungsbedarfe (z. B. Suchtproblematiken, Verschuldung, fehlende Berufsperspektiven) ermittelt und vorhandene Ressourcen (z. B. Familienbeziehungen, Freundschaften außerhalb der rechtsextremen Szene, aber auch berufliche Motivationen, Hobbys) erfasst, an denen die Betreuung ansetzen kann.

Die Fallanamnese bildet den Ausgangspunkt für die Einzelfallarbeit und bezieht sich auf sämtliche Dimensionen in der Fallbearbeitung, d. h. sowohl auf sozialintegrative, persönlichkeitsstärkende sowie inhaltliche Dimensionen der Arbeit, die im nächsten Kapitel näher beschrieben werden.

Grundsätzlich folgt die Fallanamnese der Logik, individuelle Ursachen und Motive für die Hinwendung zum Rechtsextremismus zu identifizieren und an diesen Ursachen und Motiven zu arbeiten bzw. Bedürfnisse, die durch rechtsextreme Ideologie oder Gruppenzugehörigkeiten abgedeckt werden, zu erfassen und alternativ zu befriedigen. Im Kern geht es dabei darum, „funktionale Äquivalente“ (Böhnisch 2012) für Anerkennungsressourcen zu finden, die auf ideologischer Ebene oder durch einschlägige Gruppenzugehörigkeiten bestehen und die den subjektiven Sinn für entsprechende Hinwendungen ausmachen (vgl. Möller/Schuhmacher 2013, S. 94).

6 Bearbeitung von Problemdimensionen

Im Rahmen der Erhebung konnten drei Handlungsfelder identifiziert werden, zu denen formatübergreifend schwerpunktmäßig gearbeitet wird und die sich auf unterschiedliche Problembelastungen beziehen, die rechtsaffine oder rechtsextreme Jugendliche häufig aufweisen. Dies sind Hilfen zur sozialen Integration der Jugendlichen (6.1), weiterhin die Bearbeitung ihrer persönlichen Problemlagen (6.2) sowie inhaltliche Auseinandersetzungen mit der Zielgruppe (6.3). In den folgenden Unterkapiteln wird nun dargestellt, mit welchen Vorgehensweisen Angebote der Distanzierungsarbeit in ihrer Arbeit diesen Problemdimensionen Rechnung tragen und welche Strategien sich dabei – auch mit Blick auf unterschiedliche Teilzielgruppen – als geeignet erwiesen bzw. Schwierigkeiten bergen.

6.1 Soziale Integration

6.1.1 Stellenwert sozialintegrativer Unterstützungsangebote

Hilfen zur Unterstützung bei sozialen Problemlagen und Integrationsdefiziten haben in den meisten der untersuchten Angebote einen hohen Stellenwert. Sowohl in Angeboten, die mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen arbeiten, als auch in ausstiegsfördernden Angeboten sind sie ein zentraler Arbeitsschwerpunkt.

Zum Leistungsspektrum in diesem Schwerpunkt zählen Alltags- und Integrationshilfen, z.B. die Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie von Wohnraum und Freizeitangeboten, die Beratung und Mediation bei Konflikten im familiären Umfeld und in der Schule, Hilfen bei Ämter- und Behördenbesuchen, Maßnahmen aus dem Spektrum der Hilfen zur Erziehung sowie weitere Unterstützungsangebote, die die Integration in das Sozialsystem und in soziale Netzwerke befördern.

Bereits in den Anfängen der gezielten Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen Ende der 1980er Jahre waren solche Unterstützungsleistungen zentraler Bestandteil der sozialpädagogischen Arbeit. So forderte Krafeld, nicht die Probleme in den Mittelpunkt zu stellen, die Jugendliche „machen“, sondern diejenigen, „die die Jugendlichen haben“ (Krafeld 1996, S. 14). Dies bedeutet, die Probleme und (unbefriedigten)

Bedürfnisse der Adressatinnen und Adressaten in den Blick zu nehmen, zu bearbeiten und sich ursachenbezogen in jene Lebensverhältnisse einzumischen, die für die Genese dieser Problemstrukturen verantwortlich sind (vgl. ebd.). Ziel ist es, mit passgenauen Unterstützungsangeboten bedarfs- und ressourcenorientiert die Jugendlichen dazu zu befähigen, ein selbstständiges Leben ohne belastende soziale Probleme zu führen. Dabei soll die gesellschaftliche Integration der Jugendlichen dazu beitragen, Distanzierungsprozesse anzuregen bzw. zu fördern und die Abkehr von rechtsextremen Orientierungen und/oder Verhaltensweisen zu unterstützen (vgl. Bleiß et al. 2004).

Mittlerweile wird dieses (sozialpädagogische) Grundverständnis der Arbeit mit rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Jugendlichen von vielen Angeboten im Untersuchungsfeld geteilt. Dies gilt grundsätzlich für die Angebote von freien oder behördlichen Trägern der Jugendhilfe (also für alle Angebote für Einstiegsgefährdete sowie für einzelne Ausstiegshilfen), da es mit ihrem professionellen Selbstverständnis übereinstimmt. Zunehmend sind die Prämissen der akzeptierenden Arbeit aber auch in denjenigen Angeboten handlungsleitend geworden, deren Träger über kein sozialpädagogisches Profil verfügen und deren Kernkompetenzen in den Bereichen „Sicherheit“ und „Strafverfolgung“ liegen. Auch ihre Arbeit umfasst heute stärker sozialintegrative Unterstützungsleistungen (vgl. Buchheit 2014a, S. 84).

Diese Entwicklung kommt im Interview mit einer Fachkraft eines (verfassungsschutzbasierten) Angebots zum Ausdruck. Sie schildert, dass noch in der Anfangszeit ihrer Arbeit die sozialen Problemlagen der Jugendlichen wenig bis keine Beachtung fanden und erachtet rückblickend dieses Vorgehen als wenig nachhaltig:

„Rückschau, wir haben anfangs sehr großen Wert auf die Ideologie gelegt, haben da intensiv über die Bestandteile der freiheitlich-demokratischen Grundordnung diskutiert, Gewaltenteilung, solche Sachen, und Volkssouveränität, dass wir über Wahlen wirklich bestimmen, wer eigentlich wo was zu sagen hat. All diese Punkte, um die rechtsextremistische Ideologie einfach zu zerpfücken, in Frage zu stellen, auch diese Holocaust-Diskussionen usw., all das war ein ganz großer Schwerpunkt unserer Arbeit. [...] Also wir haben anfangs den Eindruck gehabt, nach drei, vier, fünf Monaten sind die ideologischen Reste an rechtsextremistischem Gedankengut irgendwo durch Diskussionen ausgeräumt worden, durch Überzeugungsarbeit erledigt worden. Aber die sozialen Probleme, die teilweise immer noch bestanden haben, gerade Stichwort Eltern, die haben über die damals sehr kurze Aussteigerbetreuung

hinweg doch noch mal die Rückfallgefahr erhöht. Also dieses Isoliert-Sein, keine Kontakte zu demokratisch gesinnten Gleichaltrigen, das hat uns anfangs den einen oder anderen Rückfall beschert. Und dann kommt man ins Nachdenken: Was war das Problem? Dann hat man zum Teil die Leute noch mal aufgesucht und gesagt: ‚Wieso bist du jetzt wieder in der Szene drin, was ist denn los, das gibt’s doch nicht! Dir war doch klar, dass das alles Mist ist, wir haben doch das alles überlegt.‘ ‚Ja, du hast ja Recht. Aber ich war so gelangweilt, ich wusste nicht, wo ich hingehen soll. Die Nachbarn zeigen immer noch mit Fingern auf mich, die wollen mit mir nichts zu tun haben.‘ Und dann hab ich gemerkt, okay, wir müssen das Ganze nachhaltiger betreuen. Wir müssen das Ganze ausweiten, eben auch in Richtung Sozialpädagogik“ (Int. 20: 229ff.).

Auch in allen übrigen untersuchten sicherheits- und justizbehördlichen Ausstiegshilfen sind sozialpädagogische Arbeitsweisen relevanter geworden. Dies äußert sich bspw. im Kompetenz- und Qualifikationsprofil der Teams. So gehören in mehreren Ausstiegsangeboten Mitarbeitende mit einem (sozial)pädagogischen, vereinzelt auch mit einem (psycho)therapeutischen Ausbildungshintergrund zum Betreuersteam. In anderen Angeboten wiederum qualifizieren sich Mitarbeitende in (sozial)pädagogischen Ansätzen und Methoden weiter (z.B. zu klientenzentrierter Gesprächsführung) (vgl. Glaser et al. 2014, S. 51). Dennoch existieren vereinzelt nach wie vor Angebote, in denen klassisch sozialpädagogische Aufgaben ohne entsprechende fachliche Qualifikationen umgesetzt werden.

Dass sozialpädagogische Unterstützungsangebote auch für behördliche Ausstiegshilfen wichtiger geworden sind, zeigt sich zudem in einem 2013 von den staatlichen Ausstiegsprogrammen erarbeiteten Positionspapier zu Standards der Ausstiegsberatung. Dieses integriert u.a. sozialpädagogische Ziele und Methoden in die staatliche Ausstiegsarbeit und betont außerdem – zusätzlich zu den Kompetenzen im Bereich der Sicherheit – (sozial)pädagogische (und vergleichbare) Qualifikationen als Kernkompetenzen der Ausstiegsarbeit (vgl. Buchheit 2014b, o.A. 2014).

Eine Ausnahme im Rahmen sozialintegrativer Unterstützungsangebote stellen Trainingsangebote dar. Sie verfolgen zum einen (zunächst) andere inhaltliche Schwerpunkte, zum anderen sind sie zeitlich begrenzt und können daher keine langfristigen sozialintegrativen Hilfestellungen anbieten. Doch auch bei diesen Angeboten zeigte sich z.B. bei inhaftierten Teilnehmenden, dass erreichte positive Trainingseffekte durch erhebliche soziale Belastungen und Desintegrationserfahrungen nach der

Haftentlassung gefährdet waren. Deshalb bemühen sich die Mitarbeitenden einiger Trainingsangebote für rechtsextrem orientierte und rechtsextreme Personen in den letzten Jahren stärker darum, die Ergebnisse ihrer Arbeit durch eine Anschlussbetreuung mit sozialintegrativem Fokus nachhaltig abzusichern.

Bei einem Teil der Angebote sind zu diesem Zweck weiterführende pädagogische Begleitprozesse konzeptionell vorgesehen. Entweder sind Trainingsmaßnahmen generell in einen langfristigen Beratungsprozess eingebettet, sodass auch nach Abschluss des Trainings eine sozialpädagogische Begleitung der Jugendlichen erfolgt. Oder die Nachbetreuung ist als Zusatzangebot im Anschluss an das Training konzipiert, das die Jugendlichen annehmen können (aber nicht annehmen müssen). In letzterem Fall stehen Fachkräfte vor der Aufgabe, die Jugendlichen vom Mehrwert des Unterstützungsangebots zu überzeugen, was in der Praxis jedoch nicht immer gelingt.

In den übrigen Angeboten sind an das Training anschließende Nachbetreuungsprozesse nicht konzeptionell vorgesehen, aber auch in diesen Angeboten sind Mitarbeitende daran interessiert, die Jugendlichen nach Beendigung der Trainingsmaßnahme mit sozialpädagogischen Hilfen zu unterstützen. Im Arbeitsalltag dieser Trainingsangebote sind fließende Übergänge in eine sozialpädagogische Begleitung allerdings nicht immer realisierbar. Selbst dann, wenn Mitarbeitende erkennen, dass die teilnehmenden Jugendlichen dringend weiterführende sozialpädagogische Unterstützung und Betreuung benötigen, können begrenzte zeitliche, personelle und finanzielle Ressourcen eine Anschlussbetreuung verhindern. Diese kommt dann nur einzelnen Jugendlichen mit besonders gravierenden Problemen zugute. In einigen Fällen werden die Jugendlichen zumindest auf andere regelstrukturelle Angebote des SGB VIII aufmerksam gemacht und bei Interesse wird durch die Fachkräfte der Kontakt zu den jeweiligen Hilfen hergestellt.

Vor diesem Hintergrund begrüßen es Fachkräfte in Trainingsangeboten, die ihre Teilnehmenden auch über richterliche Weisungen gewinnen, wenn Gerichte nicht nur eine Trainingsteilnahme anordnen, sondern auch eine anschließende sozialpädagogische Betreuung. In solchen Fällen können die Trainer/innen auch im Anschluss an die befristete Trainingsmaßnahme für einen bestimmten Zeitraum auf der Basis einer bereits etablierten Arbeitsbeziehung – auch parallel zur Bewährungshilfe – mit den Jugendlichen weiterarbeiten.

Andere Angebote versuchen, eine soziale Stabilisierung ihrer Teilnehmenden dadurch zu unterstützen, indem sie bereits während des Trainings die Eltern der Jugendlichen – z.B. an speziell dafür vorgesehenen Elternbesuchstagen – mit einbeziehen. Denn die Familien der Jugendlichen können auch nach der Entlassung aus der Haft orientierungs- und haltgebend zur Seite stehen.

Insgesamt gelten sozialintegrative Unterstützungsmaßnahmen in Trainingsangeboten – genau wie in allen anderen Angeboten – zwar als wichtig, um Distanzierungserfolge zu stabilisieren, werden aber wegen der genannten Gründe nur teilweise angeboten und umgesetzt.

6.1.2 Funktionen sozialintegrativer Maßnahmen

Sozialintegrative Unterstützungsangebote erfüllen in der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Jugendlichen verschiedene Funktionen (vgl. Glaser 2013):

- Sie helfen dabei, Jugendliche für eine Teilnahme bzw. Mitwirkung in den Angeboten zu gewinnen.
- Sie können eine Basis für die Bearbeitung anderer Problemdimensionen (bspw. ideologische Orientierungen) schaffen. Das gilt insbesondere bei den Jugendlichen, deren soziale Probleme so groß sind, dass sie zunächst überhaupt nicht zugänglich für eine Auseinandersetzung sind.
- Darüber hinaus können sie auch eine distanzierungsfördernde Funktion haben bzw. Distanzierungsprozesse unmittelbar unterstützen. Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, für deren Hinwendung zum Rechtsextremismus Desintegrations- und Marginalisierungserfahrungen (mit)ursächlich waren bzw. sind, (vgl. Kap. 1.1), sollen sozialintegrative Hilfen diesen Hinwendungsmotiven bzw. den Attraktivitätsmomenten rechtsextremer Gruppierungen und Ideologien entgegenwirken. Speziell in der Ausstiegsarbeit gehört zur sozialintegrativen Arbeit auch, ausstiegswillige Jugendliche aus ihren rechtsextremen Gruppen zu lösen. Zudem sichert sie bereits erzielte Distanzierungserfolge.

Diese möglichen Funktionen sozialintegrativer Maßnahmen haben in den verschiedenen Arbeitsformaten unterschiedlichen Stellenwert. So

sind einzelne Funktionen spezifisch für die Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen, mit stärker eingebundenen Personen ohne eigene Distanzierungsimpulse oder mit aussteigenden Personen. Andere wiederum sind formatübergreifend bedeutsam. Im Folgenden werden die verschiedenen Funktionen sozialintegrativer Hilfen für die Arbeit mit den unterschiedlichen Zielgruppen näher vorgestellt.

Bearbeitung von Problemlagen als Zugangsweg zu den Jugendlichen

Für die befragten Fachkräfte sind sozialintegrative Unterstützungsangebote eine wichtige Möglichkeit, Jugendliche für die Mitwirkung in den Angeboten zu gewinnen. Dies gilt sowohl in der Arbeit mit Jugendlichen, die sich noch in der Phase der Annäherung an rechtsextreme Inhalte und/oder Gruppenbezüge befinden als auch in der Ausstiegsarbeit mit denjenigen Klientinnen und Klienten, die ihre rechtsextremen Haltungen, Verhaltensweisen und Zugehörigkeiten noch nicht in Frage stellen (vgl. Glaser 2013).

Diese Angebote arbeiten mit Jugendlichen, bei denen die Faszination für rechtsextreme Gruppen und/oder Positionen ungebrochen ist. Rechtsextreme Szenen erscheinen ihnen noch als eine Welt, „die funktioniert“ (Int. 23: 98). Entsprechend gering ist die Motivation der Jugendlichen, die Szene und ihre Überzeugungen kritisch zu reflektieren und in Frage zu stellen. Denn „warum sollten die über Entfernung nachdenken, wo sie gerade auf dem anderen Weg waren“ (Int. 23: 98). Die Bereitschaft, sich ernsthaft auf Diskussionen und Auseinandersetzungen mit den Fachkräften zu solchen Themen einzulassen, besteht demzufolge kaum.

Fachkräfte, die mit dieser Zielgruppe arbeiten, benötigen deshalb attraktive und für die Jugendlichen lebens- und alltagsweltlich relevante Angebote, auf deren Basis eine Zusammenarbeit möglich werden kann. Sozialintegrative Hilfen sind eine „Brücke“ (Int. 23: 100) zu den Jugendlichen und dienen den Fachkräften als „Zugangs- und Interventionsberechtigung“ (Int. 23: 100). Konnten Fachkräfte Angebote unterbreiten, die die Jugendlichen für ihre eigene Entwicklung als tatsächlich gewinnbringend erachteten, entstanden langfristige und stabile Arbeitsbeziehungen, auf deren Basis auch herausforderungsvollere, konfliktreichere Themen diskutiert werden konnten. Dies zeigt folgendes Fallbeispiel aus der Arbeit mit einer Gruppe von 12- bis 13-jährigen Hauptschülern mit ausgeprägten sozialen Problemen:

Fallbeispiel „Jugendclique“

Ein Projekt aus dem Bereich der Arbeit mit einsteigungsgefährdeten Jugendlichen, das mit der örtlichen Polizei und einer Förderschule in der Region kooperierte, wurde durch die Leitung der Förderschule auf eine Gruppe 12- bis 13-jähriger männlicher Jugendlicher aufmerksam gemacht, die v.a. durch Verhaltensauffälligkeiten wie Gewalttätigkeit, verbale Attacken gegen das Lehrpersonal und Mitschüler/innen sowie rassistische Kommentare auffielen. Durch die Kooperation mit der Förderschule gab es außerdem Hinweise darauf, dass die Gruppe erste Kontakte zu den Jungen Nationaldemokraten (JN) hatte, die in der Region sehr aktiv waren und auch an den Haltestellen der Schulbusse Werbung für ihre Organisation machten. Die Gruppe wurde dabei beobachtet, wie sie mit Funktionären der JN sprach.

Den Zugang zu dieser Gruppe konnte sich die Fachkraft durch ihre sozialarbeiterische Kompetenz verschaffen. Für die Belange und familiären Probleme der einzelnen Jugendlichen hatte sie immer ein „offenes Ohr“ und darauf aufbauend konnte sie den Jugendlichen Angebote machen, die sich an deren Wünschen und Bedürfnissen orientierten und für die Lebensgestaltung der Jugendlichen relevant waren. Es gelang ihr sogar, die Zusammenarbeit auch auf die Familien der Jugendlichen auszuweiten. Durch konkrete Unterstützung der Jugendlichen und ihrer Familien, wie die Herstellung von Behördenkontakten, Vorschläge zur Freizeitgestaltung oder Beratung bei der Organisation des familiären Alltags etablierte sich eine längerfristige Zusammenarbeit. Hierbei erwies es sich gerade in der Anfangsphase der Arbeit als förderlich, andere, bspw. inhaltliche Themen zurückzustellen und zunächst lebensweltlich relevante und akute soziale Probleme zu bearbeiten. So konnte sich eine verlässliche und belastbare Arbeitsbeziehung entwickeln, die die Grundlage für eine im späteren Verlauf der Betreuung dann auch mögliche kritische Thematisierung von rechtsextremen Orientierungen und Verhaltensweisen bildete (Int. 23: 28ff.).

Dieses Beispiel veranschaulicht, dass die Unterstützung der Jugendlichen beim Lösen ihrer sozialen Probleme dazu beiträgt, Zugänge zu ihrer Lebenswelt zu erhalten und eine Basis zu schaffen, um auch rechts-extreme Haltungen und Verhaltensweisen mit den Jugendlichen problematisieren zu können (vgl. Kap. 6.3).

Besonders in Situationen, in denen gravierende Probleme von den Jugendlichen als stark belastend und scheinbar ausweglos erlebt wurden, wurden die Fachkräfte mit ihrer Problemlösungskompetenz anerkannt. So merkten die Jugendlichen:

„Ich krieg, obwohl ich seit Jahren von der einen zur anderen Beratungsstelle laufe, keine wirkliche Hilfe oder keine berufliche, auf einmal bin ich in einer Maßnahme drin. Oder auf einmal schnurrt es mit dem Hartz IV [...]“ (Int. 13: 45).

Jedoch zeigen sich Grenzen dieses Ansatzes in der Arbeit mit anderen Teilzielgruppen. Zum einen betrifft dies die Arbeit mit Jugendlichen, die erhebliche soziale Probleme aufweisen und die im Verlauf langjähriger und ausgeprägter Hilfekarrieren bereits häufig mit Jugend- und Sozialhilfeeinrichtungen in Kontakt gekommen waren (z.B. Hilfen zu Erziehung, Heim- oder Pflegeunterbringung).³² Im folgenden Fallbeispiel aus der Streetwork wird dies deutlich:

Fallbeispiel „Pia“

Pia war Teil einer Clique, aus deren Mitte einzelne Jugendliche – auch Pia selbst – im Zuge der Ermittlungen zu einer rechtsextrem motivierten Straftat ins Visier der Polizei geraten waren. In diesem Kontext kam auch der erste Kontakt der Fachkräfte zur Clique zustande. Schnell bemerkten die Streetworker/innen, dass alle Jugendlichen in dieser Clique gravierende soziale Probleme aufwiesen und dass sie diese Probleme schwerlich ohne Unterstützung von außen bewältigen würden. Deshalb arbeiteten sie ab sofort intensiv mit der gesamten Clique, aber auch mit den einzelnen Jugendlichen. Während sich in der Arbeit mit einem Teil der Jugendlichen zumindest kleine Erfolge einstellten, gestaltete sich die Zusammenarbeit mit Pia äußerst schwierig.

Dies führten die Fachkräfte auf Pias frühe und andauernde „Karriere“ im Jugendhilfesystem zurück. Pia kam aus sehr problematischen Familienverhältnissen. Sie und ihre Geschwister waren bereits früh aus der Familie herausgelöst und fremduntergebracht worden. Dabei wurden die Kinder, trotz ihrer engen Bindung aneinander, getrennt und auf verschiedene Heime und Pflegefamilien verteilt. Dies führte bei Pia zu erheblichen Verlusterfahrungen und -ängsten, zudem entwickelte sie sehr früh die Vorstellung, auf sich allein gestellt zu sein. Diese Erfahrungen führten dazu, dass sie den Fachkräften mit großem Misstrauen begegnete und kaum bereit war, Einsichten in ihre Lebenslage und ihre Gefühlswelt zuzulassen. Die betreuenden Fachkräfte setzten deshalb bewusst nur auf „kleinere Schritte“, doch selbst hier zeigten sich sehr früh Grenzen. Pia partizipierte nur punktuell und ohne ausreichende Motivation. Da das Angebot freiwillig war, konnten die Mitarbeitenden keine stabile und tragfähige Arbeitsbeziehung zu ihr aufbauen.

Darüber hinaus waren der sozialen Reintegration von Pia aufgrund ihrer „Karriere“ im Jugendhilfesystem auch auf der strukturellen Ebene Grenzen gesetzt. So gestaltete es sich bspw. äußerst schwierig, eine passende Unterbringung für sie zu finden,

32 Jugendliche, die lange und intensive Hilfekarrieren aufweisen, werden allgemein als besonders herausforderungsvolle Klientel in der Jugendhilfe erachtet (vgl. Hoops/Permien 2003, S. 9).

da die Möglichkeiten von dieser Seite bereits ausgeschöpft waren. Eine Fachkraft schildert dazu: „Na, wenn man schon tausend betreute Wohnen hatte und da immer rausgeflogen und so, hat man so eine Akte. Und da ist es schwierig und dann wirklich nochmal Jugendliche gut und auswärtig unterzubringen.“

Schließlich scheiterte die Zusammenarbeit mit Pia. Sie zog sich aus der betreuten Clique zurück und die Mitarbeitenden verloren sie aus den Augen (Int. 12: 165ff.).

Außerdem zeigt sich, dass der Beziehungsaufbau zu einstiegsgefährdeten Jugendlichen über sozialintegrative Unterstützungsangebote dann an seine Grenzen stößt, wenn die Jugendlichen weder soziale Probleme noch eine eigene Distanzierungsmotivation aufweisen. Die Schilderungen eines Mitarbeiters über die schwierige Arbeit mit einer Clique von 16 bis 17-jährigen Jugendlichen sind dafür ein gutes Beispiel. Die Mitarbeiterin nahm diese Jugendlichen aufgrund ihrer Bezüge zur rechtsextremen Erlebniswelt und „Überfremdungsängsten“ klar als Adressaten ihrer Arbeit wahr. Sie unterschieden sich aber von anderen dadurch, dass sie aus „der bürgerlichen Mitte“, aus stabilen sozialen Verhältnissen stammten, „gute Integrationsbilanzen“ aufwiesen und nicht durch Normüberschreitungen oder Gewaltaffinität auffielen (Int. 12: 42).

Bei diesen Jugendlichen konnten die Mitarbeitenden keine dauerhaften Anreize zur Zusammenarbeit in Form von sozialintegrativen Angeboten setzen; der Mitarbeiter hielt fest: „Okay, wir können nicht trumpfen mit: Wir begleiten zu Gericht oder Schule“ (Int. 12: 56). Die Arbeit mit der Gruppe konzentrierte sich deshalb v.a. auf inhaltliche Arbeit, wobei dies einer „Gratwanderung“ glich, da zunächst „auch ein gutes Grundgerüst [aufgebaut werden muss], damit du die Jugendlichen nicht verschreckst“ (ebd.). Es gelang nur, lose Kontakte zur Gruppe zu knüpfen, die mit dem Beginn einer neuen Lebensphase, dem Übergang in die Ausbildung bzw. in weiterführende Schulen, abbrachen.

Die geschilderten Praxiserfahrungen zeigen, dass bei rechtsextrem orientierten Jugendlichen mit sozialen Problemen sozialintegrative Unterstützungsangebote ein geeigneter Weg sind, um die Jugendlichen für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Erkennbar wird aber auch, dass bei bestimmten Problemkonstellationen sozialintegrative Hilfestellungen alleine nicht ausreichen, um Zugang zu problembelasteten rechtsorientierten Jugendlichen zu erhalten (vgl. Fallbeispiel „Pia“). Zudem wird deutlich, dass sozialpädagogische Angebote mit ihrer „Kernkompetenz“ in sozialintegrativen Unterstützungsleistungen nur begrenzt geeignet sind, Jugendliche ohne größere soziale Probleme bzw. ohne eine

entsprechende Problemwahrnehmung zu erreichen. Bei diesen Jugendlichen bedarf es anderer lebensweltlich relevanter Angebote, um sie zu einer intensiven und dauerhaften Zusammenarbeit zu bewegen.

Förderung der Mitwirkungsfähigkeit der Jugendlichen

Soziale Problemlagen sind in der Arbeit sowohl mit einstiegsgefährdeten als auch mit distanzierungswilligen Jugendlichen hinderlich, wenn sie die Jugendlichen so stark belasten, dass sie kaum zur Mitwirkung fähig sind (vgl. Glaser 2013). Zu solchen Problemen zählen Schulden, Obdachlosigkeit, Verwahrlosung, mangelnde Konstanz und Regelmäßigkeit in der Lebensführung, Konflikte am Arbeitsplatz oder besonders für Frauen relevante Belastungen wie Sorgerechtsstreitigkeiten u. v. m.

In solchen belastenden Lebenslagen sind die Jugendlichen nicht bereit bzw. in der Lage, abstrakte und für sie selbst zunächst sekundäre Themen, wie bspw. rechtsextreme Orientierungen und Verhaltensweisen sowie deren Ursachen, zu bearbeiten. Die seelischen Belastungen, die mit gravierenden sozialen Problembelastungen einhergehen, können auch ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit und Stabilität verhindern, das den Fachkräften zufolge für eine inhaltliche Auseinandersetzung gegeben sein sollte (vgl. hierzu Kap. 6.3.2). Die Jugendlichen beim Lösen ihrer Probleme zu unterstützen, ist deshalb eine zentrale Voraussetzung, um langfristig und lösungsorientiert mit ihnen arbeiten zu können. Erst dann lassen sich den Fachkräften zufolge problematische Orientierungen und Verhaltensweisen sowie ihre Ursachen thematisieren.

Solche Probleme müssen daher bereits früh im Arbeitsprozess erkannt und bearbeitet werden. So stellt eine Fachkraft dar, dass man mit den Jugendlichen erst dann über „die nächsten zwei, drei Monate reden kann, wenn akute Krisen wie Pfändung oder Zwangsräumung behoben seien. Dann erst hat man die Chance mal zu fragen: ‚Wie würdest du es ein nächstes Mal machen?‘ Und dann hat man die Chance gehabt, Verhaltensweisen zu thematisieren, die eben schon mit Einstellungen, mit Werten oder Normen zu tun hatten, Gewalttätigkeit, Abwertung Anderer so“ (Int. 23: 67).

In vielen Fällen haben die Mitarbeitenden mit dieser Vorgehensweise gute Erfahrungen gemacht. Bei erfolgreicher Unterstützung bei sozialen Problemen und Belastungen konnten sie eine stabile Arbeitsbeziehung zu den Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufbauen und sie für eine weitere Zusammenarbeit gewinnen.

Allerdings zeigten sich in einzelnen Fällen auch Schwierigkeiten. Beispielsweise gelang es Fachkräften nicht immer, die Probleme der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in einem zeitlich überschaubaren Rahmen zu lösen und zur Thematisierung problematischer Einstellungen und Verhaltensweisen überzugehen. Im Einzelfall gestaltete sich die sozialintegrative Arbeit derart komplex und zeitintensiv, dass die Mitarbeitenden ihre ursprünglichen Pläne und Ziele der Arbeitsrealität anpassen mussten und die Bearbeitung rechtsextremer Orientierungen zugunsten eines universellen sozialpädagogischen Hilfeauftrages zurückstellten (vgl. Kap. 6.3.2). In diesen Fällen verblieb die Arbeit auf der sozialintegrativen Ebene.

Auch kam es vor, dass Klientinnen und Klienten in Einzelfällen nach einer erfolgreichen Bewältigung ihrer sozialen Probleme die Arbeitsbeziehung ihrerseits beendeten, ohne dass sich für die Fachkräfte die Gelegenheit ergeben hatte, auch die rechtsextremen Orientierungen oder Verhaltensweisen zu thematisieren.

Während gravierende soziale Probleme ebenso wie der Mangel an Ressourcen für eine weitergehende Auseinandersetzung in den Angeboten nur auf der strukturellen Ebene behoben werden können, zeigen Erfahrungen von Fachkräften aber auch, dass auf der Beziehungs- und Arbeitsebene durchaus Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit geschaffen werden kann. Hierbei beriefen sich Sozialpädagoginnen und -pädagogen auf den Mehrwert und die stabilisierende Wirkung der durch sie erbrachten Leistungen. Diese stellten sie in Gesprächen gezielt den Erfahrungen gegenüber, die die Jugendlichen mit Angeboten in rechtsextremen Gruppenzusammenhängen gemacht hatten, wodurch sie die Jugendlichen für eine weiterführende Zusammenarbeit begeistern und für die Thematisierung von Einstellungen und Gruppenbezügen öffnen konnten.

Bearbeitung der Ursachen

Sozialintegrative Unterstützungsangebote dienen in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Zielgruppen nicht nur dazu, Voraussetzungen für die Distanzierungsarbeit zu schaffen. Sie haben vielmehr in zahlreichen Fällen auf unterschiedliche Weise distanzierungsfördernde Effekte. In der Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen, bei denen v.a. soziale Desintegration und Marginalisierungserfahrungen ausschlaggebend für eine Hinwendung zum Rechtsextremismus waren,

sind soziale Hilfen ein geeigneter Weg, um diesen zugrunde liegenden Ursachen für die Ausprägung rechtsextremer Haltungen und Zugehörigkeiten entgegenzuwirken. Der Aufbau positiver Anerkennungsbilanzen kann in der Arbeit mit dieser Zielgruppe dazu beitragen, die Attraktivität rechtsextremer Szenen als „Kompensationsagentur“ (Willems et al. 1993, S. 77) zu reduzieren und Distanzierungsprozesse zu befördern (vgl. Glaser 2013, S. 260; Krafeld et al. 1993, S. 36).

Im folgenden Fallbeispiel von „Christian“, einem ausstiegswilligen Jugendlichen, wird dies deutlich:

Fallbeispiel „Christian“

Christian stand kurz vor dem Schulabschluss, als er sich immer häufiger mit einer Clique traf, in der rechtsextreme Musik gehört und viel Alkohol getrunken wurde. Er fühlte sich, wie er später berichtete, in der Clique wohl, weil ihn in der Übergangsphase von der Schule in das Berufsleben Zukunftsängste plagten und er wenig Perspektiven für seine Lebensplanung sah. Die Clique vermittelte ihm den Eindruck, dass er mit diesen Gefühlen in der Clique nicht alleine war. Noch dazu bot ihm die rechtsextreme Szene einfache Erklärungsangebote, die es ihm ermöglichten, die Schuld für sein Scheitern nicht bei sich selbst zu suchen, sondern andere dafür verantwortlich zu machen.

Im Zuge von Christians Ausstiegsbegleitung sprachen die Fachkräfte mit Christian regelmäßig über das beschränkte Lösungspotenzial solcher Erklärungsmuster und sie bemühten sich, aufzuzeigen, dass seine Zugehörigkeit zu der rechtsextremen Clique seine Probleme nicht löst, sondern noch verstärken könnte.

Christians größter Wunsch war es, nach dem Schulabschluss eine Ausbildung zu beginnen. Im Laufe der Ausstiegsbegleitung erkannte der Jugendliche, dass ihm seine rechtsextremen Freunde hierbei nicht behilflich sein würden. Dem Ausstiegsberater hingegen gelang es, ihn bei der Realisierung seines Berufswunsches zu unterstützen. Er machte Christian auf Ausbildungsplätze aufmerksam, die seinen Interessen entsprachen und konnte den Jugendlichen darin bestärken, sich und seinen Fähigkeiten zu vertrauen. Christian konzentrierte sich bald wieder auf seinen Realschulabschluss, den er auch erfolgreich absolvierte. Im Anschluss begann er an einem anderen Ort eine Ausbildung zum Koch und auch diese schloss er erfolgreich ab. In seinem neuen Wohnumfeld fühlt er sich merklich wohl, er hat neue Freunde gefunden. Christian konnte also erfolgreich aus seiner rechtsextremen Gruppe herausgelöst werden. Die Fachkräfte hatten erkannt, dass seine Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene weniger Ausdruck ideologischer Überzeugungen war, sondern der Kompensation seiner sozialen Probleme diente. Hier konnten sie ansetzen

und dem Jugendlichen neue Zukunftsperspektiven außerhalb der Szene aufzeigen. Nach Kenntnis der Fachkräfte pflegt Christian nun keine Kontakte mehr zu seinen früheren rechtsextremen Freunden (Int. 21: 113ff.).

Von derartigen Effekten berichten allerdings nicht nur Mitarbeitende in Ausstiegsangeboten. Auch in der Arbeit mit Jugendlichen, bei denen ein weiteres Hineingleiten in rechtsextreme Szenen verhindert werden soll, werden diese ursachenbezogenen distanzierungsfördernden Effekte von sozialen Hilfestellungen und Unterstützungsangeboten genutzt. Über die Vermittlung schulischer und beruflicher Alternativen und Lösungen für diverse andere Problemlagen konnten Jugendlichen attraktive Perspektiven außerhalb rechtsextremer Gruppen aufgezeigt und auf diese Weise Einstiegsprozesse aufgehalten werden.

Fachkräfte, die mit einstieggefährdeten Jugendlichen arbeiten, gehen davon aus, dass junge Menschen, die sich aufgrund von Desintegrations- und Marginalisierungserfahrungen rechtsextremen Gruppen zuwenden, in der Szene irgendwann die Erfahrung machen, dass diese ihnen selten „echte“ Lösungen für ihre Probleme bieten (vgl. Kap. 1.2). Sie selbst hingegen verfügen über die notwendige Kompetenz, die sozialen Probleme der Jugendlichen erfolgreich zu bearbeiten.

Ihre Problemlösungskompetenz können Fachkräfte dann besonders gut „in die Waagschale werfen“, wenn Jugendliche bereits erste enttäuschende Erfahrungen mit (nicht eingelösten) Versprechen rechtsextremer Szenen gemacht haben. Rechtsextreme Gruppen und Szenen werden für diese Jugendlichen so weniger attraktiv. Allerdings weisen einstieggefährdete Jugendliche oftmals – wenn überhaupt – nur erste bzw. lose Kontakte zu rechtsextremen Gruppen auf, sodass Fachkräfte, die mit dieser Zielgruppe arbeiten, ihre Angebote nicht denen rechtsextremer Gruppen und Szenen gegenüberstellen können.

Eine andere Vorgehensweise der Praxis, die auf die sozialen Bedürfnisse von Jugendlichen eingeht, auch wenn diese bisher noch *keine oder nur wenige* Kontakte zu rechtsextremen Szenen aufweisen, ist es, prospektiv mit den Bedürfnissen der Jugendlichen zu arbeiten. Das heißt, Fachkräfte illustrieren im Gespräch mit den Jugendlichen die sozialen Folgen, die die Zugehörigkeiten zu rechtsextremen Gruppen sowie rechtsextreme Haltungen und Verhaltensweisen bei *anderen* Jugendlichen nach sich gezogen haben.

In einem Angebot, das mit einstieggefährdeten Jugendlichen arbeitet, spielen Begegnungen mit Personen eine Rolle, die aus der rechtsextremen

Szene ausgestiegen sind. In diesen Begegnungen berichten die Ausgestiegenen über ihre (desillusionierenden) Erfahrungen in der Szene und schildern Schwierigkeiten, die ihre Zugehörigkeit für ihren weiteren Lebensweg mit sich brachte. Die Ausgestiegenen fungieren hier gewissermaßen als negative Beispiele. Nach Angaben des befragten Mitarbeiters ist dieses Vorgehen der „Abschreckung“ gut geeignet, um Irritationen zu erreichen und der Faszination, die rechtsextreme Szenen und entsprechende Ideologien für Personen im Einstiegsprozess haben, entgegenzuwirken.

Einzelne andere Angebote realisieren zwar keine direkte Begegnung mit Aussteigenden, arbeiten aber mit zugänglichen Aussteigerbiografien³³ oder berichten von Erfahrungen aus ihrer Arbeit mit anderen Jugendlichen. Auch sie stellen abschreckende Effekte fest:

„Manchmal sag ich auch nur, wenn ich so ein Gespräch (mit einem Angehörigen eines einstiegsgefährdeten Jugendlichen, Anm. d. V.) anfangen: ‚Wir betreuen 10 Stück, die sind in der [STRAFVOLLZUGSBEHÖRDE], die sitzen in Haft.‘ [spricht als Antwort ihres Gegenüber:] ‚Öh, wie die sitzen in Haft?‘] Ja. Weil sie versuchten Totschlag begangen haben. Die haben einen schwarzafrikanischen Mitbürger zusammengeschlagen.‘ So was schockt eigentlich dann schon am meisten“ (Int. 14: 205).

Gerade im Umgang mit Zielgruppen, die sich im Einstiegsprozess befinden, erscheint diese Form der Auseinandersetzung – den berichteten Erfolgen der Fachkräfte zufolge – vielversprechend.

Speziell im Fall der Nutzung indirekt vermittelter Aussteigerbiografien zeigt sich, dass Fachkräfte z.T. auf geschlechtsspezifische Argumentationsmuster zurückgreifen, denen die Annahme zugrunde liegt, dass sie den jeweiligen Erfahrungshintergründen und Relevanzsystemen stärker entsprechen. So berichtet ein Mitarbeiter, dass im Umgang mit männlichen Klienten eher Straftaten und deren Folgen thematisiert würden, während gegenüber Mädchen und Frauen eher soziale Konsequenzen von Zugehörigkeiten angesprochen werden. Hier wird bspw. auf das spätere Leben ihrer Kinder – bereits geboren oder nicht – verwiesen. Den Erfahrungen der Fachkräfte zufolge ist dieser besondere Erfahrungs- und Lebensweltbezug in einigen Fällen durchaus zielführend.

Vereinzelt werden zu diesem Zweck aber auch reale Aussteigerbiografien diskutiert oder Treffen mit Aussteigerinnen und Aussteigern (unter Berücksichtigung von Sicherheitsspezifika) arrangiert. Hier erfahren

33 z.B. Hasselbach/Bonengel 2001; Bauer 2012; Hewicker 2012; Kneifel 2012; Schröder 2002).

einstiegsgefährdete Jugendliche aus erster Hand, wie sich die rechtsextremen Karrieren der Betroffenen auf ihren Lebensweg ausgewirkt haben. Auch mit dieser Vorgehensweise haben Fachkräfte im Einzelfall gute Erfahrungen gemacht.

Allerdings berichten Fachkräfte auch von gegenteiligen Beispielen, bei denen durch die Thematisierung von folgenreichen rechtsextremen Karrieren zwar anfänglich Reflexionsprozesse angeregt werden konnten, aber dennoch keine Distanzierung vom Rechtsextremismus erfolgte, da den Jugendlichen eigene ähnliche Erfahrungen fehlten und sie deshalb keine Bezüge zu ihrer eigenen Biografie herstellen konnten. Insofern erzeugt diese Vorgehensweise nur teilweise positive Effekte. Wann dies der Fall ist, kann auf der Basis der Datenlage nicht endgültig geschlussfolgert werden. Es existieren jedoch erste Hinweise darauf, dass sie dann eher erfolgreich sind, wenn bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen bereits erste Zweifel und Reflexionsprozesse eingesetzt hatten und diese weiter verstärkt werden konnten. Ebenso denkbar ist, dass Jugendliche, die bis dahin keinerlei Leidenserfahrungen aufwiesen, Negativschilderungen von rechtsextremen Karrieren als dramatisierend oder gar manipulativ wahrnehmen. Dann könnten sich sogar gegenteilige Effekte ergeben. Insofern ist diese Vorgehensweise nicht für alle Jugendlichen gleichermaßen geeignet.

Herauslösung aus den rechtsextremen Szenebezügen

Ein spezifisches Anliegen in der Ausstiegsarbeit ist es, den betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen dabei zu helfen, sich in die Mehrheitsgesellschaft zu (re)integrieren. Damit geht einher, dass die ausstiegswilligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ihre Kontakte und Bezüge zu rechtsextremen Gruppen und Ideologien abbrechen. In der Praxis der Ausstiegsarbeit zeigt sich aber, dass dies zu dem Zeitpunkt, in dem Klientinnen und Klienten in die Ausstiegsangebote gelangen, nur selten der Fall ist. Aus diesem Grund sind Angebote der Unterstützung bei der Herauslösung aus rechtsextremen Szenen ebenfalls Bestandteil von Ausstiegsarbeit. Sie setzen an verschiedenen Ebenen an und verfolgen unterschiedliche Strategien.

Abbruch von Szenekontakten

Eine solche Strategie ist, mit den Jugendlichen gemeinsam Möglichkeiten des Umgangs mit bestehenden Szenekontakten zu entwickeln. Hierzu

zählt eine glaubhafte und nachvollziehbare Distanzierungsbegründung (im polizeilichen Sprachgebrauch auch als Legende bezeichnet), mit deren Hilfe die Jugendlichen allmählich oder abrupt ihre noch bestehenden Kontakte zur Szene abbrechen können, ohne sich dabei explizit vom Rechtsextremismus zu distanzieren. Hierzu zählen bspw. die Änderung der Telefonnummer oder der Verweis auf eine neue Lebenssituation (z.B. stärkere Einbindung in das Berufsleben, neue Freundin/neuer Freund etc.), um möglichst bereits vorab Einladungen zu Treffen oder Veranstaltungen ausschlagen zu können. Weniger Berücksichtigung findet zum Zeitpunkt der Erhebung allerdings die Tatsache, dass Kontakte in rechtsextremen Netzwerken seit etwa Mitte der 1990er Jahre verstärkt auch im Internet gepflegt werden (vgl. Fromm/Kernbach 2001, S. 14f.). Nur in einzelnen Angeboten wird gezielt auch der Abbruch bestehender Onlinekontakte zu rechtsextremen Personen und Gruppen (z.B. in Sozialen Netzwerken und Foren) von den Berater/innen empfohlen, in Einzelfällen werden Profile gemeinsam gelöscht.

Die Frage, wie zeitnah die Beendigung von Kontakten zu rechtsextremen Gruppen und Personen erfolgen muss, beantworten die Angebote unterschiedlich. Einzelne, mehrheitlich sicherheitsbehördliche Angebote vereinbaren mit Ausstiegswilligen bereits zu Beginn der Betreuung ein Kontaktverbot. Ein Regelbruch kann je nach Angebot entweder das Ende der Arbeitsbeziehung nach sich ziehen oder wird, insbesondere bei langjährig involvierten Klientinnen und Klienten, in der Anfangszeit bei sporadischen Kontakten noch toleriert, um eine absolute soziale Isolation zu verhindern. Allerdings erwarten Mitarbeitende in diesen Fällen entsprechende Transparenz und Offenheit der Klientinnen und Klienten sowie mittelfristig den Abbruch dieser Kontakte und die Aufnahme neuer sozialer Beziehungen zu Personen außerhalb der Szene.

Problematisch gestaltet sich jedoch der Ausstiegsprozess, wenn über einen längeren begleiteten Zeitraum Kontakte zu rechtsextremen Personen aufrecht erhalten werden. So skizziert eine Fachkraft den Fall einer Aussteigerin, die trotz entsprechender Warnungen durch das Angebot weiterhin an einigen Freundschaften zu Personen in Szenekreisen festhielt. In solchen Situationen liegt es im Ermessen der Ausstiegsbegleitenden, individuell die realen Distanzierungschancen und -erfolge solcher Klientinnen und Klienten abzuschätzen und im Einzelfall auch den Abbruch von Arbeitsbeziehungen durch die Betreuer/innen in Betracht zu ziehen.

Ablegen sichtbarer Szenemerkmale

Ein weiterer wichtiger Aspekt bei der Herauslösung der Jugendlichen aus rechtsextremen Kontexten ist das Ablegen von sichtbaren Symbolen der Szenezugehörigkeit. Dies ist deshalb wichtig, weil ein rechtsextremes Erscheinungsbild die Aufnahme von Kontakten außerhalb der Szene erschweren oder gar verhindern kann. Folgendes Fallbeispiel eines ausstiegswilligen jungen Mannes veranschaulicht dies:

Fallbeispiel „Stefan“

Stefan gehörte bereits zehn Jahre der rechtsextremen Szene an, als er ein Mädchen „außerhalb der Szene“ kennenlernte und sich in sie verliebte. Ihr zuliebe wollte er seine rechtsextremen Freunde hinter sich lassen und wandte sich, auch auf ihren Wunsch hin, an das Ausstiegsangebot. Ein zentrales Ziel des Ausstiegsprojektes war es, mit dem Mann alternative Freizeitmöglichkeiten zu erarbeiten, da er seine Freizeit entweder mit seiner Freundin in seiner oder in ihrer Wohnung oder mit rechtsextremen Freunden verbrachte.

Versuche, in den Freundeskreis seiner Partnerin aufgenommen zu werden, scheiterten, da Stefan zahlreiche Tätowierungen am ganzen Körper trug, die ihn als rechtsextremen Skinhead leicht für andere erkennbar machten. Er begegnete dadurch immer wieder Vorbehalten und Vorurteilen und es fehlte ihm an Selbstsicherheit, um mit der ihm entgegenschlagenden Ablehnung selbstbewusst umgehen zu können. Stefans rechtsextremes Erscheinungsbild verhinderte so seine Eingliederung in neue soziale Bezüge außerhalb der Szene.

Sein Ausstieg scheiterte schließlich auch daran, dass es Stefan nicht möglich war, neue Freunde außerhalb der rechtsextremen Szene zu finden. Immer wieder zog es ihn zurück in sein altes Umfeld und nach einiger Zeit trennte sich u.a. auch deshalb seine Freundin von ihm. Damit ging für ihn auch dieser zentrale Impuls, die Szene zu verlassen, verloren. Die Fachkraft hielt die Beratung von Stefan noch über einen vergleichsweise langen Zeitraum hinweg aufrecht, musste jedoch letztendlich die Ausstiegsbegleitung beenden, da Stefan wieder voll und ganz in die Szene zurückgekehrt war (Int. 20: 106ff.).

Das Beispiel zeigt, wie wichtig es im Ausstiegsprozess sein kann, sichtbare Merkmale und Symbole der rechtsextremen Szene abzulegen. Fachkräfte raten den ausstiegswilligen Jugendlichen daher, rechtsextrem konnotierte Symbole, Kleidungsstücke oder Tätowierungen abzulegen bzw. zu entfernen oder zu verändern. Die Veränderung des eigenen Erscheinungsbildes ist aber auch deshalb wichtig, weil ansonsten erneute Ansprachen durch andere rechtsextrem orientierte Personen wahrscheinlich sind und

auch die Gefahr konfrontativer Auseinandersetzungen mit dem früheren politischen Gegner (weiter)besteht. Entsprechend bedeutet Sozialintegration an dieser Stelle, die Aussteigenden bei der äußerlichen Distanzierung von rechtsextremen Szenen zu unterstützen, sie also bei der Beseitigung entsprechender symbolischer Bezüge zu begleiten und – in einzelnen Fällen – hierbei bedingt finanziell zu unterstützen (wenn Ausstiegsangebote – was nur teilweise der Fall ist – über entsprechende Budgets verfügen und bei den Jugendlichen keine anderen Ressourcen erschließbar sind).

Darüber hinaus stellt das Ablegen von rechtsextremen Zugehörigkeitsmerkmalen einen Akt symbolischer Distanzierung dar, der bei einem Teil der Klientel auch durchaus eigeninitiativ stattfindet, da sie sich in ihrem Erscheinungsbild bewusst von früheren Szenebezügen abgrenzen und mit einem „bürgerlichen“ Auftreten neue Zugehörigkeiten demonstrieren möchten (Int. 03: 50). Für sie sind die Entfernung oder Übermalung von Tattoos mit Cover-ups sowie das Ablegen rechtsextremer Kleidung und Accessoires gleichsam eine „Befreiung des Körpers“ (Int. 15: 89) und ein „symbolischer Abschied“ (ebd.) von der rechtsextremen Vergangenheit.

Allerdings sind solche Eigenleistungen der Jugendlichen nicht grundsätzlich gegeben, weshalb ein Teil der Ausstiegs- und Distanzierungshilfen das Ablegen von rechtsextrem konnotierter Bekleidung entweder bereits als Teilnahmebedingung voraussetzt, für den Rahmen gemeinsamer Gespräche und Aktivitäten untersagt oder im Rahmen des Betreuungsprozesses zumindest mittelfristig anstrebt.

Wie dies im Einzelnen gehandhabt wird, ist von Angebot zu Angebot verschieden, wobei einige Argumente der Fachkräfte gegen ein sofortiges und striktes Verbot rechtsextremer Symboliken sprechen. So geben Befragte zu bedenken, dass zu hoch angesetzte Auflagen zu Beginn des Arbeitsprozesses die Mitwirkungsbereitschaft der Jugendlichen senken. Auch bedarf es einer stabilen Arbeitsbeziehung, um die Lösung von (auch emotional besetzten und persönlich bedeutsamen) Artefakten thematisieren zu können. Des Weiteren kann der plötzliche Verzicht auf sämtliche (zuvor selbstverständlich zur Schau getragene) Merkmale rechtsextremer Zugehörigkeit die Jugendlichen in Situationen bringen, in denen sie sich vor ihren früheren „Kameraden“ erklären müssen, was zumindest schleichende und „stille“ Szeneausstiege verhindern kann. Außerdem können sich symbolische Bezüge zum Rechtsextremismus als

hilfreich erweisen, um Zugehörigkeiten und Orientierungen zu thematisieren. Und schließlich zeigen eigeninitiativ getroffene Entscheidungen, rechtsextrem konnotierte Symboliken abzulegen, wie weit sich die Jugendlichen bereits distanziert haben, bspw. wenn sie Tätowierungen entfernen oder übermalen lassen und dies den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etwa durch Tragen von T-Shirts stolz zu erkennen geben.

Das nächste Beispiel veranschaulicht, dass solche Ablösungsprozesse Zeit benötigen und dass sie ein behutsames Vorgehen der pädagogischen Fachkräfte erfordern, insbesondere dann, wenn die Beziehung zum symbolischen Gegenstand emotional aufgeladen ist. So schildert ein Befragter:

„Und ich hab Jugendliche, die, ähm, am Anfang der Beratung zum Beispiel, mit 'ner Gürteltasche kamen und gesagt haben: ‚[...] die bekommen Sie mal nie. Sie können alles haben, aber die Gürteltasche geb ich dir nicht, weil, die hab ich von 'nem Mädchen und das ist mir ganz wichtig.‘ [...] Ich sag: ‚Aber über die Gürteltasche reden wir nochmals‘ und dann schmunzle ich auch mal und dann komm ich später und dann sag ich: ‚Na, heute mal wieder die Gürteltasche.‘ Immer wieder thematisieren, um Konsequenz im Handeln zu demonstrieren und so. Und dann konnten wir uns irgendwann drauf einigen, dass ich sag: ‚Okay, ich kann ja wenigstens diese Schildchen abmachen.‘ [...] und da hat er da halt die Schildchen abgefummelt und hat mir dann diese Schildchen gegeben und dann war's im Endeffekt eine normale schwarze Gürteltasche. Und irgendwann, also dann noch ein paar Monate drauf hat er gesagt: ‚Wissen Sie was, nehmen Sie das blöde Ding doch endlich mit‘, so. Und dann ist es für mich ein ganz großer Erfolg, also da ich weiß, diese Gürteltasche, das bedeutet ihm alles, das ist seine Identität“ (Int. 17: 65).

Stabilisierung und Absicherung von Distanzierungserfolgen

Sozialintegrative Hilfen stabilisieren und sichern Distanzierungserfolge dauerhaft und nachhaltig. Aus diesem Grund wird der Unterstützung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen bei der Reintegration in ein sozial abgesichertes und erfüllendes Leben in allen Formaten (mit Ausnahme von denjenigen Trainingsmaßnahmen, bei denen eine sozialpädagogische Anschlussbetreuung nicht vorgesehen ist) Bedeutung beigemessen.

Hilfen bei sozialen Problemen und beruflicher Integration

Formatübergreifend werden Jugendliche, die sich von Szenebezügen distanzieren, bei ihrer Integration in (Aus-)Bildung und Arbeit, aber auch bei Schuldenproblemen und Wohnungsnot unterstützt. Diese Hilfsangebote fördern die Stabilität und den Selbstwert der Jugendlichen und befähigen

sie, ihr Leben eigenständig zu gestalten (vgl. Rieker 2014b). Sie werden in der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen dann relevant, wenn die Angebote bei den Jugendlichen erste Distanzierungsimpulse wecken konnten sowie in Trainingsangeboten, wenn eine Weiterbetreuung ihrer Teilnehmenden erfolgt. Aber auch in der Ausstiegsarbeit sind Hilfen bei sozialen und wirtschaftlichen Problemlagen bedeutsam für die Absicherung von Distanzierungserfolgen. Denn Misserfolge bei der eigenständigen Bewältigung dieser Probleme ziehen oft Frustration und Zweifel nach sich und gefährden dann wiederum Distanzierungsprozesse.³⁴

Welche Maßnahmen allerdings in den jeweiligen Angeboten im Einzelnen durchgeführt werden, hängt von den individuellen Bedarfen der Zielgruppe ab. Einstiegsgefährdete Jugendliche benötigen aufgrund ihres jungen Alters eher Unterstützung bei der Suche nach Ausbildungsplätzen oder Konflikten in der Schule. Typische Hilfen für diese Zielgruppe sind Berufsberatungen, Kompetenz- und Bewerbungstrainings oder die Begleitung zu Terminen bei Behörden, Vermietern etc. Ältere Jugendliche in der Ausstiegsarbeit und in Anschlussmaßnahmen von Trainings hingegen haben hohen Unterstützungsbedarf in den Bereichen Arbeit, Wohnung oder persönliche Finanzplanung. Angebote helfen ihnen deshalb z.B. bei der Weiterqualifikation (Fort- und Weiterbildung, Umschulung, Nachholen des Abiturs, Erwerb der Fahrerlaubnis, Wohnungssuche etc.).

Unterstützung beim (Wieder)Aufbau sozialer Kontakte außerhalb rechtsextremer Szenen

Bedeutsam sind außerdem Maßnahmen, die die Jugendlichen beim Aufbau neuer sozialer Kontakte unterstützen (vgl. Bjørge et al. 2009, S. 140). Dies gilt in besonderem Maße in der Ausstiegsarbeit. Hintergrund ist, dass der Ausstieg aus rechtsextremen Gruppenzusammenhängen zur sozialen Isolation, zur „totalen Bindungsfreiheit“ (Int. 14: 321) führen kann. Ein Grund hierfür ist, dass die Betroffenen im Verlauf ihrer teilweise langjährigen Szenezugehörigkeit oftmals umfassend mit früheren sozialen Netzwerken gebrochen haben (Fachkräften zufolge auch aufgrund

34 Den besonderen Stellenwert der Ausbildungs- und Arbeitsmarktintegration für den Ausstiegsprozess unterstreicht auch die Förderung von „Initiativen, Projekten und Vereinen, die neue Ideen entwickelt haben, um den Ausstieg aus einem rechten Umfeld mit dem Einstieg in Arbeit zu verknüpfen“ über ein Sonderprogramm des vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales aufgelegten XENOS-Bundesprogramms (Die Bundesregierung 2015).

des Selbstverständnisses rechtsextremer Szenen, eine elitäre, aber von der Gesellschaft ignorierte bzw. missachtete Bewegung zu sein). Außerdem sind Aussteigende oftmals nicht in der Lage, eigenständig Kontakte zu fremden Menschen bzw. zu Personen, von denen sie sich im Verlauf ihrer Szenezugehörigkeit abgewandt haben, (wieder) aufzubauen. Während des Distanzierungsprozesses kann demzufolge ein Vakuum entstehen, das durch Alternativen gefüllt werden muss, damit sich für Aussteigende eine lebenswerte Perspektive ergeben kann. Eine Möglichkeit besteht für die Fachkräfte darin, an frühere Freundschaften der Jugendlichen anzuknüpfen bzw. sie zu reaktivieren. So gelang es in einem Fall, den Kontakt zur ehemals besten Freundin einer Klientin wieder aufzubauen, die sie ohne Vorbehalte in ihre eigenen Netzwerke und Aktivitäten einführte. In diesem Fall engagierte sich die Freundin zudem in einem interkulturellen Verein. Die Kontakte, die sich daraus auch für die Klientin ergaben, wirkten sich positiv auf deren ideologische Distanzierung aus (siehe hierzu auch Kap. 6.3.3).

In der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen sind derartige Hilfen zwar auch relevant. Aber Praktiker/innen zufolge finden jüngere Jugendliche noch eher selbst Anschluss an neue Peergroups, die den Distanzierungsprozess – nach dem Motto „andere Gruppen, andere Sitten“ (Int. 23: 69) – unterstützen.

Eine Schwierigkeit, die Fachkräften zufolge der (Re)Integration von ausstiegswilligen Jugendlichen in (neue) soziale Netzwerke z.T. erheblich entgegenwirken kann, besteht, wenn im Umfeld der Betroffenen die erforderliche „gesellschaftliche Unterstützungskultur [...] für tatsächliche Aussteiger, die glaubhaft ausgestiegen sind, ihre Ideologie überwunden haben, die Verantwortung übernommen haben für ihre Vergangenheit“ (Int. 15: 253) nicht gegeben ist. Insbesondere dann, wenn Aussteigende Haftstrafen verbüßt haben oder frühere Szenezugehörigkeiten, z.B. in Form von Tattoos, noch immer deutlich sichtbar sind (vgl. hierzu Fallbeispiel „Stefan“ in diesem Kapitel), stoßen sie bei ihren Bemühungen, neue soziale Beziehungen aufzubauen, auf Stigmatisierung, Ablehnung und Zurückweisung.

Als besonders problematisch erachten es befragte Fachkräfte in diesem Zusammenhang, wenn frühere politische Gegner, z.B. von der Antifa, die Distanzierungsbestrebungen der Betroffenen aufs Genaueste beobachten und dokumentieren bzw. Distanzierungsabsichten per se in Frage stellen. Hiervon sind v.a. Aussteiger/innen betroffen, die regional oder überregional bekannte Rechtsextreme waren. Der in solchen Fällen

auf den Betroffenen lastende Druck und die daraus resultierende Perspektivlosigkeit können dazu führen, dass ihr Vertrauen in die Perspektive, den Weg in die Gesellschaft zurückzufinden, wieder schwindet und Distanzierungsprozesse stagnieren bzw. abbrechen. Um also Ausstiege nachhaltig und stabil zu gestalten, erfordert Ausstiegsbegleitung auch, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen dabei zu unterstützen, ein stabiles neues soziales Umfeld aufzubauen.

Einbindung familiärer Ressourcen

Für die Förderung und Stabilisierung von Distanzierungsprozessen sind familiäre Netzwerke eine wertvolle Ressource, da sie als wichtiger emotionaler und sozialer Anker fungieren können, wenn bei ausstiegswilligen Personen „das ganze Weltbild wankt“ (Int. 17: 113) und sie ohne „coole Rüstung“ (ebd.) auf sich allein gestellt sind. Als besonders wichtige innerfamiliäre Stützen erweisen sich nach Einschätzung der Praktiker/innen dabei die Mütter, aber auch die Geschwister der Jugendlichen, da sie eher bereit sind, zu verzeihen und innerfamiliäre Konflikte häufiger zwischen den Jugendlichen und ihren Vätern bestanden (vgl. Kap. 1.1.2).

Allerdings ist das Verhältnis v.a. zwischen ausstiegswilligen Jugendlichen und ihren Angehörigen häufig extrem belastet. Auf Seiten der Angehörigen bspw. erschweren die in der Vergangenheit erlebten Enttäuschungen, mangelndes Vertrauen sowie die Angst vor erneuten innerfamiliären Konflikten und Belastungen die Revitalisierung der Beziehung. Die Ausstiegswilligen wiederum empfinden Scham und Bedauern, fürchten die Abweisung durch ihre Familie (z.B. weil sie ihre Eltern bedroht, emotional und physisch verletzt oder bestohlen haben) oder sie wollen ihre Eltern nicht belasten oder überfordern. Aber auch die Beziehung einstiegsgefährdeter Jugendlicher zu ihren Angehörigen kann durch wechselseitige Vorbehalte geprägt sein, v.a. dann, wenn letztere die Positionen und Verhaltensweisen der Betroffenen ablehnen. An dieser Stelle erweist es sich als zusätzlich schwierig, wenn sich Jugendliche in der Phase der Ablösung vom Elternhaus befinden und ihre Eltern nicht mehr oder noch nicht wieder als Vertrauenspersonen erachten. Insofern sind Vermittlungs-, Beratungs- und Mediationsaktivitäten, die das Verhältnis der Jugendlichen zu ihren Familien wieder aufbauen bzw. verbessern, wichtiger Bestandteil der Distanzierungsarbeit.

Sollen Angehörige in die Distanzierungsprozesse einbezogen werden und diese stabilisieren und unterstützen, muss zunächst geklärt werden,

inwieweit problematische, z.B. autoritäre oder gewaltgeprägte Familienverhältnisse für die Hinwendung der Jugendlichen eine Rolle spielten oder auch inwieweit Angehörige selbst rechtsextreme Überzeugungen teilen. So berichtet eine Mitarbeiterin von der Arbeit mit einem Jugendlichen, dessen Vater selbst rechtsextreme Positionen vertrat. Sein Einfluss störte die Arbeit mit dem Jugendlichen erheblich und Distanzierungsarbeit hätte zunächst auch mit dem Vater stattfinden müssen, der Auseinandersetzungen zu seinen eigenen Positionen jedoch kategorisch verweigerte und stattdessen vielmehr versuchte, seinem Sohn den Kontakt zum Projekt zu verbieten. Erst als sich der Sohn aus seinem Elternhaus löste und sich damit dem Einfluss seines Vaters entzog, konnten deutliche Fortschritte in der Arbeit mit dem Jugendlichen erzielt werden, was schließlich zu einer erfolgreichen Distanzierung führte.

Erachten Fachkräfte Angehörige als potenziell stabilisierend für den Distanzierungsprozess einzelner Jugendlicher, übernehmen sie die Rolle des „Türöffners“ zu den Familien. Dies gelingt in der Regel leichter, wenn die Kontakte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu ihren Familien noch nicht ganz abgerissen sind bzw. wenn zumindest zu einzelnen Familienangehörigen noch Kontakte bestehen. In diesen Fällen werden die Jugendlichen ermuntert, selbst den Erstkontakt herzustellen und die Fachkräfte in die Familienstrukturen einzuführen. Bei Ausstiegswilligen ist der Kontakt zu ihren Familien aber oftmals bereits komplett abgebrochen. In diesen Fällen stellen Fachkräfte auch selbst den Kontakt her (aber nur auf ausdrücklichen Wunsch der Klientinnen und Klienten) und gehen entsprechend problemsensibel und vorsichtig vor.

Im Einzelfall kann entscheidend sein, in welcher beruflichen Rolle Fachkräfte an die Familien herantreten. Mitarbeitende von behördlichen Ausstiegshilfen haben an dieser Stelle insofern positive Erfahrungen mit der Trägeransiedlung ihres Angebots gemacht, als dass Eltern von Klientinnen und Klienten sie als im „staatlichen Auftrag“ Handelnde und deshalb oftmals als Autoritäten wahrnehmen. Allerdings kann sich eine insbesondere sicherheitsbehördliche Trägeransiedlung der Angebote im Einzelfall ungünstig auf die Ansprache der Eltern auswirken, bspw. dann, wenn Angehörige selbst einschlägige Strafkarrerien aufweisen. In den meisten Fällen stoßen Fachkräfte aber nicht „auf verschlossene Türen“; zumindest ein erstes gemeinsames Gespräch gelingt meistens.

Gibt es Zugänge zu den Familien der Jugendlichen, werden Vermittlungs-, Beratungs- und Mediationsaktivitäten relevant. Sie zielen darauf ab,

bestehende Vorbehalte abzubauen und die Angehörigen gleichzeitig darin zu bestärken, sich als Teil des Distanzierungsprozesses zu begreifen. Zentral ist dabei, den Angehörigen die hierfür notwendigen Handlungsstrategien zu vermitteln. Dazu zählt bspw., den Eltern aufzuzeigen, mit welchen Problemen sozialer und emotionaler Art ihr ausstiegswilliges Kind konfrontiert ist und wie sie diesem im Alltag, z.B. nach der Haftentlassung, bei Arbeitsplatzverlust, Trennung usw. unterstützend zur Seite stehen können.

Ebenso bedeutsam ist aber auch, die Rolle der Angehörigen im Betreuungsprozess klar zu definieren. Beispiele aus der Praxis zeigen, dass Angehörige anderweitig durch nicht abgesprochene, ungeeignete Interventionen Beratungsprozesse erheblich behindern können (vgl. Rüllicke-Luzar 2013; Niebling 2013).

Erschließung alternativer Freizeitangebote und Erlebniswelten

Auch die Erschließung alternativer Freizeitangebote, (z.B. Sport, Vereinsarbeit, Ehrenamt oder andere Freizeitaktivitäten) wird von den Fachkräften als Bestandteil distanzierungsstabilisierender Arbeit erachtet. Ein Grund hierfür ist, dass derartige Aktivitäten zur Entstehung neuer sozialer Kontakte außerhalb der Szene beitragen können. Hierbei gilt es, an den Interessenlagen und sozialen Kompetenzen der Jugendlichen anzusetzen und ihnen entsprechende Angebote zu vermitteln.

Besonders in der Ausstiegsarbeit zeigen sich Schwerpunkte bei der Wahl der Angebote, je nachdem, ob eher lebensweltliche oder politisch-ideologische Motive für die Hinwendung zum Rechtsextremismus bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausschlaggebend waren.

Bei politisch interessierten und motivierten jungen Menschen (die allerdings vergleichsweise selten von den Angeboten erreicht werden, vgl. Kap. 4.2) scheint die Einbindung in ehrenamtliche Tätigkeiten, in zivilgesellschaftliche und caritative Einrichtungen oder politische Bewegungen und Parteien außerhalb des rechtsextremen Spektrums wichtig zu sein. Fachkräfte erläutern, dass diese Jugendlichen weiterhin motiviert sind, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren und einzubringen. Deshalb vermitteln Fachkräfte sie in Angebote und Einrichtungen, die eine Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien befördern. So vermittelte ein Ausstiegsangebot einen langjährig und politisch-intellektuell sehr engagierten Rechtsextremen in eine ehrenamtliche Tätigkeit im Bereich der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen. Der befragten Fachkraft zufolge geht der Aussteiger in dieser neuen Tätigkeit auf.

Bei männlichen Klienten mit einem ausgeprägten Körper- und Stärkebewusstsein und/oder Gewaltaffinität wiederum nutzen Fachkräfte häufig deren Interesse am Sport. Typischerweise werden sie in Mannschaftssportangebote wie Fußballvereine oder zu Individualsportangeboten, z.B. Kraftsport, vermittelt. Dabei geht es den Fachkräften in erster Linie darum, den Jugendlichen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung aufzuzeigen, die an ihren Interessenlagen anknüpfen. Die Betroffenen werden so in ihrem Selbstwert gestärkt und verbringen ihre Freizeit außerhalb rechtsextremer Szenen. Außerdem erhoffen sich einzelne Fachkräfte mit den sportlichen Tätigkeiten einhergehende aggressionsreduzierende Effekte, allerdings ist eine derartige kathartische Wirkung wissenschaftlich umstritten.³⁵

Aber auch die inhaltliche Ausrichtung des Sports ist für die meisten Fachkräfte entscheidend. Einige Praktiker/innen stehen ausschließlich leistungs- und kampforientierten Angeboten wie z.B. Extreme Fighting kritisch gegenüber, da diese ihrer Einschätzung nach die gewohnten problematischen Handlungs- und Konfliktlösungsstrategien gewaltbereiter Jugendlicher eher befördern würden. Wenige andere Fachkräfte haben dagegen keine grundsätzlichen Bedenken gegenüber Kampfsportarten. Die Jugendlichen werden aber auch gezielt in Angebote vermittelt, die sowohl auf die Interessenlagen der Klientinnen und Klienten eingehen, als auch förderlich für den Distanzierungsprozess sind. Nach Einschätzung von Fachkräften sind das Angebote, in denen über die sportliche Betätigung hinaus auch an inhaltlichen Orientierungen und Haltungen gearbeitet wird. Hierzu zählen Sportarten, die einerseits körperbetont sind und viel Ausdauer- und Krafttraining erfordern, andererseits aber auch die Stärkung sozialer oder persönlichkeitspezifischer Kompetenzen fördern und in denen wenige Körperkontakte stattfinden (z.B. Basketball und Streetball). Ebenso kooperieren einzelne Fachkräfte mit speziell auf die Arbeit mit gewaltaffinen Jugendlichen ausgerichteten, pädagogisch begleiteten Kampfsportangeboten, in denen Trainer mit Spezialausbildungen und mit einer besonderen Vorbildwirkung aktiv sind.

Unabhängig davon, ob besonders distanzierungsfördernde Freizeit- und Sportangebote im Umfeld der Jugendlichen verfügbar sind, haben

35 Der Katharsisthese zufolge dient Sport als Ventil, über das Aggressionen abgebaut werden können. Allerdings existieren auch Studien, die Belege für gegenteilige, aggressionsfördernde Effekte sportlicher Betätigung finden (z. B. Peper 1981).

die befragten Fachkräfte in der Regel ein Augenmerk darauf, dass die ausstiegswilligen Jugendlichen in ihren neuen Vereinen und Klubs nicht erneut in problematische, distanzierungsgefährdende Bezüge geraten. Auch den Befragten ist bewusst, dass Schnittmengen bzw. Kontakte zwischen Sportvereinen und rechtsextremen Szenen oder anderen kriminellen Milieus, bspw. zur Rockerszene, bestehen können. Um der Gefahr entgegenzuwirken, dass die Jugendlichen neue problematische Kontakte aufbauen, sind Fachkräfte daran interessiert, sich von den Vereinsstrukturen und Mitgliedern ein genaues Bild zu machen, z.B. indem sie eigene Recherchen anstellen oder die Jugendlichen zum Training begleiten.

Besonders günstig ist es, wenn es gelingt, Jugendliche in Mannschaftssportvereine zu vermitteln, in denen interkulturelle Begegnungen stattfinden können. So berichtet eine Fachkraft, dass sie gute Kontakte zu einem Fußballverein aufgebaut habe, in dem relativ viele Spieler einen Migrationshintergrund haben. Trotz anfänglicher Skepsis des Vereins gelang es nach Gesprächen mit dem Trainer und den Mannschaftsmitgliedern, zwei fußballbegeisterte, ausstiegswillige junge Männer in die Erwachsenenmannschaft zu integrieren, die dadurch die Möglichkeit erhielten, in einem multikulturellen Kontext einem früheren Hobby nachzugehen, was „den Ausstieg ganz deutlich gefördert hat“ (Int. 20: 130).

Die Erschließung alternativer Freizeitangebote und Erlebniswelten ist aber noch aus einem zweiten Grund für die Distanzierungsarbeit zentral. Vor allem dann, wenn bei Jugendlichen die Hinwendung zu bzw. der Verbleib in rechtsextremen Szenen stark mit jugendkulturellen Interessen in Verbindung steht (rechtsextreme Musik ist ein starkes Attraktivitätsmoment) und rechtsextreme Erlebniswelten diese jugendkulturellen Bedürfnisse der Jugendlichen befriedigen, dann unterstützen die Fachkräfte die Jugendlichen bei der Suche nach funktionalen Äquivalenten hierfür, wie das folgende Beispiel veranschaulicht:

„Sie haben hier im Kern über Musiksubstitution gearbeitet, indem sie mit ihm herausgearbeitet haben: Was sind deine persönlichen Motive, die Musik zu hören, welche Funktion nimmt sie in deinem Leben ein? Und was könnte ein funktionales Äquivalent dafür sein – in Form einer Musik, die weniger problematische Inhalte hat? Sie sind dann gemeinsam beim Fun-Punk gelandet, die Person ist inzwischen Punker geworden und fühlt sich dort „pudelwohl“, weil er in dieser Jugendszene auch weniger ausgegrenzt wird, viel entspannter lebt“ (Int. 14: 326).

Die geschilderte Strategie der Arbeit an Attraktivitätsmomenten und die Substitution von problematischen Haltungen und Verhaltensweisen

werden von den umsetzenden Angeboten als erfolgreich beschrieben, da Distanzierungen initiiert und unterstützt werden können.

Personenschutzmaßnahmen

In Einzelfällen, in denen Aussteigende gefährdet sind, werden für die Ausstiegsarbeit spezifische Personenschutzmaßnahmen erforderlich. Dies ist bspw. der Fall, wenn die Betroffenen im gewaltbereiten subkulturellen Milieu involviert waren und Racheaktionen ihrer früheren Kameradinnen und Kameraden befürchten müssen. Üblicherweise zu Beginn der Ausstiegsbegleitung werden Gefährdungsanalysen durchgeführt, um mögliche Gefährdungslagen frühzeitig zu erkennen und entsprechende Schutzmaßnahmen einleiten zu können. Zu diesen zählen u.a. die Organisation eines Wohnortwechsels und die Einrichtung von Meldeauskunftssperren. Fachkräften zufolge sind solche Maßnahmen aber nur in wenigen Fällen nötig. In der Mehrheit der betreuten Fälle sind die Gefährdungslagen für die Aussteigenden erfahrungsgemäß gering.

6.1.3 Übergreifende Vorgehensweisen

Kooperationen

Die vorangegangenen Darstellungen haben aufgezeigt, dass im Arbeitsschwerpunkt „Sozialintegration“ eine Vielzahl an Unterstützungsleistungen und Hilfestellungen erbracht wird. Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen sind Angebote in allen Formaten auf die Kooperation mit anderen Institutionen und Einrichtungen angewiesen. Entsprechend verfügen sie in der Regel über ein umfassendes Netzwerk an Partnern, das je nach Bedarf aktiviert werden kann. Hierzu zählen Einrichtungen der Berufs- und Ausbildungsförderung (z.B. Kompetenzwerkstätten) und Arbeitsvermittlung (Bundesagentur für Arbeit), Schuldnerberatungen, Sozialämter, Vereine und Verbände (z.B. Landessportbünde, lokale Feuerwehrvereine), landesweite Beratungsnetzwerke etc.

Insbesondere diejenigen Angebote, die bereits seit vielen Jahren im Feld aktiv sind, kooperieren dauerhaft mit bestimmten Einrichtungen. Vor allem dann, wenn spezifische Hilfen und Angebote im Laufe der Zeit immer wieder in Anspruch genommen werden und in der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren bzw. Einrichtungen gute Erfahrungen gemacht wurden, sind feste Kooperationen zwischen diesen

Angeboten entstanden. Außerdem erweist sich die behördliche Anbindung eines Teils der Angebote insbesondere beim Aufbau und bei der Pflege von Kooperationen mit anderen behördlichen Einrichtungen als förderlich (vgl. Kap. 7.1).

Ob und inwieweit Fachkräfte Jugendliche aktiv in Angebote von Kooperationspartnern vermitteln, hängt weniger vom Format, als vom professionellen Selbstverständnis der Mitarbeitenden sowie von den spezifischen Bedarfen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab. Bei Angeboten, die sich der „Hilfe zur Selbsthilfe“ im engeren Sinne verpflichtet sehen sowie bei Ausstiegsangeboten, die die inhaltliche Auseinandersetzung als ihre vordergründige Aufgabe betrachten, gehen sozial-integrative Hilfestellungen unter Umständen nicht über Empfehlungen oder eine Kontaktherstellung hinaus. In anderen Angeboten hingegen definieren die individuellen Bedarfe der Jugendlichen, wie intensiv sich Fachkräfte in diesen Betreuungs- und Beratungsprozess selbst einbinden. In besonders bedarfsintensiven Fällen halten Fachkräfte es hier für unerlässlich, ihrer Klientel „umfassend“ beratend und unterstützend zur Seite zu stehen. Dies gilt v.a. bei Jugendlichen, die aufgrund mangelnder Kompetenzen oder geringer Eigenmotivation bisher nicht in der Lage waren, ihre soziale Lage aus eigenen Kräften heraus zu verbessern.

Vorliegende Praxiserfahrungen legen weiterhin nahe, dass es insbesondere in der Ausstiegsarbeit vielversprechend sein kann, die Jugendlichen bei Terminen bei den jeweils eingebundenen verantwortlichen Kooperationspartnern zu begleiten und zu unterstützen. So können Aussteigende bspw. bei Behörden, zukünftigen Arbeitgebern und anderen relevanten Akteuren aufgrund ihrer zurückliegenden rechtsextremen Karriere auf Stigmatisierung und Ablehnung treffen. Begleitende Fachkräfte können in diesen Fällen als „Opener“ (Int. 06: 198) und Bürge fungieren und den betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen den Zugang zu den betreffenden Akteuren und Institutionen erleichtern. Ausstiegsberater/-innen konnten bspw. erfolgreich bei behördlichen Einrichtungen Ausnahmeregelungen für die Wiederholung von arbeitsmarkt- oder bildungsbezogenen Maßnahmen oder Prüfungen für ihre Klientinnen und Klienten erwirken, begleiteten diese unterstützend zu Bewerbungsgesprächen oder organisierten schnelle Umzugshilfen, z.B. wenn aufgrund von Sicherheitsrisiken ein Wohnortwechsel notwendig wurde. Vor allem behördliche Angebote dürften an dieser Stelle von institutionenübergreifenden Kommunikationswegen profitieren.

Da Jugendliche in diesen Angeboten häufig multiple soziale Problemlagen aufweisen, müssen in einigen Fällen mehrere, auch parallel agierende Hilfen einbezogen werden. Diese müssen aus verschiedenen Gründen aufeinander abgestimmt werden. Es soll verhindert werden, dass die beteiligten Fachkräfte konträre Zielstellungen verfolgen, dass sich bei den Jugendlichen aufgrund der Mehrfachbetreuung negative Effekte wie Überlastungserscheinungen einstellen und dass die Jugendlichen die Fachkräfte gegeneinander ausspielen (vgl. Rüticke-Luzar 2013; Niebling 2013). Vor allem sozialpädagogisch ausgebildete Fachkräfte in Beratungsangeboten für einstiegsgefährdete Jugendliche betonen in diesem Kontext – orientiert an den Methoden der sozialen Einzelfallhilfe – ihre Rolle als Case Manager. Fachkräfte mit einem anderen, nicht-sozialpädagogischen Qualifikationsprofil übernehmen diese Funktion zumindest z.T. de facto auch. Anhand der Datenbasis konnte jedoch nicht geklärt werden, inwieweit diese Fachkräfte für die Leitung von sozialpädagogischen Case Management-Prozessen fachlich qualifiziert sind.

Teilweise überlassen sie die Fallkoordination aber auch den externen Fachkräften aus den kooperierenden Angeboten. Welche Gründe hierfür ausschlaggebend sind, kann den Daten nicht entnommen werden.

Interessen-, Lebenswelt- und Kompetenzorientierung

Neben einem umfassenden Netz an Kooperationspartnern erachten Fachkräfte auch eine Orientierung an den Interessen, Bedürfnissen und Kompetenzen der Jugendlichen im Rahmen sozialintegrativer Unterstützungsangebote als unerlässlich. Maßnahmen führen am ehesten zum Erfolg, wenn es gelingt, die Interessen und Kompetenzen der Klientinnen und Klienten zu erschließen und zu berücksichtigen.

Ein Mitarbeiter in einem Ausstiegsprojekt schildert den Fall eines arbeitslosen Aussteigers, der sich über sein ausgeprägtes musikalisches Interesse der rechtsextremen Szene zugewandt hatte. Er selbst war vor seinem Programmbeitritt aktiv in die rechtsextreme Musikproduktion eingebunden und technik- sowie bühnenaffin. Um zumindest ein Stück weit auf seine Interessen einzugehen, vermittelte man ihm eine Tätigkeit als Tontechniker auf Konzerten. Hier kann er mittlerweile sein Interesse für Musik außerhalb rechtsextremer Szenebezüge ausleben und wird zugleich „körperlich und geistig“ gefordert (Int. 20: 140).

Eine andere Fachkraft in der Ausstiegsarbeit beschreibt die positive berufliche Entwicklung eines ehemaligen gewalttätigen Skinheads.

Fallbeispiel „Kilian“

Kilian kam im Alter von ca. 22 Jahren in das Ausstiegsprogramm. Ein Bekannter, der zuvor ausgestiegen war, hatte ihn auf das Beratungsangebot aufmerksam gemacht. Da er mittlerweile ein hohes Frustrationspotenzial angestaut hatte und seine Kameraden nur noch „Idioten“ für ihn waren, die nicht nur mit ihm gemeinsam auf Schlägertour gingen, sondern auch ihn ab und an zum Opfer auserkoren, begab er sich in das Programm.

Kilian war Teil des gewaltbereiten Skinhead-Milieus und hatte in seiner Region den Ruf, ein „gefürchteter Schläger“ zu sein, was sich auch in seiner Strafakte widerspiegelte. Entsprechend war die Aufarbeitung der Gewaltbiografie ein zentraler Bestandteil der Arbeit mit dem jungen Mann. Nach intensiven biografischen Gesprächen identifizierte der Ausstiegsbegleiter Ausgrenzungserfahrungen im frühen Kindesalter, z.B. Hänseleien aufgrund seiner geringen Körpergröße und daraus resultierende Minderwertigkeitsgefühle als ausschlaggebend für seine beginnende Hinwendung zur rechtsextremen Szene. Um seinen mangelnden Selbstwert zu kompensieren und Geltung und Anerkennung zu erfahren, wendete er sich einer lokalen Skinhead-Gruppe zu. Als Mitglied dieser Gruppe erlebte Kilian erstmals, „dass die Leute plötzlich Angst vor ihm haben.“ Seine Zugehörigkeit zu dieser Gruppe war nach Einschätzung der Fachkraft nicht politisch motiviert, sondern diente als Ventil, um seine Gewaltaffinität auszuleben. Dies äußerte sich v.a. in Auseinandersetzungen mit der Polizei. Das Machterleben durch die Ausübung von Gewalt blieb zu dieser Zeit die einzige Befriedigung in seinem Leben.

Zu diesem Zeitpunkt übte der junge Mann eine berufliche Tätigkeit im Baugewerbe aus. Allerdings hatte diese Tätigkeit bereits gesundheitliche Probleme verursacht, sodass die Fachkraft mittelfristig seine Erwerbsunfähigkeit erwartete. Deshalb unterstützte sie Kilian dabei, sich beruflich neu zu orientieren. Sie begleitete diesen Orientierungsprozess und stellte einen Kontakt mit der Berufsberatung der Arbeitsagentur her. In der Beratung wurde eine ausgeprägte mathematisch-technische Begabung festgestellt und eine daran anknüpfende berufliche Weiterqualifikation empfohlen. Diese umfasste zunächst eine Umschulungsmaßnahme und anschließend eine zweite Ausbildung zum Techniker, die ihm Spaß machte und in der er erstmals richtig erfolgreich war.

Motiviert durch diese neue Erfahrung und die Anerkennung und Unterstützung, die ihm auch seitens seines Arbeitgebers dafür zuteil wurde, setzte sich Kilian neue Ziele, holte das Abitur nach und absolvierte anschließend ein Abendstudium zum Ingenieur. Mit wachsendem Selbstwert – und damit im Zuge der Lösung des zentralen Problems, das er über seine Gewalt zu kompensieren versucht hatte – reduzierte sich auch sein Aggressionspotenzial zunehmend. Straffällig wurde er nicht mehr, nur eine Gerichtsverhandlung über eine frühere Tat holte ihn im späteren Verlauf

seines Ausstieges ein, aber trotzdem hielt er an seinem eingeschlagenen, erfolgreichen Weg fest. Sein Ausstiegsberater ist zuversichtlich, dass Kilian in Zukunft nicht mehr im Kontext rechtsextremer Gewaltstraftaten in Erscheinung tritt. Kilian ist seines Erachtens ein „Musterbeispiel“ dafür, dass die Identifikation und Förderung der vorhandenen Ressourcen erheblich dazu beitragen kann, dass ausstiegswillige Jugendliche zuvor bestehende Anerkennungsdefizite überwinden und Selbstbewusstsein entwickeln (Int. 20: 118ff.).

Anhand dieses Beispiels wird deutlich, dass eine gründliche Anamnese des Einzelfalls sowie die darauf basierende Orientierung an den Interessenlagen der Jugendlichen erheblich dazu beitragen können, dass die nachhaltige und stabile Reintegration sich distanzierender Jugendlicher gelingt.

Dennoch bedeutet Interessen- und Kompetenzorientierung nicht grundsätzlich, alle beruflichen Orientierungen der Klientinnen und Klienten gleichsam zu unterstützen. Denn nicht jeder Tätigkeit sprechen die befragten Fachkräfte eine distanzierungsbefördernde Wirkung zu. Beschäftigungen von Klientinnen und Klienten im Security-Bereich z.B. werden eher kritisch gesehen oder gar untersagt, da in diesem Berufsfeld Kontakte zu rechtsextremen oder kriminellen Personen und Vereinigungen nicht ausgeschlossen werden können. Zugänge zu anderen Berufsfeldern wiederum können durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen eingeschränkt sein. Dies betrifft insbesondere Beschäftigungsmöglichkeiten in durch das SGB VIII geförderten Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Beschäftigungen im Bereich der Kindererziehung und -tagespflege, die durch die Bindung der Träger an die freiheitlich demokratische Grundordnung der BRD oder durch die jeweiligen Fachkräfteverordnungen der Länder zumindest für einschlägig vorbestrafte junge Menschen eingeschränkt sein können.³⁶

Die vorangegangenen Ausführungen machen deutlich, dass sozialintegrativen Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen eine distanzierungsbefördernde und -stabilisierende Funktion zukommt. In einzelnen Fällen stellen sie sogar das zentrale Element von Distanzierungsarbeit dar. Dies scheint besonders dann der Fall zu sein, wenn fehlende soziale Integration zur Hinwendung der Jugendlichen zum Rechtsextremismus geführt

36 Als Beispiel hierfür ist der sog. Kita-Erlass in Mecklenburg-Vorpommern zu benennen. Der 2010 in Kraft getretene Erlass zielt darauf ab, organisierte Rechtsextreme als Kita-Betreibende auszuschließen.

hat. In diesen Fällen ist es, in den Worten einer Fachkraft, „genauso eben die Arbeit, die sie dann wieder aus der rechten Szene wieder herausführt“ (Int. 08: 246).

Allerdings schildern Fachkräfte auch Fälle, in denen sich sozialintegrative Maßnahmen als wenig zielführend erwiesen. Sie berichten bspw. von ausstiegswilligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die zwar erheblich unter den sozialen Folgen ihrer Szenezugehörigkeit litten, die aber ideologisch derart gefestigt waren, dass sie bei inhaltlichen Auseinandersetzungen unverändert an ihren Positionen festhielten. In diesen Fällen reichten die sozialen Probleme und Belastungen der jungen Menschen als einziger Distanzierungsimpuls nicht aus und demzufolge waren auch die eingebrachten sozialintegrativen Hilfestellungen nicht ausreichend, um weiterführende Distanzierungsimpulse zu setzen. Waren Fachkräfte mit solchen Jugendlichen konfrontiert, brachen sie die Beratung ab, da in solchen Fällen keine Aussicht auf eine erfolgreiche Distanzierung vom Rechtsextremismus bestand. Aus diesem Grund ist die soziale Integration nicht die einzige Ebene, auf der Distanzierungsprozesse unterstützt werden können und müssen.

Dennoch ist nach Einschätzung der Befragten eine stabile soziale Lage Voraussetzung für eine nachhaltige und andauernde Distanzierung, damit Aussteiger/innen auch dann, wenn sie erneut in schwierige soziale Lagen geraten (z.B. Arbeitsplatzverlust, Trennung etc.), nicht erneut Kontakte zur rechtsextremen Szene aufnehmen oder rechtsextreme Deutungsmuster wieder übernehmen.

Zusammenfassung

Sozialintegrative Maßnahmen sind ein bedeutsames Element von Distanzierungsarbeit. Sie wirken sich auf verschiedenen Ebenen positiv auf den Arbeitsprozess sowohl mit einstiegsgefährdeten als auch mit ausstiegswilligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus. So sind bei jungen Menschen, die sich noch im Prozess der Hinwendung zu rechtsextremen Gruppen befinden sowie bei Jugendlichen, die konsolidierte Orientierungen und Zugehörigkeiten, aber keine eigenen Distanzierungsimpulse aufweisen, sozialintegrative Hilfestellungen hilfreich, um die Jugendlichen für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Zudem sind Angebote formatübergreifend mit Jugendlichen konfrontiert, die existenzielle

soziale Probleme haben. In diesen Fällen gilt es, diese Belastungen und Probleme zu beheben, um die Jugendlichen zur Auseinandersetzung mit anderen Themen zu befähigen. In diesen Fällen schaffen sozialintegrative Maßnahmen die notwendigen Voraussetzungen für die Arbeit.

Nicht zuletzt haben sozialintegrative Unterstützungsangebote auch auf den eigentlichen Distanzierungsprozess positiven Einfluss. Haben sich die Jugendlichen aufgrund von sozialen Problemen und von Erfahrungen der Marginalisierung den rechtsextremen Gruppen zugewandt, kann schon die Bearbeitung dieser Probleme Distanzierung fördern bzw. abstützen. Hilfsangebote knüpfen dann direkt an den Hinwendungsur-sachen an. Zudem unterstützen sie speziell in der Ausstiegsarbeit die Herauslösung ausstiegswilliger Jugendlicher aus ihren rechtsextremen Gruppenzusammenhängen. Schließlich sichern sie übergreifend in allen Arbeitsformaten bereits erzielte Distanzierungserfolge.

Allerdings können soziale Unterstützungsangebote nicht in allen For-maten in gleichem Umfang bereitgestellt werden. Während Arbeitspro-zesse in beratenden und aufsuchenden Formaten erst einmal zeitlich unbefristet angelegt sind und damit Raum für eine umfassende Bearbei-tung sozialer Problemlagen zur Verfügung steht, können Trainingsan-gebote als zeitlich und inhaltlich begrenzte Maßnahme eine Anschluss-betreuung zur Absicherung von Distanzierungsprozessen nur teilweise gewährleisten.

Ist der für sozialintegrative Maßnahmen notwendige Rahmen gege-ben, erweisen sie sich in vielen Fällen als geeignetes Mittel der Distan-zierungsarbeit. Dies gilt zunächst für die Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen, die trotz kaum bzw. gar nicht ausgeprägter Distanzierungs-motivation über soziale Unterstützungs- sowie Freizeitangebote für die Arbeit gewonnen werden können und die ggf. hierdurch ihr Interesse an rechtsextremen Gruppen- und Deutungsangeboten verlieren. Aber auch in der Arbeit mit rechtsextremen ausstiegswilligen Jugendlichen erwei-sen sich soziale Hilfen und Unterstützungsangebote als unerlässlich, da die Betroffenen oftmals erhebliche Integrationsdefizite aufweisen. Die Angebote tragen hier dazu bei, dass die Jugendlichen im Zuge ihres Szeneausstiegs in ein soziales Vakuum fallen und eröffnen ihnen Wege zurück in die Gesellschaft.

Ein entscheidendes Merkmal sozialintegrativer Arbeit ist, dass sie viel-fach über Kooperationen umgesetzt wird. Je nachdem, welche spezifi-schen Bedarfe die Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben, werden

unterschiedliche Akteure relevant. In der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen sind dies v.a. Institutionen im Bereich der Jugendhilfe sowie Bildungs- und Freizeiteinrichtungen bzw. Vereine; in der Arbeit mit zumeist älteren ausstiegswilligen Jugendlichen eher Arbeitsvermittlungen, Sozial- und Sicherheitsbehörden, Bewährungs- und Gerichtshilfen etc. Ein breites Netz an Kooperationspartnern in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Teilsystemen trägt damit merklich zum Gelingen sozialintegrativer Maßnahmen bei.

Außerdem ist entscheidend, dass die angebotenen Hilfen und Unterstützungsangebote auf die jeweiligen Bedarfe der Zielgruppe zugeschnitten und für die Jugendlichen lebensweltlich relevant sind. Der sensiblen Wahrnehmung von Interessen, Stärken und Schwächen der Jugendlichen kommt demnach eine zentrale Rolle in der Arbeit zu.

Die Arbeit mit Jugendlichen, die soziale Probleme aufweisen, gelingt unterschiedlich gut. Vor allem dann, wenn die Problembelastung der Jugendlichen besonders hoch ist, stellen sich Schwierigkeiten ein. Bei mehrstufig angelegten Arbeitsprozessen, in denen zunächst die sozialen Probleme der Jugendlichen und erst später deren problematische Haltungen und Verhaltensweisen thematisiert werden, zeigte sich als eine größere Schwierigkeit, dass Klientinnen und Klienten nach erfolgreicher Bearbeitung ihrer sozialen Probleme die Arbeitsbeziehung einseitig auflösen. Insofern stellt die langfristige Bindung der Klientel eine zentrale Herausforderung in der Arbeit mit sozial stark belasteten rechtsextrem orientierten und rechtsextremen ausstiegswilligen Jugendlichen dar.

Außerdem wurde zumindest in einzelnen Fällen sichtbar, dass die Bearbeitung der multiplen Problemlagen der Jugendlichen sämtliche im Einzelfall zur Verfügung stehenden Arbeitsressourcen binden kann. Dies konnte zur Folge haben, dass andere Aspekte der Arbeit (z.B. die inhaltlich-ideologische Auseinandersetzung) (zunächst) zurückgestellt wurden bzw. in einzelnen Fällen auch nicht mehr weiterverfolgt werden konnten (vgl. hierzu Kap. 6.3.1).

Weiterhin herausforderungsvoll gestaltete sich in der Praxis der Zugang zu und die Arbeit mit Jugendlichen, die ausgeprägte Hilfekarrieren aufweisen. Hier verhinderte bzw. erschwerte das Misstrauen von Adressatinnen und Adressaten gegenüber Einrichtungen des Hilfesystems den Aufbau einer Arbeitsbeziehung.

Eine zentrale Schwierigkeit stellt schließlich die Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen dar, die keine sozialen Probleme und

Integrationsdefizite aufweisen. In diesen Fällen fehlen den Fachkräften entscheidende lebensweltlich relevante Anknüpfungspunkte, sodass sozialintegrative Unterstützungsangebote ihre Funktion als „Türöffner“ zu den Jugendlichen nicht erfüllen können. Dies betrifft insbesondere Streetworkangebote, da sie ihre Klientel in erster Linie über sozialintegrative Angebote gewinnen. Insofern gelangt die traditionelle Streetwork bei dieser Teilzielgruppe an ihre Grenzen.

6.2 Bearbeitung persönlicher Problemlagen

Neben sozialintegrativen Unterstützungsangeboten ist auch die Unterstützung bei gesundheitlichen, psychischen und anderen individuellen Problemen zentraler Bestandteil der Arbeit von Angeboten im Feld der Distanzierungsarbeit. Sie leitet sich zum einen aus dem Anspruch der Angebote ab, *alle* Probleme und Belastungen von rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Jugendlichen anzugehen, die sie aufweisen. Zum anderen ist sie – ähnlich wie die Hilfe bei sozialen Problemen – in unterschiedlicher Weise für die Distanzierungsarbeit relevant.

6.2.1 Stellenwert der Bearbeitung persönlicher Problemlagen

Wie bereits im Kap. 4.2 dargestellt, sind Fachkräfte im Arbeitsfeld besonders häufig mit Alkoholmissbrauch und -abhängigkeit sowie Aggressions- und Gewaltproblematiken bei ihrer Klientel konfrontiert. Auch weisen rechtsextrem orientierte und rechtsextreme Jugendliche häufig sowohl frühbiografisch bedingte als auch durch akute Krisen hervorgerufene psychische Belastungen auf, seltener zudem Verhaltens- und andere Entwicklungsstörungen (z.B. ADHS), vereinzelt auch psychopathologische Erkrankungen und Drogensüchterkrankungen.

Auf diese individuellen Problemlagen gehen die Angebote formatübergreifend mit Hilfs- und Fördermaßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen ein:

- Prävention bzw. Aufarbeitung von Gewaltverhalten (dem auch aufgrund seiner strafrechtlichen Relevanz eine zentrale Bedeutung zukommt),

- biografisches Arbeiten zu (früh-)biografischen Belastungen und Weichenstellungen für rechtsextreme Orientierungen und/oder Verhaltensweisen sowie
- Förderung individueller und sozialer Kompetenzen (z.B. Selbstwertgefühl, Empathie, Konfliktfähigkeit).

Hinzu kommt in beratenden und aufsuchenden Formaten:

- die Unterstützung bei schwerwiegenden psychischen und Suchterkrankungen.

6.2.2 Funktionen der Bearbeitung persönlicher Problemlagen

Die Jugendlichen in „trockene Tücher“ bekommen – Herstellung der Auseinandersetzungsfähigkeit

Unterstützungsangebote bei individuellen Problemen tragen dazu bei, überhaupt erst die verhaltensbezogenen und gesundheitlichen Voraussetzungen für die eigentliche Distanzierungsarbeit zu schaffen (vgl. Glaser 2013). Denn akute Drogenprobleme und psychische Erkrankungen, aber auch problematische biografische Erfahrungen, die einen Vertrauensaufbau verhindern, können eine längerfristige Fallarbeit nicht nur erschweren, sondern sogar in manchen Fällen unmöglich machen (vgl. Fallbeispiel „Pia“, vgl. hierzu auch Rüllicke-Luzar 2013).

„Das kann oftmals so sein, dass die Zusatzproblematik so erschwert ist, dass man da erst mal daran arbeiten muss, dass man die Jugendlichen in trockene Tücher bekommt [...]. Also dann nützt es nichts, wenn jemand stark alkoholisiert zu einer Beratung kommt – dann kann ich keine Beratung durchführen. Also muss ich gucken, wie ich diese Zusatzproblematiken handle, und wenn mir das gelungen ist [...], das ist so dieser erste Teil der oft im Vordergrund steht“ (Int. 17: 56).

Als Belastungen, die die Arbeit in dieser Weise negativ beeinträchtigen können, werden von den Praktiker/innen neben Alkoholsucht und anderen Drogenproblematiken insbesondere auch psychische Belastungen oder Erkrankungen genannt.

Ihre Bearbeitung wird von den Fachkräften in beratenden und aufsuchenden Angeboten zum einen zunächst als erforderlich erachtet, um überhaupt die Jugendlichen zur Mitarbeit zu befähigen und eine strukturierte, geregelte Beratungstätigkeit realisieren zu können. Zum anderen

halten sie eine individuelle Stabilisierung der Jugendlichen für bedeutsam, damit sie später konfrontative Diskussionen, z.B. zu ideologischen Einstellungen und problematischen Verhaltensweisen, mit den Jugendlichen führen können, was voraussetzt, dass die Jugendlichen zu einem gewissen Grad kognitiv erreichbar und emotional belastbar sind.

Mit Blick auf diese Funktion zeigt sich ein zentraler Unterschied zwischen aufsuchenden und beratenden Formaten auf der einen Seite und Trainings auf der anderen. Denn Trainings schließen zumindest die Arbeit mit Jugendlichen, die schwerwiegende psychische Erkrankungen bzw. Suchterkrankungen aufweisen, aus, da sie den Fachkräften zufolge nicht nur die Gruppendynamiken gefährden könnten, sondern weil auch die kognitiven Fähigkeiten und die emotionale Belastbarkeit dieser Jugendlichen für eine intensive Kurzzeitmaßnahme nicht ausreichen würden (vgl. Kap. 3).

In aufsuchenden und beratenden Angeboten hingegen bestehen solche konzeptionellen Zugangsbeschränkungen nicht. Nur äußerst selten werden Personen aufgrund persönlichkeitspezifischer Belastungen von Angeboten abgewiesen, und wenn, dann sind dies Fälle, in denen ernsthafte psychische Erkrankungen sofort erkannt werden konnten bzw. bereits bekannt waren. (Die Fachkräfte machen die Betroffenen in diesen Fällen auf ihren primären Hilfebedarf aufmerksam und bieten den Jugendlichen an, dass sie sich im Anschluss an eine Therapie wieder bei dem Angebot melden können.)

Bearbeitung von Ursachen

Weiterhin werden in diesem Arbeitsschwerpunkt individuelle Problemlagen bearbeitet, die in der Forschung zu rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Jugendlichen in vielen Fällen als mit ursächlich für die Ausprägung rechtsextremer Orientierungen und Verhaltensweisen oder zumindest als befördernd erachtet werden (vgl. Kap. 1.1). Vor diesem Hintergrund ist die Auseinandersetzung mit den persönlichen Problemlagen der Jugendlichen ein relevanter Bestandteil ursachenbezogener Distanzierungsarbeit.

Förderung einer nachhaltigen Distanzierung

Außerdem ist die Unterstützung bei individuellen Problemlagen ein wichtiger Beitrag, um Distanzierungsprozesse nachhaltig absichern zu können. Denn ohne die Überwindung oder zumindest die Eindämmung

dieser Probleme bzw. problematischen Verhaltensweisen können rechts-extreme Gruppierungen ihre Attraktivität behalten und es besteht eine verstärkte Gefahr, dass die Jugendlichen in alte Verhaltensmuster zurückfallen. Darüber hinaus stellt sich insbesondere in der Ausstiegsarbeit das Problem, dass der Bruch mit den „Kameraden“, Strafverfolgungsdruck und andere Begleiterscheinungen des Szeneausstiegs, auch zu akuten psychischen Belastungen führen können, die wiederum Distanzierungsprozesse hemmen oder rückgängig machen können. Der Bearbeitung solcher Belastungen kommt demnach eine unmittelbare distanzierungsstützende Funktion zu.

6.2.3 Vorgehensweisen bei der Bearbeitung individueller Problemlagen

Aufsuchende und beratende Angebote auf der einen Seite sowie Trainings auf der anderen Seite unterscheiden sich nicht nur dahingehend, dass sie in unterschiedlichem Maße offen sind für Adressatinnen und Adressaten mit gravierenden persönlichen Problemen. Es zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede mit Blick auf die Gewichtung der einzelnen hier bearbeiteten Arbeitsschwerpunkte sowie auf die gewählten Vorgehensweisen, um sie zu bearbeiten, die sich aus den inhaltlichen und konzeptionellen Unterschieden zwischen den Formaten ergeben.

Bearbeitung von Gewaltproblematiken in Gruppentrainings

Trainingsangebote zielen auf die Bearbeitung von Aggressions- und Gewaltproblematiken ab und richten sich bereits konzeptionell an rechts-extreme Gewalttäter/innen bzw. arbeiten zumindest mit Jugendlichen, die bereits wegen (ideologisch motivierten) Gewaltstraftaten auffällig geworden sind.

Thematisch umfasst ihr Angebot in diesem Zusammenhang in der Regel die Aufarbeitung von Straftaten und Gewaltbiografien, die Auseinandersetzung mit möglichen (früh-)biografischen, persönlichkeits-spezifischen, gruppenspezifischen und ideologischen Ursachen (z.B. legitimierende Macht- und Gewaltideologien und andere rechtsextreme Deutungsmuster) sowie die Förderung von Kompetenzen, um die Jugendlichen in Zukunft zu befähigen, ein gewaltfreies Leben außerhalb

rechtsextremer Szenezusammenhänge führen zu können. Durch die Verzahnung der Bearbeitung von Gewaltproblematiken mit ideologischer Distanzierung unterscheiden sich die hier untersuchten Rechtsextremismus-spezifischen Angebote von unspezifischen Angeboten der Gewaltprävention (z.B. AAT® oder AGT).

Die Arbeit in Trainings erfolgt systematisch und curricular strukturiert und nutzt im Gruppensetting immer auch die Gruppe und die ihr eigenen Dynamiken, um Jugendliche bei der Distanzierung von Gewalthandeln und von rechtsextremen Inhalten und Akteuren zu unterstützen. Diese konzeptionellen Vorgaben werden ergänzt um die Qualifikation der Trainer/innen, die neben Methoden der allgemeinen Gewaltprävention auch spezifische Kenntnisse zum Themenfeld „Rechtsextremismus“ umfasst. Diese Qualifikation wird in der Regel über eigene Zusatzausbildungen oder Weiterbildungsangebote der Träger gewährleistet.

Zur Bearbeitung von Aggressions- und Gewaltproblematiken erweisen sich den Befragten zufolge Gruppenkonstellationen in mehrfacher Hinsicht als förderlich.

Im Bereich der Rekonstruktion und Aufarbeitung von Straftaten verfügen Gruppentrainings über ein breites Methodenspektrum, wobei sie stets auch Gruppenressourcen und Gruppendynamiken bei der Auseinandersetzung mit den individuell begangenen Gewalttaten nutzen. Typische Methoden sind bspw. Tatrekonstruktionen über narrative Interviews oder Psychodramen und deren anschließende kritische Analyse und Bewertung durch die Gruppe sowie die gemeinsame Auseinandersetzung mit Rechtfertigungsmustern, die die Teilnehmenden für ihr Handeln entwickeln. In einem Angebot, das überwiegend mit älteren Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeitet, findet zudem die „Heiße Stuhl“³⁷-Konfrontation (eine im AAT® und anderen Trainingsformen etablierte stark konfrontative Methode) erfolgreich Anwendung. In Angeboten, die vorwiegend mit jüngeren Jugendlichen arbeiten, wird hingegen auf diese Methode bewusst verzichtet, und es werden Methoden gewählt, die von den Trainer/innen als weniger erniedrigend und

37 Der „Heiße Stuhl“ ist eine von Jens Weidner aus der Psychotherapie entlehnte und für die Arbeit mit Gewaltstraftätern adaptierte Methode, bei der einzelne Teilnehmende in einer Gruppe von Trainerinnen und Trainern sowie auch von anderen Gruppenmitgliedern mit ihren Straftaten, den dafür vorgebrachten Rechtfertigungen und zu den Folgen ihres Handelns konfrontiert werden. Voraussetzung hierfür ist, dass im Vorfeld zu den Jugendlichen eine vertrauensvolle und belastbare Arbeitsbeziehung aufgebaut werden konnte (vgl. Weidner 2001, S. 13).

bloßstellend erachtet werden, um die Teilnahmebereitschaft der Jugendlichen sowie zukünftige Entwicklungsprozesse nicht zu gefährden.

Auch für biografisches Arbeiten werden Gruppenkonstellationen als gewinnbringend geschildert. Demnach können Fachkräften zu Folge gruppenspezifische Effekte die Aufarbeitung von (früh-)biografischen Prägungen sowie Gewalterfahrungen unterstützen und die Teilnehmenden darin bestärken, über eigene Gewalterfahrungen und andere belastende Erlebnisse zu reden. Trainer/innen erzählen in diesem Zusammenhang von Jugendlichen, die in den Trainings, ihren eigenen Angaben zufolge, erstmals über ihre Gewalterfahrungen sprechen konnten und die die Erkenntnis, dass andere Jugendliche Ähnliches erfahren hatten, als wohltuend erlebten. Auch hier werden verschiedenste weniger oder stärker konfrontative Methoden, z.B. Rollenspiele und der Psychotherapie entlehnte Aufstellungen,³⁸ erfolgreich angewendet.

Darüber hinaus werden Gruppenkonstellationen von den befragten Trainer/innen als geeignet beschrieben, um gemeinsam mit den Jugendlichen Erfahrungen im Zusammenhang mit rechtsextremen Erlebniswelten zu diskutieren, die für viele Teilnehmende eine ähnliche Relevanz und zudem häufig auch eine Gruppendimension haben. Hierzu zählen Themen wie die Funktion von Gewalt in rechtsextremen Gruppen, Zugehörigkeitsbedürfnisse und daraus resultierende „Gruppenzwangeffekte“ oder die aufputschende und aggressionssteigernde Wirkung von massivem Alkoholkonsum sowie rechtsextremer Musik. Einzelne Fachkräfte sehen in der Bearbeitung dieser Themen eine zentrale Aufgabe, da sie vorwiegend mit Jugendlichen arbeiten, die „ein Problem damit haben ‚nein‘ zu sagen“ (Int. 24: 22):

„Die sind Mitläufer gewesen. Die sind in einer Clique, in einer Kameradschaft diejenigen gewesen, die mitgeschwommen sind, mitgegangen sind, mit Straftaten begangen haben, wenn irgendeiner ein Initial gesetzt hat. Wenn irgendjemand gesagt hat: ‚Und heute machen wir dies und das‘. Dann haben die nicht die Stärke gehabt zu sagen: ‚Ich möchte das aber nicht‘. Und Widerstand zu zeigen“ (Int. 24: 22).

38 Ein Beispiel hierfür ist die Familienaufstellung. Dabei handelt es sich um ein Verfahren, bei dem andere Gruppenteilnehmer/innen stellvertretend für die Familienmitglieder eines einzelnen Teilnehmenden angeordnet werden, um aus den verschiedenen Wahrnehmungspositionen heraus problematische Muster und Konstellationen innerhalb seines Familiensystems herauszuarbeiten.

Um die Jugendlichen darin zu befähigen, sich dieser Verhaltensmuster bewusst zu werden und zukünftig Dynamiken und Gefährdungssituationen zu vermeiden, die in Gewalt münden können, unterstützen die Fachkräfte sie auch mit individuellen Verhaltenstipps sowie Übungen zur Stärkung des Selbstwertgefühls und kommunikativer sowie sozialer Kompetenzen. Unter Nutzung von Gruppenressourcen (z.B. im Mannschaftssport oder über Vertrauensübungen) trainieren die Jugendlichen und jungen Erwachsenen kooperatives Verhalten, Teamfähigkeit sowie respektvollen Umgang miteinander. Gemeinsam versuchen sie alternative Handlungsstrategien zu entwickeln, die ihnen dabei helfen sollen, mit konfliktären Situationen in der Gruppe umzugehen. Als hilfreich hat sich Trainer/innen zufolge dabei erwiesen, wenn einzelne Gruppenteilnehmer/innen mit den vorgeschlagenen Strategien bereits selbst gute Erfahrungen gemacht haben und somit die Aussagen der Fachkräfte stützen.

Darüber hinaus sollen die Jugendlichen lernen, mit ihren Schwächen umzugehen. Zu diesem Zweck erproben sie in Gruppenübungen, wie sie Defizite in der Impuls- und Affektkontrolle durch die Wahrnehmung und Steuerung von Emotionen, v.a. Aggressionen, überwinden können.³⁹ Trainer/innen berichten, dass das anerkennende Feedback für bewältigte Aufgaben durch die Gruppe als eine unterstützende Ressource erlebt würde.

Als besonders erfolgversprechend beschreiben Fachkräfte solche Vorgehensweisen, mit denen gezielt versucht wird, die Kompetenzen der Jugendlichen zu stärken. Bei Teilnehmenden, deren Biografien eher durch mangelnde Erfolgserlebnisse und Anerkennungsdefizite geprägt sind, können solche Vorgehensweisen „erstaunliche Ergebnisse“ (Int. 24: 133) hervorrufen.

Die Fachkräfte nennen einige Faktoren, die positive Gruppeneffekte in der Trainingsarbeit begünstigen:

- ein gutes Gruppenklima, das bspw. durch vertrauensstärkende und gruppenbildende Aktivitäten wie gemeinsame Mannschaftssportveranstaltungen oder (wenn das Trainingssetting nicht in geschlossenen Haftkontexten agiert) durch erlebnispädagogische Maßnahmen zu Beginn der Trainingsmaßnahme geschaffen werden kann,

39 In diesem Rahmen sollen Teilnehmende lernen, ihre Reizmomente und -schwellen zu erkennen (u.a. über die Interpretation ihrer Körpersignale oder das Führen einer „Ärger-Buchhaltung“), um potenziellen Gewaltreaktionen rechtzeitig entgegensteuern zu können. Sie üben, sich in problematischen Situationen an emotional positiv besetzte Momente oder Personen zu erinnern oder erarbeiten Strategien zur Senkung des alltäglichen Stresslevels.

- eine akzeptierende und wertschätzende Haltung der Trainer/innen sowie
- eine Zusammensetzung der Gruppe aus Teilnehmenden mit ähnlichen Orientierungen, Verhaltensweisen und Erfahrungen, denn dadurch empfinden die Jugendlichen die anderen Teilnehmenden als Personen „auf Augenhöhe“, deren Probleme sie „gut erspüren und nachvollziehen [...]“, weil jeder im Grunde genommen mehr oder weniger ausdifferenziert die gleiche Ausgangssituation hat (Int. 24: 85).

Vor allem für den Einsatz konfrontativer Methoden erachten Trainer/innen in dieser Hinsicht homogene Gruppenzusammensetzungen als geeignet. In solchen Konstellationen zeigten sich die Jugendlichen aufgrund ihres ähnlichen Erfahrungshintergrundes erfahrungsgemäß eher bereit, ihre Positionen und Verhaltensweisen von anderen Gruppenteilnehmer/innen in Frage stellen zu lassen. Allerdings bergen homogene Settings auch die Gefahr, dass sich in diesen Eigendynamiken entwickeln, bspw. in Form spezifischer Anerkennungslogiken, in deren Folge diejenigen Teilnehmenden viel Anerkennung erfahren, die besonders schwerwiegende Taten verübt haben.

Eine zentrale Rolle spielt im Kontext der Aufarbeitung rechtsextrem motivierter Straftaten die Auseinandersetzung mit ideologisch geprägten Deutungs- und Schuldzuweisungsmustern der Jugendlichen. Denn Fachkräften zufolge liegen dem Gewaltverhalten der Teilnehmenden Freund-Feind-Wahrnehmungsschemata und Ausgrenzungs- bzw. Abwertungsmechanismen zugrunde. Häufig sind Fachkräfte zudem mit Jugendlichen konfrontiert, die versuchen, ihr Gewalthandeln als Reaktion auf Provokationen eines (angenommenen) politischen Gegners zu erklären. Eine typische Legitimierungsstrategie der Jugendlichen ist bspw.:

„Ich bin zwar gewalttätig aggressiv, aber Schuld sind ja die anderen. Die provozieren mich ja. Ja, so wie der Ausländer immer mich anguckt oder der Linke, die Zecke. Da muss ich mich doch wehren. Ich muss, ich bin doch Deutscher“ (Int. 24: 129).

Um diesen Mechanismen entgegenzuwirken, betrachten es die Trainer/innen als bedeutsamen Bestandteil der Straftataufarbeitung, abstrakten Feindbildern, wie sie bspw. Beschimpfungen/Ausdrücken wie „Zecke“ oder auch „Kanake“ zugrunde liegen, menschliche Opfer entgegenzustellen und „den Opfern ein Gesicht zu geben.“ In Rollenspielen müssen sich die Teilnehmenden in ihr Opfer hineinversetzen; über das Schreiben

von Opferbriefen werden sie angeregt, sich ihre Schuld bewusst zu machen und sie erhalten die Gelegenheit, mit dem Opfer in direkten Kontakt zu treten.⁴⁰

Welche Methoden bei den einzelnen Teilnehmenden geeignet sind, um Veränderungsprozesse anzustoßen, hängt im Wesentlichen von der Persönlichkeit, der Mitwirkungs- und Veränderungsbereitschaft und den Trainingsvorerfahrungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ab. Jugendliche bspw., die bereits mehrfach an unterschiedlichen Anti-Gewalt-Trainingsformaten teilgenommen haben, werden als weniger zugänglich und mitwirkungsbereit beschrieben. Manche Jugendliche verweigern sich stark konfrontativen Methoden generell, sind aber für andere niedrigschwellige Vorgehensweisen empfänglich. So gelang es Trainer/innen, einen Jugendlichen, der sich einer Vielzahl konfrontativer Methoden verwehrt, über eine Familienaufstellung (die Rekonstruktion problematischer Familienkonstellationen in der Gruppe) dazu zu bewegen, sich zu öffnen und sich erfolgreich seiner belastenden Biografie zu stellen.

Vereinzelte berichten Trainer/innen aber auch von Jugendlichen, deren Abwehrmechanismen erst durch den Einsatz konfrontativer Methoden durchbrochen werden konnten. Deshalb schöpfen die meisten Trainer/innen aus einem breiten und variablen Methodenrepertoire, um den individuellen Bedürfnissen und Voraussetzungen der Teilnehmenden Rechnung zu tragen. In der Praxis führt dies z.T. zur flexiblen Handhabung des modular vorstrukturierten Rahmens einzelner Trainingsangebote durch die Trainer/innen, um auf die variierende Gruppenzusammensetzung und alle Teilnehmende eingehen zu können.

Mit Blick auf die Geschlechterzusammensetzung von Trainingsgruppen stellt sich die Situation in den Angeboten sehr unterschiedlich dar. Einzelne Trainingsmaßnahmen arbeiten aktuell aufgrund ihrer Ansiedlung in rein männlichen Zielgruppenkontexten ausschließlich mit männlichen Gruppen, eines wird aber in Zukunft auch Teilnehmerinnen aufnehmen, während ein Angebot sich vor mehreren Jahren auch für gemischtgeschlechtliche Gruppen geöffnet hat. Allerdings kamen in

40 Fachkräften zufolge werden diese und andere Formen der schriftlichen Auseinandersetzung zudem eingesetzt, um Hinweise für die Bewertung von Einstellungsveränderungen zu erhalten. Mittels Textanalysen werden z.B. implizite Botschaften im Text identifiziert, die eingenommene Erzählperspektive der Verfasser/innen herausgearbeitet und es wird versucht, die emotionale Nähe oder Distanz zum Thema des Textes zu erfassen.

diesem Angebot bisher nur wenige Gruppen zustande, an denen Mädchen teilnahmen, sodass es nicht möglich ist, hiervon fundierte Schlussfolgerungen für die Eignung geschlechtsheterogener Settings für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Zielgruppen abzuleiten. Die ersten Erfahrungen der Trainer/innen mit gemischtgeschlechtlichen Gruppen waren ambivalent.⁴¹

Davon abgesehen sind die Erfahrungen in Trainings mit rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Jugendlichen insgesamt überwiegend positiv. Nur vereinzelt sind die Trainer/innen mit Teilnehmenden konfrontiert, die das Gruppenklima und den Arbeitsprozess durch provokantes Verhalten so stören, dass sie ausgeschlossen werden müssen. Oftmals können punktuelle Verweigerungshaltungen und Störungen über Einzelgespräche außerhalb der Gruppe überwunden und die Jugendlichen in die Gruppe reintegriert werden.

Dennoch passiert es im Einzelfall, dass Jugendliche den Herausforderungen im Trainingsprozess nicht gewachsen sind. So können Einzelne so große Ängste entwickeln, ihr Gefühls- und Erfahrungswelt offenzulegen, dass sie sich allen Methoden verweigern.

Eine mögliche Grenze dieses Formats zeigt sich mit Blick auf die Förderung von Jugendlichen, die ausgeprägte Entwicklungsdefizite, wie eine gering ausgeprägte Fähigkeit emphatisch zu handeln, aufweisen. In diesen Fällen bemühen sich Trainer/innen bei Jugendlichen mit einem erhöhten, weiteren Förderbedarf z.T. um Anschlussbetreuung in spezialisierten psychotherapeutischen Hilfen, sofern die Teilnehmenden daran Interesse haben und entsprechende Angebote verfügbar sind. In denjenigen Fällen, in denen sich die Jugendlichen wiederum auf die Arbeit im Training einlassen (konnten), berichten die befragten Fachkräfte von für die Distanzierung vom Rechtsextremismus relevanten positiven Entwicklungen.

An dieser Stelle schließt sich die in der Fachwelt problematisierte Frage des Alltagstransfers von in Trainingskontexten Erlerntem und Erarbeitetem an (vgl. Möller 2002, S. 80). Für die befragten Fachkräfte in den

41 Die Erfahrungen der Trainer/innen in diesem Angebot waren insofern ambivalent, als dass sich die gemischtgeschlechtliche Gruppenzusammensetzung in einem Fall als äußerst problematisch erwies. Wobei der befragten Fachkraft zufolge das an der Gruppe beteiligte Mädchen auch eine schwierige Persönlichkeit aufwies, weshalb in dieser spezifischen Konstellation negative Dynamiken im Training möglicherweise nicht auf die gemischtgeschlechtliche Zusammensetzung der Gruppe, sondern auf die Persönlichkeit der Teilnehmerin zurückzuführen waren.

Trainingsangeboten ist oft nicht einsehbar, inwiefern positive Effekte der Maßnahmen auch langfristig anhalten und in den Alltag der Jugendlichen übertragen werden können.⁴²

In verstärktem Maße dürfte sich diese grundsätzliche Herausforderung in dem hier betrachteten Handlungsfeld stellen, da die Jugendlichen mit dem Erlernten in Umgebungen (z.B. in den hierarchisch geprägten Gefängnisalltag oder auch in alltagsrassistisch geprägte Milieus) zurückkehren, in denen sehr konträre Haltungen oder gewaltaffine Konfliktlösungsmuster verbreitet bzw. für das erfolgreiche Agieren der Jugendlichen erforderlich sind. Zum Teil nehmen Trainingsteilnehmende diese Annahmen bereits vorweg. So wurde z.B. am Fall eines Teilnehmers einer Gefängnistrainingsgruppe deutlich, dass er sich nicht auf den im Training angestrebten Reflexionsprozess einließ, um seinen hohen Status in der Gefängnishierarchie, der u.a. aus seinem Ruf als „kaltblütiger Mörder“ resultierte, nicht zu gefährden.

Einzelne Trainingsmaßnahmen haben auf diese Herausforderung reagiert, indem sie versuchen, Anschlussangebote für die Zeit nach dem Trainingsende zu offerieren (vgl. Kap. 6.1). Allerdings gelingen Anschlüsse (z.B. in therapeutische Maßnahmen) nicht immer. Schwierig gestaltet es sich, Jugendliche, die an einem Training im Gefängnis teilgenommen haben, für eine Anschlussbetreuung zu motivieren, wenn ein längerer Zeitraum zwischen der Maßnahme und der Haftentlassung liegt. Mit Blick auf die hier betrachtete Problemdimension könnten sozialpädagogische und therapeutische Dienste in Haftanstalten prinzipiell eine Anschlussbetreuung leisten, aber oftmals verhindern dies mangelnde personelle Ressourcen des Gefängnispersonals.⁴³

Ganzheitliche Einzelfallhilfe in beratenden und aufsuchenden Formaten

Anders als Trainingsangebote wenden sich beratende und aufsuchende Formate an eine breite Zielgruppe und schließen im seltensten Fall

42 Mitarbeiter/innen in Angeboten, in denen Trainingsmaßnahmen in langfristige Beratungsprozesse eingebunden sind, verfolgen die Entwicklungen ihrer Klientel auch im Anschluss an die Maßnahme. Andere, zeitlich befristete Trainings ziehen zur Beurteilung langfristiger Effekte ihrer Maßnahmen z. B. Rückfallstatistiken heran.

43 Vereinzelt benennen Jugendliche als Motivation zur Teilnahme an den hier untersuchten Spezialangeboten, dass die Nutzung der ansonsten im Haftkontext verfügbaren Gesprächsangebote mit einer Wartezeit von mehreren Monaten verbunden war.

einzelne Jugendliche aufgrund persönlicher Belastungen oder Erkrankungen aus. Sie begreifen es als Teil ihres ganzheitlichen Arbeitsauftrages, alle relevanten Problematiken, die einer Distanzierung ihrer Klientel von rechtsextremen Gruppen und Ideologien entgegenstehen, mit zu bearbeiten.

Unterschiede in den Vorgehensweisen bei der ganzheitlichen Bearbeitung dieser Problemlagen ergeben sich dahingehend, ob diese in Eigenleistung oder durch Einbeziehung von Kooperationspartnern erfolgt.

Unterstützungsangebote, die in Eigenleistung erbracht werden

Zu den Unterstützungsangeboten, die in Eigenleistung erbracht werden, gehören die Arbeit an problematischen Verhaltensweisen, die Aufarbeitung (früh-)biografischer Belastungen sowie kompetenzfördernde Maßnahmen. Sie werden in Einzelgesprächen zwischen den Fachkräften und den Klientinnen/Klienten innerhalb geschlossener vertrauensvoller Settings realisiert (vgl. Kap. 5.4). In einzelnen Angeboten werden aber auch offenere, situativere Beratungssituationen gewählt, z.B. gemeinsame sportliche oder erlebnispädagogische Aktivitäten genutzt.

- Bearbeitung (früh)biografischer Belastungen:

Im Zuge der Fallanalyse, die in diesen Formaten zu Beginn der eigentlichen Betreuung erfolgt, aber auch im weiteren Verlauf der Arbeit, können psychische Belastungen zu Tage treten. Darüber hinaus setzen Angebote professionsübergreifend biografisches Arbeiten als eine Methode ein, um mit den Jugendlichen Zusammenhänge in den persönlichen Entwicklungen, Verhaltensweisen und Orientierungen aufzuarbeiten.

Ein Teil der Betroffenen ist hierbei sehr offen. Manche Betroffenen berichten sogar ganz von allein, ohne das Zutun der Fachkräfte, von prägenden Erfahrungen in ihrer Kindheit und Jugend. Vor allem mit älteren und distanzierungswilligen Jugendlichen sind Fachkräften zufolge solche Gespräche erfolgreich, da sie bereits das entsprechende Problembewusstsein und ein größeres Bedürfnis nach Vergangenheitsbewältigung und -aufarbeitung hätten. Bei anderen Klientinnen und Klienten wiederum bedarf es intensiver, auch konfrontativer Gespräche, um die Biografie der Jugendlichen zu ergründen und aufzuarbeiten.

Für biografisches Arbeiten, insbesondere die Thematisierung relevanter Erfahrungen, ist ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen Fachkraft

und Klient/in bedeutsam (siehe hierzu Kap. 5.3). Vor allem in der Arbeit mit Mädchen und Frauen kann dabei entscheidend sein, ob weibliche Fachkräfte im Team verfügbar sind. Hintergrund ist, dass rechtsextrem orientierte und rechtsextreme Mädchen und junge Frauen nicht selten Gewalt- und Missbrauchserfahrungen aufweisen, bei deren Thematisierung männliche Mitarbeiter an ihre Grenzen stoßen können. Im folgenden Fall stellte sich das Fehlen einer weiblichen Fachkraft im Ausstiegsprojekt als deutliches Hindernis in der Arbeit heraus:

Fallbeispiel „Friederike“

Friederike und ihr Partner waren beide schon viele Jahre in die rechtsextreme Szene involviert. Als sie ein gemeinsames Kind erwarten, melden sie sich zusammen bei der Ausstiegsberatung. Ihrem Kind zuliebe wollen sie ihre Szenebezüge hinter sich lassen.

Die Ausstiegsbegleitung des Paares erfolgt überwiegend getrennt voneinander in Einzelberatungen, um kontraproduktive Gesprächsdynamiken zu verhindern und um auf die verschiedenen Ausprägungsgrade rechtsextremer Ideologie und Zugehörigkeit zu reagieren. Zur Bearbeitung beider Fälle standen zu diesem Zeitpunkt ausschließlich männliche Ausstiegsberater zur Verfügung.

Friederike wurde zunächst von einem älteren Kollegen mit einem autoritären Arbeitsstil beraten, allerdings ließ ihr Berater bei der jungen Frau die stark negativen Assoziationen zu ihrem Vater wieder aufleben, sodass sie sich verschloss und nicht in der Lage war, das für die Arbeit notwendige Vertrauen in ihren Berater aufzubauen. Darunter litt die Beratung erheblich, weshalb ein anderer Kollege die Begleitung der Klientin übernahm. Dieser bemühte sich, die Ursache für ihre Abneigung gegenüber seinem Kollegen zu ergründen und thematisierte in diesem Zusammenhang verstärkt die Beziehung zu ihrem Vater. Die Versuche, diese problematischen biografischen Erfahrungen aufzuarbeiten, liefen ins Leere, da Friederike, sobald sich die Fragen der Berater konkreter auf ihren Vater bezogen, das Gespräch abbrach. „Da wurde eben klar: Da spielte Gewalt eine Rolle und diese Gewalt wollte sie offenbar jemanden, der ebenfalls männlichen Geschlechts ist, nicht schildern.“ Ihr wurde deshalb zwar die Möglichkeit eröffnet, eine familientherapeutische oder auch sexualtherapeutische Beratung einzubinden (offenbar bestand der Verdacht, dass Friederike Opfer von sexualisierter Gewalt geworden war). Beides wurde jedoch von der Klientin abgelehnt.

Zwar wurde seither mit der Klientin weitergearbeitet, jedoch nicht mehr auf der biografischen Ebene, was der Fachkraft zufolge eine fundierte Distanzierungsunterstützung erheblich beeinträchtigte. Das dies nicht mehr möglich war, führte die

befragte Fachkraft darauf zurück, dass zu diesem Zeitpunkt keine weibliche Fachkraft verfügbar war, die möglicherweise die notwendige Vertrauensbasis hätte schaffen können. Zum Zeitpunkt der Erhebung war die Betreuung von Friederike zwar noch nicht abgeschlossen, allerdings äußerte sich die Fachkraft mit Blick auf die zukünftige Entwicklung der jungen Frau eher verhalten (Int. 21: 69ff.).

Anhand dieses Falles wird deutlich, dass die Verfügbarkeit weiblicher Fachkräfte in der Distanzierungsarbeit mit Mädchen und Frauen eine Voraussetzung für das Gelingen der Arbeit sein kann.

- Bearbeitung distanzierungsrelevanter Verhaltensweisen:

Darüber hinaus bildet auch in den beratenden und aufsuchenden Formaten die Bearbeitung von Verhaltensweisen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit rechtsextremen Orientierungen oder Gruppenzugehörigkeiten stehen oder die deren Ursachen und Folgen sind (insbesondere Sucht- und Gewaltproblematiken), einen weiteren Schwerpunkt bei der Bearbeitung persönlicher Problemlagen. Im Zuge der Beratungsgespräche unterstützen die Fachkräfte die Jugendlichen bei der Entwicklung von Handlungsstrategien und fördern ihr Kommunikations- und Sozialverhalten. Spezifische Gruppenübungen, wie sie in den Trainings zum Erproben und Verinnerlichen dieser Handlungsalternativen durchgeführt werden, können in der Einzelfallarbeit allerdings nicht angewandt werden. Dafür haben sich alternative, von den Praktiker/innen als ertragreich erachtete Arbeitsweisen etabliert.

Bewährte Strategien in der Ausstiegsarbeit, die Auseinandersetzung von Gewalttätern mit ihrem Verhalten und dessen Konsequenzen zu fördern, sind bspw., dass sich rechtsextreme Gewaltstraftäter im Zuge ihrer Beratung bei früheren Opfern entschuldigen oder bisher ungeahndete Straftaten selbst anzeigen. Zeichnet sich jedoch ab, dass die Beratungsgespräche allein nicht ausreichen, um der Aggressivität und der Gewaltorientierung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen entgegenzuwirken, ist ihre Vermittlung in eine (dann für Rechtsextremismus unspezifische) Antigewaltmaßnahme eine übliche Vorgehensweise.

- Krisenunterstützung und -intervention:

Neben Bearbeitungen, die dezidiert in Zusammenhang mit den forcierten Distanzierungsprozessen stehen, widmen sich die Angebote ebenfalls

den akuten persönlichkeitsbezogenen Problemlagen und Krisen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dabei werden jegliche Formen von Problemen besprochen, die die Klientinnen und Klienten als belastend empfinden und die demzufolge destabilisierend wirken könnten. Des Öfteren sind das Konflikte und Probleme im sozialen Umfeld der Betroffenen, Erfahrungen des Scheiterns und von Verlusten, Isolation sowie Belastungen durch Behörden- oder Strafverfolgungsdruck.

Insbesondere im Feld der Ausstiegsarbeit arbeiten Fachkräfte verstärkt (aber auch punktuell in den beiden übrigen Formaten) mit Jugendlichen, die im Laufe des Arbeits- und Distanzierungsprozesses unter erheblichen Verlust- und Isolationserfahrungen leiden (siehe auch Kap. 6.1). Diese können unter Umständen in akute (im Einzelfall sogar selbstgefährdende) Krisensituationen führen, sodass eine sofortige Unterstützung erforderlich wird. Um auf diesen spezifischen Bedarf der Zielgruppen einzugehen, sind viele der befragten Ausstiegsberater/innen umfassend für ihre Klientel via Telefon, E-Mail oder Message-Services erreichbar, da sie nicht selten *die* zentrale Bezugs- und Vertrauensperson im Ausstiegsprozess darstellen. In einzelnen Fällen sind Berater/innen (z.B. über sicherheitsbehördliche) Notfallnummern in besonders akuten Situationen sogar 24 Stunden am Tag erreichbar.

In dem folgenden Fallbeispiel wird deutlich, welche bedeutsame Rolle Ausstiegsbegleitern in akuten Krisensituationen zukommen kann.

Fallbeispiel „Simon“

Mitten in der Nacht klingelt das Mobiltelefon des Ausstiegsberaters. Simon, ein junger Mann, dessen Freund sich in der Ausstiegsbetreuung befindet, meldet sich aufgeregt und berichtet von den Selbstmordabsichten seines Freundes. Dieser war eigentlich schon am Ende des Ausstiegsprozesses angelangt. Allerdings wurde er zu diesem Zeitpunkt recht überraschend von seiner Freundin verlassen und befand sich erneut in einem „persönlichen Tief“, dessen Ausmaße allerdings der Berater erst in dieser Akutsituation erkannte, als er ihn mit seinem Privatfahrzeug aufsuchte. „Ich bin erst mal rein und hab mit ihm dann gesprochen, hab aber gemerkt, diese Wohnung, auch Vorhänge zugezogen und alles, sehr bedrückende Atmosphäre. Also es war ja Nacht, aber auch tagsüber waren wohl die Vorhänge schon tagelang nicht mehr geöffnet worden“. Die Polizei, die der Berater aufgrund der Gefahrenlage mit zum Ort des Geschehens beordert hatte, bat er deshalb zunächst um Zurückhaltung und führte stattdessen mit dem Jugendlichen ein intensives Gespräch unter vier Augen. „Wir sind dann stundenlang spazieren gegangen und haben dabei

gesprächen. [...] Und irgendwann war es dann okay, und er brauchte auch keine ärztliche Hilfe.“ Am Morgen übergab er den jungen Mann in die Obhut seiner Mutter und empfahl ihm eine psychotherapeutische Behandlung. Mit Hilfe dieser Therapie konnte der Klient seine depressive Erkrankung überwinden und sich wieder stabilisieren (Int. 20: 176).

In diesem Moment konnte die Intervention des Ausstiegsberaters also Schlimmeres verhindern. Die akute Krisensituation von „Simon“ war für den Ausstiegsbegleiter zugleich ein Indikator für eine schwerwiegende depressive Erkrankung, die die Kompetenzen des Ausstiegsbegleiters überstieg und die Einbindung eines spezialisierten Hilfsangebots erforderte.

Einbindung externer Hilfen bei schwerwiegenden Problemen und Erkrankungen.

Wie in dem o.g. Fallbeispiel werden im Zuge der Betreuung immer wieder Problematiken sichtbar, die im Rahmen der Beratungsgespräche nicht adäquat bearbeitet werden können. Dies betrifft insbesondere Fälle von gravierender Alkohol- und Drogenabhängigkeit, schwerwiegende Aggressions- und Gewaltproblematiken sowie psychopathologische Erkrankungen. Wenn sie solche Problemlagen bei Jugendlichen diagnostizieren, binden alle beratenden und aufsuchenden Angebote lokale und regionale spezifische therapeutische Hilfen ein.

Die Entscheidung darüber, wann und in welchem Umfang externe Partner hinzugezogen werden, hängt im Wesentlichen vom professionellen Ermessen der jeweiligen Fachkräfte ab, wobei hierfür ihre jeweiligen Qualifikationen, die Beurteilung ihrer eigenen Problemlösungskompetenzen und die ihnen zur Verfügung stehenden zeitlichen Ressourcen maßgeblich sind. Hinsichtlich der Qualifikation der Fachkräfte zeigt sich, dass nur ein einziges recherchiertes Angebot über therapeutisch ausgebildete Mitarbeitende verfügt, die selbstständig auf Suchtproblematiken und psychotherapeutische Bedarfe reagieren können. Auch für die Bearbeitung ausgeprägter Gewaltproblematiken ist nur in drei der untersuchten Beratungsangebote entsprechend qualifiziertes Personal mit Anti-Gewalt-/ Anti-Aggressivitäts-Trainerschein vorhanden. (In einem Ausstiegsangebot ist darüber hinaus ein spezialisiertes Gruppentrainingsangebot über institutionalisierte Kooperationsvereinbarungen eingebunden und somit für alle Klientinnen/Klienten verfügbar.) Alle übrigen Angebote sind auf die Bearbeitung dieser Problemstrukturen durch externe professionelle

Hilfen (v.a. Trainings zur Bearbeitung von Gewalt- und Aggressionsproblematiken, Drogen- und Psychotherapien, Traumaberatungen, seltener Opferberatungen und Frauenberatungsstellen) angewiesen und nutzen diese in unterschiedlichem Umfang. Zudem können die untersuchten Angebote eine ggf. erforderliche Intensivbetreuung nur bedingt realisieren, da sie in der Regel nicht über die zeitlichen Ressourcen verfügen. Deshalb beschränken sich beratende und aufsuchende Formate in der Regel auf die Identifikation von therapeutischen Bedarfen und die Vermittlung der Klientinnen und Klienten.

Eine zentrale Voraussetzung für die Einbeziehung externer therapeutischer Hilfen sind problemdiagnostische Grundkenntnisse. So stehen Angebote bspw. vor der Herausforderung, weniger gravierende Alkoholmissbrauchsproblematiken von -abhängigkeiten oder emotionale Belastungen von therapielevanten Krankheitsbildern zu unterscheiden. Allerdings verfügen die befragten Fachkräfte nur z.T. über entsprechende Qualifikationen – nämlich dann, wenn sie im Rahmen (sozial-)pädagogischer oder therapeutischer Ausbildungen erworben wurden. Bei einem anderen Teil der Befragten erfolgt die Ermittlung von Behandlungsbedarfen auf der Grundlage von Erfahrungswerten sowie individueller Sensibilität. Nur in besonders herausforderungsvollen Einzelfällen wurden bisher unterstützende externe Beratungen zur Diagnose von relevanten Belastungen herangezogen. Die Diagnose therapierelevanter Erkrankungen bei den betreuten Jugendlichen und jungen Erwachsenen erfolgt demnach bisher in den Beratungsformaten nicht durchgängig fachlich fundiert.⁴⁴

Schwierigkeiten bei der Einbindung professioneller therapeutischer Hilfen ergeben sich jedoch nicht nur hinsichtlich der Identifikation von Kooperationsbedarfen. Auch bei der Realisierung gemeinsamer Fallbearbeitungen zeigen sich im Arbeitsalltag Probleme. Erstens sind der Bedarf an und die Verfügbarkeit von therapeutischen Hilfen nicht immer in Einklang zu bringen. Vor allem im Bereich der Sucht- und Psychotherapie sind im Praxisalltag adäquate Angebote aufgrund der regionalen Auslastung nicht immer zeitnah und ortsgebunden abrufbar, sodass z.T. erhebliche Wartezeiten von aktuell bis zu zwei Jahren entstehen, die auch bei

44 Dass bei der Identifikation therapeutisch relevanter Problemlagen nicht immer fachliche Diagnosen zugrunde liegen, beschreiben auch Möller et al. 2015 für den konkreten Fall eines staatlichen Ausstiegsangebots (vgl. S. 29).

guter Netzwerkarbeit kaum beeinflussbar sind. Zweitens ist es teilweise schwierig, die Jugendlichen selbst von der Sinnhaftigkeit einer therapeutischen Behandlung zu überzeugen. Sind hierfür diffuse Ängste ursächlich, haben sich z.B. die Begleitung zum Erstgespräch oder Beratungen zu verschiedenen Therapieformen als hilfreich erwiesen. Ebenso machen Fachkräfte die Erfahrung, dass es förderlich ist, den Jugendlichen ihre weitere Unterstützung zu versichern und deutlich zu machen, dass ihre Zusammenarbeit, wenn überhaupt, maximal unterbrochen, nicht aber beendet wird. Wenn solche Vorgehensweisen genutzt werden, gelingt es den Fachkräften häufiger, die Jugendlichen dazu zu bewegen, sich externen Spezialistinnen und Spezialisten anzuvertrauen.

Dennoch gelingt die Vermittlung in Therapie nicht bei allen Klientinnen und Klienten. Ausschlaggebend hierfür können u.a. negative Vorerfahrungen der Betroffenen mit therapeutischen Hilfen oder das Scheitern vorangegangener Psychotherapien sein. In diesen Fällen werden unterschiedliche – z.T. auch gänzlich gegenteilige – Vorgehensweisen genutzt. In einzelnen Angeboten wird die Zusammenarbeit mit den betroffenen Jugendlichen abgebrochen, weil nach Einschätzung der Fachkräfte zum einen eine zielgerichtete Distanzierungsarbeit unter diesen Umständen nicht realisierbar sei und zum anderen im schlimmsten Fall Schaden für Angebot, Fachkräfte und Klient/in entstehen könnte. In anderen Angeboten wird zumindest auf der Ebene von Alltagsproblemen und sozialen Problemlagen die Beratung fortgesetzt, um die betroffenen Personen in dieser Hinsicht zu stabilisieren. In Einzelfällen wird außerdem an der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Orientierungen festgehalten.

Mit Blick auf die Frage, ob und in welchem Umfang eine Weiterarbeit mit Jugendlichen förderlich ist, bei denen durch die Fachkräfte therapierelevante Erkrankungen diagnostiziert wurden, kann auf der Basis der vorliegenden Daten nicht geklärt werden. Es finden sich aber Hinweise darauf, dass Fachkräfte in sicherheitsbehördlichen Angeboten dazu tendieren, die Betreuung eher abzubrechen, während insbesondere (sozial-)pädagogisch qualifizierte Fachkräfte lange an einer Zusammenarbeit festhalten. Bei Letzteren könnte das professionelle, auf Hilfe ausgerichtete Selbstverständnis dieser Fachkräfte ausschlaggebend für die Wahl der Vorgehensweise sein.

Inwieweit das Aufrechterhalten der Arbeitsbeziehungen mit den Jugendlichen zu Distanzierungsfortschritten führte, geht aus den Interviews nicht hervor. Allerdings wird an anderer Stelle geschildert, dass bei

psychischer Labilität Distanzierungserfolge nur punktueller Natur sein könnten und auftretende Krisen diese schnell wieder zunichtemachen können. Eine kritische, professionelle Reflexion der Chancen und Grenzen pädagogischer Arbeit sollte demnach in der Arbeit mit schwerwiegend belasteten (v.a. bei psychischen Erkrankungen) Jugendlichen und jungen Erwachsenen handlungsleitend sein.

Wenn Fachkräfte ihre Klientinnen und Klienten erfolgreich in therapeutische Behandlung vermitteln können, hängt die parallele Fortführung der Distanzierungsarbeit zumindest teilweise von der Intensität der Therapie ab. Wenn gravierende Belastungen oder Erkrankungen vorliegen und/oder die Therapie in geschlossenen Einrichtungen erfolgt, stellen Fachkräfte tendenziell eher ihre Arbeit zurück und setzen sie erst nach erfolgreichem Therapieabschluss fort. In solchen Fällen pflegen die befragten Praktiker/innen höchstens lose Kontakte zu den Jugendlichen, um die therapeutische Arbeitsbeziehung nicht zu gefährden und der Therapie nicht „in die Parade“ zu fahren (Int. 06: 200). Bei vergleichsweise leichteren Belastungen halten die Fachkräfte eher intensiven Kontakt zu ihren Klientinnen und Klienten. In solchen Fällen hat es sich als zentral erwiesen, dass sich alle beteiligten Hilfen miteinander abstimmen, um Zuständigkeits- und Zielkonflikte zu vermeiden. Vor allem dann, wenn nur geringer Koordinierungsbedarf besteht, erfolgt dies in Form eines informellen Austauschs – das Einverständnis der Jugendlichen vorausgesetzt.

Bei Jugendlichen mit vielfältigen Hilfebedarfen dagegen wird in einem Teil der untersuchten Angebote – tendenziell eher dann, wenn die Mitarbeitenden (sozial-)pädagogisch und/oder therapeutisch qualifiziert sind – systematisch in Form von Helferkonferenzen zusammengearbeitet.

In diesen Fallbesprechungen werden Zuständigkeiten gegenüber den Jugendlichen koordiniert, deren Entwicklungsfortschritte und weitere Bedarfe abgeklärt und das weitere Vorgehen besprochen. Das Case Management verbleibt dabei in der Regel in den Händen der Fachkräfte der Distanzierungsarbeit, sodass sie für die Jugendlichen als Hauptansprechpartner/innen und Bezugspersonen erhalten bleiben.

Zudem verweisen einzelne Fachkräfte auf die Bedeutung des fachlichen und fallbezogenen Austauschs unter den beteiligten Akteuren in diesen Gremien (wiederum das Einverständnis der Beteiligten vorausgesetzt). Ein Grund hierfür ist, dass Therapeutinnen und Therapeuten nicht immer über den rechtsextremen Hintergrund informiert sind bzw.

ihnen das nötige Hintergrundwissen zu rechtsextremen Haltungen und Verhaltensweisen fehlt, sodass sie den Austausch mit den Expertinnen und Experten als gewinnbringend einschätzen. Anders herum profitieren auch die Fallbearbeitenden, wenn sie die Entwicklung der Jugendlichen mitverfolgen können, weil sich im Aufarbeitungsprozess auch für den weiteren Verlauf der Distanzierungsarbeit neue Inhalte ergeben können.

Als hilfreich wird zudem erachtet, dass es auf der Basis der in Helferkonferenzen abgestimmten Ziele und des Austauschs unter allen Beteiligten über diesbezügliche Fortschritte der Jugendlichen möglich sei, in abgestimmter Form Druck auf die Jugendlichen auszuüben, was sich wiederum positiv auf deren Entwicklung auswirken könne.

Nicht in allen untersuchten Angeboten allerdings erfolgt der Umgang mit Klientinnen und Klienten, die sich in Mehrfachbetreuung befinden, methodisch fundiert und professionell reflektiert. In einigen Fällen beruhten die jeweils gewählten Vorgehensweisen eher auf intuitiv am Einzelfall getroffenen Entscheidungen. Die Verankerung fachlicher Standards und Methoden des Case Managements in der sozialen Arbeit in diesen Angeboten könnte in diesen Fällen zur Weiterentwicklung der Arbeit beitragen.

Zusammenfassung

Die Bearbeitung von individuellen Problemlagen ist – wie Praxiserfahrungen bestätigen – in mehrfacher Hinsicht ein wichtiger Bestandteil von Distanzierungsarbeit. Denn zum einen gelten, Forschungsbefunden wie auch Erfahrungen der Fachpraxis zufolge, viele dieser Belastungen als (mit)ursächlich für die Ausprägung von rechtsextremen Orientierungen, Verhaltensweisen und Zugehörigkeiten. Zum anderen können Distanzierungsprozesse selbst solche Belastungen auslösen und eine Destabilisierung der Jugendlichen nach sich ziehen. Insofern dient die Bearbeitung dieser Problemlagen dazu, den Attraktivitätsmomenten rechtsextremer Gruppen und Ideologien entgegenzuwirken und Distanzierungsprozesse zu stützen bzw. abzusichern. Darüber hinaus sind insbesondere Sucht- und psychische Erkrankungen in der Distanzierungsarbeit ernst zu nehmen, weil sie die Auseinandersetzungsfähigkeit der Jugendlichen erheblich einschränken können und damit Distanzierungsprozesse hemmen bzw. ganz gefährden können.

Die Bearbeitung von Problemen, die in einem direkten Zusammenhang mit der Ausprägung rechtsextremer Haltungen und Zugehörigkeiten stehen, erfolgt in allen Formaten. Hierzu zählen Alkohol- und Drogenmissbrauch als konstituierende Elemente rechtsextremer Gruppenidentität und -dynamik, Gewaltverhalten als strafrechtlich relevante Phänomenfacette und eine mögliche Ursache für die Hinwendung zu rechtsextremen Gruppen und Ideologien, (früh-)biografische Prägungen sowie soziale Kompetenzdefizite.

Zusatzproblematiken wie schwerwiegende Sucht- und psychische Erkrankungen werden allerdings nur von beratenden und aufsuchenden Angeboten im Zuge eines ganzheitlichen Beratungsverständnisses und zur Gewährleistung der Beratungsfähigkeit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch die Kooperation mit externen therapeutischen Hilfen bearbeitet. Für Trainingsmaßnahmen hingegen stellen sie ein Ausschlusskriterium für die Teilnahme dar, da zeitlich begrenzte, emotional anspruchsvolle und inhaltlich fokussierte Settings den notwendigen Rahmen zur Bearbeitung dieser Belastungen nicht bieten können.

Unterschiede zwischen Trainings auf der einen Seite und beratenden und aufsuchenden Angeboten auf der anderen Seite zeigen sich zudem hinsichtlich der jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkte und der Vorgehensweisen.

Trainings sind auf die Bearbeitung von Gewalt- und Aggressionsproblematiken und deren Ursachen in rechtsextremen Denk- und Verhaltensmustern sowie frühbiografischen Prägungen spezialisiert. Hierzu bieten sie ein curricular vorstrukturiertes Setting und greifen auf ein breites Methodenrepertoire zurück, welches sich auf die Gruppe als zentrale Ressource stützt.

Die Arbeit mit Gruppen bzw. die Nutzung gruppendynamischer Effekte ist zugleich die besondere Stärke von Trainingsangeboten und ihr spezifischer Beitrag zur Arbeit in diesem Handlungsfeld. Aktuell wird in Trainings mehrheitlich mit ausstiegswilligen Jugendlichen gearbeitet. Aber auch für die Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen bieten derart strukturierte Formen der Arbeit Chancen. In künstlich zusammengestellten Gruppen könnten auch in der Arbeit mit Jugendlichen, die sich rechtsextremen Szenen und/oder Ideologien zuwenden, positive gruppendynamische Effekte genutzt werden, bzw. könnte mit diesen Jugendlichen zu gruppendynamischen Effekten – die bekanntermaßen Hinwendungs- und Konsolidierungsprozesse fördern können – gearbeitet werden. (Allerdings

müssen auch bei der Gruppenarbeit mit dieser Zielgruppe negative, haltungs- und zugehörigkeitsbestärkende und somit distanzierungshemmende Effekte im Blick behalten und vermieden werden.)

Neben Methoden der Gruppenarbeit setzen einzelne Trainingsmaßnahmen auch Methoden der Einzelarbeit (z.B. Schreibübungen) ein, die speziell auf die biografischen Hintergründe, Interessen und Bedarfe einzelner Jugendlicher angepasst werden. Einige dieser Methoden könnten auch in Einzelfallkonstellationen durchführbar sein und es lohnt sich, ihre Übertragbarkeit auch in anderen Settings zu erproben.

Schwierigkeiten zeigen sich bei Trainings insbesondere bei der Übertragbarkeit des Erlernten in den Alltag der Jugendlichen und gerade dann, wenn die Maßnahmen nicht in langfristige pädagogische Begleitprozesse eingebunden sind und die Alltagswelt der Jugendlichen von konträren Denk- und Verhaltensmustern geprägt ist. Hier zeigt sich ein Vorteil der aufsuchenden und beratenden Formate, die eine langfristige Betreuung der Jugendlichen vorsehen und damit in der Lage sind, über einen längeren Zeitraum hinweg die Jugendlichen im Umgang mit spezifischen Herausforderungen ihres Alltags zu unterstützen.

Der langfristig angelegte Betreuungsprozess ermöglicht es solchen Angeboten zugleich, ganzheitlich zu arbeiten und auch komplexere Problemlagen der Jugendlichen zu bearbeiten, die Fortschritte in der Distanzierungsarbeit erschweren oder gar verhindern können. Das heißt, dass anders als in Trainings, schwerwiegende individuelle Belastungen und Erkrankungen der Jugendlichen keine Teilnahmehürde darstellen, sondern dass diese Probleme – wenn sie im Rahmen der vertraulichen Einzelgespräche nicht gelöst werden können – unter Hinzuziehung anderer spezialisierter externer Hilfen bearbeitet werden können. Auf diese Weise können Betreuungsprozesse zunächst zurückgestellt, aber immer auch wieder aufgenommen werden.

Die Vermittlung der Jugendlichen in externe Hilfs- und Therapieangebote setzt voraus, dass Fachkräfte über die notwendigen diagnostischen Kompetenzen verfügen. In einzelnen Ausstiegsangeboten ohne sozialpädagogisch oder psychotherapeutisch qualifiziertes Personal zeigt sich hier noch Weiterentwicklungsbedarf.

Unterschiede zwischen den Angeboten bestehen im weiterführenden Umgang mit Jugendlichen, wenn sie in externe Hilfen vermittelt wurden. Zwar sind sich die Befragten weitestgehend darüber einig, dass eine Parallelberatung der Jugendlichen nur mit erhöhtem und professionell

gestaltetem Koordinationsaufwand realisiert werden kann, in welchem Umfang Jugendliche unter solchen Umständen weiter betreut werden, ist jedoch unterschiedlich.

Die Angebote gehen außerdem unterschiedlich vor, wenn Fachkräfte eine therapeutische Behandlung von Jugendlichen für angezeigt halten, die Jugendlichen selbst sich jedoch nicht in Behandlung begeben. Während einzelne Angebote die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen in diesen Fällen abbrechen, arbeiten andere dennoch mit ihnen weiter. Bei Jugendlichen mit ausgeprägten individuellen Belastungen bzw. Erkrankungen ist jedoch fraglich, wie erfolgreich die Beratung (z.B. im Hinblick auf eine stabile soziale Integration und eine inhaltlich-ideologische Distanzierung) sein kann.

Umso wichtiger ist es in der Arbeit mit dieser Zielgruppe, die Grenzen der eigenen Arbeit professionell zu reflektieren und sich zu vergegenwärtigen. Besonders dann, wenn psychische Krankheiten als (mit) ursächlich für die Ausprägung von rechtsextremen Orientierungen und Verhaltensweisen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen erachtet werden, könnten therapeutische Behandlungen zielführender als distanzierungsfördernde und -unterstützende pädagogische Arbeit sein.

Eine weitere Herausforderung in diesem Arbeitsschwerpunkt stellt sich mit Blick auf die Bearbeitung persönlicher Problemlagen bei Mädchen und jungen Frauen. Hier zeigt sich, dass sich Klientinnen besonders bei schwerwiegenden biografischen Belastungen und Gewalterfahrungen sowie bei intimen Problemen eher anderen Frauen anvertrauen. Deshalb ist es bedeutsam, dass weibliche Fachkräfte in den Teams vertreten sind.

6.3 Inhaltliche Auseinandersetzung

Von den aufgeführten hilfs- und unterstützungsorientierten Dimensionen der Arbeit lassen sich Formen der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Zielgruppen unterscheiden. Inhaltliche Auseinandersetzungen finden in sämtlichen interviewten Angeboten statt. Dabei werden politische Positionen und Weltbilder der Zielgruppen sowie aktuelle gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemlagen thematisiert, zu denen rechtsextreme Ideologien oder Ideologiefragmente (vermeintliche) Antworten geben. Außerdem werden Vorurteile gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen bearbeitet, die in der Zielgruppe weit

verbreitet sind und anschlussfähig für bzw. auch zentrale Facetten von rechtsextremer Ideologie sind.

6.3.1 Stellenwert inhaltlicher Auseinandersetzung

Der Stellenwert, den die inhaltliche Auseinandersetzung in der Arbeit mit der Zielgruppe hat, ist in den einzelnen Formaten wie auch zwischen den Formaten höchst unterschiedlich. Da sämtliche Angebote in ihrer Arbeit subjektorientiert vorgehen und die inhaltliche Auseinandersetzung daran anpassen, wie stark ideologische Positionen ausgeprägt sind, ergeben sich unterschiedliche Stellenwerte zunächst v.a. daraus, dass sich die Zielgruppen hinsichtlich ihres Ideologisierungsgades unterscheiden (vgl. die Ausführungen im Kap. 4.2).⁴⁵ Bei stark ideologisierten Zielgruppen nimmt die inhaltliche Auseinandersetzung in der Regel mehr Zeit ein als bei schwach ideologisierten.

Unterschiedliche Relevanzen zeigen sich ebenfalls je nach Format. In den interviewten Streetworkangeboten werden inhaltliche Auseinandersetzungen zwar als bedeutsam erachtet, haben insgesamt aber eher randständige Bedeutung. Der vergleichsweise geringere Stellenwert zeigt sich darin, dass gezielte Thematisierungen durch die Fachkräfte sowie entsprechende spezifische Angebote meist nicht oder nur vereinzelt vorgesehen sind. Wenn inhaltliche Auseinandersetzungen erfolgen, dann geschieht dies in der Regel anlassbezogen (vgl. Kap. 6.3.3).

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in diesen Formaten konzeptionell und vom Selbstverständnis der Fachkräfte her stärker auf sozialintegrativ ausgerichteten Hilfsangeboten. Dies wird auch dadurch befördert, dass die Zielgruppen häufig hohe Problembelastungen aufweisen, sodass infolge des hohen Problemdrucks inhaltliche Auseinandersetzungen tendenziell ins Hintertreffen geraten (vgl. Glaser 2013). Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass bei den Zielgruppen, mit denen in diesen Angeboten gearbeitet wird, die Hinwendung zum Rechtsextremismus v.a. eine

45 Für Angebote, die mit Gruppen arbeiten (Streetwork, Trainings), stellen sich besondere Herausforderungen dar, da eine an individuellen Ausprägungen ansetzende inhaltliche Auseinandersetzung nicht ohne Weiteres zu bewerkstelligen ist. Wenn es gelingt, in der Gruppe Auseinandersetzungen zu führen, die den individuell unterschiedlichen Ausprägungen gerecht werden, haben diese jedoch das Potenzial, dass Gruppendynamiken zielführend genutzt werden können.

Kompensationsstrategie für bestimmte Problembelastungen und damit verbundene soziale Defiziterfahrungen darstellt und weniger auf ideologische Attraktivitätsmomente zurückzuführen ist. Insofern erscheint eine geringere Priorisierung ideologischer Auseinandersetzungen auch adäquat. Dennoch sind bei diesen Zielgruppen häufig Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile gegenüber gesellschaftlichen Randgruppen (vgl. Krüger 2010) wie auch eine Neigung zu Freund-Feind-Wahrnehmungen und Verschwörungsdenken (vgl. Tedeschi 2002) ausgeprägt und eine inhaltliche Auseinandersetzung, die dem Rechnung trägt, wäre angezeigt (vgl. Glaser 2013).

Ein stärkeres Gewicht haben inhaltliche Auseinandersetzungen bei den multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen für einsteigsgefährdete Jugendliche. Dies korrespondiert mit den Eigenschaften der Zielgruppe, mit denen in diesen Angeboten gearbeitet wird. Zwar dominieren auch hier in der Arbeit problembelastete und desintegrierte Jugendliche, für die ideologische Attraktivitätsmomente nur wenig relevant sind. Im Vergleich zur Streetwork wird in diesen Angeboten aber insgesamt häufiger mit Jugendlichen gearbeitet, die geringe Problembelastungen und Defiziterfahrungen aufweisen. Für diese Jugendlichen wiederum ist die Einsteigsgefährdung stärker mit ideologischen Attraktivitätsmomenten verknüpft. Entsprechend spielen inhaltliche Auseinandersetzungen in diesen Fällen eine größere Rolle. Neben anlassbezogenen Thematisierungen (vgl. Kap. 6.3.3) zeigen sich in diesen Angeboten in stärkerem Maße Elemente einer *strukturierten* Auseinandersetzung und es erfolgt häufiger eine stärkere Forcierung durch die Fachkräfte.

Einen gegenüber multiplikatorenvermittelten Angeboten geringeren Stellenwert haben inhaltliche Auseinandersetzungen in den interviewten Trainingsangeboten. Grundsätzlich fokussieren diese Angebote weniger auf die Ebene ideologischer Haltungen, sondern sind eher verhaltensorientiert ausgerichtet und versuchen auf dieser Ebene Veränderungsprozesse zu initiieren. Dabei haben persönlichkeitsstabilisierende Maßnahmen wie z.B. die Kontrolle des Affekthaushalts (vgl. hierzu ausführlicher die Erörterungen im Kap. 6.2) eine größere Bedeutung als inhaltliche Auseinandersetzungen. Dieser Befund steht auch damit in Zusammenhang, dass in den Trainings als Zielgruppe v.a. rechtsextrem orientierte (Gewalt-)Straftäter präsent sind, die nicht immer einschlägige politisch-ideologische Orientierungen aufweisen. Dennoch bestehen bei den Jugendlichen in der Regel Affinitäten und menschenfeindliche

Einstellungen, sodass inhaltliche Auseinandersetzungen fruchtbar sein können und in den Angeboten z.T. auch geleistet werden. In einigen Angeboten existieren fest strukturierte Trainingseinheiten, in denen inhaltliche Thematisierungen erfolgen.

Für die Ausstiegshilfen lässt sich feststellen, dass bezüglich des Stellenwerts inhaltlicher Auseinandersetzungen deutliche Unterschiede bestehen. Während in manchen Angeboten im Betreuungsverlauf feste Zeitkontingente für diese Thematik vorgesehen sind oder unter Einsatz spezifischer Gesprächstechniken gezielt die Auseinandersetzung gesucht wird, haben entsprechende Thematisierungen bei anderen Ausstiegshilfen insgesamt eher randständigen Stellenwert. Die in einzelnen Angeboten feststellbare marginale Bearbeitung steht im Widerspruch zu den offiziellen Zielstellungen der Arbeit und dem in allen Angeboten gleichermaßen vertretenen Anspruch, im Rahmen der Betreuung auch die ideologische Bindung an den Rechtsextremismus zu bearbeiten und auf eine Abkehr von rechtsextremen Positionen einzuwirken.

Unterschiede innerhalb der einzelnen Formate, die im Falle der Ausstiegshilfen am deutlichsten sichtbar werden, erweisen sich im Wesentlichen als abhängig davon, welche Fachkräfte in den jeweiligen Angeboten arbeiten. In Fällen, in denen eine intensive und fundierte Bearbeitung dieser Thematik stattfindet, weisen die Mitarbeitenden entsprechende professionelle Hintergründe (z.B. Pädagogin/Pädagoge, Politikwissenschaftler/in) auf, in anderen Fällen erweisen sich aber auch ein persönliches thematisches Interesse und in diesem Zusammenhang erworbene Kompetenzen sowie insbesondere die Bereitschaft zu entsprechenden Auseinandersetzungen als wesentlich. Diese Differenzen zwischen den Fachkräften scheinen letztlich für die Intensität bzw. Qualität inhaltlicher Auseinandersetzungen bedeutungsvoller zu sein als die Trägeranbindung der Angebote (z.B. jugendhilfe- vs. nicht-jugendhilfebezogen).

6.3.2 Voraussetzungen für inhaltliche Arbeit mit den Zielgruppen

Herstellen von Auseinandersetzungsbereitschaft

Eine Erfahrung der befragten Fachkräfte ist, dass keineswegs alle Jugendlichen bereits zu Beginn der Betreuung zu einer vertieften inhaltlichen Auseinandersetzung bereit sind. Große Teile der Zielgruppe vermeiden anfänglich (aus unterschiedlichsten Gründen) die inhaltliche

Auseinandersetzung bzw. verweigern diese.⁴⁶ Da konstruktive inhaltliche Auseinandersetzungen immer auch das Einverständnis der Zielgruppe erfordern, stehen die Angebote in diesen Fällen vor der Herausforderung, eine entsprechende Bereitschaft der Zielgruppe herzustellen. Die Angebote berichten von verschiedenen erfolgreichen Strategien, wobei diese jeweils in Abhängigkeit von den individuellen Motiven umgesetzt werden, die der Verweigerungshaltung zugrunde liegen. Im Folgenden werden typische Konstellationen von Verweigerungen gegenüber inhaltlichen Auseinandersetzungen bei der Zielgruppe einerseits und hierauf abgestimmte Vorgehensweisen der Angebote andererseits beschrieben.

Charakteristisch sind Verweigerungen gegenüber inhaltlichen Auseinandersetzungen insbesondere für einsteigsgefährdete Jugendliche, mit denen v.a. in Streetworkangeboten und in Angeboten der multiplikatorenvermittelten Einzelberatung gearbeitet wird. Diese Zielgruppen sind von der Szene und/oder Ideologie fasziniert und der Einstiegsprozess lässt sich als „hochemotionale Angelegenheit mit intensiven Gruppen- und Selbstwirksamkeitserfahrungen“ (Niebling 2013, S. 105) beschreiben. Entsprechend lässt sich noch keine Distanzierungsmotivation beobachten und die Jugendlichen sind „wie verliebt“ (ebd., S. 107).⁴⁷ Die Erfahrungen der Fachkräfte verdeutlichen, dass eine konstruktive inhaltliche Auseinandersetzung mit dieser Zielgruppe in besonderem Maße eine Vertrauensbasis benötigt. Erst wenn eine Beziehung zu den Pädagoginnen/Pädagogen besteht, lassen sich diese Jugendlichen auf inhaltlich-ideologische Auseinandersetzungen ein (vgl. Kap. 5.3). Übereinstimmend hiermit konstatiert auch die psychologische Forschung, dass Glaubwürdigkeit und Sympathie zentral sind, um Einstellungsveränderungen durch Dritte zu initiieren und dass eine bestehende persönliche Beziehung förderlich ist (Hartung 2006).

46 Grundsätzlich entfaltet sich in der Arbeit mit Jugendlichen, die nicht auseinandersetzungsbereit sind, ein Spannungsfeld zum jugendhilflichen Paradigma der „Bedürfnisorientierung“, da zunächst kein von den Jugendlichen verliehenes Mandat der Fachkräfte zur Auseinandersetzung besteht. Abgesehen davon besteht die Gefahr von Zuschreibungseffekten durch das Aufgreifen und Thematisieren von politischen Verortungen, die für die Jugendlichen zunächst wenig relevant zu sein scheinen (insbesondere gilt dies für die Gruppe der „Nicht-Rechten“).

47 Zwar gibt es auch unter einsteigsgefährdeten Jugendlichen solche, die auseinandersetzungsbereit sind. Diese Bereitschaft speist sich aber bei ihnen nicht aus einem Distanzierungswillen, sondern aus einer Überzeugung über die Richtigkeit der eigenen ideologischen Positionen und einer starken Verinnerlichung einschlägiger Wissensbestände (z. B. historischer „Fakten“). Inhaltliche Diskussionen werden von dieser Zielgruppe häufig selbst forciert. Von Beginn der Arbeitsbeziehung an kann hier eine inhaltlich-ideologische Auseinandersetzung geführt werden.

Teilweise wird eine inhaltliche Auseinandersetzung mit einstieggefährdeten Jugendlichen auch dadurch erschwert, dass sie sich selbst nicht als fremdenfeindlich verstehen, obwohl sie entsprechende Haltungen verinnerlicht haben und verschiedentlich auch entsprechende Verhaltensweisen zeigen. Diese Jugendlichen stammen aus fremdenfeindlichen Milieus. Alternative Sozialbezüge sind bei ihnen kaum vorhanden, sodass sie eine problematisierende Perspektive auf ihre Haltungen nicht teilen. Diese Jugendlichen verorten sich selbst nicht als „rechtsextrem“, der ideologische organisierte Rechtsextremismus wird von ihnen häufig auch abgelehnt. Insofern fehlt in diesen Fällen zunächst die Basis, eine inhaltliche Auseinandersetzung zu führen.

Wesentliche Aufgabe der Fachkräfte in der Arbeit mit diesen Jugendlichen ist das Problematisieren der Fremdenfeindlichkeit in den Verhaltensweisen und Äußerungen der Jugendlichen:

„Also dieses Argument, man ist unpolitisch, das ist auch ein gewichtiges, weil das dem Selbstbild häufig tatsächlich auch entspricht. Das nehme ich denen auch ab, das interessiert die nicht die Bohne. Trotzdem sind sie natürlich rassistisch, wenn sie denn rassistisch sind, gar keine Frage. Dann ist die einzige Chance, zu gucken, gibt es sozusagen Alltagssituationen, Bilder, Erfahrungen, wo man diese Frage thematisieren kann und dann nicht politisch, sondern alltagspraktisch“ (Int. 15: 235).

Grundsätzlich besteht in der Arbeit mit diesen Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Gefahr der Stigmatisierung, da von außen, durch die pädagogischen Fachkräfte, Identitätsanteile und Verortungen betont und herausgegriffen werden, die für die Individuen selbst nicht immer relevant zu sein scheinen. Insofern besteht in solchen Konstellationen immer auch eine Gefahr der Fremdzuschreibung, die auf das Selbstbild wirkt und ganz im Sinne des Etikettierungsansatzes (Becker 1973) entsprechende Angleichungen erzeugen könnte. Für Fachkräfte, die mit solchen affinen Jugendlichen arbeiten, besteht eine Anforderung daher darin, das eigene Vorgehen zu reflektieren und bei solchen Problematisierungen zuschreibungssensibel zu sein.

Auch in Ausstiegshilfen verweigern Teile der Zielgruppe inhaltliche Auseinandersetzungen. Dies ist vergleichsweise selten, da die Angebote zumeist einen eigenen Distanzierungs willen voraussetzen. Allerdings gelangt in einigen Angeboten ein Teil der Zielgruppe nicht freiwillig, sondern v.a. über Zwangskontexte (insbesondere verpflichtende Zuweisungen über das Strafverfolgungssystem) in die Angebote. In solchen Fällen

erfolgt die Arbeit der Angebote in begrenzten Zeiträumen und wird als Gelegenheit begriffen, Distanzierungen anzuregen und die Zwangsteilnahmen in eine eigenmotivierte Teilnahme zu überführen. Dies kann über den Beziehungsaufbau und Hilfestellungen gelingen, die angeboten werden (vgl. Kap. 6.1.2). Erst wenn eine entsprechende eigenständige Motivation vorhanden ist, können inhaltliche Auseinandersetzungen geführt werden.

Insbesondere in Ausstiegshilfen und Streetworkangeboten (s.o.), aber auch in der multiplikatorenvermittelten Einzelfallarbeit mit einstieggefährdeten Jugendlichen sind Verweigerungshaltungen gegenüber inhaltlichen Auseinandersetzungen präsent, die sich aus den teilweise sehr hohen Problembelastungen und Unterstützungsbedarfen der Zielgruppe ableiten. Die Fachkräfte beschreiben, dass zumindest die gravierendsten persönlichen Probleme gelöst sein müssen, bevor sich die Jugendlichen auf intensive ideologische Auseinandersetzungen einlassen (siehe auch Kap. 6.2.2).

Anamnese der Phänomenausprägung

Grundsätzlich muss eine inhaltlich-ideologische Auseinandersetzung mit Jugendlichen den vorhandenen Ideologiebeständen folgen. In Intensität und Qualität können die ideologischen Ausprägungen eine enorme Breite aufweisen – von einzelnen Elementen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bis hin zu rechtsextremen Haltungen mit Bezügen zum historischen Nationalsozialismus. Nach den Erfahrungen der Interviewpartnerinnen und -partner muss das vermittelte Wissen inhaltlich auf die individuelle Ausprägung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus Bezug nehmen, um Veränderungsprozesse auslösen bzw. unterstützen zu können. Erfolge in der Arbeit werden v.a. dann berichtet, wenn die Angebote an der jeweils vorliegenden individuellen Ideologieausprägung und den jeweils zugrundeliegenden Motiven ansetzen. Umgekehrt berichten die Fachkräfte von Verweigerungshaltungen, wenn die Form der Thematisierung den Jugendlichen und jungen Erwachsenen lebensweltlich nicht relevant erscheint:

„Ja, das war nicht nur, auch nicht nur Rechtsextremismus-Ausstellungen. [...] Wir haben ein bisschen – was war das denn, die Polizei-Bataillone auch geguckt in der NS-Zeit und [...] solche Sachen. Bei [MARTIN], Beispiel Auseinandersetzung NS, ist ... da hat er einen massiven Bedarf. Das findet er ... er hat viel Bezug zur NS: Auch manchmal mit bestätigend so. Ähm, viele andere haben es oder einige haben es auch über sich ergehen lassen. Die Mädels hatten häufig immer wieder

Schwierigkeiten, das so für sich wieder in Einklang zu bringen: ‚Was hat das wirklich mit mir zu tun? Warum zeigst du mir das jetzt.‘ Manchmal aber auch einfach geduldet und durch gelatscht“ (Int. 12: 254–255).

Insofern muss die Auseinandersetzung mit ideologischen Positionen im Idealfall einzelfallabhängig und auf das jeweilige Individuum abgestimmt sein. Dies setzt voraus, dass die jeweils ausgeprägten ideologischen Haltungen erfasst werden. Je nach Angebotsformat werden Erkenntnisse hierzu verschieden generiert.

Formatunabhängiges gemeinsames Element ist eine Form der Bestandsaufnahme (vgl. Kap. 5.9), in der versucht wird, durch persönliche Gespräche wie auch durch eine Analyse des Habitus festzustellen, welche ideologischen Ausprägungen und Motive jeweils vorliegen. Eine weit verbreitete Methode, um Einblicke in die ideologischen Gehalte der Zielgruppe zu gewinnen, ist die Thematisierung von aktuellen politischen Debatten. Außerdem nutzen mehrere Ausstiegshilfen und Einzelberatungen für Einstiegsgefährdete Fragebögen, die ursprünglich zur Messung von rechtsextremen Einstellungen konzipiert wurden, um Gespräche zur Ideologie zu führen und deren Hintergründe transparent zu machen. Gleichzeitig können Wissensdefizite ausgemacht werden, auf die die Angebote reagieren können. Eine Fachkraft schildert im folgenden Beispiel das konkrete Vorgehen:

„... also ich hab dann das bisher so gemacht, zu gucken, wo hängt es einfach an Fakten und Informationen, also wenn ein Jugendlicher mit mir den Fragebogen abfragt, und ne Frage, z.B. ‚Sind Sie mit der Arbeit des Landtages zufrieden?‘ Und da guck ich an, und ich sehe so, oh, Landtag, drei Fragezeichen, so kann man einfach mal gucken, na also eh, ob man da auch so Aufklärungsarbeit machen kann. Was macht ein Parlament? Wie funktioniert das bei uns in [LAND 1]? Welche Parteien gibt’s überhaupt, wo positionieren die sich?“ (Int. 17: 57).

Ergänzende Informationen liegen vor, wenn die Klientinnen und Klienten durch Dritte in das Angebot verwiesen wurden, da diese Personen bzw. Institutionen zusätzlich Auskunft geben können. So können z.B. Lehrkräfte oder Angehörige ihre Eindrücke schildern oder Gerichte Akteneinsicht gewähren. Entsprechende Gespräche zum Informationsaustausch finden in den Angeboten, in denen die Zielgruppe durch Dritte vermittelt wird, standardmäßig statt.

Streetworkspezifisch sind die relativ unmittelbaren Einblicke in die Lebenswelt der Zielgruppe. Diese ermöglichen zumindest auf der Verhaltensebene ein direktes Erschließen der individuellen Ideologieausprägung

und zwar sowohl hinsichtlich des Ausprägungsgrades wie auch der inhaltlichen Ausrichtung.

6.3.3 Vorgehensweisen inhaltlicher Auseinandersetzung

Der größte Teil der inhaltlichen Auseinandersetzung wird von den Fachkräften der Angebote selbst geleistet. Die Auseinandersetzung wird dabei vor dem Hintergrund einer etablierten persönlichen Beziehung geführt (vgl. Kap. 5.3). Den Erfahrungen der Fachkräfte zufolge hat dies den Vorteil, dass die Zielgruppe eine größere Offenheit aufbringt und Spannungen besser aushält, als dies bei inhaltlichen Auseinandersetzungen ohne Beziehungsbasis der Fall ist. Vor allem Angebote, die in langfristigen Settings arbeiten, verfügen auf der Basis etablierter Beziehungen über gute Zugänge zur Zielgruppe. Aufgrund ihres andersgelagerten pädagogischen Qualifikations- und Anforderungsprofils verfügen sie jedoch nicht immer über die didaktischen und thematischen Kompetenzen, um inhaltliche Auseinandersetzungen angemessen zu führen. So berichtet eine Fachkraft, wie sie in der inhaltlichen Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen an deutliche Grenzen stößt und bestehende Wissenslücken kaschieren muss.

„Das war eine heftige, lange Diskussion. [...] Also zum Teil auch grenzwertig, wo ich dann auch mal den sicheren Boden meines Wissens verlassen habe und mir dann Dinge ausgedacht habe, so, nein nicht wirklich ausgedacht, aber schon mit Dingen spekuliert habe, so, bis hin – weißt du – zum deutschen Kaisertum und wie sich das alles entwickelt hat. Da hat man ja auch seine Wissenslücken“ (Int. 4: 91).

Angesichts solcher Grenzerfahrungen ist bemerkenswert, dass im Rahmen inhaltlicher Auseinandersetzung nur in einzelnen Angeboten unterstützend Expertinnen/Experten – zumeist für zeitlich befristete Angebote wie z. B. Gedenkstättenbesuche – hinzugezogen werden.

Hier empfiehlt sich, die spezifischen pädagogischen Kompetenzen und Potenziale in den Angeboten systematisch um didaktische und thematische Kompetenzen, wie sie etwa bei Fachkräften in der Politischen Bildung vorhanden sind, zu ergänzen. Solche Kooperationen könnten in stärkerem Maße gewährleisten, dass die pädagogische Auseinandersetzung mit rechtsextremen und rechtsextrem orientierten jungen Menschen auf allen relevanten Ebenen fachlich kompetent geführt wird.

Strukturierte und anlassbezogene Auseinandersetzungen

Im Hinblick auf Vorgehensweisen bei der inhaltlichen Auseinandersetzung lassen sich grundsätzlich strukturierte von anlassbezogenen Auseinandersetzungen unterscheiden. Während erstere gezielt und systematisch das Thema „politische Positionen und Weltbilder“ forcieren, ist das besondere Merkmal anlassbezogener Auseinandersetzungen, dass sie nur in Situationen erfolgen, in denen einschlägige Verhaltensweisen und Positionen der Zielgruppe akut sichtbar werden. Das muss allerdings nicht bedeuten, dass in Angeboten, die anlassbezogen arbeiten, ideologische Positionen nur selten bearbeitet werden. Vielmehr berichten Mitarbeitende aus Angeboten der Streetwork wie auch der Ausstiegsarbeit, dass sich insbesondere im Rahmen der Bearbeitung von individuellen sozialen Problemen zahlreiche Gelegenheiten ergeben, politische Positionen und Haltungen zu thematisieren. Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn es um Begründungsmuster für Misserfolge und Scheitern in der Schule oder auf dem Ausbildungsmarkt geht und es letztlich um Schuldige und „Feindbilder“ geht, „um Menschen, die dafür verantwortlich sind, wenn der Jugendliche nicht selber verantwortlich ist“. Diese Momente könne man aufgreifen, um Fragen zu thematisieren wie „Warum ist jetzt derjenige schuld? Warum kannst du es gerade nicht akzeptieren, dass das auch bei dir liegt, die Verantwortung?“ (Int. 21: 76).

Wissensvermittlung

Ein wesentliches Moment der inhaltlichen Auseinandersetzung in den Angeboten ist es, alternative Deutungsangebote und Wissensbestände zu unterbreiten, die in Konkurrenz zu den bei den Jugendlichen vorhandenen rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Weltansichten bzw. Ideologiefragmenten stehen. Solche alternativen Deutungsangebote sind wichtig, damit rechtsextreme oder fremdenfeindliche Äußerungen nicht allein stehen bleiben und den Jugendlichen zugleich Gegenentwürfe angeboten werden. Eine auf der Ebene abstrakten Wissens verbleibende Auseinandersetzung mit den Deutungsweisen und Überzeugungen der Jugendlichen erscheint jedoch aus fachlicher Perspektive nicht immer hinreichend, insbesondere wenn es sich um emotional aufgeladene und im sozialen Umfeld weit verbreitete Vorurteile handelt:

„Faktenwissen und ‚Aufklärung‘ alleine dürften, wie die Vorurteilsforschung zeigt, in diesem Zusammenhang jedenfalls nur sehr begrenzt von Nutzen sein. Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Vorurteilsforschung (Allport 1954; Thomas 1996) kann

„Aufklärung‘ gegen Vorurteile am ehesten noch im Vorfeld, vor ihrer Herausbildung Einfluss zeigen. Als wenig oder gar nicht wirksam gilt sie, wenn Vorurteile tief in der Psyche des Einzelnen und/oder in seinem sozialen Umfeld verankert sind“ (Glaser 2013, S.263).

Insofern ist es bedeutsam, die Vermittlung abstrakten Wissens z.B. mit stärker erfahrungsbasierten Angeboten wie Begegnungen oder dem Besuch historischer Orte (siehe unten) zu ergänzen.

In den untersuchten Angeboten folgt die Wissensvermittlung verschiedenen Zielen. In der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen, sowohl in den Streetworkangeboten als auch den multiplikatorenvermittelten Einzelberatungen, ist sie in stärkerem Maße aufklärerisch ausgerichtet. Inhaltlich geht es hier v.a. darum, ideologische Hintergründe aufzuzeigen und die Tragweite entsprechender Positionen sichtbar zu machen. Zielgruppe sind Jugendliche, die nur Affinitäten zu rechtsextrem oder fremdenfeindlicher Ideologie besitzen bzw. bestimmte ideologische Losungen plausibel finden:

„...dann kann das Gespräch weiter gehen, also wirklich nicht nur die dumpfen Parolen, sondern, was steckt denn dahinter? So AFD zum Beispiel. AFD war ja, fragt: ‚Was ist denn AFD, [...] sind die rechts?‘ Ich sage: ‚Nee. Muss man gucken. Also, was steckt dahinter, was wollen die, welche Ziele haben sie, wer steckt dahinter, womit wollen sie es erreichen, bla, bla, bla. Also man muss sich damit auseinandersetzen so.‘ Und das funktioniert. Gehen wir mal gucken, was haben die auf ihrem Wahlprogramm zu stehen. Und da kann man, dann geht das weiter, das interessiert ihn sozusagen“ (Int. 19: 131).

Insbesondere in der Arbeit mit stärker ideologisierten Jugendlichen, die v.a. in den Ausstiegshilfen stattfindet, hat die Wissensvermittlung hingegen einen anderen Charakter. Das (rechtsextrem und/oder fremdenfeindlich und/oder antisemitisch geprägte) Wissen der Jugendlichen wird dabei in Frage gestellt und Diskussionsprozesse werden angeregt, die nach den Erfahrungen der Fachkräfte bei den Jugendlichen Irritationen über die sicher geglaubten Fakten auslösen können. Dies betrifft je nach Phänomenausprägung historische Fakten (z.B. zum Verlauf des Zweiten Weltkrieges) und/oder Wissen zu aktuellen Phänomenen (z.B. zum Ausländeranteil in der Heimatstadt der Zielgruppe).

Als hilfreich wird von den Mitarbeitenden der Angebote darüber hinaus beschrieben, ideologische Widersprüche aufzuzeigen und so Reflektionsprozesse bei ihren Klientinnen und Klienten anzuregen. Konzeptionell entspricht das Vorgehen dabei dem Ansatz der „subversiven

Verunsicherungspädagogik“ (Osborg 2010), allerdings ohne dass die Fachkräfte explizit hierauf rekurren:

„...da kann man ja wirklich irgendwo über Einstellungen diskutieren und, ähm, wir versuchen's dann so über diese Irritation. Na also, dass wir so bestimmte Sachen in Frage stellen, also wenn jemand zum Beispiel sagt, ähm, er ist für Volksentscheide, aber [...] den Großteil der Bevölkerung gar nicht für politisch genug geschult hält oder befähigt hält oder so und [...] so Widersprüche aufzählen. Also das find ich auch so merkwürdig. ‚Wie stellen Sie sich das vor, also ist ja komisch, Sie trauen es eigentlich gar nicht zu, aber dem würden Sie ganz wichtige Entscheidungen in die Hand geben, hm, wie sieht das denn aus, finden Sie das gut?‘ [...] und die erklären sich dann und das ist so wo ich gemerkt hab, dass erleben die auch als sehr positiv, weil da so dieses Interesse auch da ist: ‚Erzähl du mir mal, wie du die politische Seite so siehst!‘“ (Int. 15: 57).

Eine andere Strategie besteht darin, Widersprüche zwischen ideologisch geprägten Idealen und Idealerfüllung durch die Jugendlichen herauszuarbeiten und sichtbar zu machen. Im folgenden Beispiel werden zudem für die Jugendlichen die Konsequenzen einer solchen Ideologie selbst erlebbar.

„...also die kleinen Rechten sind immer so die Größten [passt seine Stimme den Worten an] die dürfen alles und la..la..la! Herrenrasse und so. Und dann hat der (Gedenkstättenpädagoge, Anm. d. V.) u.a., also eine kleine Tafel, wo drauf stand, wie denn ein Arier aussehen muss, wie groß er sein muss, wie groß seine Kopfgröße ist usw. und so fort. Da haben wir einfach mal die Jugendlichen [lachend] hingestellt, haben die ausgemessen, haben gesagt: ‚nöö, nöö, nöö‘, ‚weg, weg, weg‘, ‚na ja, gerade mal so‘, standen sie da: ‚Oh!‘ Weil die sonst immer dastehen und ‚wir sind die Größten‘, [...] das war so prägend, das, und da haben wir sie gekriegt. Darüber wurde gequatscht: ‚Wie ist denn das überhaupt?‘ Also das war dann sehr geil. Damit kriegt man sie, also mit den eigenen Waffen schlagen letztendlich, mehr ist es ja nicht. Ich glaube, das ist eher eine coole Methode, um da ein bisschen was zu bewegen drin, dass die überhaupt erst mal nachdenken“ (Int. 19: 342).

Auch psychologische Erkenntnisse bestätigen, dass ein solches Vorgehen zielführend sein kann. Demnach erzeugt eine wahrgenommene Diskrepanz zwischen der eigenen Einstellung und dem eigenen Handeln bei Personen ein Unbehagen, eine sogenannte „Kognitive Dissonanz“, die wiederum ein Streben erzeugt, beides in Übereinstimmung zu bringen (vgl. Hartung 2006, S. 71) und hierüber auch Distanzierungsprozesse auslösen kann.

Als Grundlage für eine stärkere konfrontative Auseinandersetzung mit der Zielgruppe benennen die Fachkräfte in besonderem Maße eine

bestehende belastbare Beziehung (vgl. Kap. 5.3), um zu erreichen, dass sich die Zielgruppe tatsächlich mit neuen Wissensbeständen auseinandersetzt.⁴⁸

Im Rahmen der Wissensvermittlung werden in den Angeboten häufig historisch „einschlägige“ relevante Orte aufgesucht. Teilweise finden auch Begegnungen mit Zeitzeugen statt. In der Regel besuchen die Fachkräfte die Orte historischer Bildung mit ihrer Zielgruppe allein und greifen, wenn überhaupt, nur auf die standardmäßig zur Verfügung stehenden begleiteten Führungen zurück. Nach Angaben der Fachkräfte haben diese Besuche dennoch einen großen Wert für die inhaltliche Auseinandersetzung, v.a. weil sich hierüber Gesprächs- und Thematisierungsanlässe ergeben und außerdem kognitive Ansätze der Wissensvermittlung gut um emotionale Komponenten ergänzt werden.

Die im Rahmen der Erhebung befragten Mitarbeitenden in den Angeboten berichteten nur in wenigen Fällen von einer strukturierten Zusammenarbeit mit den Fachkräften historisch-politischer Bildung vor Ort, die über spezifische thematische und didaktische Kenntnisse verfügen. Wenn eine solche Zusammenarbeit aber erfolgte, wurde ein großer Mehrwert für die inhaltliche Auseinandersetzung konstatiert, u.a. weil in diesen konkreten Fällen die Angebote der Bildungsstätten unter Berücksichtigung der speziellen Zielgruppe umgesetzt wurden. So wird berichtet, dass Führungen in Gedenk- und Bildungsstätten durch das Fachpersonal vor Ort nicht unter Rückgriff auf ein „Standardprogramm“ durchgeführt wurden, sondern dass sie die besonderen Herausforderungen bei der Arbeit mit affinen oder ideologisierten Zielgruppen berücksichtigten.

„Der Gedenkstättenpädagoge konnte ihm auch Tätergeschichten erzählen. Also von SS-Aufsehern und so weiter, von KZ-Aufsehern. Konnte das schildern. Und das war für den Jugendlichen nochmal ein ganz anderer Zugang, als wenn er jetzt nur gehört hätte: Da war diese Opfergruppe und diese Opfergruppe. Sondern auch: Warum haben die Täter das gemacht? Was war deren Motivation in einem KZ zu arbeiten? Das war ein ganz anderer Zugang als ich ihn hätte schildern können. Und von daher war das eine sehr, sehr gute Ergänzung. Und das bot die Möglichkeit, mit dem Jugendlichen eben auch im Nachgang dieses Termins anders zu sprechen“ (Int. 21: 133).

48 Von einigen Angeboten werden diesbezüglich auch die Vorteile des Arbeitens in größeren Teams betont, wobei die Fachkräfte für die Zielgruppe jeweils unterschiedliche Bezugspersonen darstellen. Hier sind jeweils verschiedene Formen und Intensitäten der Konfrontation möglich.

Die positiven Erfahrungen, die insgesamt von den Fachkräften in den Angeboten beim Aufsuchen von Orten historischer Bildung gemacht werden, widersprechen Positionen, die den Sinn gedenkstättenpädagogischer Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen generell anzweifeln (z.B. Brumlik 2002, Klare/Sturm 2012, vgl. zusammenfassend Glaser 2014). In der Praxis stellt sich die Situation also differenzierter dar. So benennen einige Projekte auch bestimmte Rahmenbedingungen und Herangehensweisen, die für erfolgreiche Effekte notwendig sind. Dies seien insbesondere eine freiwillige Teilnahme der Zielgruppe bzw. eine grundsätzlich bestehende Auseinandersetzungsbereitschaft, eine Vereinbarung von Regeln für das Verhalten vor Ort, v.a. der Verzicht auf ideologisch einschlägige Provokationen sowie eine längere Vor- und Nachbereitung. Insbesondere in Hinblick auf eine angemessene Nachbereitung und Lebensweltnähe ließen sich allerdings bei einigen Angeboten Defizite in der Angebotsgestaltung ausmachen. In der Folge wurden Probleme sichtbar, die vielen kurzzeitpädagogischen Interventionen innewohnen und im Fachdiskurs thematisiert werden (vgl. Rieker 2009, S. 94): Es konnten anscheinend keine langfristigen Lernprozesse initiiert werden und das neugewonnene Wissen wurde von den Teilnehmenden kaum in ihren Alltag übertragen.

„Interviewer/in: Und war das dann auch im Nachhinein noch weiter Thema, nach der Fahrt, wo ihr wieder hier wart?

Fachkraft: Nein, nein, weil, also wenn dann kurz danach klar, mal reflektieren wie es war, was sie mitgenommen haben, ja. Das ist immer so bei Fahrten, wenn sie wieder zurück sind, dann haben sie ganz andere Probleme“ (Int. 19: 371).

Bei einem Teil der Angebote lässt sich damit ein Bedarf ausmachen, Angebote lebensweltbezogener zu gestalten und auch die individuellen Transferprozesse in den Alltag intensiver zu begleiten, um damit langfristige Effekte zu ermöglichen.

Elemente historisch-politischer Bildung finden sich in den Angeboten fast ausschließlich in Form des Besuchs von Bildungsstätten. Mit Zeitzeugen wird nur in einem Angebot gearbeitet. Dies ist bemerkenswert, da Zeitzeugenarbeit im Allgemeinen ein fester Bestandteil historisch-politischer Bildung ist. Hier liegen besondere Potenziale für die Fachpraxis, die noch stärker genutzt werden sollten. Dies gilt v.a. deshalb, weil viele befragte Praktiker/-innen an anderer Stelle die Anregung empathischer Haltungen gegenüber ideologischen Gegnern und das Wecken von

Emotionen als zentrale Gelingensstrategie inhaltlicher Arbeit hervorheben. Gerade der Arbeit mit Zeitzeugen werden im Fachdiskurs entsprechende Potenziale zugeschrieben (vgl. Rieker 2009, S. 64).

Begegnungen

Häufig werden in den Angeboten Begegnungsformate umgesetzt, um inhaltliche Auseinandersetzungen zu unterstützen. Die Begegnungen finden dabei v.a. mit Angehörigen von Gruppen statt, die jeweils abgewertet werden, z.B. Personen mit Migrationshintergrund oder solchen, die sich politisch explizit links verorten. Ausgangspunkt ist dabei die Beobachtung der Fachkräfte, dass entsprechende Alltagskontakte meist nicht vorhanden bzw. ideologisch überformt sind, d.h., dass diese Personen lediglich als Feindbilder wahrgenommen werden. Als Reaktion hierauf forcieren viele Angebote entsprechende Begegnungen und hoffen, durch konkrete Erfahrungen alternative Sichtweisen zu stärken und damit letztlich Vorurteile bzw. ideologisch begründete Abwertungen zu irritieren oder zu zerstreuen. Dieses Vorgehen erscheint insofern sinnvoll, als die Vorurteilsforschung belegt, dass Begegnungen, wenn sie unter bestimmten Voraussetzungen stattfinden, hierfür geeignet sind. Bemerkenswert ist, dass die Fachkräfte nur in wenigen Fällen auf die bestehende Fachpraxis interkultureller Begegnungen verweisen oder mit dieser kooperieren. Die fachlichen Grundlagen scheinen vielmehr weitgehend unbekannt zu sein und entsprechend findet der größte Teil der Begegnungen in den Angeboten statt, ohne dass fachliche Erfordernisse oder die notwendigen Bedingungen gegeben sind. So sind nicht in allen Fällen Voraussetzungen erfüllt, die von der Fachwelt als nötig erachtet werden, um durch Begegnungen Vorurteile zu verringern, z.B. gemeinsame Ziele (vgl. Amir 1976) und ein gleicher Status zwischen den sich begegnenden Personen (um Konkurrenz zu vermeiden) (vgl. Pettigrew 1969) sowie Kontakte mit mehreren Mitgliedern der Fremdgruppe (damit die positiven Kontakte schwerer als „Ausnahmen“ gedeutet werden können) (vgl. Wilder 1984).

Um Potenziale besser zu nutzen, die Begegnungen auch in der Arbeit mit rechtsextrem affinen oder ideologisierten Personen haben können, sollten diese Punkte stärkere Beachtung finden bzw. sollte dies durch die Einbeziehung von kompetenten Fachkräften aus dem Feld der interkulturellen Bildung stärker sichergestellt werden.

Trotz der nicht immer gegebenen günstigen Rahmenbedingungen berichten die Fachkräfte in den Angeboten von positiven Effekten,

die durch Begegnungen erzeugt werden konnten. So gelang es z.T., bei der Zielgruppe bestehende Vorurteile zumindest zu irritieren und neue Erfahrungsräume zu öffnen. Dies zeigt das folgende Interviewzitat, in dem das Vorurteil eines Jugendlichen über den privilegierten Status von jüdischen Menschen irritiert wurde:

„Fachkraft 1: Wir hatten da noch eine russische Jugendliche dabei [Fachkraft 2: mit ’nem jüdischen Hintergrund, ne]

Fachkraft 2: und einer meiner Teilnehmer war schwer beeindruckt, da, dass solche Menschen tatsächlich auch Probleme haben, auf dem Arbeitsmarkt sich durchbeißen müssen und so weiter und so fort. Und er hätte das so nie gedacht. Das hat die nachhaltig beeindruckt“ (Int. 08: 82–83).

Positive Erfahrungen werden insbesondere dann gemacht, wenn die Vorbehalte gegenüber der an der Begegnung teilnehmenden Gruppe eher gering ausgeprägt sind. Umgekehrt beschreiben die Praktiker/innen Grenzen von Begegnungsformaten, wenn auf Seiten der Zielgruppe verfestigte Weltbilder bzw. sehr starke Vorbehalte gegenüber der Gruppe vorliegen, mit der Kontakt aufgenommen werden soll. In diesen Fällen kann die Begegnung schon vorab an der Verweigerungshaltung der Zielgruppe scheitern. Einzelne Angebote versuchen diese Verweigerungshaltung zu überwinden, indem starke Anreize für die Begegnung gesetzt werden:

„Interviewer/in: Gab es da auch schon Klienten, die gesagt haben: ‚Nee, also nicht mit mir. Da habe ich keinen Bock drauf‘.

Fachkraft: Ehm, ... ja, klar natürlich. Und zwar in dem Bereich: Abgeschlossenes Weltbild. Wo dann gar nichts ging. Aber so was kann man zum Teil auch subtiler steuern... Der jugendliche Rechtsorientierte will mit mir auf ein Fußballspiel gehen, zu dem Verein, den er anhimmelt, den er mag. Und es wird ein Termin gefunden, wo wir beide auf das Heimspiel fahren können, wollen. Jetzt ist es so, dass ich eine Fahrtmöglichkeit organisiert habe, und das Auto fährt vor. Aber der Fahrer ist ein Schwarzer. Und das war nicht vorher abgesprochen, wurde auch nicht vorher darauf hingewiesen. Selbstverständlich wurde das aber mit Hintergrund gewählt. Was macht der Jugendliche jetzt, der eigentlich eine Abneigung gegen Ausländer oder Andersfarbige hat, aber der zu seinem Fußballspiel will. Und wohl oder übel, um sein Ziel zu erreichen, steigt er da mit ein. Und aufgrund einer Fahrtzeit von ein-einhalb Stunden kommt man zwangsläufig auch ins Gespräch“ (Int. 22: 179–181).

Ansetzen an Attraktivitätsmomenten der Ideologie

In einem Teil der Angebote werden im Rahmen inhaltlicher Auseinandersetzung auch Attraktivitätsmomente der Ideologie zum Gegenstand. Damit werden ebenso wie in Begegnungsformaten potenziell die Grenzen einer rein auf Wissensvermittlung abstellenden Auseinandersetzung überwunden. Dies steht in Übereinstimmung mit sozialpsychologischen Erkenntnissen, die nahelegen, im Zuge der Unterstützung von Deradikalisierungsprozessen sowohl kognitive als auch affektiv-motivationale Faktoren zu betrachten und einzubeziehen (vgl. Kruglanski/Gelfand/Gunaratna 2010).

Ein Ansetzen an ideologischen Attraktivitätsmomenten umfasst zunächst, die Frage aufzuwerfen, warum bestimmte ideologische Botschaften individuell attraktiv und subjektiv funktional sind. Nach den Erfahrungen der befragten Fachkräfte erschließen sich diese Motive nicht ohne Weiteres und die Zielgruppe ist dazu kaum auskunftsbereit und/oder -willig. Um dennoch Zugang zu den entsprechenden Informationen zu bekommen, haben sich Lebensweltnähe und ein Anknüpfen an den Interessen der Jugendlichen als günstige Herangehensweisen erwiesen. Mehrere Angebote greifen hierzu auf das in der Zielgruppe beliebte Medium Musik zurück, indem sie die Inhalte der konsumierten Musikstücke mit den Jugendlichen thematisieren (vgl. auch Elverich 2009). Wie das folgende Beispiel zeigt, können so Zugänge zu persönlichen Motiven geschaffen werden:

„Und dann bin ich mitten drinnen in Ideologie und zwar in einer sehr individualisierten Form, die sehr stark Selbstkonzepte auch bestimmt. Darüber kann ich mit den Leuten reden. Weil, dann bin ich erst einmal auf der oberflächlichen Ebene und rede über Musik, aber untergründig genau über das, was sie persönlich antreibt“ (WS 1: 42–43).

In vielen Angeboten ist die Klärung der Frage nach ideologischen Attraktivitätsmomenten auch mit biografischen Aufarbeitungsprozessen verbunden:

„Und dann ist es eben die inhaltliche Auseinandersetzung, die psychologischen Hintergründe, die Erziehungsmuster, diese ganzen Dinge, die sind sehr wichtig. ‚Warum überhaupt? Andere tun es ja auch nicht, warum bist du auf die Idee gekommen, dass Türken doof sind? Was hat dafür gesorgt?‘ Erst mal oberflächlich – eben nicht so ein prägendes Erlebnis, aber warum überhaupt? Welche Ängste sind da? Das sind halt die Punkte, die man dann auch klären muss“ (Int. 06: 212).

Die Bezugspunkte in der Auseinandersetzung können dabei vielfältig sein und sind stark einzelfallabhängig, da individuell jeweils unterschiedliche Attraktivitätsmomente zentral sind. Nicht selten stehen hinter der Hinwendung zum Rechtsextremismus neben Bedürfnissen nach Stärke und Aufwertung auch Zukunftssorgen, Wahrnehmungen gesellschaftlicher Problemlagen und politischer Gestaltungswille. So berichtet eine Fachkraft über einen Jugendlichen, für den Fragen sozialer Gerechtigkeit letztlich zentral waren:

„Also sein Lebensthema war, wie schafft man soziale Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt und seine Idee war, das geht nur in der völkischen Reinheit, und da muss man sozusagen dran arbeiten. Das geht auch in einer sozusagen pluralistischen Gesellschaft mit den Menschen aus unterschiedlichen Feldern, unterschiedlichen Orten, mit unterschiedlichen Religionen leben. Da haben wir sehr, sehr intensiv auch drüber diskutiert“ (Int. 15: 105).

Die geschilderten Strategien der Arbeit an ideologischen Attraktivitätsmomenten werden von den umsetzenden Angeboten als erfolgreich beschrieben, da sie ihren Erfahrungen zufolge dazu beitragen, Distanzierungen zu initiieren und zu unterstützen.

Mit Blick auf die umsetzenden Angebote lässt sich feststellen, dass in den Formaten, in denen mit Jugendlichen im Einstiegsprozess gearbeitet wird, ergänzend zur inhaltlichen Arbeit auf der Wissensebene nur selten eine Auseinandersetzung auf der Ebene von Attraktivitätsmomenten geführt wird. Häufiger wird ein solches Vorgehen von Ausstiegsangeboten realisiert, die mit stärker ideologisierten Zielgruppen und/oder solchen mit stärkeren Szeneeinbindungen arbeiten. Insofern lässt sich hier als Bedarf formulieren, dass auch in der Arbeit mit einstieggefährdeten Jugendlichen der Arbeit zu Attraktivitätsmomenten stärkeres Gewicht zukommen sollte.

Zusammenfassung

In sämtlichen in die Erhebung einbezogenen Angeboten finden inhaltliche Auseinandersetzungen mit den Zielgruppen statt. Der Stellenwert, den die inhaltliche Auseinandersetzung in der Arbeit hat, ist dabei jedoch unterschiedlich. Differenzen leiten sich zunächst daraus ab, dass mit Zielgruppen gearbeitet wird, die sich hinsichtlich ihres Ideologisierungsgrades unterscheiden. Formatspezifisch zeigen sich darüber hinaus noch weitere

Unterschiede. Der größte Teil der Thematisierungen erfolgt bei Angeboten, die mit Zielgruppen im Einstiegsprozess und auf freiwilliger Basis arbeiten, situativ, d.h. zumeist in Reaktion auf einschlägige Äußerungen der Zielgruppe. In den Ausstiegsangeboten ist die inhaltliche Auseinandersetzung in der Regel in stärkerem Maße strukturiert und verbindlich.

Der größte Teil der inhaltlichen Auseinandersetzungen wird von den Fachkräften der Angebote selbst geleistet. Nicht in allen Fällen verfügen die Fachkräfte jedoch über hinreichende themenbezogene und didaktische Kompetenzen für eine inhaltliche Auseinandersetzung. Insofern lassen sich hier Bedarfe für eine Unterstützung identifizieren, etwa im Rahmen von strukturierten und fallbezogenen Kooperationen mit Fachkräften (z.B. aus der politischen Bildung), die über diese Kompetenzen verfügen. Solche Kooperationen bestehen bislang nur in Einzelfällen.

In den Umsetzungserfahrungen der verschiedenen Angebote wird deutlich, dass inhaltliche Auseinandersetzungen bestimmte Voraussetzungen benötigen, um erfolgreich Prozesse der Distanzierung zu initiieren bzw. zu unterstützen. Eine für die inhaltlich-ideologische Auseinandersetzung bedeutsame Voraussetzung ist, eine entsprechende Bereitschaft und Motivation auf Seiten der Zielgruppe herzustellen, da diese nur z.T. bereits zu Beginn der Betreuung zu einer vertieften inhaltlichen Auseinandersetzung motiviert ist. Eine Mehrheit der Teilnehmenden verweigert (zunächst) aus unterschiedlichen Gründen eine solche Auseinandersetzung. Die Erfahrungen der Fachkräfte zeigen, dass es trotzdem gelingen kann, auch bei diesen Jugendlichen eine Auseinandersetzungsbereitschaft herzustellen. Notwendig hierfür sind zum einen lebensweltliche Bezüge und ein Anknüpfen an den Interessen der Jugendlichen bei der Thematisierung und zum anderen ein Vertrauensverhältnis der Jugendlichen zu den Fachkräften. Erst auf dieser Basis sind offene Auseinandersetzungen mit den Jugendlichen möglich.

Für eine erfolgreiche inhaltliche Auseinandersetzung ist es außerdem notwendig, an den jeweils vorliegenden individuellen Ideologieausprägungen und den zugrundeliegenden Motiven anzuknüpfen. Dies erfordert zunächst, die individuell ausgeprägten ideologischen Haltungen zu erfassen. Erkenntnisse hierzu werden v.a. durch persönliche Gespräche wie auch eine Analyse des Habitus gewonnen. Zusätzliche Informationen liegen vor, wenn die Klientinnen und Klienten durch Dritte in das Angebot verwiesen wurden, da diese Personen bzw. Institutionen zusätzlich Auskunft geben können.

Die vertieften inhaltlichen Auseinandersetzungen, die die Fachkräfte mit den Zielgruppen führen, wenn die genannten Voraussetzungen gegeben sind, gestalten sich in den Angeboten vielfältig. Unterscheiden lassen sich eher wissensbasierte Formen, eine mit Begegnungen operierende Form und eine eher auf Attraktivitätsmomente der problematisierten Ideologie bzw. Szenezugehörigkeit abstellende Form. Formen der Wissensvermittlung gestalten sich je nach vorliegendem Ideologisierungsgrad eher konfrontativ oder aufklärerisch. Aufklärerische Formen werden fast ausschließlich bei Zielgruppen angewandt, die „nur“ Affinitäten zu rechts-extremer oder fremdenfeindlicher Ideologie besitzen bzw. bestimmte Losungen plausibel finden. Inhaltlich geht es hier v.a. darum, ideologische Hintergründe aufzuzeigen und die Tragweite entsprechender Positionen sichtbar zu machen. Bei Zielgruppen mit ausgeprägteren Ideologisierungen werden hingegen sehr viel stärker konfrontative Vorgehensweisen praktiziert. Dabei werden die Wissensbestände der Jugendlichen stark in Frage gestellt und Diskussionsprozesse angeregt, die letztlich bei den Jugendlichen Irritationen auslösen sollen. Eine weitere Strategie besteht darin, Widersprüche zwischen ideologisch geprägten Idealen und der Lebenswelt der Zielgruppe herzustellen.

Zur inhaltlichen Auseinandersetzung werden in vielen Angeboten historisch „einschlägige“ Orte im Rahmen von Maßnahmen historisch-politischer Bildung aufgesucht. Entgegen einer in der Fachwelt verbreiteten Position, die den Sinn von Gedenkstättenpädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen anzweifelt, berichten die interviewten Fachkräfte auch von positiven Erfahrungen und ausgehenden Lernimpulsen auf Seiten der Jugendlichen. Diese positiven Erfahrungen sind jedoch an bestimmte Rahmenbedingungen (angemessene Vor- und Nachbereitung) und Herangehensweisen (z.B. Passgenauigkeit zu ideologischen Ausprägungen bei der Zielgruppe) gebunden, die jedoch nicht bei allen untersuchten Angeboten zu finden sind. Auch Kooperationen mit Gedenkstättenpädagoginnen und -pädagogen vor Ort waren selten und erscheinen ausbaubedürftig.

Häufig werden im Rahmen inhaltlicher Auseinandersetzung in den Angeboten Begegnungsformate realisiert. Die Begegnungen finden dabei mit Angehörigen von Gruppen statt, die jeweils abgewertet werden, z.B. Personen mit Migrationshintergrund oder solchen, die sich politisch explizit links verorten. Laut den Erfahrungen der Fachkräfte eignen sich solche Begegnungen besonders gut, um die Zielgruppe zu irritieren und

neue Erfahrungsräume zu öffnen. Allerdings beschreiben die befragten Fachkräfte Grenzen von Begegnungsformaten, wenn auf Seiten der Zielgruppe verfestigte Weltbilder bzw. sehr starke Vorbehalte gegenüber der Gruppe vorliegen, mit der die Begegnung stattfindet. Generell ließ sich feststellen, dass die Angebote nur z.T. die gängigen Fachstandards interkultureller Begegnungen berücksichtigen, sodass wichtige Voraussetzungen und Rahmenbedingungen dieser Arbeit nicht immer gegeben sind. Hier könnten Kooperationen mit einschlägigen Fachkräften dazu beitragen, die Potenziale etablierter Formate in der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen und Aussteigenden besser zu nutzen.

Ergänzend zu wissensbasierten Formen inhaltlicher Auseinandersetzung werden in einigen Angeboten auch die Attraktivitätsmomente von Ideologie bearbeitet. Hierbei wird versucht zu klären, welchen subjektiven Sinn rechtsextreme Ideologie bzw. Ideologiefragmente machen. Dieser erschließt sich in den meisten Fällen nicht ohne Weiteres, sodass die Projekte Wege finden müssen (z.B. über das Medium Musik oder biografische Gespräche), um in der Arbeit mit der Zielgruppe entsprechende Inhalte zu bearbeiten. Attraktivitätsmomente zu klären wird häufig als wichtiger Bestandteil beschrieben, um Distanzierungsprozesse bei stärker ideologisierten Zielgruppen und/oder solchen mit stärkeren Szenebindungen zu unterstützen. Nur selten hingegen wird es in Angeboten der Streetwork und der multiplikatorenvermittelten Einzelberatung für Einstiegsgefährdete praktiziert, obwohl auch und gerade in der Arbeit mit diesen Zielgruppen die Beschäftigung mit den Attraktivitätsmomenten ein zentraler Bestandteil der Initiierung und Unterstützung von Distanzierungsprozessen sein könnte. Hier lassen sich Bedarfe nach einer stärkeren Umsetzung ausmachen.

Exkurs: Genderreflektierende Arbeit

Stellenwert genderreflektierender Arbeit

Ein fachliches Desiderat, das seit vielen Jahren für die Arbeit mit rechts-extrem orientierten jungen Menschen formuliert wird, ist die Einbeziehung genderreflektierender Perspektiven sowie die Entwicklung und Realisierung entsprechender Ansätze in der pädagogischen Praxis (vgl. Pingel/Rieker 2002). Gefordert wird eine stärker genderreflektierende Ausrichtung dieser Arbeit sowohl mit Blick auf Jungen und junge

Männer (vgl. u.a. Möller 2000; Lehnert 2006 und 2008; Rommelspacher 2009) als auch in Bezug auf Mädchen und junge Frauen (Elverich/Glaser 2009; Lehnert 2013).

Eine konzeptionelle Verankerung genderreflektierender Zielstellungen und Arbeitsinhalte konnte im Rahmen dieser Erhebung bundesweit nur bei drei Angeboten identifiziert werden, die Distanzierungsprozesse vom Rechtsextremismus bei jungen Menschen unterstützen wollen. Alle drei Angebote richten sich an einsteigsgefährdete Jugendliche, zwei davon spezifisch an Jungen/junge Männer.⁴⁹

In vielen Angeboten – sowohl der Arbeit mit Einstiegsgefährdeten als auch mit ausstiegswilligen Jugendlichen – zeigten die Fachkräfte jedoch durchaus ein grundsätzliches Problembewusstsein für die Notwendigkeit, genderreflektierende Elemente in diese Arbeit zu integrieren.

Allerdings zeigten sich mit Blick auf männliche und weibliche Zielgruppen der Arbeit sehr unterschiedliche Intentionen für derartige Thematisierungen, die auch mit unterschiedlichen, geschlechtsspezifischen Schwerpunktsetzungen verbunden waren: Bei männlichen Jugendlichen wurden einseitige, dichotome Geschlechtervorstellungen und Rollenentwürfe in der Regel in einen Zusammenhang mit der Attraktivität rechtsextremer Ideologiefragmente und Verhaltensweisen gestellt – und es wurde vor diesem Hintergrund versucht, entsprechende Facetten (hyper-)maskuliner Rollenverständnisse gezielt zu problematisieren und zu hinterfragen. Mit Mädchen und jungen Frauen wurden Geschlechterrollen dagegen vorrangig im Sinne „parteilicher Mädchenarbeit“ thematisiert, um sie z.B. zu bestärken, sich aus hierarchischen und/oder gewalttätigen Partnerschaften zu lösen oder berufliche Pläne jenseits traditioneller Rollenaufteilungen zu verfolgen (vgl. Glaser i. E.).

Diese unterschiedlichen Zielstellungen erscheinen vordergründig insofern plausibel, als die Zusammenhänge zwischen hypermaskulinen Männlichkeitsnormen und den gewaltverherrlichenden und dominanzorientierten Facetten rechtsextremer Ideologien und Erscheinungsformen unmittelbar evident sind. Traditionelle weibliche Rollenbilder beinhalten dagegen vielfach gerade solche Verhaltensweisen und

49 Ein weiteres recherchiertes Angebot arbeitete mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Jugendarbeit mit der Zielstellung, diese für eigene genderspezifische Wahrnehmungen und Vorgehensweisen zu sensibilisieren und mit ihnen gemeinsam alternative Vorgehensweisen in der pädagogischen Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen (bzw. mit Jugendlichen, die fremdenfeindliche, homophobe etc. Vorurteile vertreten) zu erarbeiten.

Eigenschaften – wie Friedfertigkeit oder Sorge für andere – die den ausgrenzenden und gewalttätigen Inhalten rechtsextremer Ideologien eher entgegenstehen scheinen. Allerdings liefern Studien auch Hinweise darauf, dass es durchaus spezifische, aus weiblichen Erfahrungen und Lebenslagen resultierende Affinitäten zu rechtsextremen Ideologien gibt. Dazu gehören etwa eine spezifisch begründete Anfälligkeit für Autoritarismus oder auch eine „Ethnisierung von Sexismus“ (Möller 2000), d.h. eine einseitige Schuldzuweisung an „ausländische“ Männer bei erfahrener (oder befürchteter) sexueller Unterdrückung und Gewalt (vgl. zur Diskussion entsprechender Befunde auch Rommelspacher 2012).

Insofern zeigt sich für die gegenwärtige Praxis der Bedarf, Fachkräfte noch stärker auch für diese genderspezifischen Zusammenhänge und Problemdimensionen im Handlungsfeld zu sensibilisieren⁵⁰ – und auch in dieser Hinsicht genderreflektierend mit Mädchen und jungen Frauen zu arbeiten.

Vorgehensweisen und Praxiserfahrungen

Die praktizierten Vorgehensweisen, um genderreflektierende Prozesse bei den Jugendlichen anzuregen, ähneln sich allerdings in der Arbeit mit männlichen und weiblichen Jugendlichen.

In der Arbeit mit beiden Geschlechtern wird von befragten Fachkräften verschiedentlich die Bedeutung alternativer Rollenentwürfe betont, die für die Jugendlichen unmittelbar erfahrbar sind. Die Fachkräfte sehen es dabei als ihre Aufgabe, selbst als positive Rollenmodelle für die Jugendlichen zu fungieren, um ihnen alternative, weniger dichotome und hierarchische Möglichkeiten der Ausgestaltung von Geschlechterrollen aufzuzeigen. (In diesem Zusammenhang wird auch geschlechtsheterogenen Teambesetzungen ein bedeutsamer Stellenwert zugesprochen, um diese alternativen Entwürfe nicht nur gegenüber den Jugendlichen

50 Hinzukommt, dass die Wahrnehmung von Mädchen und jungen Frauen primär als Opfer männlicher Unterdrückung in Verbindung mit ihrem weniger offensiven Auftreten bei einzelnen Fachkräften nach wie vor den Blick auf weibliche Szeneangehörige als Akteurinnen mit eigenen ideologischen Überzeugungen, gewaltunterstützenden sowie z. T. auch eigenen gewalttätigen Neigungen und Handlungen zu verstellen bzw. zu erschweren scheint. Im Rahmen dieser Untersuchung fanden sich auch Hinweise dafür, dass der bereits mehrfach konstatierte Befund einer entsprechenden „Unsichtbarkeit“ von Mädchen und jungen Frauen in rechtsextremen Szenen (vgl. Pingel 2002, Elverich/Köttig 2009, Lehnert 2013) zumindest für Teile der pädagogischen Praxis (und nochmals stärker für nicht-pädagogische Akteure) im Handlungsfeld weiterhin gültig ist (vgl. Glaser i. E.).

zu postulieren, sondern auch im kollegialen Umgang oder durch eine gezielt nicht-geschlechtsspezifische Übernahme von Aufgaben im Team demonstrieren zu können).

Darüber hinaus werden Geschlechterstereotype anlassbezogen thematisiert (etwa wenn Jugendliche entsprechende Positionen vertreten oder wenn Pädagoginnen/Pädagogen von aktuellen Beziehungskonflikten erfahren). In diesen Gesprächen versuchen die Fachkräfte, Irritationen bei den Jugendlichen zu erzeugen und Reflexionsprozesse anzuregen, indem sie z.B. Positionen und Verhaltensweisen ironisieren und übersteigern (v.a. bei männlichen Jugendlichen) bzw. den Jugendlichen zurückspeigeln oder indem sie ihnen die problematischen Implikationen solcher stereotypen Rollenentwürfe für sie selbst aufzuzeigen versuchen.

Deutlich erkennbare Erfolge mit diesen Vorgehensweisen wurden v.a. von Betreuungen berichtet, in denen mit Mädchen und jungen Frauen gemäß den oben geschilderten Zielstellungen gearbeitet wurde. So wurden Beispiele geschildert, wie Klientinnen motiviert und unterstützt werden konnten, sich eine eigenständige berufliche Existenz aufzubauen oder problematische Beziehungsmuster und Abhängigkeitskonstellationen in Beziehungen mit rechtsextremen Männern therapeutisch aufzuarbeiten.

Aus der Arbeit zu hypermaskulinen oder auch nur traditionellen Männlichkeitsbildern wurden dagegen eher bescheidenere Erfolge berichtet (Anstöße zum Nachdenken gesetzt etc.), und es wurden häufiger Erfahrungen des Scheiterns thematisiert. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte sein, dass Geschlechterrollenbilder unmittelbarer Bestandteil von Identitätskonstruktionen sind. Insofern stößt das Hinterfragen solcher Konstruktionen – zumal bei männlichen Jugendlichen, wenn sie keinen für sie unmittelbar plausiblen Gewinn aus der Verabschiedung von Stärke- und Dominanzvorstellungen ziehen können – auf vergleichsweise hohe Widerstände. Gerade bei Jugendlichen, die sich aus Gründen der Identitätssuche und -vergewisserung in rechtsorientierte bzw. rechts-extreme Szenen begeben, kann dies sogar zu kontraproduktiven Effekten führen, wie das folgende Fallbeispiel zeigt:

Fallbeispiel „Rico“

Rico war den Sicherheitsbehörden durch seine Aktivitäten im Umfeld einer rechts-extremen Partei aufgefallen und wurde aufgrund seines aggressiven und gewalttätigen Auftretens in das Angebot vermittelt. Um an seiner Aggressivität zu arbeiten,

wurde ihm eine auf ihn abgestimmte, sehr zeit- und personalintensive Trainingsmaßnahme angeboten, auf die er sich auch zunächst einließ. In diesem Training wurde sehr fokussiert an den Themen Angst und Schwäche gearbeitet. Dabei gingen die Trainer/innen davon aus, dass die Möglichkeit, seine Schwächen und Unsicherheiten zu zeigen und sich selbst einzugestehen, auf Dauer attraktiver sein würde als das Festhalten an rechtsextremen Dominanz- und Stärkeideologien. Das Aufzeigen anderer Persönlichkeitsfacetten und das ständige Hinterfragen von für ihn aktuell relevanten Idealen und Orientierungen hatte bei Rico jedoch genau den gegenteiligen Effekt: Bei ihm siegte – so das Fazit eines Mitarbeiters – „die Sehnsucht nach Stärke“, und er zog sich in seine Szenezusammenhänge zurück (Int. 23: 29 ff.).

In diesem Fall gelang es offensichtlich nicht, das Hinterfragen problematischer Identitätskonstruktionen mit für den Jugendlichen attraktiven und funktionalen Alternativen zu verknüpfen. So konstatierte der interviewte Mitarbeiter rückblickend auch selbstkritisch „dass die anderen [die rechts-extreme Gruppe, M.G.] das besser hingekriegt haben, ihn bei den Dingen abzuholen, die im Moment für ihn wichtiger waren, nämlich wie gesagt, hart zu sein, zu kämpfen, nichts aus dem Wege zu gehen, konsequent zu sein.“

Die Fachdebatte aus der Perspektive der Praxis

In der aktuellen Fachdiskussion zu Gender und Rechtsextremismus wird nicht nur Kritik an der mangelnden Integration genderreflektierender Elemente in die Fachpraxis der Rechtsextremismusprävention formuliert, sondern es werden auch diesbezügliche konzeptionelle Überlegungen und Empfehlungen für die pädagogische Arbeit entwickelt.⁵¹

Diese Positionen und Überlegungen der Fachdiskussion waren zum Zeitpunkt dieser Erhebung nur in Teilen der pädagogischen Fachpraxis bekannt (bei nichtpädagogischen Fachkräften durchgängig nicht). Auf einem Workshop „Gender in der Distanzierungsarbeit“, der mit befragten Praktikerinnen und Praktikern ergänzend zu den Interviews durchgeführt wurde, wurden deshalb – neben der Diskussion *gender-spezifischer*

51 Im Kern zielen diese Überlegungen darauf ab – neben einer geforderten stärkeren Problemsensibilisierung und selbstkritischen Reflexion eigener Geschlechterstereotype auf Seiten der Fachkräfte – den Jugendlichen eine Vielfalt geschlechtlicher Identitäten aufzuzeigen und anzubieten, um dadurch der Herausbildung einseitiger Entwürfe entgegenzuwirken sowie Räume zu schaffen, die es ermöglichen, sich Dominanz- und Unterordnungsanforderungen zu entziehen. Kritisch bzw. als tendenziell rechtsextreme Affinitäten bestärkend werden dagegen Angebote gesehen, die an Interessen anknüpfen, welche als traditionell „männlich“ gelten (vgl. hierzu insbesondere Lehnert 2011, Könnicke u. a. 2011 sowie die Sammelbände von Claus u. a. 2010 und von Radvan 2013).

Anforderungen in der Arbeit – auch aktuelle Positionen der Fachdiskussion zum Thema „Genderreflektierende Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen“ vorgestellt und diskutiert.

In den Diskussionen dieses Workshops (wie auch in einigen Interviews) wurde erkennbar, dass zu diesem Thema derzeit ein besonders ausgeprägtes „Passungsproblem“ zwischen theoriebasierter Fachdebatte und erfahrungsbasierter Fachpraxis besteht.

So teilten die anwesenden Praktiker/innen vor dem Hintergrund ihrer Kenntnisse und Erfahrungen zwar wesentliche Aussagen der aktuellen Fachdiskussion zu genderspezifischen Aspekten und Dimensionen von Rechtsextremismus im Jugendalter. Die in der Literatur formulierten und damit verknüpften konzeptionellen Überlegungen zur Dekonstruktion einseitiger Geschlechterkonstruktionen und zur Vermittlung pluralisierter Gegenentwürfe wurden allerdings als nur begrenzt hilfreich bzw. geeignet für die eigene Arbeit bewertet.

Problematisiert wurde insbesondere

- eine mangelnde Übertragbarkeit der in der Fachliteratur formulierten Überlegungen auf die eigene Zielgruppe. Diese zielten im Wesentlichen darauf ab, der *Herausbildung* problematischer Geschlechterkonstruktionen entgegenzuwirken und wären deshalb eher für eine vorbeugende, universalpräventive Arbeit geeignet. Für die Arbeit mit einer Klientel, die in Bezug auf Geschlechterbilder bereits „in den Brunnen gefallen“ (Workshop-Protokoll WS Eisenach2, 06.06.2012) sei, seien diese Überlegungen jedoch nicht passend bzw. würden keine begehbaren Wege aufzeigen.
- ein Ausblenden von „Körperlichkeit“ und „Leiblichkeit“ bzw. der Frage, inwiefern mit körperlichen Gegebenheiten (differierende) Erfahrungen, aber auch Bedürfnisse von jungen Männern und Frauen verknüpft sind⁵² – und was dies für präventive und genderreflektierende Arbeit in diesem Handlungsfeld ggf. bedeutet (etwa im Umgang mit dem unter männlichen Zielgruppen dieser Arbeit sehr verbreiteten Interesse an Kraftsport und Kampfsportarten).⁵³

52 Zu dieser „Leerstelle“ aktueller Gender-Debatten vgl. auch Brenner 2014.

53 Gerade zu diesem Thema wurde in einzelnen Interviews ein Bedarf der Praxis an wissenschaftlichen Antworten erkennbar, um eigene Praxisbeobachtungen einordnen und pädagogisch adäquat reagieren zu können. Die hinter diesen Fragen stehende Grundfrage, in welchem Maße hier biologische Anlagen eine Rolle spielen, ist allerdings in der Wissenschaft nach wie vor unentschieden bzw. wird von den unterschiedlichen Disziplinen sehr unterschiedlich beantwortet.

- eine mit Blick auf die Zielgruppen bzw. ihr Lebensumfeld sehr ambitionierte Zielstellung dieser Konzepte. Als schwierig bis wenig realistisch wurde es erachtet, sich ausgerechnet mit diesen Jugendlichen über Geschlechterentwürfe verständigen zu wollen, denen das etablierte Rollenverständnis der Normalbevölkerung noch vielfach hinterherhinke und die durch das soziale Umfeld, in dem die Jugendlichen sich bewegten bzw. in das sie sich reintegrieren sollten, konterkariert würden.
- eine Gefahr, die damit verbunden sei, wenn mit Jugendlichen, die hinsichtlich ihrer aktuellen Geschlechter(selbst)bilder bereits „verfestigte“ Orientierungen zeigten, mit stark entgegengesetzten Rollenkonzepten gearbeitet werde. Ein solches Vorgehen könne, wenn es von den Jugendlichen als zu verunsichernd und überfordernd erlebt werde, zu einem verstärkten Rückzug auf eben diese Rollenentwürfe führen.

Aus den in Interviews geschilderten Erfahrungen und den Workshopdiskussionen lassen sich zusammenfassend zwei zentrale Herausforderungen ableiten, die sich aus Sicht der Praxis aktuell in der Arbeit in diesem Handlungsfeld stellen:

- Wege zu finden, wie ausgehend vom Status quo aktueller, seitens der Jugendlichen häufig als funktional erlebter, einseitiger und starrer Geschlechtsrollenkonstruktionen eine schrittweise Hinführung zu alternativen Rollenentwürfen gelingen könne.
- Antworten zu finden, wie konkrete Rollenentwürfe aussehen könnten, die einerseits emanzipativen Zielen Rechnung tragen und weniger anschlussfähig an rechtsextreme Ideologien sind, andererseits für die Jugendlichen realisierbar und in ihre aktuelle Lebenssituation integrierbar sind.

7 Zusammenfassende Diskussion der Ergebnisse

7.1 Elemente gelingender Praxis

Voraussetzungen und strukturelle Rahmenbedingungen

Qualifikationen

Als Ergebnis der Studie lässt sich zunächst festhalten, dass für eine zielführende Arbeit sowohl mit rechtsextrem orientierten als auch rechtsextremen Jugendlichen – unabhängig davon, ob mit einstiegsgefährdeten oder ausstiegswilligen Jugendlichen gearbeitet wird – auf Seiten der Fachkräfte spezifische Qualifikationen erforderlich sind. Zum einen sind dies (sozial)pädagogische Grundqualifikationen, da sozialintegrative Unterstützungsangebote – unabhängig vom Angebotsformat und von der Zielgruppe, mit der gearbeitet wird – einen zentralen Bestandteil distanzierungsfördernder Arbeit darstellen. Insofern bildet ein (sozial)pädagogisches Ausbildungsprofil der Mitarbeitenden ein hilfreiches Grundgerüst für die Arbeit mit einstiegsgefährdeten, in rechtsextreme Szenen involvierten und ausstiegswilligen Jugendlichen.

Ob und in welchem Umfang jedoch (sozial)pädagogisch ausgebildete Mitarbeitende in den Angeboten vertreten sind, hängt deutlich von der Trägeransiedlung der Angebote ab. In der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen und in einem Teil der Ausstiegshilfen ist diese Qualifikation durch die Anbindung der Angebote an Einrichtungen der Jugendhilfe – und deren (sozial)pädagogische Anforderungsprofile – gegeben. In Ausstiegsangeboten, die bei Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden angesiedelt sind, wird darüber hinaus ein derartiges Qualifikationsprofil zwar mittlerweile auch als erforderlich für die Qualität der Angebotsumsetzung erachtet, jedoch wird dieser Anspruch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur bedingt in den Angeboten durch die Integration von (sozial)pädagogisch ausgebildetem Personal bzw. zumindest begrenzt durch entsprechende Fortbildungsmaßnahmen umgesetzt. Insofern zeigt sich in dieser Hinsicht noch Entwicklungsbedarf.

Allerdings spricht dies nicht per se gegen die Einbindung sicherheits- und strafverfolgungsbehördlicher Kompetenzen im Feld der

Ausstiegsarbeit, denn gerade in der Arbeit mit denjenigen Ausstiegswilligen, die einen erhöhten Schutzbedarf aufweisen, können sich entsprechende Qualifikationsprofile als förderlich erweisen.

Besonders langjährig und intensiv eingebundene Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten (z.B. in Kaderpositionen) oder junge Frauen, die sich mit ihren Kindern von rechtsextremen Partnern aus Szenezusammenhängen lösen möchten, sind z.T. auf umfassende Maßnahmen des Personenschutzes angewiesen, die nur durch Angebote von Trägern aus dem Sicherheits- und Strafverfolgungsbereich bereitgestellt werden können (vgl. auch Glaser/Hohnstein/Greuel 2014).

Vor diesem Hintergrund erweisen sich insbesondere in der Ausstiegsarbeit multiprofessionelle Teams oder Trägerkooperationen, wie sie bereits punktuell bestehen, als besonders vielversprechend. Solche kompetenzbündelnden Konstellationen, die Schlüsselkompetenzen der sozialen Arbeit (und auch von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden) in sich vereinen, ermöglichen eine auf die individuellen Klientenbedarfe zugeschnittene Beratung (sowie einen fachlichen Austausch der Mitarbeitenden) und verfügen in der Regel über umfassende Kontaktnetzwerke in verschiedene potenziell relevante Kooperationsfelder hinein.

Des Weiteren ist spezifisches Wissen zu aktuellen und historischen rechtsextremen Szenen und Bewegungen, zu deren Stilen und Akteuren, zu Argumenten, Diskursen und Ideologien sowie zu Hintergründen und Verläufen rechtsextremer „Karrieren“ erforderlich, um auf die jeweiligen Ausprägungsformen des Phänomens bei Jugendlichen reagieren zu können. Um eine solche inhaltliche Kompetenz zu gewährleisten, wird eine stetige Fort- und Weiterbildungsbereitschaft von den Fachkräften als unerlässlich erachtet, da auch rechtsextreme Szenen und Diskurse fortwährenden Wandlungs- und Erneuerungsprozessen unterliegen. Neben eigeninitiativer Wissensaneignung (z.B. über Recherchen oder das stetige Verfolgen wissenschaftlicher und fachpraktischer Debatten) haben sich hierfür auch Weiterbildungsangebote regionaler und überregionaler Bildungsträger als hilfreich erwiesen.

Über die benannten (sozial)pädagogischen und inhaltlichen Kernqualifikationen hinaus erweisen sich noch weitere Kompetenzen in der Arbeit als bedeutsam. Hierzu zählen fachliche (Zusatz-)Qualifikationen, z.B. im Bereich der Antigewaltarbeit, in der Bearbeitung (psycho-)therapeutischer Bedarfe oder in klientenzentrierter sowie konfrontativer Gesprächsführung, aber auch Kenntnisse der Strukturen und Verfahren des Strafrechtssystems sowie des Systems der Sozialen Hilfen.

Außerdem werden spezifische Persönlichkeitseigenschaften wie Authentizität und ein selbstbewusstes, bestimmtes Auftreten, soziale Kompetenzen wie Kontakt-, Kommunikations- und Empathiefähigkeit, aber auch ein humanistisches Menschenbild als zentral erachtet.

Während in Bezug auf die Relevanz der zuvor genannten Kompetenzen und Haltungen weitestgehend Einigkeit in der Fachpraxis besteht, stellt sich die Haltung der Fachkräfte zu medialen bzw. medienpädagogischen Kompetenzen etwas widersprüchlicher dar. Ein Teil der Befragten erachtet sie als ebenso zentral, da sich rechtsextreme Lebens- und Erlebniswelten sowie Kommunikationsstrukturen stärker in virtuelle Räume verlagern und virtuelle Räume aus dem sozialen Handeln Jugendlicher grundsätzlich nicht mehr wegzudenken sind. Deshalb verstehen einzelne Fachkräfte die Erschließung dieses Handlungs- und Kommunikationsraums für die eigene Arbeit, aber auch die Befähigung der Jugendlichen im Umgang mit diesem Medium und dessen Inhalten als unerlässlichen Bestandteil einer lebensweltorientierten Arbeit. Ein anderer Teil der Befragten hingegen leitet hieraus noch keinen Handlungsauftrag ab, wobei sichtbar wurde, dass ein geringes Problembewusstsein sowie mangelnde Medienaffinität zumindest teilweise hierfür ausschlaggebend sind.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Arbeit mit rechtsextrem orientierten und rechtsextremen Jugendlichen ein fachlich spezialisiertes Arbeitsfeld darstellt, das nicht nur persönlich herausforderungsvoll ist, sondern auch eine Vielzahl von Kern- und Zusatzkompetenzen erfordert. Insofern ist dieses Arbeitsfeld für Berufsanfänger/innen nur bedingt geeignet, da die benannten Qualifikationen in der Regel nur über langjährige Aus- und Weiterbildungsprozesse sowie über arbeitspraktische Erfahrungen erworben werden können. In solchen Fällen bedarf es zumindest einer fundierten Einarbeitungsphase und eines intensiven und kontinuierlichen Austauschs mit erfahrenen Kolleginnen und Kollegen aus dem Arbeitsfeld.

Teamarbeit und Teamkonstellationen

Die professionelle Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen ist Teamarbeit. Sogenannte „Einzelkämpfer“ sind im Feld die Ausnahme. Die Arbeit in Teams erweist sich aus unterschiedlichen Gründen als gewinnbringend. Um den Aufbau vertrauensvoller Arbeitsbeziehungen zu ermöglichen, ist es förderlich, wenn Jugendliche die Wahl haben, sich unter verschiedenen Fachkräften für eine Hauptbezugsperson

entscheiden zu können. Neben Sympathiefragen und lebensweltlicher Nähe können hier z.B. auch die Persönlichkeit sowie das Geschlecht der Fachkräfte, aber auch die biografischen Erfahrungen der Jugendlichen auswahlrelevant sein.

Es erweist sich als förderlich, wenn die Fachkräfte unterschiedliche soziale Rollen verkörpern. Sie können unterschiedliche Zugänge zu den Lebenswelten und Problemen der Jugendlichen eröffnen, u.a. wenn Fachkräfte einzelne Interessen von Jugendlichen, bspw. an sportlichen Aktivitäten oder jugendkulturellen Ausdrucksformen, teilen oder für die Jugendlichen aktuell relevante Rollen anbieten können (z.B. Vaterfigur, positive Geschlechtsrollen). Allerdings gilt es ebenfalls, spezifische Rollenerwartungen der Klientel nicht dauerhaft zu bedienen sowie v.a. solche Rollenerwartungen, die Bezüge zu rechtsextremen Ideologien und Ausprägungen aufweisen (wie bspw. spezifische Geschlechtsrollenbilder, Autoritätserwartungen etc.) durch das persönliche Vorleben von alternativen Rollenmodellen zu irritieren und auf diese Weise Prozesse der Reflexion zu initiieren.

Von besonderer Bedeutung ist es, dass weibliche Fachkräfte im Team verfügbar sind, da rechtsextrem orientierte und rechtsextreme Mädchen und junge Frauen besondere Problembelastungen aufweisen können, bei deren Thematisierung und Bearbeitung männliche Mitarbeiter an ihre Grenzen stoßen können. Des Öfteren gelingt es ihnen nicht, die benötigte Vertrauensbasis zu schaffen, um besonders intime Themen, Beziehungsprobleme oder gar Gewalterfahrungen von Klientinnen besprechen zu können. Im Gegensatz dazu zeigen sich Mädchen und junge Frauen in Gesprächen „von Frau zu Frau“ eher bereit, sich anzuvertrauen und sich intensiver mit den angebotenen Handlungsalternativen auseinanderzusetzen.

Darüber hinaus sind Kolleginnen und Kollegen im Team eine wichtige Instanz bei Rückkopplungs- und Reflexionsbedarf, der sich in diesem herausforderungsvollen und oft auch persönlich belastenden Arbeitsfeld in besonderem Maße stellt. Vor allem Fachkräfte, die neu im Arbeitsfeld sind, schreiben solchen Austauschmöglichkeiten eine hohe Bedeutung zu.

Des Weiteren ermöglicht Teamarbeit, dass Mitarbeitende verschiedene Fachkompetenzen in die Fallarbeit einbringen. Steht den Jugendlichen ein/e Hauptansprechpartner/in zur Verfügung, können weitere Fachkräfte dieser beratend zur Seite stehen oder einzelne Aufgaben im Beratungsprozess übernehmen. Wird ein Fall von zwei Fachkräften parallel

bearbeitet⁵⁴, können zudem unterschiedliche Rollen übernommen werden, und es besteht die Möglichkeit, dass im Bedarfsfall eine zweite Fachkraft vermittelnd oder intervenierend eingreifen kann. In Teamkonstellationen besteht schließlich auch die Möglichkeit, in Fällen, in denen die ‚Chemie‘ zwischen einzelnen Fachkräften und Jugendlichen nicht stimmt, die Berater/innen zu wechseln.

Kooperationen

Eine weitere Voraussetzung für eine gelingende Arbeit mit der Zielgruppe sind Kooperationen mit Akteuren aus anderen Handlungsfeldern. Dazu gehören eine Zusammenarbeit mit Akteuren des Hilfesystems, d.h. mit Einrichtungen der Jugend, Familien- und Sozialhilfe sowie der Arbeitsmarktintegration, des Weiteren mit Beratungsstellen und therapeutischen Hilfen, aber auch mit den sozialen Hilfen der Justiz. Darüber hinaus hat sich für multiplikatorenvermittelte Beratungen für Einstiegsgefährdete sowie für behördliche Ausstiegshilfen die Kooperation mit Sicherheits- und Justizbehörden als bedeutsam herausgestellt. Seltener existieren Kooperationsbeziehungen zu Migrantenverbänden oder Religionsgemeinschaften. Wenn Kontakte zu diesen Vereinigungen bestehen, werden sie von Praktiker/innen jedoch als wertvolle Ressource v.a. für die inhaltlich-ideologische Auseinandersetzung erachtet.

Zum einen spielen diese Kooperationen eine entscheidende Rolle bei der Gewinnung von Zielgruppen für die Arbeit, zum anderen sind sie zentral, um den vielfältigen Aufgaben gerecht zu werden, die sich aus den spezifischen Problemlagen der betreuten Jugendlichen ergeben. Darüber hinaus zeichnen sich auch Kooperationsbeziehungen innerhalb des Handlungsfeldes als hilfreich ab: Sie ermöglichen nicht nur einen Transfer von Erfahrungswissen, sondern auch fallbezogene Zusammenarbeiten, etwa um Jugendliche in Angebotsformate weiter zu vermitteln, die ihren spezifischen Bedarfen in besonderem Maße gerecht werden (oder, im Falle von Ausstiegsarbeit, auch eine Betreuung in räumlicher Distanz von bisherigen, als hinderlich oder als Gefahrenpotenzial eingestuften Szenebezügen zu ermöglichen).

54 In der Streetwork ist diese Konstellation Standard und sie ist auch in polizeilichen Ausstiegsangeboten – hier aus Sicherheitsgründen – üblich. In einzelnen Angeboten der Einzelberatung werden 2 : 1 Konstellationen allerdings abgelehnt, da die Jugendlichen gegenüber ihren Beraterinnen und Beratern dann auch zahlenmäßig in der schwächeren Position seien, was eine nicht-hierarchische Arbeitsbeziehung zusätzlich erschweren könne.

Als besonders gewinnbringend haben sich Kooperationsbeziehungen herausgestellt, die im Rahmen von behördlicher Zusammenarbeit institutionalisiert sind oder sich institutionen- und arbeitsfeldübergreifend über einen längeren Zeitraum verstetigt haben. Diese Kooperationsbeziehungen sind häufig durch ein besonderes Vertrauen sowie durch konventionalisierte gemeinsame Arbeitsprozesse gekennzeichnet, auf deren Basis Informationsflüsse erleichtert und im Bedarfsfall schnelle und unbürokratische Hilfen bereitgestellt werden können.

Der Aufbau und die Pflege solcher Kooperationsnetzwerke werden von den Fachkräften als äußerst zeit- und arbeitsintensiver Prozess beschrieben, der neben einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit und einer systematischen Ansprache potenzieller Partner auch eine kontinuierliche Kontaktpflege erfordert. Als zusätzlich zeitlich intensiv erweist sich der Kooperationsaufbau dann, wenn professionsbedingte Vorbehalte zwischen den Akteuren (z.B. zwischen polizeilichen Angeboten und Angeboten der Jugendarbeit) existieren. All dies stellt sich gerade für neue Akteure im Arbeitsfeld sowie für projektfinanzierte Angebote als besonders herausforderungsvoll dar, weshalb diesem Arbeitsschwerpunkt bereits im Rahmen der Projektplanung der notwendige Stellenwert eingeräumt werden sollte.

Als gelingend werden v.a. Kooperationen beschrieben, in denen sich die beteiligten Akteure ihrer professionellen Kernkompetenzen (und Grenzen) bewusst sind und vor diesem Hintergrund die Einbindung von Akteuren aus anderen Arbeitsfeldern als Mehrwert betrachten.

Längerfristigkeit und Kontinuität

Zudem erweisen sich Längerfristigkeit und Kontinuität als bedeutsam für die Distanzierungsarbeit. Hierfür können mehrere Gründe angeführt werden. Erstens erfordert die Arbeit mit den Zielgruppen belastbare und vertrauensvolle Arbeitsbeziehungen, deren Entstehung zunächst einer Phase des „Beschnupperns“ (Int. 17: 56), Kennenlernens und Vertrauensaufbaus bedarf. Aber auch im weiteren Verlauf der Zusammenarbeit müssen sich Fachkräfte als verlässliche und vertrauensvolle Partner bewähren. Kontinuität bedeutet in diesem Kontext zum einen, dass die Dauer der z.T. mühevoll aufgebauten Arbeitsbeziehung durch die individuellen Bedarfe und Entwicklungsfortschritte der Jugendlichen definiert wird und nicht durch strukturelle Rahmenbedingungen, z.B. durch das Auslaufen eines Projekts. Betreuungsabbrüche aus diesen Gründen könnten das Vertrauen der Jugendlichen in das soziale Hilfesystem

erschüttern und Zugänge zu ihnen nachhaltig verbauen. Kontinuität bedeutet an dieser Stelle auch personelle Konstanz, d.h., ein Fachkräftewechsel sollte vermieden werden, da auch dieser zum Verlust des Vertrauens der Jugendlichen in verlässliche Arbeitsbeziehungen führen kann.

Zweitens ist die Distanzierung vom Rechtsextremismus generell ein langwieriger Prozess, weshalb Angebote schon deshalb längerfristig angelegt sein sollten. Drittens sind die Probleme, die die Jugendlichen aufweisen, teilweise sehr komplex und erfordern die Einbindung von diversen Hilfen, sodass sich auch der Prozess der Problembearbeitung unter Umständen sehr langwierig gestalten kann.

Viertens ist der Aufbau eines breiten Netzwerks von Kooperationspartnern sehr zeit- und arbeitsintensiv, sodass eine Investition von Ressourcen in Netzwerkarbeit nur dann sinnvoll erscheint, wenn Kooperationsbeziehungen langfristig aufgebaut und gepflegt werden können. Erfahrungen der Befragten veranschaulichen, dass insbesondere beim Aufbau von Kooperationen zwischen Akteuren aus unterschiedlichen staatlichen Systemen und Berufsfeldern (z.B. zwischen Sozialer Arbeit und Sicherheitsbehörden) oftmals zunächst wechselseitige professionelle Vorbehalte überwunden werden müssen und dass diese bei Abbruch der Netzwerkbeziehungen weiter verstärkt werden können.

Dies macht deutlich, dass Distanzierungsarbeit langfristig angelegt und finanziert werden sollte. In der Realität stellt sich die Situation allerdings anders dar. Nur selten ist die Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen in den Regelstrukturen der Jugendhilfe verankert; neue Angebote sind in der Regel projektfinanziert. In der Arbeit mit ausstiegswilligen Jugendlichen können zumindest die staatlichen Ausstiegshilfen auf eine relativ stabile Finanzierung durch ihre Institutionen und die jeweils verantwortlichen Bundesländer zählen. Die in den letzten Jahren neu im Feld hinzugekommenen Angebote freier Träger hingegen finanzieren sich mehrheitlich über zeitlich befristete Förderprogramme. Inwieweit die gegenwärtige Angebotsstruktur im Feld der Distanzierungsarbeit auch in Zukunft zur Verfügung stehen wird und ob die aktuell projektfinanzierten Angebote in die Regelfinanzierung überführt werden können, bleibt demnach offen.

Zugangswege

Je nachdem, ob sie sich an einstiegsgefährdete oder ausstiegswillige junge Menschen richten, gibt es Unterschiede in der Zielgruppengewinnung

durch die Angebote. In der Arbeit mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen kommt es insbesondere darauf an, dass die Angebote eine hinreichende Attraktivität für die Zielgruppe besitzen, da bei diesen Jugendlichen in der Regel keine Distanzierungsmotivation vorhanden ist und sie sich entsprechend selten aus eigenem Antrieb an die Fachkräfte wenden. In der Zielgruppengewinnung erfolgreich sind v.a. Angebote, die attraktive Freizeit- oder auch Hilfsangebote unterbreiten und auf dieser Basis einen Beziehungsaufbau einleiten. Essenziell dabei ist, an den Bedürfnissen der Zielgruppe anzusetzen.

Für Angebote, die mit einstiegsgefährdeten Jugendlichen arbeiten wollen, haben sich in den letzten Jahren neue Herausforderungen in der Zielgruppengewinnung ergeben. Rechtsextrem orientierte Jugendcliquen – die „klassische Zielgruppe“ dieser Arbeit – sind im öffentlichen Raum in vielen Regionen inzwischen weniger präsent bzw. schwerer identifizierbar, sodass es schwieriger geworden ist, einstiegsgefährdete Jugendliche durch etablierte Formen der aufsuchenden Ansprache zu erreichen. Als eine Antwort darauf wurden verstärkt multiplikatorengestützte Angebote entwickelt, die sich als eine geeignete Strategie erwiesen haben, einstiegsgefährdete Jugendliche zu erreichen. Hauptpartner sind zum einen Akteure der Jugend(sozial)arbeit, die im Bedarfsfall Jugendliche aus ihren Arbeitskontexten an die „Spezialisten“ weitervermitteln; zum anderen Akteure des Strafverfolgungssystems (Polizei/Gerichte/Jugendgerichtshilfen), die einschlägig auffällige Jugendliche weitervermitteln oder auch eine verpflichtende Teilnahme an den Angeboten auferlegen bzw. entsprechende Empfehlungen aussprechen. Punktuell existieren auch Kooperationen mit Schulen.

Damit das Potenzial einer solchen Zielgruppengewinnung durch Dritte vollständig abgerufen werden kann, müssen generell bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu gehört, dass die vermittelnden Personen genaues Wissen dazu haben, mit welchen Zielgruppen das Angebot arbeitet bzw. arbeiten kann. Erforderlich ist in diesem Zusammenhang ebenfalls die Fähigkeit, diese Zielgruppe auch identifizieren zu können. Um dies sicherzustellen, haben sich in einigen Angeboten „qualifizierte Multiplikatorenansprachen“ bewährt, innerhalb derer die relevanten Kooperationspartner hinsichtlich des Erkennens der Zielgruppen des Angebots geschult und sensibilisiert werden und im Bedarfsfall auch gemeinsam Strategien der sensiblen und auf den Einzelfall abgestimmten Ansprache erarbeitet werden.

In der Arbeit mit Ausstiegswilligen sind ebenfalls Zugänge über die bereits genannten professionellen Kooperationspartner von Bedeutung, wobei hier der Stellenwert von Akteuren des Strafverfolgungssystems größer ist als in der Arbeit mit Einstiegsgefährdeten. In geringerem Umfang spielen außerdem Formen der pro-aktiven Ansprache eine Rolle, die sich auf institutionell verfügbare Informationen stützen: Personen, die durch „einschlägiges“ Verhalten auffällig werden, werden persönlich kontaktiert (durch Hausbesuche oder auch telefonisch), ihnen wird das Ausstiegsangebot vorgestellt und eine Kontaktmöglichkeit hinterlassen. Zudem wird in einem Angebot die internetbasierte Recherche und Kontaktierung von Szenemitgliedern realisiert. Die meisten Ausstiegshilfen betreiben außerdem Werbung und versuchen, ihr Angebot in Form von Flyern, Visitenkarten und eigenen Homepages bekannt zu machen. Diese vergleichsweise hochschwellige Strategie der Zielgruppengewinnung hat jedoch in den meisten Angeboten nur untergeordnete Relevanz. Allerdings betreiben einzelne Angebote intensiv Öffentlichkeitsarbeit: Sie nutzen unterschiedlichste Kommunikationskanäle und sprechen mit abgestimmten Inhalten und Formen erfolgreich verschiedene Zielgruppen an.

In der Zielgruppengewinnung über Dritte nimmt wie bereits beschrieben die Kooperation mit Akteuren des Strafverfolgungssystems eine große Rolle ein. Die Zielgruppe ist in diesen Fällen häufig dazu verpflichtet, an den Angeboten teilzunehmen. Die vorliegende zwangsinduzierte Teilnahme stellt für die Fachkräfte zunächst eine Herausforderung dar, da eine zielführende Arbeit mit der Zielgruppe eine eigenmotivierte und freiwillige Teilnahme voraussetzt. Gelingende Strategien, die Eigenmotivation erzeugen können, setzen an den Bedürfnissen der Subjekte an. Das Anbieten von Hilfeleistungen und die Etablierung einer funktionierenden und auf wechselseitiger Wertschätzung basierenden Beziehung zu den Jugendlichen erweisen sich als wirksam. Insofern weist auch die Zielgruppengewinnung über Zwangskontexte Potenziale auf, insbesondere weil sie geeignet ist, Zielgruppen zu erreichen, die für die Angebote ansonsten nicht zugänglich wären.

In allen Formaten werden mehrheitlich Jugendliche erreicht, die strukturelle Integrationsdefizite aufweisen, d.h. oftmals bildungsfern und häufig ohne Ausbildung und Beruf sind. Außerdem weisen die Jugendlichen häufig soziale, emotionale sowie therapierelevante Problematiken auf. Hierzu zählen biografische, z.B. familiär bedingte Belastungen,

Sucht- und Gewaltproblematiken sowie psychische Probleme und Erkrankungen. Bei Streetwork-Angeboten ist dies auf ihren jugendhilfespezifischen Arbeitsauftrag sowie den spezifischen Zugangsweg zurückzuführen. Auch in der Ausstiegsarbeit und in Trainings wird durch die praktizierten Strategien der Zielgruppenerreichung, insbesondere über Akteure des Strafverfolgungssystems (Polizei/Gerichte/Jugendgerichtshilfen), diese Zielgruppe in besonderem Maße angesprochen.

Kaum erreicht werden von den untersuchten Angeboten Jugendliche, die strukturell gut integriert sind und geringe Problembelastungen aufweisen. Multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen realisieren vereinzelt Strategien, mit denen auch solche Jugendliche gut erreicht werden. Hervorzuheben sind v.a. diejenigen Angebote, die mit Schulen kooperieren.

Insbesondere in der Arbeit mit Ausstiegswilligen werden vorwiegend Jugendliche erreicht, die straffällig oder strafverdächtig in Erscheinung getreten sind. Verantwortlich sind hierfür wiederum die zentralen Zugangswege über das Strafverfolgungssystem. Am ehesten werden nicht straffällige bzw. -verdächtige Jugendliche (und junge Erwachsene) noch von Angeboten erreicht, die die Adressatinnen und Adressaten ihrer Arbeit durch proaktive Ansprachen gewinnen – also spezielle Gefährdungsansprachen durchführen. Außerdem findet sich diese Zielgruppe in Angeboten, die ihre Zielgruppen durch Akteure aus dem Bereich der Jugend(sozial)arbeit, der Arbeitsmarktintegration sowie über Elternberatungen oder über Schulen gewinnen, da bei der Identifikation der Zielgruppen durch die Multiplikatoren weniger strafrelevantes Verhalten, sondern eher einschlägige Äußerungen oder sichtbare Bezüge zu rechtsextremen Jugendkulturen entscheidend sind.

Mit Blick auf weibliche Zielgruppen bleibt festzuhalten, dass diese in Angeboten, die ihre Zielgruppen vorwiegend über Strafverfolgungskontexte gewinnen, kaum präsent sind. Angebote, die verstärkt mit Schulen, sozialen Kinder-, Jugend- und Familienhilfen oder Elternberatungen zusammenarbeiten oder in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auch Mädchen und Frauen ansprechen, können diese Zielgruppe grundsätzlich besser erreichen. Dies setzt jedoch voraus, dass die vermittelnden Fachkräfte in den kooperierenden Einrichtungen rechtsextreme Orientierungen und Verhaltensweisen bei Mädchen und Frauen erkennen. In den vorliegenden Daten finden sich vereinzelt Hinweise darauf, dass gesellschaftlich und kulturell geprägte genderspezifische Wahrnehmungen sowohl bei den

weitervermittelnden Dritten als auch bei Fachkräften das Erkennen solcher Haltungen und Verhaltensweisen erschweren.

Fallbearbeitung

Akzeptierende Arbeit

In der Arbeit mit einstiegsgefährdeten und ausstiegswilligen Jugendlichen, hat sich – übergreifend über alle Formate und Professionen hinweg – eine (kritisch-)akzeptierende Grundhaltung in der Arbeit mit den Jugendlichen fest etabliert. Akzeptanz beinhaltet dabei, die Jugendlichen trotz ihrer problematischen Orientierungen und Verhaltensweisen als Person wertzuschätzen und ihnen die Fähigkeit zur Veränderung einzuräumen, sowie ihre Bedürfnisse, Interessen und Probleme ernst zu nehmen. Eine solche Haltung wird von den befragten Fachkräften als eine wesentliche Voraussetzung benannt, um belastbare, vertrauensvolle Arbeitsbeziehungen etablieren zu können. Damit erweisen sich die Prämissen, die im Ansatz der Akzeptierenden Jugendarbeit Anfang der 1990er Jahre von Krafeld formuliert wurden (vgl. Krafeld et al. 1993), als nach wie vor grundlegend für die Arbeit in diesem Handlungsfeld. Sie sind mittlerweile nicht nur in der Arbeit mit rechtsextrem orientierten Cliquen, sondern im gesamten Feld der Distanzierungsarbeit fest verankert.⁵⁵

Eine an Förderung und Unterstützung orientierte Perspektive ist insofern für die Arbeit mit den Jugendlichen zentral, als – insbesondere bei längerer Szenezugehörigkeit – diverse Faktoren einer Distanzierung von rechtsextremen Bezügen entgegenwirken können. Hierzu gehören z.B. mangelnde Beschäftigungs- und Freizeitalternativen fernab rechtsextremer Szenebezüge, fehlende soziale Netzwerke oder soziale Integrations- und Entwicklungschancen sowie Ängste vor Bedeutungsverlust, aber auch vor Bedrohungslagen (die sowohl im Zuge von Racheaktionen der eigenen Gruppe sowie des politischen Gegners entstehen können) (vgl.

55 Insgesamt wurde im Rahmen dieser Erhebung eine zunehmende Orientierung auch sicherheitsbehördlicher, justizieller und polizeilicher Ausstiegsangebote an professionellen Kriterien und Inhalten der sozialen Arbeit erkennbar (die u. a. in der Verabschiedung entsprechender „Standards“ in 2014, vgl. Kap. 6.1.1 ihren Ausdruck findet). Damit setzt sich in diesem Feld eine von Gerd Jaschke bereits 2007 diagnostizierte Entwicklung fort, der zufolge die Ausweitung der Rechtsextremismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch mit einer zunehmenden Übernahme sozialpädagogischer Anliegen und Ansätze durch fachfremde Professionen einhergeht.

Bjorgo 2009). Um diesen Distanzierungshemmnissen entgegenzuwirken, muss pädagogische Arbeit ein breites Spektrum von Förder- und Hilfsangeboten bieten.

Eine weitere Voraussetzung, um belastbare Arbeitsbeziehungen entwickeln zu können, ist der vertrauliche Umgang mit dem Gesagten. Das beinhaltet, dass Gesprächsinhalte nicht weitergegeben werden bzw. dass bzgl. der Inhalte, bei denen eine Weitergabe rechtlich erforderlich ist, von Beginn an eine Transparenz hinsichtlich des Umgangs mit diesen Inhalten besteht (vgl. Kap. 5.4). Verbunden mit der akzeptierenden, auf Vertrauen basierenden Haltung wird von den Fachkräften stets auch die Notwendigkeit von Grenzziehungen gegenüber im Rahmen der Arbeit geduldeten Äußerungen und Verhaltensweisen betont. Während in den 1990er Jahren – wie Erfahrungen im AgAG-Programm zeigten⁵⁶ – dieses, bereits im Ansatz von Krafeld als bedeutsam benanntes Element der Arbeit mit diesen Zielgruppen, noch kein fester und selbstverständlicher Bestandteil der Arbeit war, sind sich mittlerweile nahezu alle Fachkräfte im Feld dieser Herausforderung bewusst. Dazu gehört, dass sie ihre professionellen und persönlichen Grenzen gegenüber den betreuten Jugendlichen klar artikulieren und ggf. auch Grenzziehungen vornehmen (was bis zum Abbruch der Arbeitsbeziehung führen kann).

Subjektorientierte Arbeitsweise/Fallanamnese

Als wesentliches Element gelingender Praxis zeigte sich in der Erhebung zudem eine subjektorientierte Arbeitsweise. Erfolge wurden aus der Praxis v.a. dann berichtet, wenn die Arbeit in den Angeboten auf das jeweilige Individuum abgestimmt wurde und eine genaue Anamnese des Einzelfalls erfolgte. Zur Fallanamnese gehört zunächst die Analyse des Ideologierungsgrades bzw. des Einbindungsgrades in rechtsextreme oder rechtsextrem orientierte Gruppen. In der Arbeit mit ausstiegswilligen Jugendlichen umfasst sie außerdem eine Einschätzung der Ausstiegsmotivation sowie eine Gefahrenanalyse, die das mit dem Ausstieg verbundene Gefährdungspotenzial durch mögliche Racheakte der Szene prognostiziert. Außerdem werden in der Regel jeweils individuelle

56 Die Erfahrungen aus dem AgAG-Programm zeigten, dass Pädagoginnen und Pädagogen – auch aufgrund mangelnder fachlicher Qualifikation und unzureichender fachpraktischer Erfahrungen – z.T. ihre Instrumentalisierung bzw. die Instrumentalisierung ihres Angebots durch rechtsextreme Jugendgruppen nicht verhindern oder verhindern konnten (vgl. Bohn 2000; Rieker 2009; zusammenfassend auch Glaser/Greuel 2012)

Hilfe- und Unterstützungsbedarfe (z.B. Suchtproblematiken, Verschuldung, fehlende Berufsperspektiven) ermittelt und vorhandene Ressourcen (z.B. Familienbeziehungen, Freundschaften außerhalb der rechtsextremen Szene, aber auch berufliche Motivationen, Hobbys) erfasst, an denen die Betreuung ansetzen kann. Grundsätzlich folgt die Fallanamnese der Logik, individuelle Ursachen und Motive für die Hinwendung zum Rechtsextremismus zu identifizieren und an diesen Ursachen und Motiven zu arbeiten bzw. Bedürfnisse, die durch rechtsextreme Ideologie oder Gruppenzugehörigkeiten abgedeckt werden, zu erfassen und alternativ zu befriedigen.

Soziale (Re)Integration

Unterstützungsangebote und Hilfestellungen zur sozialen Stabilisierung von rechtsorientierten und rechtsextremen Jugendlichen haben sich in der Praxis als elementare Bestandteile von Distanzierungsarbeit erwiesen und insofern auch in allen Angeboten einen hohen Stellenwert (mit Ausnahme einzelner zeitlich befristeter Trainingsmaßnahmen, deren struktureller Rahmen dies ausschließt).

Sozialintegrative Hilfsmaßnahmen sind aus mehreren Gründen für die Arbeit relevant. Zum einen schaffen sie häufig überhaupt erst geeignete Voraussetzungen für die Distanzierungsarbeit: Sie bieten Anlässe, um mit den Jugendlichen in spezifischen Arbeitssituationen auch problematische inhaltliche Orientierungen und Verhaltensweisen zu thematisieren. Zudem kann in der Arbeit mit Jugendlichen, deren Problemlagen existenziell sind, der Abbau dieser Belastungsfaktoren die emotionale Stabilität und Belastbarkeit der Jugendlichen sowie ihre kognitive Aufnahmefähigkeit bei inhalts- und problembezogenen Auseinandersetzungen befördern. Außerdem können erfolgreiche (re)integrative Hilfsmaßnahmen bei den Jugendlichen das Interesse an und das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Fachkräfte fördern und somit auch die Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit – auch zu inhaltlichen Themen – schaffen. Sie sind demnach auch geeignet, um Zugänge zu den Adressatinnen und Adressaten zu generieren. Dies ist besonders relevant in der Arbeit mit Jugendlichen, die sich noch in der Phase der Hinwendung an und Faszination für rechtsextreme Gruppen befinden, da diese ansonsten kaum Interesse an distanzierungsfördernden Angeboten entwickeln.

Allerdings setzt dies voraus, dass die Jugendlichen auch entsprechende Unterstützungsbedarfe aufweisen – ist dies der Fall, schildern Fachkräfte

vielfach erfolgreiche Arbeitsprozesse. Sind jedoch bei den Jugendlichen keine sozialen Probleme vorhanden, so gelingt es seltener, Zugänge zu diesen Jugendlichen zu generieren. Vor allem die Streetworkangebote stellt dies vor große Herausforderungen, da soziale Unterstützungsangebote einen zentralen Bestandteil ihres Handlungsrepertoires darstellen.

Auf der anderen Seite wirken sich sozialintegrative Maßnahmen ebenfalls positiv auf den eigentlichen Distanzierungsprozess aus. In der Arbeit mit denjenigen Jugendlichen, bei denen Erfahrungen von sozialer Marginalisierung und Desintegration als ausschlaggebend für die Hinwendung zu rechtsextremen Gruppen, Orientierungen und Verhaltensweisen angenommen werden, kann die Behebung dieser Ursachen auch die Bedeutung von Rechtsextremismus als „Kompensationsagentur“ (Willems et al. 1993, S. 77) abbauen. Nach erfolgreicher Distanzierung kann eine stabile soziale Situation potenzielle „Rückfälle“ in alte Verhaltensweisen verhindern. Darüber hinaus sind gerade in der Ausstiegsarbeit Jugendliche, v.a. bei langjähriger Szenezugehörigkeit, auf die Unterstützung beim Aufbau neuer sozialer Netzwerke außerhalb der Szene angewiesen, sodass entsprechende Hilfen auch Isolations- und Verlustgefühlen entgegenwirken können.

Entsprechend breit ist das Spektrum an sozialintegrativen Maßnahmen in den Angeboten. Zur Realisierung dieser breit gefächerten Maßnahmen erweisen sich zum einen sozialpädagogische Kompetenzen und zum anderen gute Kooperationsbeziehungen mit den unterschiedlichsten Akteuren im Feld der sozialen Hilfen und (Aus-)Bildungs- bzw. Arbeitsmarktintegration, aber auch mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen (z.B. Vereinen) als wichtig.

Bearbeitung persönlicher Problemlagen

Die Klientel, die von Angeboten für einstiegsgefährdete bzw. ausstiegswillige Jugendliche und junge Erwachsene erreicht wird, weist auffällig häufig persönliche Probleme, Entwicklungsdefizite sowie psychische Belastungen und Erkrankungen auf. Entsprechend stellt die Unterstützung bei der Bewältigung dieser Problemlagen ein wichtiges Handlungsfeld in der Distanzierungsarbeit dar.

Zentrale und formatübergreifend relevante Elemente der Arbeit in diesem Schwerpunkt sind die Aufarbeitung der Biografien der betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Reflexion von Selbstbildern, Wahrnehmungsschemata und Verhaltensweisen, die Förderung sozialer und emotionaler Kompetenzen sowie Verhaltenstrainings.

Hinzukommen bei ganzheitlich orientierten Angeboten (also aufsuchenden sowie beratenden Formaten) die Bearbeitung sog. „Zusatzbelastungen“. In Trainings, die (zunächst) als kurzzeitpädagogische Maßnahmen angelegt sind, sind Jugendliche und junge Erwachsene, die unter gravierenden psychosozialen Belastungen bzw. psychischen Erkrankungen leiden, von der Arbeit in der Regel ausgeschlossen. Dies ist folgerichtig, zumal Hilfen bei persönlichkeitsbezogene Belastungen und Defiziten durchaus langwierige Arbeitsprozesse bedeuten können und demzufolge eine Unterstützung bei derartigen Problemlagen nur erfolgen kann, wenn der notwendige Betreuungsrahmen gegeben ist. Spezifische psychologische Testverfahren, wie sie bei einem Teil der Trainings im Vorfeld Anwendung finden, sind dabei ein geeigneter Weg, um stark belastete potenzielle Teilnehmende frühzeitig zu erkennen und nicht in die Gruppe aufzunehmen. In allen übrigen Angeboten, die diese Zielgruppe nicht von Anfang an ausschließen, hat sich die Bearbeitung der Zusatzbelastungen als entscheidend erwiesen, um die Jugendlichen und jungen Erwachsenen kognitiv und emotional in die Lage zu versetzen, sich einerseits auf die Distanzierungsarbeit einzulassen und andererseits rechtsextreme Szenebezüge erfolgreich und langfristig hinter sich zu lassen.

Die Bearbeitung persönlichkeitsbezogener Probleme und Belastungen erfolgt in der Regel in einer Mischung aus Konfrontation und vertraulicher Wertschätzung, deren Verhältnis von der Persönlichkeit und den individuellen Bedarfen der einzelnen Jugendlichen abhängt.

Dabei haben sich im Feld zwei verschiedene Herangehensweisen etabliert. Trainings nutzen in der Regel curricular strukturierte Gruppensettings, um mit den Jugendlichen deren Gewalt- und Aggressionsproblematiken sowie die Ursachen dieser problematischen Verhaltensweisen offenzulegen und zu bearbeiten. Sie nutzen dazu ein breites Methodenrepertoire, das sich zentral auf die Ressourcen der Gruppe bzw. auf positive gruppenspezifische Effekte stützt. Hier zeigt sich eine besondere Stärke von Trainingsangeboten. Darüber hinaus werden in Trainings aber auch Methoden der Einzelarbeit eingesetzt. Es erscheint lohnend, zu prüfen, inwieweit diese auf andere Formate im Handlungsfeld, die sich im Wesentlichen der Arbeit am Einzelfall widmen, übertragbar sind.

Im Unterschied zu Trainings folgen aufsuchende und beratende Formate einem ganzheitlichen Arbeitsauftrag, aus dem heraus auf alle persönlichkeitsdestabilisierenden Problematiken der Jugendlichen und jungen Erwachsenen eingegangen wird, die einer Distanzierung von

rechtsextremen Gruppen und Ideologien entgegenwirken könnten. Das heißt, es werden, anders als in Trainings, auch komplexere Problemlagen der Jugendlichen bearbeitet, die Fortschritte in der Distanzierungsarbeit erschweren oder gar verhindern können, ggf. unter Hinzuziehung externer Hilfsangebote. Dies ist möglich, weil aufsuchende und beratende Formate langfristig angelegt sind und die Möglichkeit besteht, Begleitprozesse ggf. auch zu unterbrechen und wieder aufzunehmen. In dieser längerfristigen Fallbetreuung der Jugendlichen liegt wiederum die besondere Stärke dieser Formate, denn damit ist es ihnen möglich, die Jugendlichen über einen längeren Zeitraum hinweg zu begleiten und darin zu unterstützen, die mit ihrer Distanzierung einhergehenden Anforderungen des Alltags zu bewältigen.

Es zeigt sich also, dass beide Vorgehensweisen – die Gruppenarbeit in Trainings sowie die längerfristig angelegte Einzelfallarbeit in den anderen Formaten – ihre Stärken aufweisen. Hervorhebenswert ist, dass in einzelnen Angeboten – sowohl in Trainings als auch in beratenden Formaten – Elemente der Gruppen- und Einzelfallarbeit im Arbeitsschwerpunkt miteinander kombiniert werden. Dies ist insofern vielversprechend, als die positiven Effekte beider Herangehensweisen genutzt werden können.

Inhaltliche Arbeit

Dezidiert rechtsextreme Weltbilder finden sich öfter bei Aussteigenden, die im Zuge langjähriger Szenezugehörigkeiten diese Inhalte zunehmend übernommen haben. Bei einstiegsgefährdeten Jugendlichen sind häufiger einzelne Syndromfacetten wie Fremdenfeindlichkeit oder hypermaskuline Männlichkeitsbilder relevant; aber auch wegen ihrer einfachen Antworten auf wahrgenommene gesellschaftliche Probleme wirken rechtsextreme Botschaften attraktiv. Insofern haben inhaltliche Auseinandersetzungen in den verschiedenen Angeboten einen unterschiedlichen Stellenwert in der Arbeit mit den jeweiligen Zielgruppen, spielen jedoch in allen Angeboten eine Rolle.

Eine gelingende Auseinandersetzung setzt zunächst eine Bereitschaft der Zielgruppe voraus, sich auf diese einzulassen. Ist diese nicht gegeben, muss sie durch Aktivitäten der Fachkräfte geweckt werden. Die untersuchten Angebote realisieren verschiedene erfolgreiche Strategien, wobei diese jeweils abhängig von der Verweigerungshaltung sind. Als bedeutsam erweist sich dabei, v.a. eine Vertrauensbasis zwischen Pädagogen/Pädagoginnen und der Zielgruppe zu schaffen.

Inhaltliche Auseinandersetzungen können nur gelingen, wenn sie an den individuellen Ausprägungen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und den subjektiv zugrundeliegenden Motiven ansetzen. Insofern ist es für die Angebote essenziell, Informationen hierzu zu gewinnen. Dies geschieht in erster Linie durch persönliche Gespräche.

Als erfolgreiches Element inhaltlicher Auseinandersetzung wird von den Fachkräften das Unterbreiten alternativer Deutungsangebote und Wissensbestände, die in Konkurrenz zu den bei den Jugendlichen vorhandenen rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Weltansichten bzw. Ideologiefragmenten stehen, beschrieben. Häufig erfolgen diese Thematisierungen als Reaktion der Fachkräfte auf einschlägige Äußerungen oder Verhaltensweisen der Jugendlichen, sind also anlassbezogen. Zum Teil werden in den Angeboten auch strukturierte Formen der Auseinandersetzung realisiert. Häufig werden im Rahmen inhaltlicher Auseinandersetzungen, insbesondere über historische Bezüge des Rechtsextremismus auch historisch „einschlägige“ Orte aufgesucht und finden teilweise auch Begegnungen mit Zeitzeugen statt. Entgegen einer in der Fachwelt verbreiteten Position, die den Sinn von Gedenkstättenpädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen anzweifelt, berichten die interviewten Fachkräfte von positiven Erfahrungen und Lernimpulsen für die Jugendlichen. Zugleich zeigt sich in der Realisierung durch die Fachkräfte mitunter eine geringe fachlich-konzeptionelle Untersetzung. Ein Mehrwert wird berichtet, wenn innerhalb strukturierter Kooperationen die thematische und bildnerische Kompetenz von Fachkräften aus den Gedenkstätten eingebunden wird.

Um bei der Zielgruppe bestehende Vorurteile zumindest zu irritieren und neue Erfahrungsräume zu öffnen, eignen sich den interviewten Fachkräften zufolge auch Begegnungsformate. Die Begegnungen finden dabei v.a. mit Angehörigen von Gruppen statt, die jeweils abgewertet werden, z.B. Personen mit Migrationshintergrund oder solchen, die sich politisch explizit links verorten. Trotz der berichteten Erfolge ist anzumerken, dass die Angebote nur z.T. die gängigen Fachstandards interkultureller Begegnungen berücksichtigen, sodass wichtige Voraussetzungen und Rahmenbedingungen dieser Arbeit nicht immer gegeben sind.

Darüber hinaus zeigen die Umsetzungserfahrungen in den Angeboten, dass erfolgreiche Impulse für Veränderungsprozesse v.a. dort gegeben werden konnten, wo die inhaltliche Auseinandersetzung auf einer

Wissensebene dadurch ergänzt wird, dass auch eine Auseinandersetzung über Attraktivitätsmomente der Ideologie geführt wird.

7.2 Handlungsbedarfe und Entwicklungsperspektiven

Zielgruppengewinnung

Wie bereits dargestellt wurde, stellt die Gewinnung spezifischer Teilzielgruppen Angebote der Distanzierungsarbeit vor besondere Herausforderungen. Schwierigkeiten zeigen sich formatübergreifend v.a. beim Erreichen von nicht tatverdächtigen oder straffälligen Jugendlichen (hier mit Ausnahme der Streetwork) sowie von Mädchen und jungen Frauen. In der Arbeit mit Einstiegsgefährdeten wurde außerdem sichtbar, dass es Streetworkangeboten aufgrund ihres jugendhilfebezogenen Arbeitsauftrags und ihres spezifischen Zugangs zu ihren Zielgruppen eher nicht gelingt, rechtsextrem orientierte Jugendliche ohne soziale Probleme für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Zudem zeigte sich, dass Streetwork (vor dem Hintergrund sich verändernder jugendlicher Freizeitwelten und Veränderungen in rechtsextremen Szenen) in einzelnen Sozialräumen generell auf Probleme stößt, rechtsextrem orientierte Jugendliche im öffentlichen Raum zu erkennen und für ihre Arbeit zu gewinnen.

Gleichzeitig finden sich im Feld aber auch Angebote, denen es auf verschiedene Weise gelingt, Schwierigkeiten bei der Gewinnung bestimmter Teilzielgruppen erfolgreich zu begegnen. Es erscheint lohnenswert, die in diesen Angeboten erfolgreich genutzten Ansätze zukünftig weiter zu verfolgen und auszubauen sowie weitere neue Ansätze zu entwickeln, die dazu beitragen, diese Zielgruppen zu erreichen.

Ausbau von Multiplikatorenvermittelten Ansätzen in der Arbeit mit Einstiegsgefährdeten

In der Arbeit mit einstieggefährdeten Jugendlichen stellen Multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen eine vielversprechende Ergänzung zur Streetwork dar. Diese vergleichsweise neuen Angebote im Feld gewinnen ihre Zielgruppen über die Vermittlung durch Kooperationspartner aus anderen Arbeitsfeldern (z.B. Strafverfolgung, Jugendhilfe), in denen diese Jugendlichen mit rechtsextremen Äußerungen und/oder Verhaltensweisen auffallen. Zugang schaffende Voraussetzungen, insbesondere soziale Unterstützungsbedarfe der Zielgruppen, die in der Streetwork das

Zielgruppenspektrum faktisch einengen, sind bei diesem Zugangsweg nicht ausschlaggebend. Damit stellen Multiplikatorenvermittelte Einzelberatungen eine Möglichkeit dar, rechtsextrem orientierte, einsteigsgefährdete Jugendliche auch dann für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, wenn sie mit aufsuchenden Ansätzen aus den oben benannten Gründen nicht erreicht werden können.

Eine zentrale Voraussetzung dafür, dass eine Vermittlung über Kooperationspartner in anderen Handlungsfeldern gelingt, ist, dass Multiplikatoren ausreichend sensibel gegenüber den unterschiedlichen, auch unauffälligeren Erscheinungsformen von Rechtsextremismus bei Jugendlichen sind (z.B. bei Mädchen oder bei Jugendlichen, die in neuen rechtsextremen Szenen aktiv sind). Dies beinhaltet, dass Multiplikatoren über Veränderungs- bzw. Erneuerungsprozesse in rechtsextremen Szenen, z.B. neue rechtsextreme Jugendkulturen, informiert sind, dass sie die sichtbaren Merkmale und Symbole dieser Szenen deuten können und dass sie rechtsextreme Orientierungen in den Argumentationen der Jugendlichen wahrnehmen. Eine fortwährende Aufklärung und Sensibilisierung von Multiplikatoren ist demnach (weiterhin) unerlässlich.

Gewinnung von Teilzielgruppen

Als eine Schwierigkeit bei der Zielgruppengewinnung wurde benannt, dass insbesondere nicht tatverdächtige oder straffällige Jugendliche wie auch Mädchen und jungen Frauen aufgrund spezifischer Zugangswege in beratenden Angeboten sowie in Trainingsmaßnahmen insgesamt deutlich seltener vertreten sind. Als hierfür ausschlaggebend wurden insbesondere der Zugang vieler beratender Angebote und aller Trainingsmaßnahmen über das Strafverfolgungssystem angeführt, aber auch ein genereller Aufmerksamkeitsfokus von Multiplikatoren auf „Probleme machende“ Jugendliche. Gleichzeitig konnten aber einzelne Angebote in diesen Formaten identifiziert werden, denen es offenbar besser gelingt, breitere Zielgruppen für die Arbeit zu gewinnen.

Kooperationen mit Akteuren der Jugendhilfe und der schulischen Bildung

Eine potenziell geeignete Strategie, um breitere Zielgruppen zu erreichen, ist die verstärkte Kooperation bei der Zielgruppengewinnung mit Akteuren im Bereich der Jugendhilfe und im Bildungsbereich. Es wurde sichtbar, dass Angebote, die diesen Weg verfolgen, öfter Jugendliche erreichen, die bisher noch nicht durch begangene Straftaten, sondern eher

aufgrund rechtsextremer Äußerungen oder sichtbarer Bezüge zu rechtsextremen Jugendkulturen auffällig geworden sind. Insofern könnte die verstärkte Kooperation mit Akteuren aus diesen Handlungsfeldern eine vielversprechende Ergänzung zu anderen Formen der Zielgruppengewinnung (z.B. über Akteure im Strafverfolgungssystem) sein, um in Zukunft verstärkt auch Jugendliche zu erreichen, die (bisher) nicht straffällig in Erscheinung getreten sind. Allerdings bedarf es in diesem Zusammenhang auch der verstärkten Sensibilisierung von Akteuren für weniger auffällige und insbesondere auch frauenspezifische Erscheinungsformen.

Werbung und Öffentlichkeitsarbeit

Weiterhin haben sich bei der Zielgruppengewinnung intensive und zielgruppenspezifische Werbung und Öffentlichkeitsarbeit als zentral erwiesen. Sie sind zum einen bedeutsam, um Angebote der Distanzierungsarbeit bei potenziellen Multiplikatoren bekannt zu machen. Zum anderen zeigen die Erfahrungen von Ausstiegsangeboten, die in ihrer Arbeit intensiv Werbung und Öffentlichkeitsarbeit betreiben, dass diese Strategie dazu beiträgt, Jugendliche – insbesondere auch Mädchen und junge Frauen – für die Distanzierungsarbeit zu gewinnen. Allerdings werden die Chancen, die diese Maßnahmen bieten, noch nicht gleichermaßen von allen Angeboten im Untersuchungsfeld in vollem Umfang genutzt. Insofern zeigen sich an dieser Stelle noch Ausbaumöglichkeiten.

Hierzu zählt, möglichst verschiedene interpersonelle und medial vermittelte Kommunikationswege zu nutzen (z.B. Angebotsseiten in sozialen Netzwerken, Presseberichte, Veranstaltungen mit Jugendlichen, Treffen mit Multiplikatoren u. v. m.). Des Weiteren sollte Werbung und Öffentlichkeitsarbeit zielgruppengerecht gestaltet sein. Kommunikationswege und -inhalte sollten auf spezifische Zielgruppen (z.B. Adressantinnen und Adressaten; Multiplikatoren) abgestimmt sein. Insbesondere die Ansprache der Jugendlichen selbst sollte auf deren (unterschiedliche) Bedürfnisse und Interessen zugeschnitten sein.

Dies gilt im Besonderen auch für die Ansprache von Mädchen und jungen Frauen. Zum Zeitpunkt der Erhebung wurden auf Werbe- und Infomaterialien sowie Homepages nur vereinzelt männliche *und* weibliche Jugendliche angesprochen. Mehrheitlich wenden sich Angebote auf der sprachlichen und visuellen Ebene – wenngleich ohne konzeptionell begründete Absicht – in erster Linie bzw. ausschließlich an männliche Jugendliche. Mädchen und Frauen, die sich in eigener Initiative an

Angebote wenden, könnten daher den Eindruck gewinnen, sie wären per se keine Zielgruppe der Angebote. Außerdem könnte suggeriert werden, dass die Unterstützungsangebote nicht auf ihre spezifischen, von Jungen und Männern teils verschiedenen Bedürfnisse, Erfahrungen und Probleme zugeschnitten sind. Aber auch gegenüber potenziellen Multiplikatoren wird auf diese Weise der Eindruck vermittelt, Rechtsextremismus sei ein ausschließlich männliches Phänomen und Distanzierungsarbeit richte sich demnach nur an Jungen und Männer. Um derartigen möglichen Effekten entgegenzuwirken, sollte bei der Planung und Umsetzung von Werbung und Öffentlichkeitsarbeit in Zukunft auch die Ansprache von Mädchen und jungen Frauen stärker berücksichtigt werden.

Aktive Ansprache im Internet

Eine weitere Herausforderung, die sich Angeboten im Feld der Distanzierungsarbeit stellt, ergibt sich aus der zunehmenden Verlagerung jugendlicher Lebenswelten ins Internet. So berichten Streetworker/innen von Jugendlichen, die im Rahmen ihrer „realen“ Arbeitsbeziehungen keine rechtsextremen Auffälligkeiten aufwiesen, deren Onlineaktivitäten jedoch auf rechtsextreme Orientierungen der Jugendlichen hinwiesen. Auch finden sich in Einzelberatungsangeboten für einstiegsgefährdete und ausstiegswillige Jugendliche zumindest vereinzelt Personen, die sich nicht über reale Gruppenkontakte, sondern auf virtuellem Weg an rechtsextreme Szenen und Inhalte angenähert haben.

Eine mögliche Strategie, um Jugendliche, die online mit Bezügen zu rechtsextremen Ideologien und Szenen in Erscheinung treten, für die Distanzierungsarbeit zu gewinnen, stellt die aktive Ansprache dieser Jugendlichen im Internet dar. Aktuell wird dieser Ansatz vereinzelt in der professionellen Ausstiegsarbeit verfolgt. Aber auch außerhalb des hier untersuchten Angebotsfeldes sind in den letzten Jahren Projekte entstanden, die diesen Ansatz nutzen. Die dort gewonnenen Erfahrungen waren zum Zeitpunkt der Datenerhebung jedoch noch nicht weitreichend genug, um sie mit zu erheben.

Inwieweit diese Vorgehensweise tatsächlich erfolgsversprechend ist, kann demnach zum jetzigen Zeitpunkt nicht geklärt werden. Jedoch vor dem Hintergrund, dass sich die Lebenswelten der Jugendlichen immer stärker auch auf virtuelle Kontexte ausdehnen und Jugendliche hier mit rechtsextremen Orientierungen und Gruppenbezügen sichtbar werden, spricht einiges dafür, diesen Ansatz zukünftig weiterzuverfolgen und

verstärkt zu erproben. Insbesondere gilt es dabei zu klären, bei welchen Zielgruppen diese Form der Ansprache gelingen könnte.⁵⁷ Außerdem gilt es, die für diese Vorgehensweise relevanten rechtlichen wie auch professionellen Rahmenbedingungen zu diskutieren.

Arbeitsinhalte

Inhaltliche Auseinandersetzung

Herausforderungen bei der Bearbeitung verschiedener Problemlagen bestehen v.a. in Hinblick auf die inhaltlichen Auseinandersetzungen mit den Zielgruppen. Der Stellenwert, den dieser Bereich der Arbeit mit der Zielgruppe hat, ist innerhalb der einzelnen Formate wie auch zwischen den Formaten sehr unterschiedlich. Generell stellen inhaltliche Auseinandersetzungen lediglich einen Teil der Einzelfallarbeit dar und stehen in Spannung zu anderen Tätigkeitsschwerpunkten. Daher werden angesichts der starken Hilfebedarfe der meisten Klientinnen und Klienten inhaltliche Auseinandersetzungen gegenüber den hilfsworientierten Anteilen der Arbeit vom Umfang her nicht selten zurückgestellt. Dies liegt auch daran, dass die zur Verfügung stehenden Personalressourcen häufig eng bemessen sind. Abgesehen davon haben die Mitarbeitenden nur z.T. die professionellen Hintergründe und/oder Qualifikationen, die eine intensive und fundierte Bearbeitung inhaltlicher Dimensionen erfordert. Insofern sind die Rahmenbedingungen für inhaltliche Auseinandersetzungen häufig nicht optimal. Einen Beitrag zur Verbesserung könnten Kooperationen mit Fachkräften bzw. Angeboten der politischen und interkulturellen Bildung leisten, die in besonderer Weise über didaktische und thematische Kompetenzen zur inhaltlichen Auseinandersetzung verfügen. Eine solche Zusammenarbeit gibt es bisher nur in wenigen Angeboten und allenfalls punktuell, obgleich in diesen Fällen von positiven Effekten berichtet wird.

Generell müssen die Grenzen kritisch reflektiert werden, die Distanzierungsarbeit im Allgemeinen und inhaltlicher Auseinandersetzung innewohnen. In der Distanzierungsarbeit wird recht häufig der Anspruch vertreten, eine umfassende Loslösung der Zielgruppen von rechtsextremen Verhaltensweisen und Haltungen zu erreichen. Generell erweist es

57 Diese Frage zu diskutieren, wird ein Thema des Expertenfachgespräch „Politische Extremismen im Netz – Herausforderungen für die Jugendhilfe“ sein, dass die AFS im November 2015 in Berlin veranstalten wird.

sich aber als schwierig, Deutungs- und Verhaltensmuster von Individuen grundsätzlich zu verändern. Dies gilt umso mehr, wenn die problematisierten Haltungen oder bestimmte Versatzstücke (wie z.B. Demokratiedistanz, Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, traditionelle Geschlechterrollenstereotype) und auch Verhaltensweisen innerhalb des sozialen Nahraums (Familie, Freunde, Milieu) oder auch gesamtgesellschaftlich (vgl. GMF-Studien der Universität Bielefeld) weit verbreitet sind und geteilt werden. Angesichts dessen sollten die Ziele der Arbeit realistisch bleiben. Ohne Zweifel kann es gelingen, zu demokratischeren Haltungen bei den Zielgruppen beizutragen. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass man ausgerechnet bei jungen Menschen, die Affinitäten oder Zugehörigkeiten zum Rechtsextremismus aufweisen, demokratische Haltungen in einer Weise entwickeln kann, wie es auch unter „Durchschnittsbürgern“ selten verbreitet ist.

Arbeit mit weiblichen Zielgruppen

An verschiedenen Stellen wurde gezeigt, dass die Arbeit mit weiblichen Zielgruppen besondere Anforderungen stellt. Es wurde deutlich, dass Mädchen und junge Frauen mitunter gravierende Belastungen (Gewalterfahrungen u. ä.) aufweisen, für deren gelingende Thematisierung und Bearbeitung die Präsenz von weiblichen Fachkräften in den Teams von großer Bedeutung sein kann.

Insbesondere für das Feld der Ausstiegsarbeit gilt allerdings, dass Frauen noch nicht in allen Angeboten als relevante Zielgruppe mit eigenständigen Problematiken und Betreuungsbedarfen wahrgenommen werden. Zumindest in einzelnen Ausstiegshilfen gilt Ausstiegsarbeit nach wie vor – so das kritische Urteil eines Befragten über sein Arbeitsfeld – als „Männerberatung für Männer“ (Int. 05: 288). Damit einher geht, dass noch nicht in allen Angeboten eine Präsenz weiblicher Teammitglieder als erforderlich erachtet wird. Hier bedarf es noch einer stärkeren Sensibilisierung von Projektverantwortlichen, um eine adäquate, den spezifischen Bedarfen von Aussteigerinnen Rechnung tragende Personalstruktur in allen Angeboten zu realisieren.

Genderreflektierende Arbeit

Entwicklungsbedarf zeigt sich zudem mit Blick auf eine genderreflektierende Arbeit mit den Zielgruppen. Zwar wurde erkennbar, dass Praktiker/innen im Handlungsfeld zunehmend sensibilisiert für diese Thematik

und bestrebt sind, entsprechende Vorgehensweisen – wenn auch selten in den Angeboten konzeptionell verankert – in ihre Arbeit zu integrieren. Allerdings zeigen sich zum einen nach wie vor „blinde Stellen“ bzw. perspektivische Engführungen in Bezug auf weibliche Zielgruppen, die immer noch seltener als Akteurinnen mit problematischen Orientierungen und Verhaltensweisen in den Blick geraten; zum anderen stößt die Praxis gerade in der Arbeit zu problematischen, rechtsaffinen Männlichkeitskonstruktionen in diesem Handlungsfeld vielfach an Grenzen.

Als eine Schwierigkeit erweist sich hier die mangelnde Passung existierender, eher universalpräventiv ausgerichteter Ansätze für die konkreten Bedarfe der Praxis in diesem spezifischen Handlungsfeld. Aus Sicht der Fachkräfte fehlt es an praktikablen Konzepten, die den Ausgangsvoraussetzungen und Rahmenbedingungen der Arbeit mit diesen spezifischen Zielgruppen (und auch den damit verbundenen Begrenzungen) Rechnung tragen und auf deren Basis sich geeignete Vorgehensweisen entwickeln ließen.

Medienpädagogische Auseinandersetzung

Eine weitere Herausforderung für Angebote der Distanzierungsarbeit besteht in der Auseinandersetzung mit den Onlineaktivitäten der Jugendlichen. Aktuell sehen nur wenige Angebote eine dezidiert medienpädagogische Arbeit mit den Zielgruppen vor, obwohl immer mehr rechts-extreme Deutungs-, Informations- und Unterhaltungsangebote im Netz verfügbar sind und auch rechtsextreme Jugendliche dort soziale Beziehungen unterhalten.

Den wenigen Fachkräften zufolge, die bereits medienpädagogische Inhalte in ihre Arbeit integrieren, fehlt den Jugendlichen sehr häufig die Kompetenz, das Internet sowohl technologie- als auch inhaltskritisch zu nutzen. Die Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit Quellen, Suchmaschinen (bzw. nutzungsspezifischen Suchmaschinenfiltern) sowie anderen relevanten Aspekten der Internetnutzung muss demnach verstärkt in die distanzierungsfördernde Arbeit integriert werden, um einen kompetenten, quellenkritischen Umgang der Jugendlichen mit diesen Inhalten zu stärken. Zielgruppenunspezifische Ansätze der medienpädagogischen Auseinandersetzung könnten die Arbeit in diesem Themenfeld fachlich weiterentwickeln und anregen.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Internethandeln der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist aber auch deshalb wichtig,

weil sich rechtsextreme Organisations- und Beziehungsnetzwerke in den vergangenen Jahren verstärkt ins Internet verlagert haben. Eine Distanzierung von rechtsextremen Personen und Gruppen kann unter den Bedingungen der Digitalisierung sozialer Beziehungen nur dann umfassend sein, wenn der Abbruch von Kontakten bzw. die Herauslösung der Jugendlichen aus netzbasierten rechtsextremen Gemeinschaften in der Arbeit berücksichtigt wird. Dies setzt allerdings voraus, dass die Fachkräfte selbst kompetent im Umgang mit Webtechnologien sind. Sie sollten wissen, welche sozialen Webkontexte für Jugendliche im Allgemeinen sowie rechtsextrem orientierte und rechtsextreme Jugendliche im Speziellen relevant sind und den Jugendlichen Wege und Möglichkeiten aufzeigen können, diese Kontexte nicht nur zu verlassen, sondern auch zukünftig kritisch und kompetent im Internet zu agieren.

Virtuelle Ausstiegsberatung

Ein weiterer möglicher Ansatzpunkt, um auf die verstärkte Ausdehnung jugendlicher Lebenswelten – und somit auch von rechtsextremen Jugendlichen – in virtuelle Räume zu reagieren, könnte virtuelle Ausstiegsberatung sein. Diese Form der Beratung wird aktuell vereinzelt von Privatpersonen und -initiativen praktiziert, die bemüht sind, Jugendliche zum Ausstieg zu bewegen bzw. beim Ausstieg aus rechtsextremen Szenen zu unterstützen. Erste positive Eindrücke und Erfahrungen, die diese Akteure mit virtuellen Formen der Ausstiegsbegleitung gewinnen konnten, deuten darauf hin, dass es lohnend sein könnte, die Übertragbarkeit dieses Ansatzes auch auf professionelle Angebote auszuloten und entsprechende Vorgehensweisen zu erproben.⁵⁸

58 Es ist vorgesehen, auch diese Frage beim Expertenfachgespräch der AFS zum Thema „Politische Extremismen im Netz – Herausforderungen für die Jugendhilfe“ im November 2015 in Berlin zu diskutieren.

Abkürzungsverzeichnis

AAT®	Antiaggressivitätstraining
ADHS	Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Störung
AGT	Antigewalttraining
AgAG	Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt
AFD	Alternative für Deutschland
AFS	Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention am Deutschen Jugendinstitut
AN	Autonome Nationalisten
BMFJ	Bundesministerium für Frauen und Jugend
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
ders.	derselbe
ebd.	ebenda
ggf.	gegebenenfalls
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
i. E.	Im Erscheinen
Int.	Interview
JN	Junge Nationaldemokraten
JVA	Justizvollzugsanstalt
Kap.	Kapitel
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
o. A.	ohne Autor
o. g.	oben genannt
o. J.	ohne Erscheinungsjahr
s. o.	siehe oben
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
u. U.	unter Umständen
u. v. m.	und viele mehr
v. a.	vor allem
vgl.	vergleiche
WS	Workshop
z. T.	zum Teil

Literaturverzeichnis

- Addison-Wesley, Cambridge Amir, Yehuda (1976): The role of intergroup contact in change of prejudice and ethnic relations. In: Katz, Phyllis A. (Hrsg.) Towards the elimination of racism, New York: Pergamon Press, S.245–308
- Adorno, Theodor W./Frenkel-Brunswik, Else/Levison, Daniel L./Sanford, R. Nevitt (1969): The Autoritharian Personality. New York: Norton
- Allport, Gordon W. (1954): The Nature of Prejudice. Basic Books. Auflage: Anniversary
- Amir, Yehuda (1976). The role of intergroup contact in change of prejudice and ethnic relations. In: Katz, Phyllis A. (Hrsg.) Towards the elimination of racism, New York: Pergamon Press, pp. 245–308
- Anhut, Reimund/Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/München: Juventa
- Ansen, Harald (2009): Beziehung als Methode in der sozialen Arbeit. Ein Widerspruch in sich? In: Soziale Arbeit. 58.Jg, H. 10, S. 381–389
- Aumüller, Jutta (2014): Forschung zu rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Eine Bestandsaufnahme von Ursachen, Gefährdungsfaktoren und pädagogischen Interventionen. Berlin: BIK Netz – Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus.
- Bachor, Ursula (2000): Mädchen in sozialen Brennpunkten. Dokumentation des Fachforums im Rahmen des Aktionsprogramms »Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten« des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Baer, Silke/Möller, Kurt/Wiechmann, Peer (Hrsg.) (2014): Verantwortlich Handeln: Praxis der Sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen. Opladen; Berlin; Toronto: Barbara Budrich
- Bandura, Albert (1979): Sozial-kognitive Lerntheorie. Stuttgart: Klett-Cotta
- Bauer, Manuel (2012): Unter Staatsfeinden. Mein Leben im braunen Sumpf der Neonaziszene. München: riva Verlag
- Becker, Howard S (1973): Außenseiter. Zur Soziologie abweichenden Verhaltens. Frankfurt am Main: Fischer
- Becker, Reiner (2008): Ein normales Familienleben. Interaktion und Kommunikation zwischen „rechten“ Jugendlichen und ihren Eltern. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag
- Becker, Reiner (2012): Wege in den Rechtsextremismus. In: Kontaktstelle BIK-netz – Präventions-netz gegen Rechtsextremismus, gsub-Projektgesellschaft

- mbH, http://www.ausstieg-aus-gewalt.de/tl_files/aag_de/images/workingfolder/projects/modern_green/HB-Auszug.pdf
- Becker, Reiner/Palloks, Kerstin (Hrsg.) (2013): *Jugend an der roten Linie. Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Bischoff, Ursula/Gehne, Carsten/Greuel, Frank/Johansson, Susanne/König, Frank/Schlimbach, Tabea/Zierold, Diana/Zimmermann, Eva (2011): *Abschlussbericht der Programmevaluation „VIELFALT TUT GUT“ und „kompetent. für Demokratie“*. Halle (Saale): DJI. Online verfügbar unter: http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/vielfalt/PEAbschlussbericht2010.pdf (Abruf am 22.10.2014)
- Bitzan, Renate/Köttig, Michaela/Schröder, Berit (2003): *Mediale Berichterstattung zur Beteiligung von Mädchen und Frauen an rechtsextrem motivierten Straftaten*. In: *Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien*. 21. Jg., H. 2+3, S. 150–170
- Bjørgo, Tore (2002): *Exit Neo-Nazism: Reducing and Promoting Disengagement form Racist Groups*. Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), Oslo, Paper 627
- Bjørgo, Tore (2009a): *Processes of disengagement from violent extremist groups of the extreme right*. In: Bjørgo, Tore/Horgan, John (Hrsg.): *Leaving Terrorism Behind. Individual and collective disengagement*. Abington/New York: Routledge, S. 30–48
- Bjørgo, Tore (2013): *Träume und Ernüchterung. Einstieg in und Lösung von militanten Extremistengruppen*. In: *Interventionen. Zeitschrift für Verantwortungspädagogik*, H. 3, S. 38–43
- Bjørgo, Tore/Carlsson, Yngve (2005): *Early Intervention with Violent and Racist Youth Groups*. Norwegian Institute of International Affairs (NUPI): Oslo, Paper 677
- Bjørgo, Tore/van Donsellar, Jaap/Grunenberg, Sara (2009): *Exit from Right-Wing Extremist Groups. Lessons from Disengagement Programmes in Norway, Sweden and Germany*. In: Bjørgo, Tore/Horgan, John (Hrsg.): *Leaving Terrorism Behind. Individual and Collective Disengagement*. London/New York: Routledge, S. 135–151
- Bleiß, Karin/Möller, Kurt/Peltz, Cornelius/Rosenbaum, Dennis/Sonnenberg, Imke (2004): *Distanz(ierung) durch Integration. Das Bremer Konzept zur Bearbeitung rechtsextremer und menschenfeindlicher Orientierungen bei Jugendlichen durch aufsuchende Jugendarbeit*. Bremen: VAJA

- Böhnisch, Lothar (2012): Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung. Weinheim und Basel: Beltz Juventa
- Bohn, Irina (2000): Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. In: DJI e.V. (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe. Dokumentation zum Hearing des Deutschen Jugendinstituts und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 13. Januar 2000 in Berlin. DJI: Leipzig, S. 87–97
- Borum, Randy (2011): Radicalization into Violent Extremism.: A Review of Social Science Theories. In: Journal of Strategic Security (JSS), H. 4, S. 7–36 <http://scholarcommons.usf.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1139&context=jss>
- Brumlik, Micha: Gedenkstättenarbeit mit rechten Jugendlichen. Sozialpädagogisch überflüssig und bildungstheoretisch sinnlos. In: Nickolai, Werner/Lehmann, Henry (Hrsg.): Grenzen der Gedenkstättenpädagogik mit rechten Jugendlichen. Freiburg i. Br.: Lambertus-Verlag, S. 100–106
- Buchheit, Frank (2014a): Ausstiegshilfe im Spannungsfeld polizeilicher und pädagogischer Interventionen. In: Rieker (Peter (Hrsg.): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 77–94
- Buchheit, Frank (2014b): Standorte und Perspektiven behördlicher Ausstiegsprogramme für Rechtsextremisten. Entwicklung und Dokumentation. In: Rieker (Peter (Hrsg.): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen. Weinheim und Basel: Beltz Juventa, S. 227–233
- Buderus, Andreas (1998): Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Köln: Pahl-Rugenstein
- Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit e.V./Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e.V./Landesarbeitskreis Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V. (Hrsg.) (2010): Mobile Jugendarbeit 2.0. Herausforderungen und Möglichkeiten Mobiler Jugendarbeit im virtuellen Raum des Internet. Gelnhausen/Stuttgart/Chemnitz. Online verfügbar unter: http://lag-mobil.de/online/uploads/materialpool/querschnitt/mja_2.0_handlungsempfehlungen.pdf (Abruf am 30.10.2014)
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014): Bundesprogramm Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Förderung von Modellprojekten zur Radikalisierungsprävention. Leitlinie vom 10.09.2014. Berlin: BMFSFJ

- Buschbom, Jan (o.J.): „Walküren, Mädels, Mütter“ – Frauen und Mädchen in der extremen Rechten. Online verfügbar unter: www.politische-bildung-brandenburg.de/extrem/frau.htm (Zugriff 20.10.2014)
- Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.) (2010): „Was ein rechter Mann ist“. Berlin: Dietzverlag
- Dalgaard-Nielsen, Anja (2013): Promoting Exit from Violent Extremism: Themes and Approaches. In: *Studies in Conflict and Terrorism*, Volume 36, Number 2, pp. 99–115
- Decker Olliver/Kiess Johannes/Brähler, Elmar (2015): Die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen (2002-2012). In: Decker, Olliver/Kiess Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.): *Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus*. S. 13–19, Gießen: Psychosozial-Verlag
- Deinet, Ulrich (2013): *Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit*. Wiesbaden: Springer VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Demant, Froukje/Slootman, Marieke/Buijs, Frank/Tillie, Jean (2008): Deradicalisation of right-wing radicals and Islamic radicals. In Jaap van Donselaar/Peter R. Rodrigues (Eds.), *Monitor racism & extremism: achtste rapportage*. Amsterdam: Anne Frank Stichting
- Dreher, Eva (2010): „Jugendalter“ verstehen – eine entwicklungspsychologische Skizze. In: *jugend inside*, H.1. Graz.
- Die Bundesregierung (2015): XENOS - Ausstieg zum Einstieg. Online unter <https://www.wir-fuer-demokratie.de/demokratieprogramme/xenos-ausstieg-zum-einstieg.html>
- Ecarius, Jutta (2009): *Jugend und Familie eine Einführung*. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer
- Elverich, Gabi (2009): Die pädagogische Auseinandersetzung mit rechtsextremer Musik. Ansätze, Erfahrungen und pädagogische Herausforderungen. In: Elverich, Gabi/Glaser, Michaela/Schlimbach, Tabea (2009): *Rechtsextreme Musik. Ihre Funktionen für jugendliche Hörer/innen und Antworten der pädagogischen Praxis*. Halle (Saale): DJI, S. 81–134
- Elverich, Gabi/Glaser, Michaela (2009): Mädchenspezifische Perspektiven auf die pädagogische Rechtsextremismusprävention. In: *Betrifft Mädchen*. 22. Jg., H. 1, S. 4–11
- Elverich, Gabi/Köttig, Michaela (2007): Theoretische und praktische Ansatzpunkte für einen geschlechtsbewussten Umgang mit Rechtsextremismus in Schule und in der Jugendarbeit. In: LandesArbeitsGemeinschaft (LAG „Mädchen und junge Frauen in Sachsen e.V.“) (Hrsg.): *Rundbrief 23, 2006/2007. Spannungsfelder in der Mädchenarbeit*, S. 17–26

- Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) des Eidgenössischen Department des Innern (Hrsg.) (2007): *Jugendliche und Rechtsextremismus: Opfer, Täter, Aussteiger*. Bern
- Fend, Helmut (1991): *Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen. Entwicklungspsychologie der Adoleszenz in der Moderne. Bd. II*. Bern: Huber
- Fromm, Rainer/Kernbach, Barbara (2001): *Rechtsextremismus im Internet. Die neue Gefahr*. München: Olzog-Verlag
- Fuchs, Marek/Lamnek, Siegfried/Wiederer, Ralf (2003): *Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt*. Opladen: Leske + Budrich
- Giesecke, Hermann (1997): *Die pädagogische Beziehung. Pädagogische Professionalität und die Emanzipation des Kindes*. Weinheim: Beltz Juventa
- Glaser, Michaela (i.E.): *Disengagement and Deradicalization Work with Girls and Young Women - Experiences from Germany*. In: Köttig, Michaela/Bitzan, Renate/Peto, Andrea (Hrsg.) (i.E.): *Gender and Far Right Politics in Europe*. Houndmills/New York: Palgrave Macmillan
- Glaser, Michaela (2008): *Die pädagogische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußballsport. Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung zu Ansätzen, Erfahrungen und Herausforderungen*. In: Glaser, Michaela/Elverich, Gabi (Hrsg.): *Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Fußball. Erfahrungen und Perspektiven der Prävention*. Halle (Saale); DJI, S. 124–154
- Glaser, Michaela (2011): *Rechtsextreme Straf- und Gewalttäter. Biografien, Motive und Ansatzpunkte der Prävention im Strafvollzug*. In: *Zeitschrift für soziale Strafrechtspflege*. 18. Jg., H. 47, S. 59–71
- Glaser, Michaela (2012): *Disengagement and Deradicalization Work with Girls and Young Women from Right-wing oriented or Right-wing extremist Scenes*. Vortrag im Rahmen des Internationalen Workshops „Gender and Far Right Politics in Europe“. Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg, 28.09.2012 (Unveröff. Ms.)
- Glaser, Michaela (2013): *„Ansetzen an den Problemen, die die Jugendlichen haben ... Zur Rolle individueller Problembelastungen rechtsaffiner und rechtsorientierter Jugendlicher in der Distanzierungsarbeit*. In: Becker, Reiner/Palloks, Kerstin (Hrsg.): *Jugend an der roten Linie. Analysen von*

- und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 252–266
- Glaser, Michaela/Greuel, Frank (2012): Pädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ein Überblick über Ansätze, Erfahrungen und aktuelle Herausforderungen. In: Sozialmagazin. H. 03, S. 12–20
- Glaser, Michaela/Hohnstein, Sally/Greuel, Frank (2014): Ausstiegshilfen in Deutschland. Ein vergleichender Überblick über Akteure und Vorgehensweisen. In: Rieker (Peter (Hrsg.): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen. Beltz Weinheim und Basel: Juventa, S. 45–76
- Glaser, Michaela/Rieker Peter (2006): Interkulturelles Lernen als Prävention von Fremdenfeindlichkeit. Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit. Halle (Saale): DJI
- Glaser, Michaela/Schlimbach, Tabea (2009): „Wer in dieser Clique drin ist, der hört einfach diese Musik“. Rechtsextreme Musik, ihre Bedeutung und ihre Funktionen aus der Perspektive jugendlicher rechtsextremer Szeneangehöriger. In: Elverich, Gabi/Glaser, Michaela/Schlimbach, Tabea (2009): Rechtsextreme Musik. Ihre Funktionen für jugendliche Hörer/innen und Antworten der pädagogischen Praxis. Halle (Saale): DJI, S. 13–74
- Gulbins, Guido/Möller, Kurt/Rosenbaum, Dennis/Stewen, Isabell (2007): „Denn sie wissen nicht, was sie tun“? Evaluation aufsuchender Arbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen. In: Deutsche Jugend. 55. Jg., H. 12, S. 526–534
- Hafeneger, Benno (1993): Rechte Jugendliche: Einstieg und Ausstieg. Sechs biographische Studien. Bielefeld: Böllert, KT-Verlag
- Hartung, Johanna (2006): Sozialpsychologie. 2. überarb. und erw. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer
- Hasselbach, Ingo/Bonengel, Winfried (1993): Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus. Berlin und Weimar: Aufbau-Verlag
- Hegerl, Ulrich/Althaus, David/Reiners, Holger (2006): Das Rätsel Depression: Eine Krankheit wird entschlüsselt. C. H. Beck
- Heitmeyer, Wilhelm (1992): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen: empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim/München: Juventa
- Herkner, Werner (1991): Lehrbuch Sozialpsychologie. Einführung in die Sozialpsychologie. (5. korr. und erw. Aufl.). Bern: Huber Verlag

- Hewicker, Christine (2002): Die Aussteigerin. Autobiographie einer ehemaligen Rechtsextremistin. Oldenburg: Igel Verlag
- Hopf, Christel/Rieker, Peter/Sanden-Marcus, Martina/Schmidt, Christiane (1995): Familie und Rechtsextremismus. Familiäre Sozialisation und rechtsextreme Orientierungen junger Männer. Weinheim/München: Juventa
- Horgan, John (2009): Individual disengagement. A psychological analysis. In Bjørge, Tore & Horgan, John (Hrsg.): Leaving terrorism behind: Disengagement from political violence. New York: Routledge
- Jaschke, Hans-Gerd (2010): Rechtsextremismus, Sozialarbeit und Polizei – neue Regelungsstrukturen? In: Möller, Kurt (Hrsg.): Dasselbe in grün? – Aktuelle Perspektiven auf das Verhältnis von Polizei und Sozialer Arbeit, S. 81–88
- Kessler, Thomas/Harth, Nicole S./Nägler, Larissa A. (2014): Prejudice and Extremism: Explanation based on ingroup projection, perspective divergence, and minimal standards. In: Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik ZIS, H. 9, pp. 427–434
- Ketter, Verena (2011): Mobile Jugendmedienbildung im Stadtteil als eine Methode viraler Sozialraumaneignung. In: sozialraum.de, Ausgabe 1, verfügbar unter: www.sozialraum.de/mobile-jugendmedienbildung-im-stadtteil.php (letzter Aufruf am 30.10.14)
- Klare, Heiko/Sturm, Michael (2012): Gedenkstätten und Erinnerungsorte: Lernen aus der Geschichte als Prävention von Rechtsextremismus? In: LaG-Magazin Rechtsextremismusprävention und Demokratieerziehung, H. 3, S. 12–15
- Kneifel, Johannes (2012): Vom Saulus zum Paulus. Skinhead, Gewalttäter, Pastor – meine drei Leben. Reinbek: Wunderlich Verlag
- Koch, Reinhard/Pfeiffer, Thomas (2009): Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten. Hannover: Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt
- Köhler, Tanja (2012): Straffällige Frauen: Eine Untersuchung der Strafzumessung und Rückfälligkeit. Göttinger Studien zu den Kriminalwissenschaften. Göttingen: Universitätsverlag
- Köhler, Daniel 2014: Rechtsextremer Terrorismus und Ultra-Militanz als Gruppenphänomen? Der Einfluss der Gruppe auf rechtsextreme Radikalisierungsprozesse. In: Journal EXIT-Deutschland, Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur, S. 307
- Könnecke, Bernhard/Schwerman, Klaus/Stuve, Olaf (2011): Genderreflektierende Arbeit mit Jungen und Rechtsextremismusprävention. In: Berliner Zustände 2010. Ein Schattenbericht. Berlin, S. 50–56

- Köttig, Michaela (2004): Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen. Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik. Gießen: Psychosozial-Verlag
- Köttig, Michaela (2006): Zur Entwicklung rechtsextremer Handlungs- und Orientierungsmuster von Mädchen und jungen Frauen. In: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburger Edition, S. 257–274
- Krafeld, Franz Josef (2001): Zur Praxis der pädagogischen Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. In: Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Opladen: Leske und Budrich, S. 271–292
- Krafeld, Franz Josef (2000): Von der akzeptierenden Jugendarbeit zu einer gerechtigkeitsorientierten Jugendarbeit. In: deutsche jugend. 48. Jg., H. 6, S. 266–268
- Krafeld, Franz Josef (1996): Die Praxis Akzeptierender Jugendarbeit: Konzepte, Erfahrungen, Analysen aus der Arbeit mit rechten Jugendcliquen. Opladen: Leske und Budrich
- Krafeld, Franz Josef (1992): Grundsätze einer akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen. In: Scherr, Albert (Hrsg.): Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen. Bielefeld: KT-Verlag, S. 37–45
- Krafeld, Franz Josef/Möller, Kurt/Müller, Andrea (1993): Jugendarbeit in rechten Szenen. Ansätze, Erfahrungen, Perspektiven. Bremen: Edition Temmen
- Kruglanski, Arie W./Geldfand, Michele/Gunaratna, Rohna (2010): Detainee Deradicalization: A Challenge for Psychological Science. In: APS Observer, Vol. 23, Nr. 1
- Kruglanski/Gelfand/Gunaratna (2011): Terrorism as Means to an End: How Political Violence Bestows Significance: Verfügbar unter: <http://portal.idc.ac.il/en/symposium/hspsp/2011/documents/ckruglanski11.pdf>
- Kruglanski, Arie W./Webber, David (2014) The Psychology of Radicalization. In: ZIS, Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik. 9. Jg., H. 9, S. 379–388
- Krüger, Christine (2010): Hintergründe rechter Gewalt. Erkenntnisse einer biografieorientierten Studie, In: ZJJ-Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe. 21. Jg., H. 2, S. 145–150
- Kruse, Jan (2008): Reader „Einführung in die qualitative Interviewforschung“. Freiburg (Bezug über www.soziologie.uni-freiburg.de/kruse)

- Landeskriminalamt Baden-Württemberg (2002): Bewertung von leitfadengestützten Interviews von Aussteigern der ZG 3 zur Feststellung möglicher Einstiegs- bzw. Ausstiegsmotivation aus der rechtsextremen Szene. Anlage zur Evaluation des Programms „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“. Stuttgart: (Unveröff. Ms.)
- Lehnert, Esther (2006): Plädoyer für eine geschlechterreflektierende sozialpädagogische Arbeit mit männlichen Fans, verfügbar unter: www.dji.de/cgibin/projekte/output.php?projekt=605&Jump1=LINKS&Jump2=36&noNav=1
- Lehnert, Esther (2008): „Brave Mädels und echte Kerle? Theorie und Praxis von Geschlechterrollen im Rechtsextremismus“, Veranstaltung der Friedrich- Ebert- Stiftung, Forum Berlin, am 23.01.2008. Verfügbar unter: https://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&ved=0ahUKEwi75q6t6JfKAhXCCywkHdV9BgAAQFggdMAA&url=http%3A%2F%2Fwww.fes-gegen-rechtsextremismus.de%2Fpdf_08%2F080123_bitzan.pdf&usq=AFQjCNHxZU1-FqgbNbyQgPXIQFKADs_FMg
- Lehnert, Ester (2013): Parteiliche Mädchenarbeit und Rechtsextremismusprävention. In: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin: Metropol-Verlag, S. 197–210
- Machleidt, Wielant/Bauer, Manfred /Lamprecht, Friedhelm/Rose, Hans K./Rohde-Dachser, Christa (Hrsg.) (2004): Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie. Thieme Verlag
- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.) (2013): JIM 2013. Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland. Stuttgart. Verfügbar unter: <http://www.mpfs.de/fileadmin/JIM-pdf13/JIMStudie2013.pdf>
- Melzer, Ralf (2012): „Tunnel Licht Blicke“: Aus der Praxis arbeitsmarkt-orientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin
- (MBR) (2006): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismus-Prävention und -Inter-vention bei Jugendlichen: Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung. Berlin: MBR
- Möller, Kurt (2000a): Rechte Kids. Eine Langzeitstudie über Auf- und Abbau rechtsextremistischer Orientierungen bei 13- bis 15jährigen. Weinheim/München: Juventa

- Möller, Kurt (2000b): Zur Grundlegung geschlechtsreflektierender Ansätze sozialer und pädagogischer Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. In: DJI e.V. (Hrsg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe. Dokumentation zum Hearing des Deutschen Jugendinstituts und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 13. Januar 2000 in Berlin. DJI: Leipzig, S. 59–76
- Möller, Kurt (2002): Pädagogische und sozialarbeiterische Ansätze der Stärkung von Integrationspotenzialen zur Bearbeitung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Erziehungs- und sozialarbeitswissenschaftliche Expertise für das BMWF zum Forschungsverbund „Stärkung von Integrationspotenzialen einer modernen Gesellschaft“. Esslingen und Bielefeld 2002
- Möller, Kurt (2010a): Ausstiege aus dem Rechtsextremismus. Wie professionelle Ausstiegshilfen Themen- und Bearbeitungsdiskurse über Rechtsextremismus (re-)produzieren und modifizieren. In: Groenemeyer, Axel (Hrsg.): Doing Social Problems. Mikroanalysen der Konstruktion sozialer Probleme und sozialer Kontrolle in institutionellen Kontexten. Wiesbaden 2010: VS Verlag, S. 220–245
- Möller, Kurt (2010b): Männlichkeitsforschung im Rahmen von Rechtsextremismusstudien. Ausgangspunkte, Ansätze, Ergebnisse und Perspektiven. In: Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller, Yves (Hrsg.): Was ein rechter Mann ist. Männlichkeiten im Rechtsextremismus (Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 68). Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 25–38
- Möller, Kurt/Küpper, Beate/Buchheit, Frank/Neuscheler, Florian (2015): Evaluation des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten des Landes Nordrhein-Westfalen (APR NRW). Esslingen. Online verfügbar unter: http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Evaluationsbericht_APR_NRW.pdf
- Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils (2007a): Ein- und Ausstiegsprozesse rechtsextremer Skinheads. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 37, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, S. 17–23
- Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils (2007b): Rechte Glatzen. Rechtsextreme Orientierungs- und Szenezusammenhänge – Einstiegs-, Verbleibs- und Ausstiegsprozesse von Skinheads. Wiesbaden: VS Verlag
- Möller, Kurt/Schuhmacher, Nils (2014): Soziale und pädagogische Arbeit mit rechtsextrem affinen Jugendlichen. Expertise für das BIKnetz - Präventionsnetz gegen Rechtsextremismus. Esslingen. Online verfügbar

- unter [http://www.biknetz.de/no_cache/wissen-generieren/wissensdatenbank/beitrag.html?user_wdbbeitrag\[id\]=223&tx_wim_knowledgebase_pi1\[showUid\]=223](http://www.biknetz.de/no_cache/wissen-generieren/wissensdatenbank/beitrag.html?user_wdbbeitrag[id]=223&tx_wim_knowledgebase_pi1[showUid]=223) (Zugriff 21.10.2014)
- Möller, Kurt/VAJA e.V. (2007): Distanz(ierung) durch Integration. Aufsuchende Arbeit mit rechtsextrem und menschenfeindlich orientierten Jugendlichen. Konzept, Praxis, Evaluation. Bremen. verfügbar unter: www.vaja-bremen.de/_pdf/distanzierung_durch_integrationskonzept_praxis_evaluation-2007.pdf (Aufruf am 30.04.13)
- Möller, Kurt/Wesche, Stefan (2014): Distanzierungen von rechtsextremen Haltungen. Zur Funktion staatlicher Ausstiegsprogramme. In: Rieker, Peter (Hrsg.): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S.20–44
- Niebling, Torsten (2013): Beratung von Eltern im Kontext Rechtsextremismus: Themen, Verläufe, Chancen und Grenzen. In: Becker, Reiner/Palloks, Kerstin: Jugend an der roten Linie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S.92–120
- Noack, Peter/Wild, Elke (1999): Überlegungen zur Entwicklung von aggressiven und rechtsextremen Einstellungen. In: Schäfer, Mechthild/Frey, Dieter (Hrsg.): Aggression und Gewalt unter Kindern und Jugendlichen. Göttingen: Verlag für Psychologie Hogrefe, S.107–234
- o. A. (2014): Dokumentation der Standorte und Perspektiven behördlicher Aussteigerprogramme. In: Rieker, Peter (Hrsg.): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus rechtsextremen Szenen. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S.234–240
- Oepke, Maren (2005): Rechtsextremismus unter ost- und westdeutschen Jugendlichen. Einflüsse von gesellschaftlichem Wandel, Familie, Freunde und Schule. Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Osborg, Eckart (2002): Akzeptierende Sozialarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen - und was dann? In: sozial, H. 1, S.60–75
- Osborg, Eckart (2006). Der konfrontative Ansatz der subversiven Verunsicherungspädagogik in der Präventionsarbeit mit rechten und rechtsorientierten Jugendlichen. In: Jens Weidner u. Rainer Kilb (Hrsg.): Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung. Wiesbaden, S.191–207
- Osborg, Eckart (2010): Der konfrontative Ansatz der subversiven Verunsicherungspädagogik in der Präventionsarbeit mit rechten und rechtsorientierten Jugendlichen. In: Weidner, Jens/Kilb, Rainer (Hrsg.):

- Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung. 4. Aufl., Wiesbaden: Springer VS, S. 201–217
- Özsöz, Figen (2009): Rechtsextreme Gewalttäter im Jugendstrafvollzug. Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Berlin: Duncker und Humblot
- Peper, Dieter (1981): Aggressive Motivation im Sport: Literaturanalyse, Theoriebildung und empirische Felduntersuchung zum Katharsis-Problem. Ahrensburg bei Hamburg: Czwalina
- Pettigrew, Thomas F. (1969): Racially separate or together? *Journal of Social Issues*, 25 (1), pp. 43–69
- Pingel, Andrea/Rieker, Peter (2002): Pädagogik mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Ansätze und Erfahrungen in der Jugendarbeit. Leipzig: DJI
- Pfeiffer, Thomas/Koch, Reinhard (Hrsg.) (2009): Einstiegs- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten – ein Werkstattbericht. Braunschweig: ARUG
- Pfeiffer, Thomas (2009): Zusammenfassende Thesen. In: Koch, Reinhard/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.): Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten. Ein Werkstattbericht. Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen: Braunschweig, S. 88–96
- Radvan, Heike (Hrsg.) (2013): Gender und Rechtsextremismusprävention. Berlin: Metropolis Verlag
- Rieker, Peter (1997): Ethnozentrismus bei jungen Männern. Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus und die Bedingungen ihrer Sozialisation. Weinheim/München: Juventa
- Rieker, Peter (2009): Rechtsextremismus: Prävention und Intervention. Ein Überblick über Ansätze, Befunde und Entwicklungsbedarf. Weinheim/München: Juventa
- Rieker, Peter (Hrsg.) (2014a): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus dem Rechtsextremismus. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Rieker, Peter (2014b): Einführung: Professionelle Hilfe zum Ausstieg aus der rechtsextremen Szene – Entwicklungen und Perspektiven. In: ders. (2014a): Hilfe zum Ausstieg? Ansätze und Erfahrungen professioneller Angebote zum Ausstieg aus dem Rechtsextremismus. Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 7–19
- Rippl, Susanne (2004): Eltern-Kind-Transmission. Einflussfaktoren zur Erklärung von Fremdenfeindlichkeit im Vergleich. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*. 24. Jg., H. 1, S. 17–32

- Rommelspacher, Birgit (2012): Rechtsextremismus und Geschlecht. In: Boos, Bernadette/Engelmann, Reiner (Hrsg.): Gewalt von rechts! Karlsruhe: Loeper, S. 58–87.
- Rommelspacher, Birgit (2006): „Der Hass hat uns geeint“: Junge Rechtsextreme und ihr Ausstieg aus der Szene. Frankfurt am Main: Campus Verlag
- Rülicke-Luzar, Sonja (2013): „Erstansprache“ – ein Grenzfall mobiler Jugendberatung? In: Becker, Reiner/Palloks, Kerstin (Hrsg.): Jugend an der roten Linie. Analysen von und Erfahrungen mit Interventionsansätzen zur Rechtsextremismusprävention. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag, S. 72–91
- Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hrsg.) (2011): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Schmid, Alex P (2013): Radicalisation, De-Radicalisation, Counter-Radicalisation: A conceptual discussion and literature Review. The Hague: International Centre for Counter-Terrorism (ICCT), S. 4–29
- Schmidt, Christiane (1997): „Am Material“. Auswertungstechniken für Leitfadeninterviews. In: Friebertshäuser, Barbara/Prenzel, Annedore (Hrsg.). Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Weinheim/München: Juventa, S. 544–568
- Schön, Elke (2002): Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ. Ergebnisse einer empirischen Studie unter besonderer Berücksichtigung des methodischen Vorgehens. In: Kofra 97, Zeitschrift für Feminismus. 20. Jg., Ausg. April/Mai, S. 3–10
- Schröder, Burkhard (2002): Aussteiger. Wege aus der rechten Szene. Ravensburg: Ravensburger Buchverlag
- Staud, Toralf/Radke, Johannes (2012): Neue Nazis: Jenseits der NPD: Populisten, Autonome Nationalisten und der Terror von rechts. KiWi-Taschenbuch
- Steil, Armin (2013): Zwischen Moralpolitik und Berufarbeit. Zu Problemen fachübergreifender Kooperationen im Problemfeld Rechtsextremismus. In: Becker, Reiner/Palloks, Kerstin (Hrsg.): Jugend an der Roten Linie. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 223–239
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung
- Tedeschi, J. T. (2002): Die Sozialpsychologie von Aggression und Gewalt. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, J. (Hrsg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 573–597

- Thomas, Alexander (1996): Können interkulturelle Begegnungen Vorurteile verstärken? In: Thomas, Alexander (Hrsg.): Psychologie und multi-kulturelle Gesellschaft. Göttingen/Stuttgart: Verlag für angewandte Psychologie, S. 22–238
- van der Valk, Ineke/Wagenaar, Willem/Demant, Froukje (2010): Racism and Extremism Monitor. The extreme right: entry and exit. Amsterdam: Anne Frank House
- Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK) und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) (2006): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismusprävention und -intervention bei Jugendlichen. Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung. Berlin. Online verfügbar unter: http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&ved=0CCEQFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.mbr-berlin.de%2Frcms_repos%2Fattach%2FMBR_HR_Jugendarbeit_Web.pdf&ei=3zQZVJuqNYaZPaCbgIAJ&usg=AFQjCNHO_TftkB6QmxiKzeqzpkav02KOFw&bvm=bv.75558745,d.ZWU (Zugriff 21.10.2014)
- Wahl, Klaus (Hrsg.) (2003): Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention. Opladen: Leske und Budrich
- Wahl, Klaus/Tramitz, Christiane/Blumtritt, Jörg (2001): Fremdenfeindlichkeit. Auf den Spuren extremer Emotionen. Opladen: Leske und Budrich
- Walther, Eva (2014): Wie gefährlich ist die Gruppe? Eine sozialpsychologische Perspektive kriminalitäts-bezogener Radikalisierung. In: ZIS, Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik, 9. Jg., H. 9, S. 393–401
- Weidner, Jens (2001): AAT®. Anti-Aggressivitäts-Training für Gewalttäter. Ein deliktspezifisches Beratungsangebot im Jugendvollzug. Godesberg: Forum Verlag
- Weidner, Jens/Kilb, Rainer (Hrsg.) (2010): Konfrontative Pädagogik heute. Erfreuliche Forschungsergebnisse und selbstkritische Neuorientierungen beim Anti-Aggressivitäts- und Coolness-Training (AAT/CT®). In: Konfrontative Pädagogik. Konfliktbearbeitung in Sozialer Arbeit und Erziehung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7–20
- Wilder, David A. (1984): Intergroup contact: The typical member and the exception to the rule. Journal of Experimental Social Psychology, Vol. 20 (2), pp. 177–194
- Willems, Helmut/Eckert, Roland, Würtz, Stefanie/Steinmetz, Linda (1993): Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation. Opladen: Leske und Budrich

- Willems, Helmut/Würtz, Stefanie (1994): Analyse fremdenfeindlicher Straftäter. Forschungsprojekt. Texte zur Inneren Sicherheit. Bonn: Der Bundesminister des Innern
- Willems, Helmut/Steigleder Sandra (2003): Jugendkonflikte oder harte-crime. Täter-Opfer-Konstellationen bei fremdenfeindlicher Gewalt. In: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung. 5. Jg., H. 1, S. 5–28
- Wippermann, Carsten (2001): Die kulturellen Quellen und Motive rechtsradikaler Gewalt – Aktuelle Ergebnisse des sozialwissenschaftlichen Instituts Sinus Sociovision. In: Jugend und Gesellschaft, H. 1, S. 4–7
- Wippermann, Carsten/Zarcos-Lamolda, Astrid/Krafeld, Franz Josef (2002): Auf der Suche nach Thrill und Geborgenheit. Lebenswelten rechtsradikaler Jugendlicher und neue pädagogische Perspektiven. Opladen: Leske und Budrich
- Wolf, Joachim (2007): Symbolwandel. Neonazis und ihr Lifestyle. Verfügbar unter: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41748/symbolwandel-wolf?p=0 (Abruf am 30.10.14).
- Württemberg, Thomas/Heckmann, Dirk (2005): Polizeirecht in Baden-Württemberg. Heidelberg: C. F. Müller

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Arbeits- und Forschungsstelle Rechtsextremismus und Radikalisierungsprävention

ISBN 978-3-86379-176-6